

BUNDESKONGRESS 2025

BESCHLUSSBUCH

A photograph showing the silhouettes of several people standing in a row, facing a body of water at sunset. The sky is a gradient of orange and yellow, and the water reflects this light.

ZUKUNFT WIRD MIT
UNS GEMACHT



Inhaltsverzeichnis

A - Leitantrag

A01 Zukunft wird mit uns gemacht! Arbeitsprogramm 2025–2027

15

F - Frieden & Internationales

F01 Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition

34

G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

- | | | |
|-----|--|----|
| G01 | Keine Steuerschlupflöcher für Patriarchat und Diskriminierung – Gemeinnützigkeit reformieren | 39 |
| G02 | Gegen den Druck von Antifeminist*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostfrauen! | 41 |

I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

I04 Die Scham muss die Seite wechseln: Gegen das strafrechtliche und gesellschaftliche Versagen im Umgang mit sexualisierter Gewalt!	43
I06 Keine Deutschen nach Merz' Gnaden – Doppelstaatler*innen dürfen nicht zu Deutschen zweiter Klasse werden	48
I09 Grundrechte hören nicht an der Haustür auf	50

K - Kampf gegen Rechts

K01	Wir im Kampf gegen Rechts	86
K02	Es rettet uns kein höheres Wesen - das schöne Leben gemeinsam erkämpfen!	98

M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

M03	Kein Zurückklassen: Aufnahme afghanischer Frauen, queerer und kranker Menschen sichern	102
M01	Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes Syrien!	106
M02	Das Recht auf Leben – klimabedingte Migration solidarisch gestalten	111
M05	Seenotrettung als Pflicht - Weil Menschenrechte nicht verhandelbar sind!	113

N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

N08 Schluss mit Deepfake-Gewalt – her mit zeitgemäßem Opferschutz!

119

O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

- 001 Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Feminismus nicht! Für eine gerechte und inklusive Stadtentwicklung 123

P - Pflege, Gesundheit & Soziales

P01	Unser Sozialleistungskonzept - einmal hin, alles drin	138
P02	Den Sozialstaat abbauen? - Nicht mit uns!	143
P03neu	Psychische Gesundheit ist kein Luxus – Versorgungslücken für Geflüchtete schließen, Teilhabe sichern!	147

R - Rente, Generationen & Familie

- | | | |
|-----|--|-----|
| R01 | Inklusive Jugendhilfe - Hilfen aus einer Hand für junge Menschen mit und ohne Behinderung | 149 |
| R02 | Kinderschutz ist Pflicht – für starke Strukturen, verbindliche Rechte und echte Prävention | 153 |

U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

- U01 Für eine entschlossene internationale Klimapolitik - globale Klimagerechtigkeit 160
jetzt!

V - Verkehr & Infrastruktur

V01 Fliegen? Eine Frage der K(l)asse

166

W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

W01	Internationalistische Verteilungsgerechtigkeit - We must dare to invent the future!	168
W05neu	Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung	176

Ini - Initiativanträge

Ini03	Wir gehören zum Stadtbild: Für ein sofortiges Ende der rassistischen Politik	56
Ini02	All Access: Pop, Sport und Streaming gehören uns - Monopole vergesellschaften!	61
Ini04	Unsere jungsozialistische Verantwortung im Nahen Osten: Eine gerechte Friedensordnung!	64
Ini01	Unsere Forderungen für einen gerechten Sozialstaat!	75

Antrag A01: Zukunft wird mit uns gemacht! Arbeitsprogramm 2025–2027

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	A - Leitantrag

- 1 I. Wir Jusos
2 Seit über 120 Jahren treten wir Jusos für die Verwirklichung des demokratischen
3 Sozialismus ein. Wir sind der Überzeugung, dass die kapitalistische Marktwirtschaft
4 nicht das Ende der Geschichte ist und dass eine bessere Zukunft insbesondere für
5 unsere Generation in einer grundsätzlich gerechteren Gesellschaft verwirklicht werden
6 muss. In kritischer Solidarität fordern wir von der SPD einen dringend notwendigen
7 linken Kurswechsel. Wir werden nach Außen und in Bündnissen für ein Wiedererstarken
8 der gesellschaftlichen Linken streiten. „Sozialismus oder Barbarei“ formulierte Rosa
9 Luxemburg Anfang des 20. Jahrhunderts. Und genau vor dieser Entscheidung stehen wir
10 mit Blick auf die gesellschaftlichen Realitäten erneut. Wir stehen bereit und kämpfen
11 für eine wirklich freie und gleiche Gesellschaft und gegen den gesellschaftlichen
12 Rechtsruck.
13 II. Wir in der politischen Linken
14 Wir erleben in den letzten Jahren, wie die politische Linke und andere progressive
15 Kräfte zunehmend unter Druck geraten. Rechte und konservative Narrative bestimmen die
16 öffentliche Debatte, obwohl sie wissenschaftliche Erkenntnisse ignorieren und ihre
17 politischen Konzepte vielfach erprobt und ebenso oft gescheitert sind. Gewalt und
18 Repression von Rechts nehmen zu. Während sich Rechte absurderweise als
19 Verfechter*innen der Meinungsfreiheit geben, richtet sich ihr Hass und ihre Hetze
20 gegen all jene, die nicht in ihr überkommenes Weltbild passen. Insbesondere
21 gesellschaftlich marginalisierte Gruppen sind betroffen und sind in Lebensgefahr.
22 FINTA, BIPOC, Queers und weitere besonders Betroffene leiden besonders unter den
23 Bemühungen gesellschaftliche Verbesserungen zurückzudrehen und ihnen zustehende und
24 hart erkämpfte Rechte wieder zu entziehen. Wir stellen fest, dass rechte
25 Einflussnahme, Propaganda und Hetze leider auch in Teilen der jungen Generation
26 erfolgreich ist.
27 Die politische Linke und die Jusos als Teil derer dürfen diese Entwicklung nicht
28 akzeptieren, jedoch ist die politische Linke in die Defensive geraten. Aus dieser
29 gilt es, sich zu befreien. Das gelingt nur, wenn wir Selbst in die Offensive im
30 gesellschaftlichen Diskurs kommen. Es reicht nicht, sich gegen Debattenverschiebungen
31 von Rechts zu verteidigen und rechte Politiken zu kritisieren, wir müssen mit eigenen
32 Konzepten die Blockbildung zwischen Kapitalist*innen, rechtsradikalen und
33 rechtskonservativen Politiker*innen und Medienunternehmen durchbrechen. Die
34 politische extreme Rechte krankt an ihrer inneren Widersprüchlichkeit. Sie
35 inszenieren sich selbst als Kämpfer*innen für die „kleinen Leute“. Tatsächlich
36 betreiben sie knallharte Klassenpolitik im Sinne der kapitalistischen Elite, die sich
37 mit ihren Spenden längst bei ihnen eingekauft haben. Die Rechte gibt sich als
38 intellektuelle Elite. De facto sind sie eine Ansammlung hasserfüllter Hetzer*innen,

39 korrumptiert von Diktaturen, mit denen sie einen gemeinsamen Nenner in ihrer
40 Verachtung der Würde und der Freiheit aller Menschen finden.
41 Es ist unsere Aufgabe, den Kampf gegen den Aufstieg rechter Parteien zu gewinnen. Als
42 sozialistische Linke kennen wir die Ursachen für den Erfolg der Rechten: Die
43 kapitalistische Wirtschaftsweise hat den Zweck, Reichtum für einige wenige
44 Kapitalisten zu schaffen, indem die große Mehrheit der arbeitenden Gesellschaft
45 systematisch ausbeutet wird. Sie ist damit Grund für die Armut sowie die Angst vor
46 sozialem Abstieg, die viele am eigenen Leib erfahren. Während der Kapitalismus Allen
47 Selbstverwirklichung und Wohlstand verspricht, hält er dieses Versprechen immer nur
48 für eine kleine Minderheit ein. Die politische Rechte agitiert in dieser vom
49 Kapitalismus zerrütteten Gesellschaft mit Hetze gegen Minderheiten und diffuse
50 politische Eliten. Unsere Antwort darauf ist: Aufklärung über die kapitalistische
51 Wirtschaftsweise als Ursache für die gesellschaftliche Lage und konsequenter
52 Klassenkampf.

53 Die Aufgabe demokratisch sozialistischer Bewegungen ist, aus der Enttäuschung der
54 Vielen positive Energie für Veränderung zu ziehen. Die politische Linke muss breite
55 Bündnisse mit allen Gruppen bilden, die die Ausbeutung des kapitalistischen Systems
56 nicht weiter akzeptieren wollen und sich durch kollektive Organisation selbst
57 ermächtigen. Demokratie braucht ein Mindestmaß an Gleichheit, damit sie funktioniert.
58 Die zunehmende Ungleichheit als Ergebnis der kapitalistischen Ausbeutung geht einher
59 mit einer Polarisierung von Macht in den Händen weniger Individuen. Der dominante und
60 immer weiter zunehmende Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit muss als die Gefahr
61 für die demokratische Gesellschaft bezeichnet werden, die er ist und ebenso
62 entschieden bekämpft werden. Die Demokratie und der soziale Rechtsstaat müssen die
63 Kraft aufbringen, sich selbst zu reformieren und die Gleichheit aller Menschen auch
64 ökonomisch zu verwirklichen.

65 Dabei muss die politische Linke wieder in der Lage sein, den öffentlichen
66 Meinungskampf für sich zu entscheiden und kulturell überlegen zu werden. Deswegen
67 wollen wir uns an breiten Bündnissen beteiligen. Es braucht eine Zusammenarbeit der
68 gesellschaftlichen Linken, die Gemeinsamkeiten sucht, statt Unterschiede zu betonen.
69 Nur gemeinsam mit Zivilgesellschaft, Arbeiter*innen, linken Intellektuellen,
70 Influencer*innen, Migrant*innenselbstorganisationen und Kulturschaffenden gelingt es,
71 rechte Deutungsmuster aus der Alltagskultur zu vertreiben und linke Narrative wieder
72 stark zu machen.

73 III. Die Welt in der wir leben wollen

74 Wir wollen Wohlstand für alle, statt Reichtum der Wenigen. Der Wohlstand unserer
75 Gesellschaft wird gemeinsam erarbeitet, dementsprechend muss er auch die
76 gesellschaftliche Teilhabe aller gewährleisten. Wir wollen die Gleichheit aller
77 Menschen nicht nur rechtlich, sondern auch ökonomisch verwirklichen, denn die
78 demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft wird bedroht, wenn sie kein Mindestmaß
79 an Gleichheit für alle gewährleisten kann. Wir wollen eine Welt ohne Ausbeutung und
80 Diskriminierung. Deswegen wollen wir das Patriarchat überwinden und für eine echte
81 Gleichstellung aller Geschlechter - gesamtgesellschaftlich wie innerhalb unseres
82 Verbands kämpfen und sagen jeder Art von Diskriminierung wie beispielsweise Rassismus
83 , Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Sexismus und Ableismus den Kampf an! Unser
84 Sozialismus ist immer international, wir lehnen Nationalismen ab und treten für die

85 Überwindung kapitalistischer und neokolonialer Ausbeutungen in internationalem Handel
86 und Politik ein. Wir glauben an das friedliche Zusammenleben aller Menschen, weswegen
87 wir Militarismus ablehnen. Unser politisches Ziel bleibt eine Gesellschaft, in der
88 die Maxime gilt: jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

89 IV. Unser Verband

90 Die Jusos sind ein starker linker Jugendverband. Das was uns stark macht - unsere
91 Mitglieder und unsere fundierte jungsozialistische Haltung -, werden wir in den
92 nächsten Jahren ausbauen und gleichzeitig an unseren Schwächen arbeiten. Ziel unserer
93 Bemühungen ist es, flächendeckend in jeder Stadt und jedem Dorf Anlaufstelle für
94 junge Menschen zu sein, die sich für ihre eigene Zukunft stark machen wollen, die an
95 die Verwirklichung einer gerechteren Welt glauben und dafür Gleichgesinnte suchen.
96 Dazu gehört, dass wir weiße Flecken auf der Landkarte schließen. Unser Verband ist
97 dann stark, wenn wir stark vor Ort sind. Deswegen werden wir mehr als bisher die
98 Stärkung der Arbeit der Unterbezirke und Kreisverbände in den Mittelpunkt der
99 Bundesverbandsarbeit stellen.

100 Linke Bewegungen müssen immer inklusiv sein. Wir Jusos sind zu stark studentisch und
101 akademisch geprägt. Wir wollen besser darin werden, Auszubildende und Arbeiter*innen
102 anzusprechen und zu vertreten. Das Gleiche gilt für eine bessere Repräsentanz von
103 marginalisierten Gruppen wie FINTA, BIPOC und Menschen mit einer Behinderung in
104 unseren Reihen. Mit Reform unserer Strukturen, Intensivierung der Mitgliederwerbung
105 und einer ansprechenden Bildungsarbeit und Verbandskultur wollen wir uns in den
106 nächsten Jahren stärker aufstellen. Diese bessere Ansprache soll auch inhaltliche
107 Folgen haben. Die Diskurse darüber werden wir bestmöglich unterstützen.

108 Unsere Grundwerte sind Sozialismus, Internationalismus, Antifaschismus und
109 Feminismus. Die vier Grundwerte werden durch den neuen Grundwert „Antirassismus“
110 ergänzt. Um diesen Grundwert inhaltlich und theoretisch zu unterfüttern, soll ein
111 innerverbandlich breit aufgestellter Prozess unter Beteiligung der Landes- und
112 Bezirksverbände initiiert werden, mit dem Ziel, ein jungsozialistisches
113 antirassistisches Selbstverständnis zu erarbeiten und dabei die Wechselwirkungen von
114 Kapitalismus und Rassismus zu analysieren. Wir arbeiten darauf hin, eine breitere
115 Funktionär*innenausbildung für BIPOC zu schaffen und als Verband mindestens die
116 Anzahl an BIPOC in der Bevölkerung bei unseren Spitzenfunktionär*innen im BuVo zu
117 repräsentieren. Außerdem wollen wir feste Bündnispartner*innen im Bereich
118 Antirassismus etablieren und Partner*innenschaften mit
119 Migrant*innenselbstorganisationen ausbauen.

120 Mitglieder des Bundesvorstandes, die gesellschaftlich nicht von Rassismus betroffen
121 sind, tragen eine besondere Verantwortung, sich aktiv an antirassistischer Arbeit zu
122 beteiligen. Dabei sollen sie ihre Rolle reflektiert wahrnehmen, Verantwortung
123 übernehmen, ohne dabei Räume oder Positionen zu besetzen, die für BIPOCs vorgesehen
124 sind.

125 V. Die Sozialdemokratie

126 Die SPD hat über Jahrzehnte durch das Reproduzieren neoliberaler Politikansätze
127 Vertrauen verloren. Viel zu häufig trägt die SPD in Regierungskoalitionen rechte
128 Politik wie das Einschränken des Asylrechtes mit, welche nicht mit den Grundwerten
129 einer sozialen Demokratie vereinbar sind. Die Sozialdemokratie muss immer Kraft der

130 positiven sozialen Veränderung sein. Als Partei der Arbeit muss die SPD immer
131 Interessenvertretung derjenigen sein, die von ihrer Arbeitskraft und nicht ihrem
132 Kapital leben. Die Sozialdemokratie muss stets an der Seite der Arbeiter*innen sowie
133 unterdrückten und marginalisierten Menschen stehen, jeder Form der Polemisierung
134 gegen die Schwächsten in der Gesellschaft widersprechen und kapitalistischer
135 Marktgläubigkeit den Kampf ansagen. Das Leitbild unserer Politik muss die
136 Verwirklichung einer diskriminierungsfreien Arbeitsgesellschaft sein, die Wohlstand
137 für alle sichert und sinnstiftende Arbeit für jede*n ermöglicht. Dazu gehört, dass
138 die SPD der kapitalistischen Ausbeutung der Arbeiter*innen wieder den Kampf ansagt.
139 Die wachsende Ungleichheit ist ein Ergebnis einer neoliberalen Politik, die auch von
140 der SPD betrieben wurde. Vom Verteidigen des neoliberalen Status Quo braucht es eine
141 klare Abkehr. Stattdessen braucht es ein klares Bekenntnis zu einem demokratisch
142 sozialistischen Gesellschaftsentwurf.

143 Die SPD hat sich zwei Jahre Zeit gegeben, um sich in einem dringend erforderlichen
144 Grundsatzprogrammprozess neu zu verorten und sozialdemokratische Antworten auf
145 Herausforderungen der Gegenwart zu finden. Dieser Prozess könnte die letzte Chance
146 sein, die SPD wieder zu alter Stärke zurückzuführen. Dafür ist es dringend
147 erforderlich, dass die SPD trotz einer Koalition mit der Union auf Bundesebene ihr
148 Profil als linke Volkspartei nicht vernachlässt. Das Regierungshandeln darf dem
149 Grundsatzprogrammprozess nicht widersprechen. Auch wenn Kompromisse Teil jeder
150 Regierung sind, dürfen diese Kompromisse nicht so weit gehen, dass sie
151 sozialdemokratische Grundsätze verraten. Standhaftigkeit ist der Schlüssel zu
152 verloren gegangener Glaubwürdigkeit.

153 Die SPD hat sich entgegen unseres Aufrufs mit breiter Mitgliederbeteiligung dazu
154 entschieden, der Koalition beizutreten, was wir akzeptieren und was uns zu einem
155 kritischen Umgang mit der Regierungsbeteiligung verpflichtet.

156 Gleichzeitig haben wir den Anspruch, den Grundsatzprogrammprozess der SPD mit unseren
157 Inhalten und Impulsen entscheidend zu prägen und Mitverantwortung für ein
158 Wiedererstarken der SPD zu übernehmen, die glaubwürdig für die Grundwerte der
159 Sozialdemokratie einsteht, die unserer festen Überzeugung nach nicht an Strahlkraft
160 verloren haben.

161 **A. Inhaltliche Schwerpunkte und strategische Verbandsziele**

162 Mit unseren inhaltlichen Schwerpunkten und strategischen Verbandszielen setzen wir
163 Prioritäten für unsere Arbeit als Verband nach innen und nach außen.

164 **I. Strategische Verbandsziele - Werben, bilden, vernetzen!**

165 Mit dem Arbeitsprogramm 2025 - 2027 stoßen wir einen umfassenden Reformprozess an,
166 der zum Ziel hat, die Jusos als Verband zu stärken. Neben einer grundlegenden Reform
167 unserer Verbandsformate geben wir uns erstmalig neben unseren inhaltlichen
168 Schwerpunkten strategische Verbandsziele, die unsere übergeordnete Schwerpunktsetzung
169 unserer innerverbandlichen Reformen eine klare Richtung geben.

170 Wir wollen unseren Verband nachhaltig stärken, politisch handlungsfähig machen und
171 dabei unseren Anspruch an einen offenen, sozialistischen, feministischen,
172 internationalistischen antifaschistischen und antirassisitischen Jugendverband mit

173 Leben füllen. Unter den Leitlinien: **Werben, Bilden, Vernetzen**, wollen wir unsere
174 Arbeit strategisch neu ausrichten, solidarische Strukturen fördern und die politische
175 Wirksamkeit des Verbands erhöhen.

176 **1. Werben**

177 Die Jusos sind der größte linke Jugendverband des Landes. Unsere Mitglieder sind
178 unsere größte Stärke. Sie garantieren unsere Kampagnenfähigkeit, leisten
179 Bündnisarbeit und tragen unseren Kampf für eine gerechtere Welt auf die Straße, in
180 die Klassenzimmer, Betriebe und Hörsäle. Wir wollen unsere aktive Mitgliederbasis
181 vergrößern.

182 In den letzten Jahren haben unsere Mitgliederzahlen stagniert. Gleichzeitig sind die
183 Anforderungen an politische Arbeit komplexer geworden. Dadurch - aber auch durch die
184 Auseinandersetzung mit der Politik der SPD und der Bundestagsfraktion - sind die
185 Belastungen unserer Mitglieder gestiegen. Wir müssen anerkennen, dass dies Einfluss
186 darauf hat, wie viel Energie Mitglieder bereit sind einzubringen und welchen Effekt
187 das auf die Gewinnung neuer Mitglieder hat.

188 Überlastung führt dazu, dass sich engagierte Mitglieder teilweise aus dem politischen
189 Engagement zurückziehen, sodass für Bündnisarbeit, die ein wesentlicher Bestandteil
190 unserer Doppelstrategie ist, kaum noch Zeit bleibt. FINTA, BIPoC und junge Menschen
191 aus Arbeiter*innenfamilien sind zudem in besonderem Maße Mehrfachbelastungen und
192 strukturellen Ausschlüssen ausgesetzt, die ihre Teilhabe erschweren und übernehmen
193 gleichzeitig im Verband meist herausfordernde Aufgaben wie die Sorgearbeit. Diese
194 intersektionalen Wirkweise gilt es anzuerkennen. Intersektionalität bedeutet dabei
195 für uns, dass Diskriminierungsformen nicht isoliert voneinander wirken, sondern sich
196 gegenseitig bestärken und beeinflussen und eine neue Form der Diskriminierung
197 schaffen.

198 Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wollen wir neue Wege finden, junge Menschen
199 mit ihren spezifischen Lebensrealitäten zu erreichen. Wir schaffen Räume in den
200 Unterbezirken und Kreisverbänden, die einfach, niedrigschwellig und sinnstiftend
201 wirken. Dabei legen wir einen besonderen Fokus auf die Ansprache von FINTA, BIPoC und
202 jungen Menschen aus Arbeiter*innenfamilien und qualifizieren bestehende Mitglieder,
203 damit sie neue Interessierte gezielt ansprechen können. Für urbane wie auch ländliche
204 Regionen werden zielgenaue Angebote entwickelt, die gemeinsam mit den Unterbezirken
205 und Kreisverbänden umgesetzt werden.

206 Die Ergebnisse dessen werden regelmäßig evaluiert und die Angebote entsprechend
207 angepasst. In der Evaluation wollen wir ehrlich mit unseren Strukturen sein und somit
208 neben der zahlenmäßigen Veränderung unserer Mitgliederzahl ebenfalls Strukturen
209 aufbauen, welche tatsächliche Mitarbeit unserer Mitglieder fördert. Dabei wollen wir
210 neben der Gewinnung von Neumitgliedern auch einen Fokus auf die Aktivierung
211 bestehender, derzeit inaktiver Jusos setzen.

212 Unser Verband soll ein Ort sein, an dem sich alle jungen Menschen willkommen und
213 wirksam fühlen. Deshalb verstehen wir Mitgliederwerbung nicht als Selbstzweck,
214 sondern als Mittel, um die Jusos als linke Jugendbewegung zu stärken. Unser Ziel ist
215 es, insbesondere junge Menschen anzusprechen, die bislang wenig Zugang zu politischen
216 Organisationen haben. Marginalisierte Gruppen, insbesondere FINTA, BIPoC und junge

217 Menschen aus Arbeiter*innenfamilien, sollen in unserem Verband stärker vertreten
218 sein. Unser Verband soll für Jede*n ein politisches Zuhause bieten. Dafür ist der
219 Abbau von Strukturen, die gesellschaftliche Teilhabe innerhalb und außerhalb unseres
220 Verbandes verhindern, essentiell.

221 **2. Bilden**

222 Politische Bildung ist das Herzstück unserer Arbeit. Sie befähigt unsere Mitglieder,
223 gesellschaftliche Zusammenhänge zu verstehen, solidarisch zu handeln und Veränderung
224 aktiv zu gestalten. Künftig soll sie noch stärker zugänglich, barrierefrei, dezentral
225 und praxisnah gestaltet werden. Veranstaltungen und Seminare sollen klar strukturiert
226 und transparent gekennzeichnet sein. Ebenfalls wollen wir eine Differenzierung
227 ermöglichen, damit all unsere Mitglieder unabhängig von ihrem aktuellen
228 Organisationsgrad neue Impulse von unseren Veranstaltungen mitnehmen können. So
229 können alle Teilnehmenden dort einsteigen, wo sie stehen, und die persönlich größte
230 Weiterbildung erfahren.

231 Gerade in der Bildungsarbeit stehen wir jedoch vor einer besonderen Herausforderung:
232 In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass das Fundament unserer politischen
233 Arbeit - die Bildungsarbeit über unsere Grundwerte - abnimmt und im politischen
234 Alltag kaum Zeit einnimmt. Gründe dafür sind vielfältig, aber vor allem die
235 Nachwirkungen der Corona-Pandemie, teilweise eine dünnere oder mit anderen Aufgaben
236 stärker ausgelastete Personaldecke vor Ort sowie die starke Belastung durch
237 Tagespolitik und Doppelbelastungen. In den letzten Jahren haben wir als Verband eine
238 Vielzahl von Kampagnen getragen. Wahlkampagnen, ebenso wie innerparteiliche Kämpfe,
239 haben viele Kapazitäten gebunden, während gleichzeitig Antworten auf andauernde
240 Krisen des kapitalistischen Systems einen großen Schwerpunkt auf tagespolitische
241 Ereignisse gefordert haben. Dadurch sind Bildungsangebote zu unseren Grundwerten vor
242 Ort kaum mehr leistbar, und ein Ausgleich durch Landesverbände/Bezirke,
243 Bildungszentren oder die Bundesebene war bisher nicht in allen Fällen möglich. Über
244 Veranstaltungen der Bundesebene in den bestehenden Formaten konnte immer nur ein
245 Bruchteil der Mitgliedschaft erreicht werden. Der Mangel an verbandlicher
246 Grundlagenausbildung führt langfristig zu einer Abnahme der inhaltlichen Qualität von
247 Beschlüssen, denn Mitglieder bauen weniger themenspezifische Expertise auf. Deswegen
248 werden wir einen starken Schwerpunkt auf eine Ausweitung unseres bundespolitischen
249 Bildungsangebot legen und dabei besonderen Wert darauf legen, direkt Unterbezirke und
250 Kreisverbände anzusprechen, um Flächenwirksamkeit zu entfalten und eine Kultur des
251 Lernens und des Lehrens verbandsweit zu etablieren.

252 **3. Vernetzen**

253 Vernetzung bedeutet für uns Jusos mehr als bloßen Austausch. Sie ist die Grundlage
254 solidarischer Verbandsarbeit – sowohl nach innen als auch nach außen. Unser Verband
255 lebt von der guten Arbeit vor Ort: in den Unterbezirken, Kreisverbänden, Bezirken und
256 Landesverbänden. Hier entstehen viele der besten Ideen und Konzepte für unsere
257 politische Arbeit. Doch bislang hängt die Weitergabe und der Austausch solcher
258 Erfahrungen oft vom Zufall ab. Gute Projekte, kreative Ansätze und wertvolle
259 Expertise einzelner Gliederungen werden zu selten über die eigene Ebene hinaus
260 geteilt. Damit bleiben wertvolle Ressourcen ungenutzt und das Wissen, das in der

261 Fläche vorhanden ist, wird nicht ausreichend für den gesamten Verband aktiviert.
262 Um diese strukturellen Hürden zu überwinden, setzen wir einen klaren Schwerpunkt auf
263 eine bessere und systematische Vernetzung. Der Wissensaustausch soll nicht länger
264 zufällig geschehen, sondern gezielt gefördert und koordiniert werden. Auf Bundesebene
265 sollen daher neue Räume geschaffen werden – sowohl bei Bundesveranstaltungen als auch
266 in der digitalen Infrastruktur. Ziel ist es, Unterbezirken, Kreisverbänden, Bezirks-
267 und Landesebenen den regelmäßigen Austausch untereinander sowie mit der Bundesebene
268 zu erleichtern. So entstehen Orte des Dialogs, in denen erfolgreiche Projekte
269 vorgestellt, Herausforderungen gemeinsam besprochen und Ideen solidarisch
270 weiterentwickelt werden können.
271 Darüber hinaus bleibt die Doppelstrategie der Jusos zentral: Einerseits soll die
272 innerverbandliche Vernetzung gestärkt werden, also der Austausch und die
273 Zusammenarbeit zwischen Unterbezirken und Kreisverbänden, Landesverbänden, Bezirken
274 und dem Bundesverband. Nur ein gestärkter Verband kann seine Wirksamkeit in die SPD
275 hinein wieder voll entfalten. Andererseits bleibt die enge Zusammenarbeit mit der
276 Zivilgesellschaft, Gewerkschaften, NGOs und sozialen Bewegungen ein zentraler
277 Bestandteil der politischen Arbeit. Jusos, die in Personalunion in anderen
278 Organisationen aktiv sind, bringen wertvolle Erfahrungen, Perspektiven und bestehende
279 Netzwerke mit und werden daher gezielt in unsere Arbeit einbezogen.
280 Vernetzung bedeutet auch, voneinander zu lernen: Aus Erfahrungen, Kampagnen und
281 gemeinsamen Projekten. So kann der Verband neue Perspektiven gewinnen und
282 gesellschaftliche Bündnisse aufbauen, die über die eigene Organisation hinausreichen.
283 Mit einer verbesserten Kommunikationsstruktur, digitalen Austauschformaten und
284 gelebter Solidarität wollen wir dafür sorgen, dass gute Ideen nicht mehr vereinzelt
285 bleiben, sondern den gesamten Verband stärken.
286 Da wir in den kommenden zwei Jahren einen Schwerpunkt auf Kampagnenarbeit legen
287 werden und um mehr Schlagkräftigkeit zu entwickeln, wollen wir die Kampagnenarbeit
288 des Bundes und der Landesverbände und Bezirke stärker verzähnen. Hierfür wird der
289 Bundesvorstand die LVBZ einbeziehen und im eigenen Ermessen Unterstützung durch die
290 Landesverbände und Bezirke in koordinierender Funktion für die Kampagnenarbeit
291 suchen.

292 II. Inhaltliche Schwerpunkte

293 Unsere inhaltlichen Schwerpunkte für die Jahre 2025 bis 2027 sind eingebettet in die
294 aktuellen gesellschaftlichen Debatten und Herausforderungen. Die Jusos haben sich in
295 den vergangenen Jahren immer als Motor für progressive Politik verstanden. Diesen
296 Anspruch bekräftigen wir mit einer klaren Schwerpunktsetzung, die sowohl unsere
297 Grundwerte widerspiegelt als auch Antworten auf aktuelle Krisen gibt. Dabei ist es
298 uns wichtig, unserem Verband anhand der inhaltlichen Schwerpunkte ein noch breiteres
299 Angebot als in der Vergangenheit zu unterbreiten. Einige Themenschwerpunkte spiegeln
300 den andauernden Krisenzustand der Welt und der Sozialdemokratie wider. Diesen
301 Problemen begegnen wir nicht mit den immergleichen Strukturen und Antworten. In den
302 kommenden zwei Jahren wollen wir unsere eigene Beschlusslage weiterentwickeln, aber
303 noch stärker übergeordnete Narrative in Zusammenarbeit mit den LV/BZ entwickeln,
304 Kampagnen stärken und unsere Mitglieder sprachfähig machen. Unser Ziel ist es, unsere
305 Mitglieder in die Lage zu versetzen, ihre Interessen und Überzeugungen selbstbewusst

306 zu vertreten und ihre Stimme in der politischen Debatte zu Gehör zu bringen. Die
307 folgenden inhaltlichen Themenschwerpunkte betrachten wir daher als Überbau der
308 nächsten zwei Jahre, aus denen sich verschiedene Formate ableiten lassen. Multiple
309 Krisen erfordern multiple Antworten!

310 **1. Staat und Demokratie unter Druck**

311 Die demokratischen Institutionen in Deutschland und Europa stehen unter massivem
312 Druck. Von außen, wie auch von innen. Der andauernde russische Angriffskrieg in der
313 Ukraine stellt eine militärische Bedrohung dar, denen zum Teil mit massiven
314 Einschnitten in das Leben junger Menschen begegnet werden soll. Die USA agieren unter
315 der zweiten Amtszeit Trump handelspolitisch noch aggressiver und Debatten über
316 Meinungsfreiheit werden befeuert von autoritären Akteur*innen und Staaten, die dabei
317 vor allem eines im Sinn haben: Die eigene Menschenfeindlichkeit durchzusetzen. All
318 das wirkt sich innenpolitisch aus. Zentrale Industriezweige, wie die Auto- und
319 Stahlindustrie ächzen unter hohen Zöllen und einer fehlenden Investitionspolitik der
320 vergangenen Jahrzehnte. Die Folgen der verpassten Transformation unter international
321 ungünstigen Bedingungen drohen vor allem einer Gruppe zur Last zu fallen: den
322 Arbeiter*innen. Die stark vergrößerte soziale Ungleichheit stellt das
323 Aufstiegsversprechen mindestens infrage und sorgt für berechtigte Frustration
324 gegenüber politischen Eliten und gesellschaftlichem System. Eine zunehmende
325 Prekarisierung des Arbeitsmarktes trifft insbesondere FINTA, BIPOC, migrantisierte
326 Menschen, Menschen mit Behinderungen aber auch Menschen in Armut. Atypische
327 Beschäftigungsverhältnisse enttarnen sich viel zu häufig als Falle für Armut und
328 Unsicherheit. Rasante technische Entwicklungen wie die zunehmende Verbreitung von
329 K.I. fordern demokratische Strukturen heraus, denen es häufig schwer fällt, mit der
330 Geschwindigkeit dieser Entwicklungen Schritt zu halten. In welchem
331 Spannungsverhältnis dabei auch der Fortschritt von Künstlicher Intelligenz in Bezug
332 auf Sicherheitspolitik steht, wollen wir inhaltlich vertiefen und in eine
333 Beschlusslage gießen.

334 In sozialen Medien informieren sich nicht nur besonders viele junge Menschen
335 oberflächlich, sondern sind täglich mit Falsch- und Desinformationen konfrontiert,
336 die sich nicht sofort als eben diese erkennen lassen. Undurchsichtige Algorithmen,
337 gesteuert von Milliarden, die als neues Hobby die Politik für sich entdecken
338 und mit ihrer ökonomischen Macht die öffentliche Meinung beeinflussen. Die Reaktionen
339 darauf reichen von Resignation bis hin zu kontroversen Debatten darüber, ob Menschen
340 unter 14 Jahren sich überhaupt auf sozialen Medien aufhalten sollten.

341 Allgemein beobachten wir einen Trend, der im gesellschaftlichen Diskurs immer weniger
342 auf wissenschaftliche Fundierung und immer mehr auf postfaktische Stimmungsmache
343 setzt. Das erschwert in einem aufgeheizten gesellschaftlichen Klima die reale
344 Lösungsfindung massiv. Wir bekennen uns zu evidenzbasierter Politik wo immer
345 wissenschaftliche Erkenntnisse zur Verfügung stehen, verlieren dabei aber nie die
346 politische Dimension jeder Entscheidung aus den Augen.

347 Innenpolitisch geht die größte Gefahr für die Demokratie vom gesellschaftlichen
348 Rechtsruck und dem Aufstieg der AfD als parlamentarischer Arm der Rechtsextremen aus.
349 Vom vor ein paar Jahren in aller Munde diskutierten, angeblichen "Linksruck" ist
350 wenig übrig geblieben. Überall in der Bundesrepublik hat sich die AfD als politische

351 Kraft etabliert und greift demokratische Institutionen an. Sie tarnt sich als
352 demokratische Partei im demokratischen Meinungskampf, tatsächlich will sie aber nur
353 die Mittel der Demokratie nutzen, um diese zu beseitigen. Dabei lassen sich die
354 demokratischen Parteien zu oft vorführen oder lassen sich sogar das gefährliche Spiel
355 der AfD ein, indem Positionen von Rechts übernommen werden, in der Hoffnung, die
356 Rechte dadurch zu schwächen, obwohl sie tatsächlich dadurch gestärkt wird..
357 Sinnbildlich stehen dafür die Migrationspolitik der vergangenen Jahre oder die
358 zunächst gescheiterte Wahl zum Bundesverfassungsgericht. Auch unsere Mutterpartei
359 kann dem häufig wenig entgegensezten. Die Antwort auf einen Rechtsruck ist nicht
360 "mehr Mitte", denn in einer Gesellschaft, die nach rechts rückt, rückt auch die Mitte
361 nach rechts. Vor diesem Hintergrund müssen wir uns entschieden gegen weitere
362 Grundrechtseinschränkungen durch die Ausweitung von Überwachungs- und
363 Ermittlungsbefugnissen für die Polizei und andere Sicherheitsbehörden und zunehmende
364 Bestrebungen, das Strafrecht auszuweiten, stellen. Wir verschaffen unserer
365 Beschlusslage zur inneren Sicherheit mehr Gehör und überlassen den Themenbereich
366 nicht den Konservativen. Der Anspruch muss sein, die gesellschaftliche Debatte wieder
367 stärker nach links zu verschieben. Der aktuelle Erfolg der Partei Die Linke zeugt,
368 dass es ein Bedürfnis nach linker Politik gibt, die für die Anliegen von
369 Arbeiter*innen, jungen Menschen und marginalisierten Gruppen kämpft, im Netz und auf
370 der Straße kämpft. Die SPD muss sich als Teil der gesellschaftlichen Linken
371 positionieren, die gemeinsam mit anderen linken, gewerkschaftlichen und
372 antifaschistischen Gruppen gesellschaftliche Diskurse und Mehrheiten wieder nach
373 links verschiebt
374 Es stellen sich konkrete Fragen: Wie kann unsere Demokratie resilenter werden, ohne
375 zu autoritären Mitteln zu greifen? Wie setzen wir rechten Narrativen echte linke
376 Antworten entgegen, die verloren gegangenes Vertrauen wiederherstellen? Wie kann eine
377 linke Bewegung dauerhaft auf der Straße trotz aller Differenzen sichtbar sein?
378 Welchen Platz kann die SPD in einer "schwarz-roten Koalition" darin einnehmen? Wie
379 können wir junge Menschen, Arbeiter*innen und marginalisierte Gruppen wieder für uns
380 gewinnen? Und viele mehr. Wir glauben, auf diese Fragen, die uns schon lange
381 beschäftigen, Antworten zu haben. Sie müssen nicht erst entwickelt werden, aber sie
382 müssen konsolidiert und zu einem durchsetzungstarken übergeordneten Narrativ,
383 welches wir im Sinne unserer Doppelstrategie in die Partei und auf die Straße tragen,
384 zusammengeführt werden. Krisen erfordern Optimismus und Antworten. Diese wollen wir
385 in den nächsten Jahren geben.

386 **2. Sozialstaat und Umverteilung**

387 Insbesondere zum Sozialstaat und zum Thema Umverteilung haben wir als Verband
388 umfassende Beschlusslagen vorzuweisen und konkrete Erfolge errungen. So ist die
389 Abkehr vom System "Hartz IV" maßgeblich auf unseren Kampf für einen gerechteren
390 Sozialstaat zurückzuführen. Trotzdem sehen wir, dass die Errungenschaften des
391 Sozialstaats offensiv angegriffen werden und das leider nicht nur von den
392 Neoliberalen und den Konservativen, sondern auch von führenden Politiker*innen der
393 SPD. Während der Sozialstaat in Frage gestellt wird, nimmt die Ungleichheit in den
394 letzten Jahren kontinuierlich zu. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter
395 auseinander und in den Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen klaffen Lücken in
396 Milliardenhöhe, die mit Einsparungen nicht zu schließen sind. Es wird sozial kälter

397 in Deutschland und das, obwohl die Antworten für eine gerechtere Gesellschaft und
398 einen funktionierenden Sozialstaat auf der Hand liegen. Mittlerweile sieht es auch
399 eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung so: Reiche und besonders Überreiche müssen
400 endlich ihren fairen Anteil leisten. Reiche sind die Gewinner*innen der Krisen in den
401 letzten Jahren. Während die Zahl der Millionär*innen und Milliardär*innen ist über
402 die Pandemie und den Angriffskrieg auf Ukraine gestiegen. Da die Inflationsrate oft
403 die Lohnerhöhungen überstiegen hat, haben zeitgleich Arbeiter*innen heute faktisch
404 weniger in der Tasche als vor ein paar Jahren. Die Wiedereinführung einer
405 Vermögenssteuer und eine Reform der Erbschaftssteuer sind dafür unverzichtbar.
406 Zusätzlich müssen wir uns für eine effektive Verfolgung von Steuerkriminalität
407 einsetzen, um die bestehenden und zukünftige Umverteilungsmechanismen durchzusetzen.
408 Aber das Kapital wehrt sich und findet nicht wenig Unterstützung. Sie lenken mit
409 Scheindebatten darüber, dass die Menschen in Deutschland fauler und Sozialkürzungen
410 notwendig seien, ab vom eigentlichen Problem: Einer massiven Umverteilung von unten
411 nach oben in den letzten Jahrzehnten. Wir wissen, dass eine Mehrheit der Menschen
412 andere Sorgen als die Überreichen haben. Eine bezahlbare Wohnung zu finden, sich auf
413 den Staat verlassen zu können, wenn das Geld am Ende des Monats nicht reicht,
414 repressive soziale Infrastruktur, die das Leben erschwert, keine gleichen Chancen auf
415 Teilhabe im sozialen Leben und weiterhin ungleiche Bezahlung sowie Behandlung für
416 FINTA im Berufsleben und in der Rente sind nur einige von vielen alltäglichen
417 Problemen für junge Menschen, Arbeiter*innen und marginalisierte Gruppen. Die
418 Antworten besteht in einem starken Sozialstaat, der als Ermöglichungsstaat gleiche
419 Chancen für alle schafft und eine konsequenten Umverteilung von oben nach unten um
420 die demokratiegefährdende Vermögensungleichheit zu beenden. Pläne für
421 Sozialkürzungen, wie sie die schwarz-rote Koalition zu verfolgen scheint, sind der
422 völlig falsche Weg. Daher sehen wir es in den nächsten zwei Jahren als unsere Aufgabe
423 an, Kampagnen für einen starken Sozialstaat und Umverteilung zu organisieren und
424 unsere Mitglieder umfassend sprachfähig zu machen. Uns ist bewusst, dass insbesondere
425 Bildung entscheidend für Chancen und die weitere Entwicklung eines Menschen ist. Wir
426 wollen eine Bildungspolitik, die allen Menschen Zugang zu Bildung und gerechten
427 Chancen verschafft.. Wir sehen hier insbesondere im Bereich der frühkindlichen
428 Bildung Ausbaubedarf, weshalb wir eine Beschlusslage zur frühkindlichen Bildung
429 erarbeiten werden.

430 **3. Klimapolitik und sozial-ökologische Transformation**

431 Die Klimakrise ist die größte Herausforderung unserer Generation. Wir Jusos haben uns
432 klar zum 1,5-Grad-Ziel bekannt und fordern, dass Deutschland spätestens 2045
433 klimaneutral wird. Dabei erkennen wir an, dass Deutschland sein zugewiesenes
434 Treibhausgasbudget für das 1,5°C-Ziel bereits überschritten hat. Die Klimakrise
435 trifft marginalisierte Gruppen wie FINTA und BIPOC am stärksten und verstärkt dadurch
436 bestehende Ungleichheiten. Daher muss unser Blick auf die Klimakrise intersektional
437 sein. Gleichzeitig dürfen wir nicht zulassen, dass auch Klimaschutzmaßnahmen zu
438 Lasten derer gehen, die ohnehin schon wenig haben. Deshalb setzen wir uns für eine
439 sozial gerechte Klimapolitik ein, die ökologische Verantwortung und soziale
440 Absicherung verbindet. Wir treten ein für eine sozial-ökologische Industriepolitik,
441 die den Strukturwandel aktiv gestaltet. Fossile Subventionen müssen abgeschafft,
442 erneuerbare Energien massiv ausgebaut und gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert

443 werden. Unser Ziel ist eine Transformation, die nicht Spaltung, sondern Solidarität
444 schafft. Ausgangspunkt in der Vergangenheit war immer die Analyse, dass wir
445 insbesondere in unserer Mutterpartei wirken müssen, um progressive Veränderungen in
446 der Klimapolitik zu erreichen, die in der Öffentlichkeit bereits Mehrheiten finden.
447 Diese Ausgangsvoraussetzung hat sich verändert. Fortschritte in der Klima- und
448 Umweltpolitik werden offensiv in Frage gestellt. Betroffene von
449 Transformationsprozessen fühlen sich und sind auch real in der Transformationspolitik
450 nicht mitgenommen worden. Das führt zu berechtigten Abstiegsängsten und Sorgen um die
451 Zukunft. Daher darf die Gestaltung der Transformation und der zukünftigen Klima- und
452 Umweltpolitik nicht alleine dem politischen Betrieb überlassen werden. In Zukunft
453 wollen wir enger mit Betroffenen von Transformationsprozessen und der Klimabewegung
454 zusammenarbeiten, um die Verwirklichung einer progressiven Klima- und Umweltpolitik
455 und die Gestaltung von sozialen Transformationsprozessen voranzubringen.

456 **4. Intersektionalität: Jegliche Diskriminierung bekämpfen**

457 Als feministischer Richtungsverband ist es unser Auftrag einen stetigen Kampf gegen
458 patriarchale Strukturen, Ausbeutung und Gewalt zu führen. Innerverbandlich ist der
459 lila Faden für uns handlungsleitend, welcher dafür sorgt, dass sich Feminismus durch
460 alle Praxis- und Theoriefelder durchzieht. Als Verband sehen wir, dass unsere
461 theoretische Debatte weitergeführt werden muss und ausbaufähig ist. Daher wollen wir
462 uns in den kommenden zwei Jahren mit einem Grundsatzbeschluss, der unser Verständnis
463 von materialistischen Feminismus und Queerfeminismus aufgreift, beschäftigen und
464 damit die feministische Debatte im Verband weiterentwickeln. Ferner wollen wir uns
465 intersektional mit feministischer Rechtspolitik und dort spezifisch mit der Frage,
466 wie Rechtspolitik patriarchale Strukturen und Gewalt bekämpfen kann,
467 auseinandersetzen. Das umfasst zum Beispiel arbeitsrechtliche Fragen und Fragen des
468 Strafgesetzbuchs im Umgang mit sexualisierter Gewalt und Femiziden. Den Umgang mit
469 Tätern wollen wir außerdem durch die Beschäftigung mit der Frage nach einem
470 patriarchalen Subjekt, in Abgrenzung zu unserem Verständnis eines feministischen
471 Subjekts, vertiefen. Ob daraus drei verschiedene Anträge entstehen oder die Themen
472 zusammengeführt werden, obliegt dem neu gewählten Bundesvorstand. Zwar wird
473 feministische Theorie ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Jusos auf Bundesebene
474 in den kommenden zwei Jahren sein, dabei ist jedoch vollkommen klar, dass auch die
475 feministische Praxis nicht zu kurz kommen darf. Wir erleben seit Jahren, dass
476 antifeministische Bewegungen auf dem Vormarsch sind. Unterstützt von autoritären
477 Regierungen greifen sie Grundrechte von FINTA und anderen marginalisierten Gruppen an
478 und führen einen antifeministischen Rollback aus. Wir werden weiterhin in
479 intersektionalen feministischen Bündnissen dagegen ankämpfen. Feminismus,
480 Antifaschismus, Antirassismus und Queerpolitik sind keine Nebenfelder, sondern
481 Kernbestandteile unserer Arbeit. Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter in
482 allen Lebensbereichen vorantreiben, patriarchale Strukturen abbauen und
483 intersektionale Perspektiven stärken. Dies bedeutet auch, dass wir nicht nur auf der
484 Straße, sondern auch in unserem Verband selbst kritisch hinschauen und
485 Machtasymmetrien abbauen. Dabei bleibt Antifaschismus für uns eine Grundhaltung. Wir
486 organisieren und unterstützen Protest gegen rechte Aufmärsche und wir fördern
487 Bündnisse mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen . Auch ist uns bewusst, dass
488 rassistische Handlungen, Diskriminierungen und Angriffe auf marginalisierte Gruppen

489 in den letzten Jahren stark zugenommen haben. Rassismus ist keine Randerscheinung,
490 sondern tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert. Wir wollen Rassismus
491 nicht nur benennen, sondern ihm aktiv und nachhaltig entgegentreten. Daher wollen wir
492 in den kommenden zwei Jahren unsere antirassistische Arbeit systematisch ausbauen:
493 durch politische Bildungsarbeit, die rassistische Kontinuitäten aufzeigt, durch eine
494 kritische Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus und durch solidarische
495 Bündnisse mit von Rassismus betroffenen Communities. Unser Ziel ist es, gemeinsam mit
496 unseren Bündnispartner*innen Strategien zu entwickeln, um Rassismus dauerhaft und
497 strukturell zu bekämpfen, Vorurteile abzubauen und antirassistische Perspektiven in
498 allen gesellschaftlichen Bereichen zu verankern.

499 **5. Jungsozialistische Religionskritik**

500 Im Kontext der kritischen Auseinandersetzung mit Machtverhältnissen wollen wir auch
501 unser Verhältnis zu Religionen aus einer jungsozialistischen Perspektive
502 grundsätzlich klären. Wir stellen fest, dass religöser Fundamentalismus in einer
503 Vielzahl gesellschaftlicher Kontexte an Bedeutung gewinnt. Deswegen wollen wir unter
504 anderem die marxistische Religionskritik in unsere Bildungsarbeit aufnehmen, um
505 besser für aktuelle gesellschaftliche und innerparteiliche Debatten gewappnet zu
506 sein.

507 **6. Internationalismus**

508 Kriege, Fluchtbewegungen und globale Ungerechtigkeiten prägen die internationale
509 Politik. Als internationalistische Jugendorganisation setzen wir dem etwas entgegen.
510 Gemeinsam mit unseren Partner*innen und Schwesterorganisation arbeiten wir seit
511 Jahren eng zusammen und bauen diese Bündnisse aus, denn sozialistische Politik endet
512 nicht an nationalen Grenzen. Als Teil der internationalen Arbeiter*innenbewegung
513 begreifen wir Europa und die Welt als gemeinsame politische Räume, in denen wir für
514 Frieden, Sozialismus und Demokratie kämpfen. Unsere Mitgliedschaften bei den Young
515 European Socialists (YES) und der International Union of Socialist Youth (IUSY) sind
516 dabei das Rückgrat unserer internationalen Arbeit. Über sie organisieren wir
517 Solidarität über Grenzen hinweg, bringen unsere Positionen in europäische und globale
518 Debatten ein und machen sozialistische Perspektiven international sichtbar. Als
519 europäische und föderalistische Jugendorganisation beobachten wir auf EU-Ebene
520 insbesondere die kommenden Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR). Dieser
521 legt die langfristigen Haushaltspläne und Prioritäten für den Zeitraum 2028 bis 2034
522 fest. Mit der Unterzeichnung von zwei Memorandum of Understanding (MoU) mit unserer
523 brasilianischen Schwesterorganisation (JPT) und unserer mongolischen
524 Schwesterorganisation (SDY Mongolia) bauen wir unsere internationale Zusammenarbeit
525 ebenfalls aus. In die kommenden zwei Jahren wollen wir den Austausch mit diesen und
526 weiteren Schwesterorganisationen durch zum Beispiel Delegationsreisen vertiefen und
527 weitere Bündnisse schließen. Dabei orientieren wir uns an aktuellen politischen
528 Entwicklungen und daraus resultierenden Handlungsnotwendigkeiten. Dies gilt auch für
529 unsere Zusammenarbeit im Rahmen des Willy Brandt Centers Jersualem (WBC). Trotz
530 schwieriger Lage geben wir unser zentrales Friedensprojekt und ein einmaliges Projekt
531 zum Austausch von jungen Israelis und Palästinenser*innen nicht auf und wollen den
532 Austausch wieder intensivieren. Mit Blick auf den Verband wollen wir diesen in der
533 Frage der strategischen Ausrichtung von internationalen Fragen stärker einbinden.

534 Dafür werden wir den Bundesexpert*innenkreis Internationales (BEKI) erhalten, aber
535 flexibilisieren. Inhaltlich werden wir dabei Schwerpunkte auf Rüstungskontrolle und
536 globale Flucht sowie Vertreibung vom Hintergrund des kolonialen Erbes der
537 Bundesrepublik legen. Darüber hinaus wird auch unsere inhaltliche Arbeit im BEKI von
538 aktuellen politischen Notwendigkeiten geprägt sein. Zudem unterstützen wir die
539 Ostseekonferenz als etabliertes Format weiterhin durch das Internationale
540 Sekretariat.

541 **7. Inklusion**

542 Ein Verband für alle muss auch die Teilhabe aller gewährleisten. Hier haben wir noch
543 Aufholbedarf. Unter dem Einbezug von Betroffenenexpertise von Menschen mit sichtbaren
544 und unsichtbaren Behinderungen wollen wir in der Organisationspolitischen Kommission
545 der Jusos (OrgaKomm) daran arbeiten, unsere Veranstaltungen barriereärmer zu
546 gestalten, Unterstützungsstrukturen aufzubauen und ein Bewusstsein für die Vielfalt
547 unserer Mitglieder zu schaffen. Inklusion verstehen wir als Querschnittsaufgabe, die
548 alle Bereiche unseres Verbandes betrifft.

549 **B. Formate der Verbands- und Bildungsarbeit**

550 Wir unterziehen unserer Formate der Bildungs- und Verbandsarbeit einer
551 grundsätzlichen Reform und Konsolidierung. Damit schaffen wir Kapazitäten für
552 zusätzliche Angebote insbesondere für die Bildungs- und Mitgliederarbeit und erhöhen
553 gleichzeitig die Kapazitäten unserer Formate auf Bundesebene, womit wir mehr
554 Mitgliedern die Teilnahme ermöglichen. Damit tragen wir unseren strategischen
555 Verbandszielen Rechnung und wollen die Verbandsarbeit des Bundes stärker in der
556 Breite der Mitgliedschaft verankern.

557 **I. Verbandsarbeit**

558 **Die Verbandsarbeit wird durch die Weiterentwicklung unserer Formate gestärkt. Ziel**
559 **ist es, mehr Beteiligung zu ermöglichen, Ressourcen effizient einzusetzen und die**
560 **Belastung für Organisator*innen und Teilnehmer*innen zu reduzieren. Mit einer**
561 **frühzeitigen Jahresplanung verschaffen wir den Landesverbänden und Bezirken einen**
562 **transparenten Überblick über mögliche Termine.**

563 **1. Seminarwochenenden**

564 Unsere Arbeit zu den inhaltlichen Schwerpunkten soll künftig themenspezifischer und
565 flexibler gestaltet werden. Die zuständigen Bundesvorstandsmitglieder und der
566 Bundesvorstand als Gesamtremium stehen dabei in der Verantwortung, der Thematik
567 sinnvolle Veranstaltungen zu konzipieren. Dies kann in verschiedensten Formaten
568 stattfinden. Neben dem klassischen Workshopformat sollen dabei auch praxisnahe Formen
569 (beispielsweise Betriebsbesuche) von Bildungsarbeit in Betracht gezogen werden.
570 Anstatt auf feste Formate, setzen wir auf eine Flexibilisierung, die eine
571 themenspezifische Bearbeitung ermöglicht. Bei den Veranstaltungen stellen wir die
572 Repräsentanz marginalisierter Gruppen sowie Transparenz über die Zuständigkeiten und
573 den Bundesvorstand sicher. Wir wollen, dass Mitglieder mit Expertise stärker

574 eingebunden werden. Der Bundesexpert*innenkreis Internationales wird ebenso
575 weiterentwickelt wie die ehemaligen Bundesprojekte. Aktuelle politische Entwicklungen
576 stehen im Fokus der internationalistischen Arbeit.

577 **2. Regionalkongresse**

578 Regionalkongresse etablieren wir als neues Format, das in enger Kooperation mit den
579 Landes- und Bezirksverbänden durchgeführt und über Ausschreibungsverfahren vergeben
580 wird. Diese Kongresse sollen gerade in strukturschwächeren Regionen neue
581 Beteiligungsmöglichkeiten eröffnen und regional divers verteilt sein. Es handelt sich
582 dabei um ein Basisformat, das die Grundlagenarbeit in Bezug auf unsere Grundwerte vor
583 Ort stärken wird. Diese Kongresse sollen einer Vielzahl unserer Mitglieder eine
584 niedrigschwellige Teilnahme ermöglichen. Dezentralisierung ermöglicht außerdem die
585 Erschließung neuer Veranstaltungsorte und somit die Ansprache eines erweiterten
586 Teilnehmer*innenkreises. Um die Vorbereitung und Durchführung der Regionalkongresse
587 zu erleichtern, stellt der Bundesverband beispielhafte Programmabläufe und einen
588 Leitfaden bereit.

589 **3. Basiskongresse**

590 Die Jugendkonferenz und das Sommercamp bilden zentrale Begegnungsorte. Beide
591 Basiskongresse wechseln sich jährlich ab. Wir ermöglichen durch eine Anhebung der
592 Teilnehmer*innenanzahl somit jedes Jahr möglichst vielen unserer Basismitglieder sich
593 bundesweit zu bilden und zu vernetzen. Ebenfalls halten wir am Sommercamp als
594 viertägige Veranstaltung fest und können durch die längere Dauer umfangreichere
595 Bildungsarbeit leisten. Beim Sommercamp wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten
596 auf regional wechselnde Veranstaltungsorte zurückgreifen. Diese Basiskongresse wollen
597 wir nutzen, um bei unseren Mitgliedern Grundlagenarbeit zu leisten und möglichst
598 viele junge Menschen zusammenzubringen, um gemeinsam unseren Verband
599 weiterzuentwickeln. Neben der Fokussierung auf unsere Grundwerte können ebenfalls
600 inhaltliche Schwerpunktthemen, wie in diesem Arbeitsprogramm ausgeführt, eine
601 inhaltliche Ergänzung für die Basiskongresse darstellen.

602

4. Qualifizierungsprogramme

603 Unser Verband lebt von unseren Mitgliedern vor Ort, die auf UB/KV-Ebene sowie Landes-
604 und Bezirksebene Funktionen übernehmen. Wir wollen potentiellen Funktionär*innen eine
605 breite Vorbereitung auf ihre Aufgaben ermöglichen. Deswegen halten wir an
606 Qualifizierungsprogrammen fest, die unsere Mitglieder mit dem richtigen KnowHow
607 ausstatten, um leitende Positionen zu übernehmen. Dafür werden wir unsere derzeitigen
608 Programme, das Politikdiplom und das Train-the-Trainer-Programm, unter dem Namen
609 "Politikdiplom" zu einem kohärenten Qualifizierungsprogramm zusammenführen. Es wird
610 nicht nur Kompetenzen stärken, sondern vor allem auch Multiplikator*innen
611 hervorbringen, die das erlernte Wissen im Rahmen unseres Bildungsprogramms
612 weitergeben. Die Plätze im Programm werden über eine Kombination aus offener
613 Ausschreibung und Delegiertenprinzip vergeben. Die Repräsentanz marginalisierter
614 Genoss*innen stellen wir sicher, wobei sich niemand zu einer Teilnahme verpflichtet

615 fühlen soll.

616 **5. FINTA und BIPOC-Empowerment-Programm**

617 FINTA und BIPOC sind in unserem Verband weiterhin unterrepräsentiert und erleben
618 gleichzeitig durch den gesellschaftlichen Rechtsruck intensiveren Hass und
619 Diskriminierung. Es ist unser Anspruch, gegen diese Realitäten vorzugehen und
620 Betroffenengruppen einen Ort für Begegnung und gegenseitiges Empowerment zu schaffen.
621 Dabei müssen wir auch selbstkritisch mit uns sein und anerkennen, dass die Jusos
622 weiterhin ein überwiegend weißer, cis-hetero-männlicher Verband sind und auch in
623 unseren eigenen Reihen Rassismus, Sexismus und Quefeindlichkeit weiterhin existent
624 sind. Eine Überwindung dessen fängt mit einer kritischen Auseinandersetzung an und
625 einem Empowerment, was über die vier Wände einer Vernetzung hinausgeht und eine echte
626 Gleichstellung darstellt, die auch marginalisierte Gruppen fördert. Dazu gehört auch
627 marginalisierten Gruppen in Funktionär*innenrollen zu empowern! Deswegen halten wir
628 an unseren FINTA- und BIPOC-Empowermentprogrammen fest und verankern diese dauerhaft
629 in Form von Großveranstaltungen mit offener Anmeldung. Somit ermöglichen wir eine
630 breitere Teilnahme. Die Empowermentprogramme sollen weiterhin den Dreiklang aus
631 Bildungsarbeit, Skillvermittlung und Netzwerken vereinen, um umfangreich
632 Selbstwirksamkeit zu unterstützen. Die Empowermentprogramme finden einmal im Jahr in
633 Präsenz statt und werden durch begleitende Programmpunkte - etwa bei unseren
634 Basiskongressen - ergänzt.

635 **6. Ostvernetzung**

636 Nicht nur bei uns im Verband, sondern auch in der SPD und darüber hinaus in der
637 Gesellschaft sind Ostdeutsche mit ihren Lebensrealitäten und den daraus
638 resultierenden Herausforderungen unterrepräsentiert. Daher wollen wir Jusos
639 weiterhin daran arbeiten, ostdeutsche Perspektiven in unserem Bundesverband zu
640 stärken. Die bereits erfolgreich etablierte Vernetzung der Genoss*innen aus den
641 ostdeutschen Bundesländern setzen wir daher in den nächsten Jahren fort. Zusätzlich
642 müssen spezifisch ostdeutsche Herausforderungen im gesamten Verband thematisiert
643 werden.

644 **7. Plenarstrukturen**

645 Unser Ziel ist ein Verband, der all unseren Mitgliedern gleichermaßen offensteht. Um
646 dies zu erreichen, müssen wir Strukturen überwinden, die gesellschaftlich – und auch
647 in unseren eigenen Reihen – Teilhabe erschweren oder verhindern. Besonders betroffen
648 sind FINTA, BIPOC und queere Menschen. Unser Anspruch ist es daher, Reflexionsräume
649 für privilegierte Gruppen sowie geschützte Austauschräume für Betroffene zu schaffen.
650 Ein zentrales Instrument hierfür sind Plena. Gleichzeitig braucht es eine
651 kontinuierliche, qualitativ hochwertige Bildungsarbeit zu den Themen Feminismus,
652 Antirassismus und Queerpolitik.
653 Auf unseren bundesweiten Seminarwochenenden sollen die Plena künftig rotierend
654 stattfinden und durch Workshopphasen mit den Schwerpunkten Feminismus, Antirassismus
655 und Queerpolitik ergänzt werden, um unterschiedlichen Perspektiven und Bedürfnissen
656 Rechnung zu tragen. Bei der Rotation achten wir darauf, zwei unterschiedliche
657 Perspektiven pro Veranstaltung abzubilden. So schaffen wir idealerweise auf jeder

658 Veranstaltung zwei Orte des Austauschs und Lernens.

659 Wir ermöglichen einen offenen, respektvollen und zugleich tiefgehenden Austausch,
660 indem wir die Dauer der Plena bewusst auf 90 Minuten planen. So können Betroffene in
661 einem stressfreien Rahmen diskutieren, während Reflexionsräume für Privilegierte die
662 Möglichkeit erhalten, sich ehrlich und kritisch mit eigenen Privilegien
663 auseinanderzusetzen. Darüber hinaus streben wir eine weitere Professionalisierung der
664 Planung und Moderation dieser Formate an. Insgesamt finden drei unterschiedliche
665 Plena im Rotationsprinzip statt. Diese sind folgend benannt:

666 - FINTA-Plenum / Kritisches-Patriarchale Reflexion (all-gender)

667 - BIPOC-Plenum / Critical Whiteness-Plenum

668 Ergänzend soll auf jeder Veranstaltung rotierend ein Workshop-Slot ausschließlich
669 einem der Schwerpunkte *Feminismus, Antirassismus* oder *Queerness* gewidmet werden. Auf
670 diese Weise wird sichergestellt, dass sich alle Teilnehmenden aktiv mit diesen
671 Inhalten auseinandersetzen – ein Ausweichen wird bewusst vermieden. Für Betroffene
672 bieten wir innerhalb dieser Slots Workshops (z. B. FINTA- oder BIPOC-Only-Formate)
673 an, die Bildungsarbeit in einem geschützten Rahmen ermöglichen.

674 Ergänzend soll auf jeder Veranstaltung rotierend ein Workshop-Slot ausschließlich
675 einem der Schwerpunkte *Feminismus, Antirassismus* oder *Queerpolitik* gewidmet werden.
676 Auf diese Weise wird sichergestellt, dass sich alle Teilnehmenden aktiv mit diesen
677 Inhalten auseinandersetzen – ein Ausweichen wird bewusst vermieden. Für Betroffene
678 bieten wir innerhalb dieser Slots Workshops (z. B. FINTA- oder BIPOC-Only-Formate)
679 an, die Bildungsarbeit in einem geschützten Rahmen ermöglichen.

680 Bei den jährlichen Basiskongressen des Bundesverbands (wechselnd Jugendkonferenz oder
681 Sommercamp) wollen wir allen Perspektiven aus unseren Schwerpunkten Raum geben. Eine
682 der Perspektiven wird über das Abhalten der Plena abgedeckt mit rotierendem Wechsel.
683 Die beiden jeweils nicht im Rahmen der Plena stattfindenden Perspektiven werden über
684 je einen Workshop-Slot abgedeckt. Das Procedere hierbei ist analog zum oben
685 beschriebenen Konzept.

686 Das vorgestellte Konzept wollen wir im nächsten Jahr anwenden und evaluieren. Sollte
687 es Anpassungen bedürfen, werden diese durch den Bundesvorstand in Absprache mit den
688 LV/BZ vorgenommen. Am Ende der Legislatur wird nochmals eine Reevaluation
689 stattfinden, sodass ein finales Konzept beim Bundeskongress 2027 vorgestellt werden
690 kann.

691 Um die Plenarstrukturen in unserem Verband breit zu stärken und zu verfestigen,
692 erstellt der Bundesvorstand in Absprache mit Expert*innen und den LV/BZ einen
693 Leitfaden, der Orientierung für die Durchführung der Plena geben soll.

694 **8. Stärkung von Schüler*innen, Auszubildenden und Freiwilligendienstleistenden**

695 Auszubildende, Schüler*innen und Freiwilligendienstleistende werden im Verband
696 schlecht repräsentiert – zugleich beobachten wir den wachsenden Einfluss
697 rechtsextremer Kräfte an (Berufs-)Schulen und in Betrieben. Um die drei Gruppen
698 innerhalb wie außerhalb der Jusos zu stärken und zu empowern, organisieren wir
699 regelmäßige Vernetzungswochenenden in Präsenz mit dem Schwerpunkt auf der
700 inhaltlichen, strukturellen und (aus-)bildungspolitischen Arbeit. Ergänzt wird dies
701 durch digitale Austauschformate. Darüber hinaus nehmen sich zwei stellvertretende

702 Bundesvorsitzende der Unterstützung und Koordinierung von Juso-Schüler*innen- und
703 Auszubildenden-Gruppen (JSAG) und deren Strukturen in den LV/BZ an. Ziel ist die
704 Kooperation von JSAGen untereinander und die erhöhte Sichtbarkeit der Auszubildenden-
705 , Schüler*innen- und Freiwilligendienstleistenden-Aktivitäten der Jusos vor Ort.

706 **II. Mitgliederwerbung**

707 Wir legen ein gezieltes Programm zur Mitgliedewerbung auf. Diese wird in enger
708 Zusammenarbeit mit Unterbezirken und Kreisverbänden umgesetzt. Schwerpunkte werden
709 dabei auf der Weitergabe von Fähigkeiten im Bereich der Neumitgliederansprache und
710 des Organizings liegen.

711 In den ersten beiden Jahren wollen wir jeweils 20 UB/KVs professionell in Seminaren
712 qualifizieren, gezielte Mitgliederwerbung und Mitgliederbindung durchzuführen. Dabei
713 sollen Fähigkeiten zur Gewinnung und zur Bindung von Mitglieder integriert vermittelt
714 werden, und Unterbezirke und Kreisverbände dabei unterstützt werden. Die Angebote
715 dieses Pilots sollen differenziert werden nach strukturschwachen und strukturstarken
716 Regionen.

717 Der Pilot wird evaluiert und weiterentwickelt. Die teilnehmenden Unterbezirke und
718 Kreisverbände werden in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken
719 ausgewählt, um sicherzustellen, dass eine möglichst repräsentative Auswahl getroffen
720 wird.

721 Wir legen ein gezieltes Programm zur Mitgliedewerbung auf. Diese wird in enger
722 Zusammenarbeit mit Unterbezirken und Kreisverbänden umgesetzt. Schwerpunkte werden
723 dabei auf der Weitergabe von Fähigkeiten im Bereich der Neumitgliederansprache und
724 des Organizings liegen. In den ersten beiden Jahren wollen wir jeweils 20 UB/KVs
725 professionell in Seminaren qualifizieren, gezielte Mitgliederwerbung durchzuführen.
726 In einem ersten Schritt sollen dabei Fähigkeiten zur Gewinnung vermittelt werden, in
727 einem zweiten sollen die Unterbezirke dabei unterstützt werden, die Mitglieder zu
728 binden und zu qualifizieren. Die Angebote dieses Pilots sollen differenziert werden
729 nach strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Der Pilot wird evaluiert und
730 weiterentwickelt. Die teilnehmenden Unterbezirke und Kreisverbände werden in
731 Zusammenarbeit mit den Landesverbänden und Bezirken ausgewählt, um sicherzustellen,
732 dass eine möglichst repräsentative Auswahl getroffen wird.

733 Neben dem Programm wird auch auf anderen Veranstaltungen der Bundesebene ein
734 gezielter Schwerpunkt auf Mitgliedergewinnung und Bindung gelegt.

735 **III. Bildungsarbeit**

736 Bildungsarbeit ist das Fundament unseres Verbandes – und weit darüber hinaus eine
737 unserer größten Stärken. Deshalb wollen wir sie nicht nur weiter ausbauen, sondern
738 auch gezielt als zentrales Instrument zur Stärkung unseres gemeinsamen Engagements
739 nutzen. In unseren Veranstaltungen werden wir besonderen Wert auf inhaltliche Tiefe,
740 Zugänglichkeit und praxisnahe Vermittlung legen. Dabei geht es uns nicht nur um reine
741 Wissensweitergabe – wir wollen konkrete Fähigkeiten, Methoden und Hilfestellungen
742 vermitteln, die es ermöglichen, die wichtige Arbeit vor Ort wirksam umzusetzen. Nur
743 so gelingt es, das vorhandene Wissen nicht nur zu bewahren, sondern aktiv
744 weiterzutragen, zu verbreiten und dauerhaft im Verband und in der Gesellschaft zu

745 verankern.

746 Wir wollen auf der Bundesebene einerseits eine professionelle Multiplikator*innen-
747 Struktur aufbauen und zusätzlich Zugänge und Vorlagen für die direkte Umsetzung von
748 Bildungseinheiten vor Ort fördern. Eine digitale Bildungsplattform soll daher
749 einerseits Referent*innen und andererseits Materialien, Musterseminare zu unsere
750 Grundwerten bündeln. Dabei achten wir bei Materialien, die wir zur Verfügung stellen
751 auf den Schutz geistigen Eigentums andererseits und konzipieren sie so, dass sie
752 möglichst gut für die eigenen Zwecke angepasst und niedrigschwellig genutzt werden.

753 Wir schaffen Intensivseminare für unsere Grundwerte Sozialismus, Feminismus,
754 Internationalismus, Antifaschismus und Antirassismus.. Diese Seminare zeichnen sich
755 durch hohe didaktische Qualität aus und werden von qualifizierten Teamer*innen
756 durchgeführt.

757 Für Funktionär*innen auf Bundesebene werden Seminare zu Critical Whiteness und
758 kritischer Männlichkeit verpflichtet. Damit setzen wir Maßstäbe für Sensibilisierung
759 und politische Kultur im Verband. Das Angebot soll auf freiwilliger Basis ebenfalls
760 für Funktionär*innen der Landes- und Bezirksebene ausgeweitet werden. Insbesondere
761 für solche Seminare streben wir eine weitere Professionalisierung an.

762 In den kommenden Jahren legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf die
763 Grundlagenbildung unserer Mitglieder. Wir wollen im Verband eine Kultur des Lernens
764 und Lehrens etablieren, an der unsere Mitgliedern niedrigschwellig teilhaben können.
765 Die Stärkung der Grundlagenbildung befähigt außerdem dazu, tagesaktuelle Politik
766 innerhalb auf Grundlage unserer Überzeugungen zu bewerten und zu gestalten.

767 Wir setzen auf die Dezentralisierung unserer Bildungsarbeit, um Barrieren wie lange
768 Anfahrten, Kosten oder Zeitaufwand zu reduzieren und möglichst viele Mitglieder zu
769 erreichen. Theorie und Praxis sollen enger verzahnt werden, z. B. indem
770 sozialistische Grundüberzeugungen anhand aktueller politischer Themen wie
771 Krankenhauspolitik, Arbeitsbedingungen oder Klimagerechtigkeit diskutiert werden.

772 Daneben werden wir auf allen Bundesveranstaltungen Angebote schaffen, die
773 unterschiedliche Lernstufen mit einschließen- von Einsteiger*innen bis hin zu
774 Fortgeschrittenen.

775 **IV. Vernetzung und Austausch**

776 Der Bundesvorstand und die Vorsitzenden der Landesverbände und Bezirke treffen sich
777 zu quartalsweisen Videokonferenzen oder Präsenzsitzungen. Durch vorher bekannte
778 Termine, Tagesordnungen und Vorlagen schaffen wir Planbarkeit und ermöglichen einen
779 strukturierten Austausch. Wenn es aktuelle Ereignisse erfordern, beraten sich
780 Bundesvorstand und Landesverbände/Bezirke in kurzfristigen Schhalten.

781 Die Unterbezirke und Kreisverbände werden über Mitmach-Kampagnen mit entsprechenden
782 Social-Media-Vorlagen eingebunden. Damit unsere Kampagnen erfolgreich sind, setzen
783 wir außerdem auf den stärkeren Austausch mit den Mitgliedern. Wir stellen unsere
784 großen bundesweiten Kampagnen in Kick-Off-Veranstaltungen vor und garantieren damit,
785 dass flächendeckend Klarheit über die Kampagnenziele und die möglichen Aktionsformate
786 vor Ort herrscht.

787 Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Kampf gegen Rechts mit der finanziellen

788 Unterstützung von Bündnissen, der Unterstützung von Jusos vor Ort sowie der
789 bundesweiten Mobilisierung und Materialbereitstellung zu Demonstrationen. Zum 8.
790 März, 1. Mai, CSD sowie Ausbildungsstart werden Kampagnen mit Aktionspaketen
791 durchgeführt. Darüber hinaus finden auch zu anderen Anlässen - wie beispielsweise dem
792 Black-History-Month - Online-Kampagnen statt. Social-Media-Beauftragte und
793 Vorsitzende der Unterbezirke und Kreisverbände werden über Messengergruppen und
794 Broadcastlisten noch enger in die Kommunikationsstruktur eingebunden.

795 Der Bundesvorstand wird eine Social Media Strategie entwickeln, um die
796 Kampagnenfähigkeit bundesweit online zu stärken. Wir werden Multiplikator*innen und
797 interessierte Mitglieder zu Vernetzungstreffen einladen und in Online-Kampagnen
798 einbeziehen.

799 Darüber hinaus fördern wir eine Beteiligungsmöglichkeit für Jusos, die unsere Inhalte
800 in den sozialen Medien weitertragen wollen. So können wichtige Themen schnell geteilt
801 werden, damit zur richtigen Zeit starke Beiträge und Videos entstehen und die
802 progressive Stimme der Jusos noch sichtbarer wird.

803 Die Rechten haben bedauerlicherweise in den vergangenen Jahren gezeigt, welche enorme
804 Wirkung Social Media entfalten kann – insbesondere, wenn Botschaften gut abgestimmt
805 und schnell verbreitet werden. Deshalb müssen auch wir einen Fokus stärker denn je
806 auf unsere digitale Präsenz legen, um unseren Werten Gehör zu verschaffen und
807 gesellschaftlich dagegenzuhalten.

808

809 **VI. Ehemaligenverein**

810 Wir richten einen Ehemaligen-Verein mit Förderauftrag für die politische Arbeit der
811 Jusos ein.

812

813

Antrag F01: Für Demokratie und Freiheit – Solidarität mit der türkischen Opposition

Antragsteller*in:	Jusos Hannover (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	F - Frieden & Internationales

1 Solidarität ist grenzenlos

2 Als Jusos kämpfen wir für Feminismus, Sozialismus und Antifaschismus. Unsere
3 Solidarität endet nicht an Grenzen. Sie ist international, grenzenlos und solidarisch
4 mit allen, die sich für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie einsetzen. Wir stehen
5 an der Seite unserer internationalen Partner*innen und Schwesternorganisationen und
6 kämpfen gemeinsam mit ihnen für Wandel, für die Rechte von Arbeitnehmer*innen, gegen
7 soziale Ungleichheit und für eine Welt ohne Unterdrückung und Ausgrenzung.
8 Wir solidarisieren uns mit allen progressiven Kräften in der Türkei – mit linken,
9 feministischen, gewerkschaftlichen, kurdischen, queeren und weiteren
10 zivilgesellschaftlichen Bewegungen, die unter enormem persönlichem Risiko für
11 Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit kämpfen. Unsere Solidarität gilt
12 nicht nur parteipolitischen Akteur*innen, sondern ebenso Aktivist*innen,
13 Journalist*innen, Kulturschaffenden, Wissenschaftler*innen und allen Menschen, die
14 sich in ihrem Umfeld gegen autoritäre, nationalistische, patriarchale und religiös-
15 fundamentalistische Machtstrukturen stellen.
16 Demokratie entsteht nicht allein in Parlamenten, sondern überall dort, wo Menschen
17 Unterdrückung, Militarisierung und soziale Ungleichheit nicht hinnehmen. Diese
18 Stimmen – ob innerhalb der Türkei oder im Exil – sind Ausdruck einer lebendigen
19 Zivilgesellschaft, die trotz Repression für Freiheit, Gleichheit und Solidarität
20 eintritt. Eine sozialdemokratische Außenpolitik muss diese demokratischen Kräfte
21 sichtbar machen, institutionell unterstützen und schützen. Das bedeutet, politische
22 Verfolgung klar zu benennen, Exilstrukturen zu fördern und Partnerschaften auf
23 Augenhöhe zu schaffen, die nicht an geopolitischen Interessen, sondern an den
24 universellen Werten von Gerechtigkeit, Frieden und Menschenwürde orientiert sind.
25 Demokratie bedeutet jedoch mehr als nur Wahlen – sie lebt von Vielfalt,
26 Gleichberechtigung und der Anerkennung unterschiedlicher Identitäten. Wer die
27 Demokratie in der Türkei stärken will, darf daher nicht wegsehen, wenn Menschen
28 aufgrund ihrer Herkunft, Sprache oder politischen Überzeugung verfolgt werden.
29 Besonders die Kurd*innen und Alevit*innen sind seit Jahrzehnten mit massiver
30 Repression, politischer Verfolgung und kultureller Unterdrückung konfrontiert. Unsere
31 Solidarität mit den in der Türkei lebenden Minderheiten darf nicht von
32 parteipolitischen Opportunitäten abhängen. Eine demokratische und gerechte Türkei ist
33 ohne eine politische Lösung der Minderheitenfrage insbesondere im Hinblick auf
34 Kurd*innen, Alevit*innen, Armenier*innen, Christ*innen, Jüd*innen und queere
35 Communities nicht denkbar.
36 Wir fordern, dass die Rechte ethnischer, religiöser und sexueller Minderheiten
37 umfassend geschützt und gesetzlich verankert werden. Dazu gehören kulturelle und

38 sprachliche Selbstbestimmung, faire politische Repräsentation und die strafrechtliche
39 Verfolgung von Diskriminierung und Hassgewalt. Eine solidarische Außenpolitik muss
40 die Achtung der Minderheitenrechte zur Bedingung für jede Form politischer,
41 wirtschaftlicher oder militärischer Zusammenarbeit mit der türkischen Regierung
42 machen.

43 Unsere Solidarität gilt daher besonders denjenigen, die sich für die Rechte der
44 Kurd*innen und Alevit*innen, für Frieden und für ein demokratisches Miteinander
45 einsetzen - darunter die Mitglieder und Unterstützer*innen der DEM-Partei (ehemals
46 HDP), die trotz systematischer Kriminalisierung, Parteiverbote und politischer
47 Prozesse unabirrt für Demokratie und Minderheitenrechte eintreten.

48 Denn klar ist: Eine demokratische Zukunft kann es nur geben, wenn alle Stimmen gehört
49 werden - ob türkische, kurdische, armenische, alevitische, jesidische oder Stimmen
50 anderer unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen in der Türkei. Eine gerechte
51 Gesellschaft entsteht dort, wo Vielfalt nicht unterdrückt, sondern als Stärke
52 verstanden wird. Unsere Solidarität gilt deshalb allen progressiven Kräften in der
53 Türkei, die gemeinsam für Freiheit, Gleichheit und ein friedliches Zusammenleben
54 kämpfen – gegen Autoritarismus, Nationalismus und Hass. Diese Toleranz und
55 Solidarität mit allen demokratisch kämpfenden Kräften in der Türkei erwarten wir auch
56 von ihnen untereinander. Nur gemeinsam kann die demokratische Bewegung in der Türkei
57 bestehen bleiben. Gemeinsam sind wir stärker - das gilt auch vor Ort.

58 **Die Türkei im Ausnahmezustand - autoritärer Umbau unter Erdoğan**

59 Im Juli 2016 erfolgte ein Militär-Putschversuch. Hierbei kam es insbesondere in
60 Istanbul und Ankara zu heftigen Gefechten durch Sicherheitskräfte der Regierung
61 gegenüber Zivilist*innen, bei denen 249 Menschen starben. Erdoğan reagierte auf diese
62 Ausschreitungen mit einer breit angelegten Verhaftungswelle. Über zehntausend
63 Menschen wurden seither verhaftet, über 125.000 Beamte*innen entlassen, sowie mehr als
64 2.700 Vereine, Medien und Bildungseinrichtungen geschlossen. Anschließend wurde durch
65 Erdogans Regierung ein Ausnahmezustand verhängt, welcher erst zwei Jahre später
66 aufgehoben wurde. Durch diesen Notstand erhielt er als Präsident die Befugnis, per
67 Dekret zu regieren und die Möglichkeit, über Jahre wichtige Entscheidungen ohne
68 Zustimmung des Parlamentes zu treffen. Die Opposition bezeichnete diesen
69 Ausnahmezustand als "zivilen Putsch und Hexenjagd gegen Regierungskritiker".

70 Im April 2017 ließ Erdoğan mithilfe eines Verfassungsreferendums ein Präsidialsystem
71 einführen, welches das parlamentarische System abschaffte. Durch diesen Wechsel wurde
72 die Kontrolle des Parlaments und die Justiz stark eingeschränkt. Seither ist davon
73 auszugehen, dass die Rechtsprechung und das Justizsystem in der Türkei nicht mehr
74 unabhängig sind. **Diesen antideokratischen Kurs kritisieren wir Jusos.**

75 Erdoğan gewann im darauffolgenden Jahr in einer Allianz aus AKP (Adalet ve Kalkınma
76 Partisi, deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) und der ultra-
77 nationalistischen MHP (Milliyetçi Hareket Partisi) erneut die Präsidentschaftswahl
78 und konnte so seine Macht sichern. Die Repressionen durch Erdogan und seine
79 Regierung, die über Jahre hinweg stattfinden, haben dazu geführt, dass die Türkei im
80 Rechtsstaatlichkeitsindex 2020 nur den 107. Platz von 128 Ländern belegt hat.

81 Seit vielen Jahren werden in der Türkei immer wieder Journalist*innen,

82 Politiker*innen, Aktivist*innen und Menschenrechtsaktivist*innen aufgrund von
83 haltlosen Anschuldigungen festgenommen. So wurden beispielsweise der ehemalige HDP-
84 Vorsitzende Selahattin Demirtaş und viele weitere Abgeordnete der linken HDP
85 (Halkların Demokratik Partisi) wegen angeblicher öffentlicher Aufstachelung im Jahr
86 2016 inhaftiert. Viele sitzen noch immer in Edirne im Gefängnis. Im Fall Demirtaş hat
87 der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sogar bereits 2020 geurteilt, dass es
88 sich um eine politische Inhaftierung handelt und Demirtaş freizulassen ist. Dieses
89 Urteil wird von der türkischen Regierung trotz Mitgliedschaft im Europarat ignoriert.
90 Durch das Ausschalten politischer Konkurrenz wie Demirtaş werden Wahlen zunehmend zu
91 einer reinen Inszenierung von Legitimation für den amtierenden Staatspräsidenten.
92 Neben willkürlichen Verhaftungen seitens der AKP-Regierung wird auch Druck auf
93 Grundrechte wie die Presse- und Meinungsfreiheit, aber auch die Versammlungs- und
94 Demonstrationsfreiheit ausgeübt.
95 Nach mehr als 22 Jahren ein Lichtblick: Die CHP hat im Jahr 2024 die Kommunalwahlen
96 in der Türkei gewonnen und regiert seitdem in den wichtigsten und wirtschaftlich
97 stärksten Städten und Gemeinden in der Türkei. Noch immer liegt die CHP in Umfragen
98 deutlich vor der AKP. Doch insbesondere seit März 2025 wurden dutzende
99 Bürgermeister*innen, hunderte Parteimitglieder und tausende weitere Menschen
100 verhaftet. Die Vorwürfe: Korruption, Erpressung, Betrug, Terrornähe oder Spionage. Im
101 Zentrum dessen, die Inhaftierung des Oppositionsführers, CHP-
102 Präsidentschaftskandidaten und Istanbuler Oberbürgermeister Ekrem İmamoğlu. Seit mehr
103 als sechs Monaten sitzt er nun schon wegen haltlosen Korruptions- und Terrorvorwürfen
104 in Untersuchungshaft. Doch nicht nur das. Ihm wurde auch sein Universitätsabschluss
105 aberkannt, welcher eine Voraussetzung für eine Präsidentschaftskandidatur ist. Die
106 Verhaftung İmamoğlus und zahlreicher weiterer Bürgermeister*innen und
107 Lokalpolitiker*innen zeigen einen zentralen Wendepunkt der jüngeren Geschichte der
108 Türkei, die offene Umwandlung des Rechtsstaats in ein repressives Herrschaftssystem,
109 geführt von Recep Tayyip Erdoğan. Die politisch motivierte Inhaftierung des
110 Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu ist kein rechtsstaatlicher Akt, sondern
111 Teil einer Strategie, politische Gegner*innen gezielt aus dem Weg zu räumen.
112 Insbesondere solche, die dem amtierenden Präsidenten bei zukünftigen Wahlen
113 gefährlich werden könnten. Der Versuch, İmamoğlu durch den Entzug seiner
114 Hochschulabschlüsse zusätzlich zu diskreditieren, zeigt, wie weit die Regierung
115 bereit ist zu gehen, um unliebsame Stimmen mundtot zu machen.
116 Vor wenigen Wochen der traurige Höhepunkt. Der Istanbuler CHP-Vorsitzende Özgür Çelik
117 wurde wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten bei seiner Wahl auf dem letzten Parteitag
118 aus dem Amt entfernt und durch mehrere Zwangsverwalter ersetzt. Mit 5.000
119 Einsatzkräften hat die türkische Polizei daraufhin unter Einsatz von Schlagstöcken
120 und Tränengas gegen tausende Demonstrant*innen die CHP-Zentrale in Istanbul gestürmt.
121 Das zeigt, dass wenn Erdoğan die Opposition nicht politisch besiegen kann, er
122 versucht, sie mit autoritären und repressiven zu brechen. Doch nicht nur das, in
123 diesem Zeitraum wurde ebenso ein mehrtägiges Demonstrationsverbot erlassen und der
124 Zugang zu sozialen Medien gedrosselt, damit die Kommunikation unter den
125 Demonstrant*innen erschwert wird. Diese Vorkommnisse zeigen, dass es ganz konkret um
126 den Fortbestand und die Funktionsfähigkeit der größten Oppositionspartei der Türkei,
127 der CHP, geht. Denn nicht nur Özgür Çelik, sondern auch Parteichef Özgür Özel und
128 seinem Vorstand drohte die Absetzung zugunsten einer vom Gericht bestimmten

129 Zwangsverwaltung. Die nächsten Wochen sind darüber entscheidend, ob in der Türkei
130 weiterhin ein Mehrparteiensystem existiert, oder ob Erdogan es schafft, die Türkei
131 ein großes Stück weiter auf dem Weg zu einer Autokratie zu führen.

132 Hoffnung und Widerstand - die demokratische Bewegung in der Türkei

133 Gerade junge Menschen, Aktivist*innen und Studierende tragen die Proteste gegen die
134 AKP-Regierung, für die Freilassung der inhaftierten Oppositionellen und für eine
135 bessere Zukunft. Sie sind der Motor der gesamten Bewegung, denn wenn Erdogan weiter
136 regieren sollte, gibt es für sie keine Perspektiven mehr. Wöchentlich demonstrieren
137 Tausende auf den Straßen der Großstädte und Kommunen und fordern Erdogans Rücktritt.
138 Unter dem Slogan "Hak, hukuk, adalet" (Recht! Gesetz! Gerechtigkeit!) sind sie laut
139 auf den Straßen und fordern Freiheit und Demokratie. Für die Organisation und die
140 Verbreitung über die derzeitige Lage in der Türkei benutzen die jungen Aktivist*innen
141 vor allem die sozialen Medien. Denn die Massenmedien sind durch die AKP-Regierung
142 beeinflusst. Dies führt dazu, dass die regierungskritischen Proteste entweder gar
143 nicht gezeigt oder die Erzählung verbreitet wird, dass die Jugendlichen grundlos auf
144 Sicherheitskräfte losgehen würden.

145 Türkische rechtsextreme Netzwerke in Deutschland

146 Die "Ülküü-Bewegung", auch "Graue Wölfe-Bewegung", ist eine rechtsextreme Bewegung
147 mit ultranationalistischem, antisemitischem, antikurdischem und rassistischem
148 Gedankengut. Dieses Gedankengut spiegelt sich im Idealbild der Bewegung wider, die
149 sich ein „großtürkisches Reich“ namens „Turan“ vorstellt. Diese rechtsextreme
150 Bewegung ist jedoch nicht auf die Türkei beschränkt. Ihre politische Einflussnahme
151 sowie die Bedrohungen und Einschüchterungen erstrecken sich bis nach Deutschland.
152 Schätzungen besagen, dass sie sich in Deutschland aus 11000 Mitgliedern und einer
153 unbekannten Zahl an Sympathisant*innen zusammensetzt. Zwischen den Ülküü und Erdogan
154 sowie seinem Koalitionspartner, der MHP, bestehen enge Verbindungen. Wegen dieser
155 engen Verbindungen, kann die Graue Wölfe-Bewegung als der verlängerte Arm der
156 türkischen Regierung in Deutschland angesehen werden. Der antideokratische
157 Staatumbau unter Erdogan betrifft uns in Deutschland auch ganz direkt. Wir sind
158 daher in Verantwortung, gegen diese rechtsextremen Verbündeten Erdogans vorzugehen
159 und bekräftigen unseren Beschluss K02 vom Bundeskongress 2022: Die Bundesregierung
160 muss entschlossen gegen die "Ülküü-Bewegung" vorgehen und Verbote gegen alle ihr
161 nahestehende Organisationen erwirken!
162 Darüber hinaus suchen wir, insbesondere im Kampf gegen die "Ülküü-Bewegung" in
163 Deutschland die Zusammenarbeit mit Demokratie unterstützenden und antifaschistische
164 Bildungsarbeit betreibenden Organisationen und Vereinen, etwa dem CHP-Dachverband
165 Deutschland, kurdischen und alevitischen Gemeinschaften vor Ort. Gemeinsam treten wir
166 für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und den Schutz von Frauen und Minderheiten,
167 insbesondere Kurd*innen, Alevit*innen, LGBTQI+) ein und verstehen diese Werte als
168 gemeinsame Grundlage unseres Handelns.

169 Die internationale Verantwortung Deutschlands und Europas

170 Europa und insbesondere Deutschland dürfen angesichts der antideokratischen
171 Entwicklungen in der Türkei nicht schweigen. Deswegen fordern wir ganz konkret:

- 172 **1. Die sofortige Freilassung von Ekrem İmamoğlu sowie aller weiteren inhaftierten**
- 173 **Oppositionellen und Aktivist*innen.** Politische Verfolgung darf keinen Platz in
- 174 einem demokratischen System haben. Auch die Prozesse gegen Personen wie Osman
- 175 Kavala, Selahattin Demirtaş und Enes Hocaoğulları müssen endlich beendet werden.
- 176 Alle Personen, die während der Proteste gegen die Verhaftung İmamoğlus verhaftet
- 177 worden sind, haben von ihren demokratischen Rechten Gebrauch gemacht und sind
- 178 unverzüglich freizulassen.
- 179 **2. Die Wiedereinsetzung unrechtmäßig abgesetzter Bürgermeister*innen.**
- 180 **3. Die Rückgabe der Universitätsabschlüsse.** Durch den willkürlichen Entzug von
- 181 Universitätsabschlüssen zerstört die türkische Regierung Existenzen, nicht nur
- 182 von Politiker*innen, sondern auch von kritischen Stimmen aus der
- 183 Zivilgesellschaft, beispielsweise an Universitäten. Die Betroffenen müssen ihre
- 184 Abschlüsse daher umgehend wieder zurückerhalten und diese willkürliche Maßnahme
- 185 muss in Zukunft unterlassen werden.
- 186 **4. Eine klare und kritische Haltung der Bundesregierung sowie der SPD gegenüber der**
- 187 **türkischen Regierung.** Diplomatische Zurückhaltung darf nicht dazu führen, dass
- 188 Menschenrechtsverletzungen hingenommen werden.
- 189 **5. Gezielte Sanktionen gegen Regierungs- und Justizvertreter*innen, die für**
- 190 **Menschenrechtsverletzungen und politische Prozesse verantwortlich sind.**
- 191 **6. Mehr Schutz und Unterstützung für bedrohte Aktivist*innen aus der Türkei.**
- 192 Deutschland und die EU müssen verfolgten Journalist*innen, Oppositionellen und
- 193 Studierenden Aufnahme und Schutz gewähren.
- 194 **7. Stärkere Zusammenarbeit mit demokratischen Kräften vor Ort.** Wir setzen uns für
- 195 mehr Austausch mit kommunalen Verwaltungen wie beispielsweise der Stadt
- 196 Istanbul, zivilgesellschaftlichen Organisationen und regierungskritischen
- 197 Jugendinitiativen in der Türkei ein.
- 198 Die Menschen in der Türkei kämpfen unter autokratischen und menschenfeindlichen
- 199 Bedingungen für Freiheit und Demokratie. Ihre Stimme darf nicht ungehört bleiben. Wir
- 200 Jusos bekennen uns dazu, diesen Kampf für die Demokratie sichtbar zu unterstützen –
- 201 mit klaren Worten, konkreten Maßnahmen und gelebter internationaler Solidarität!

Antrag G01: Keine Steuerschlupflöcher für Patriarchat und Diskriminierung – Gemeinnützigkeit reformieren

Antragsteller*in:	Jusos Baden-Württemberg (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 Im Grundgesetz lautet es in Art. 3 Absatz 2 „Männer und Frauen sind
2 gleichberechtigt.“ Weiter heißt es: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung
3 der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung
4 bestehender Nachteile hin.“ Trotzdem entlastet der Staat immer noch jährliche
5 dutzende vermeintlich gemeinnützige Vereine steuerlich, welche Menschen aufgrund
6 ihres Geschlechts, ihrer Herkunft oder ihrer sexuellen Orientierung grundsätzlich
7 ausschließen.

8 Deshalb fordern wir eine Anpassung des Gemeinnützigkeitsrechts, um patriarchale und
9 diskriminierende Strukturen nicht weiter gesellschaftlich zu bevorteilen.

10 Dabei ist klar, dass die Vereinsfreiheit in Art. 9 GG geschützt wird. Die staatliche
11 Anerkennung eines Vereins als gemeinnützig bezieht sich allerdings allein auf die
12 herausragende Stellung, die die Öffentlichkeit dem Verein anerkennt.

13 Deshalb soll die Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen weiterhin regelmäßig
14 auf Basis ihrer tatsächlichen Arbeit überprüft und festgestellt werden. Ziel der
15 Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen ist es, Vereinstätigkeiten, die auf die
16 Förderung der Allgemeinheit gerichtet sind, steuerlich zu entlasten. So sind
17 gemeinnützige Vereine von der Körperschaftssteuer befreit.

18 Neben der regelmäßigen Überprüfung der Vereine auf ihre Gemeinnützigkeit, bei der die Finanzämter die tatsächliche und satzungsmäßige Tätigkeit abgleichen, oder bei der nächsten erstmaligen Überprüfung der Gemeinnützigkeit sind Vereinskooperationen prüfen, um zu verhindern, dass diskriminierende Vereine durch „neutrale“ Vorzeigevereine ihr Handeln verschleiern. Solch ein Vorgehen kann beispielsweise bei Studierendenverbündungen und ihren sogenannten Hausvereinen betrachtet werden. Ausnahmen, bei denen „biologische Unterschiede die unterschiedliche Behandlung zwingend erforderlich machen“ könnten, wie es das Bundesverfassungsgericht formuliert und wie es bei Sport- oder Gesangsvereinen der Fall sein könnte, müssen diskutiert werden. Vereine, die Schutzzäume für FINTA*-Personen bieten, sollten ebenfalls gesondert betrachtet werden. Dabei darf jedoch nicht auf Stereotypen, Erwartungen oder Zuweisungen abgestellt werden.

30 Im Gegenzug soll die Anerkennung von gemeinnützigen Tätigkeiten zur Förderung von
31 Freiheitsrechten und Demokratie gestärkt werden.

32 In diesem Zusammenhang stellen wir auch fest, dass Gewerkschaften, die nicht als
33 gemeinnützige Verbände anerkannt werden können, aktuell Nachteile dadurch erfahren.
34 Daher fordern wir, dass Arbeitnehmerverbände steuerrechtlich wie gemeinnützige
35 Verbände und Vereine behandelt werden, ohne dass sie dafür die Gemeinnützigkeit
36 beantragen müssen. Dies soll auch bestehende Nachteile in der Finanzierung von
37 Jugendleiter*innen beheben.

Begründung

Zwar schützt Art. 9 GG auch die Vereinigungsfreiheit von Vereinen, die sich entschieden haben, nur aus Mitgliedern eines Geschlechts zu bestehen, jedoch muss und darf ein solcher Verein nicht von staatlicher Seite per se als gesellschaftlich nützlich angesehen werden. Nicht nur verstößt der Staat bei der Förderung solcher Vereine gegen die aktive Aufforderung des Grundgesetzes geschlechterbezogene Nachteile zu bekämpfen, sondern auch repräsentieren speziell reine „Männerbünde“ ein aus der Zeit gefallenes Gesellschaftsbild und leisten dem Aufrechterhalten von patriarchalen Strukturen und Denkweisen Aufschub.

Ziel der Anerkennung der Gemeinnützigkeit von Vereinen ist es, Vereinstätigkeiten, die auf die Förderung der Allgemeinheit gerichtet sind, steuerlich zu entlasten. So sind gemeinnützige Vereine von der Körperschaftssteuer befreit.

Eine Rechtfertigung oder begründete Ausnahmen von Gleichberechtigung für einen Großteil der gemeinnützigen Zwecke, die ein Ausschließen von insbesondere FLINTA*-Personen nötig machen würde, gibt es nicht.

Besonders kritisch sind solche Vereine zu betrachten, welche ihr diskriminierendes Handeln hinter Deckvereinen verstecken. Studierendenverbindungen führen ihre Häuser häufig über sogenannte Hausvereine, welche satzungsmäßig diskriminierungsfrei ausgestaltet sind, um steuerliche Vorteile zu genießen. Dass die Verbindungen selbst am Geschlecht differenzieren, bleibt dann oft bei der Entscheidung über Gemeinnützigkeit unbeachtet. Eindrucksvoll zeigte sich dies jüngst bei der antisemitischen und rechtsextremen Heidelberger Burschenschaft Normannia, dessen Haus durch den als gemeinnützig eingetragenen Verein „Studentenwohnheim Stückgarten e.V.“ getragen wurde. [1]

Inwiefern Ausnahmen für Vereine getroffen werden könnten, welche beispielsweise auf sportliche Leistungen gerichtet wird, muss sachlich diskutiert werden. Fraglich ist aber, ob auch hier ein solcher Zweck das kategorische Ausschließen eines Geschlechts rechtfertigen kann. [2]

Zur geschlechterbezogenen Diskriminierung gab es schon eine Reihe von Gerichtsurteilen, die staatliche Förderung z.B. aufgrund des Ausschlusses von Frauen entzogen. Folglich gilt es, die anerkannte Rechtsprechung in legislative Form zu bringen, um nicht nur für Vereine, sondern auch für die staatlichen Stellen, welche über Gemeinnützigkeit von Vereinen entscheiden müssen, Rechtssicherheit zu schaffen.

Während aber diskriminierende Vereine Steuerschlupflöcher ausnutzen und dem Gemeinwesen damit einen erheblichen Schaden zufügen, blicken hingegen andere Vereine, die sich für Demokratie,

Menschenrechte oder Anti-Diskriminierung einsetzen, in eine vage Zukunft. Denn gerade Vereine, die sich gesellschaftspolitisch im Sinne des Grundgesetzes engagieren, sind der Gefahr ausgesetzt, dass sie unter den Ausschluss der Gemeinnützigkeit aufgrund politischer Tätigkeit fallen. Hier trennt der Gesetzgeber nicht konsequent. Gerade in Zeiten des steigenden Rechtsextremismus in Deutschland sollte die Bewertung der Gemeinnützigkeit von Vereinen stärker über den Zweck und die tatsächliche Tätigkeit beurteilt werden, anstatt die Beteiligung am politischen Willensbildungsprozess von vorneherein durch finanzielle Sanktionen zu unterbinden. Gerade deshalb haben sich insbesondere in letzter Zeit ein breites Bündnis aus mehr als 100 Vereinen, welche sich unter anderem im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, an die Bundesregierung gewandt, mit der Forderung, hier Abhilfe zu schaffen. [3]

[1] Muss „Normannia“ ihr Haus abgeben? (mannheimer-morgen.de)

[2] WD-4-069-17-pdf-data.pdf (bundestag.de)

[3] Brief an Kanzler: Vereine sehen Arbeit gegen Rechtsextremismus bedroht | tagesschau.de

Antrag G02: Gegen den Druck von Antifeminist*innen - Intersektionales Erinnern an sog. Trostfrauen!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

1 TW: Sexualisierte Gewalt

2 Sogenannte "Trostfrauen" bezeichnen bis zu 200 Tausend Mädchen und Frauen aus dem

3 gesamten Asien-Pazifik-Raum, die während des Zweiten Weltkrieges durch das japanische

4 Militär verschleppt, missbraucht und sexuell versklavt wurden. Sie wurden in

5 sogenannten „Militärbordellen“ oder „Troststationen“ massenhaft vergewaltigt und

6 oftmals unter falschen Versprechungen angeworben, gewaltsam entführt oder durch

7 Zwangsrekrutierungen in das System integriert. Die Geschichte der sog. Trostfrauen

8 wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lange verschwiegen und Akten, Unterlagen

9 und Beweise gezielt vernichtet. Die wenigen Opfer, die es zurück schafften, schwiegen

10 aus Angst vor sozialer Ächtung über die traumatischen Erfahrungen. Erst in den späten

11 1980er Jahren begann eine öffentliche Diskussion über das Thema, nach dem betroffene

12 Frauen ihre Geschichten erzählten. Reaktionäre Gruppen in Japan und Südkorea leugnen

13 diese Tatsachen und fordern den Abbau der Statuen, die an verschiedenen Orten auf der

14 Welt an die Opfer erinnern.

15 Im Jahr 2012 wurde ein Antrag für eine Resolution zu den sog. "Trostfrauen" im

16 Deutschen Bundestag mit dem Titel "Anerkennung und Wiedergutmachung des Leids der

17 „Trostfrauen“ (Drucksache 17/8789) behandelt, dieser wurde durch die damals

18 regierende schwarz-gelbe Koalition jedoch abgelehnt. Die SPD-Bundestagsfraktion war

19 wesentlich an diesem Antrag beteiligt. Das Europäische Parlament hat bereits im Jahr

20 2007 eine Resolution mit dem Titel "Gerechtigkeit für die Trostfrauen" verabschiedet,

21 die von Aktivist*innen, die zu dem Thema arbeiten, gelobt wird.

22 Das Erinnern an sexualisierte Gewalt in Konflikten darf nicht durch Konservative und

23 Liberale blockiert werden. Es wird höchste Zeit, dass sich nach dem Europäischen

24 Parlament auch der Deutsche Bundestag endlich offiziell in dieser Sache positioniert.

25 In der besonderen historischen und erinnerungspolitischen Verantwortung an die

26 Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges kommt hier der deutschen Gesellschaft eine

27 besondere Verantwortung des Gedenkens zu. Dieser Verantwortung sind die deutschen

28 Bundesregierungen bisher nicht ausreichend gerecht geworden, sodass die politische

29 Auseinandersetzung um eine angemessene Übernahme von Verantwortung bis heute anhält.

30 Zudem erkennen wir an, dass die deutsche Wehrmacht ähnlich gelagerte Kriegsverbrechen

31 an Frauen begangen hat, diese nur unzureichend aufgeklärt sind und keinerlei

32 Entschädigungen geleistet wurden.

33 • Daher fordern wir einen Antrag auf eine Resolution des Deutschen Bundestags zur

34 Bekundung seiner Solidarität mit denjenigen, die während des Zweiten Weltkriegs

35 Opfer des Systems der so genannten Trostfrauen waren.

36 Für Aktivist*innen, die sich für das Gedenken an die sog. Trostfrauen einsetzen,

37 würde eine solche Resolution eine bessere Grundlage schaffen, um sich gegen Angriffe

38 zu wehren. So stehen auf der ganzen Welt "Friedensstatuen", die an die sog.

39 Trostfrauen erinnern. Sie sind Symbol für eine transnationale, feministische,
40 antirassistische und dekoloniale Erinnerungspolitik. An vielen Orten wird dieses
41 Erinnern durch Politik und Verwaltung verhindert oder erschwert. So wurde eine
42 Friedensstatue in Kassel abgebaut und die Friedensstatue in Berlin-Moabit steht seit
43 Jahren unter Druck, da die zuständige Bezirksbürgermeisterin von den Grünen nach
44 intensivem Druck der japanischen Regierung auf höchster Ebene, verkündet hat, die
45 Statue abbauen lassen zu wollen. Wenn antifeministische und
46 geschichtsrevisionistische Ansichten und Bewegungen weltweit zunehmen, müssen wir uns
47 klar positionieren und solidarisieren: Niemals dürfen wir als Feminist*innen und
48 Antifaschist*innen dem Druck der Täter nachgeben. Es ist unsere Pflicht, zu erinnern
49 und zu mahnen.

50 Daher fordern wir:

- 51 • Den Erhalt aller Friedensstatuen sowie die Möglichkeit zum Wiederaufbau der
52 abgebauten Statuen im öffentlichen Raum.
- 53 • die Aufstellung einer Friedensstatue, die als Erinnerungsort der deutschen
54 Gewaltverbrechen an sogenannten Trostfrauen während des zweiten Weltkriegs
55 erinnert.
- 56 • Eine auskömmliche Förderung der Projekte, die anhand der Geschichte der sog.
57 Trostfrauen über sexualisierte Gewalt aufklären und an diese erinnern.
- 58 • Solidarität mit den Aktivist*innen, die sich für das Gedenken an die sog.
59 Trostfrauen einsetzen.
- 60 • dass sich auf internationaler Ebene und in diplomatischen Gesprächen mit der
61 japanischen Regierung für eine nachhaltige Anerkennung der Verbrechen und ein
62 würdiges Erinnern an die sog. Trostfrauen eingesetzt wird. Damit muss auch das
63 politische Bekenntnis von Reparation an Betroffene und ihre Nachfahren verbunden
64 sein.
- 65 • Eine Unterstützung der Aufarbeitung und der Erinnerung an sexualisierte Gewalt.
66 Erinnerungsarbeit ist ein wichtiger Bestandteil für Aufklärung und erster Schritt hin
67 zu Verbesserungen für die Zukunft. Das “Phänomen” der sogenannten Trostfrauen ist
68 keines, was im zweiten Weltkrieg erstmalig oder einmalig auftrat. Vielmehr ist es
69 eine verachtenswerte Begleiterscheinung in vielen kriegerischen Auseinandersetzungen
70 auf der ganzen Welt, auch heute noch - etwa im Krieg zwischen der Ukraine und
71 Russland. Die Idee, dass Frauen Soldaten “zur Verfügung” stehen, damit diese ihren
72 “Sexualtrieb” ausüben können, verurteilen wir zutiefst und stehen solidarisch an der
73 Seite aller Frauen, die in der Vergangenheit und Gegenwart sexualisierte, misogynie
74 Gewalt erfahren haben.

Antrag I04: Die Scham muss die Seite wechseln: Gegen das strafrechtliche und gesellschaftliche Versagen im Umgang mit sexualisierter Gewalt!

Antragsteller*in:	Jusos Saar (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 **Trigger Warning:** Der folgende Text enthält explizite Schilderungen und Analysen zu
2 sexualisierter Gewalt. Es geht um Vergewaltigung, psychische Belastungen und
3 strukturelles Schweigen. Der Text kann retraumatisierend wirken.

4

5 Sexualisierte Gewalt zählt zu den gravierendsten Menschenrechtsverletzungen. Sie ist
6 kein Randphänomen, keine Abweichung von der Norm, kein bedauerlicher Einzelfall, der
7 mit Entsetzen zur Kenntnis genommen werden darf, nur um anschließend zur Tagesordnung
8 überzugehen. Sexualisierte Gewalt ist ein strukturelles und systemisches Problem, das
9 in allen gesellschaftlichen Schichten, Milieus und Institutionen vorkommt. Sie ist
10 Ausdruck tief verwurzelter Machtverhältnisse, geschlechtlicher Hierarchien und
11 kultureller Muster, die in patriarchalen und autoritären Strukturen ihren Ursprung
12 haben. Die Gewalt geschieht täglich, mitten unter uns, häufig im familiären Umfeld,
13 in Partner*innenschaften, in Bildungseinrichtungen, am Arbeitsplatz oder im digitalen
14 Raum. Die Täter*innen sind oft keine Fremden, sondern Personen aus dem direkten oder
15 erweiterten sozialen Umfeld der Betroffenen. Diese Alltäglichkeit macht sexualisierte
16 Gewalt besonders perfide: Sie gedeiht im Vertrauten, im Gewöhnlichen, in Räumen, die
17 eigentlich Schutz bieten sollten.

18 Die polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2024 weist 13.320 registrierte Fälle
19 von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und besonders schweren Übergriffen aus. Das
20 entspricht einem Anstieg von 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die
21 Häufigkeitszahl liegt nun bei 16,1 Fällen pro 100.000 Einwohner*innen. Der Anstieg
22 der Zahlen in der PKS um 9,3 Prozent darf nicht zwangsläufig als Hinweis auf erhöhten
23 Handlungsbedarf verstanden werden: Die Veränderungen in der PKS spiegeln nicht
24 zwingend eine reale Zunahme von Kriminalität wider, sondern können auch darauf
25 hindeuten, dass mehr Fälle durch Anzeigen bei der Polizei erfasst wurden. Diese
26 Zahlen sind daher zwar erschütternd, aber sie zeigen nur die Spitze des Eisbergs. Es
27 handelt sich um das sogenannte Hellfeld, also jene Fälle, die überhaupt zur Anzeige
28 gebracht, der Polizei bekannt und als Sexualdelikte erfasst wurden. Fachleute aus
29 Kriminologie, Sozialarbeit und Traumaforschung schätzen, dass über 90 Prozent aller
30 sexualisierten Gewalttaten niemals zur Anzeige kommen. Die Dunkelziffer ist hoch, die
31 tatsächliche Dimension der Gewalt erschütternd.

32 Die Gründe für dieses Schweigen sind vielfältig: Angst vor Stigmatisierung,
33 Misstrauen gegenüber der Justiz, Sorge vor Repressalien, tief verwurzelte
34 Schamgefühle und die Erfahrung, dass Betroffene häufig nicht geglaubt wird. Viele
35 Überlebende berichten, dass sie sich nach dem Übergriff nicht nur verletzt, sondern
36 auch isoliert, beschämmt und entwürdigt fühlten, nicht nur durch die Tat selbst,
37 sondern durch die Reaktionen ihres Umfeldes. Was geschieht oder eben nicht geschieht

38 nach der Tat, ist oft ebenso zerstörerisch wie die Tat selbst.

39 Obwohl die offizielle polizeiliche Aufklärungsquote bei über 84 Prozent liegt, münden
40 nur wenige Anzeigen in tatsächliche Verurteilungen. Dieser statistische Widerspruch
41 offenbart ein zentrales Problem im Umgang der Justiz mit sexualisierter Gewalt.

42 Betroffene müssen sich einer oft retrraumatisierenden Beweisaufnahme aussetzen, bei
43 der ihre Glaubwürdigkeit auf entwürdigende Weise überprüft wird. Sie werden mit
44 Fragen konfrontiert, die ihre Aussagen relativieren sollen: Warum hast du nicht
45 geschrien? Warum bist du nicht wegelaufen? Warum hast du die Situation nicht früher
46 gemeldet? Diese Fragen reproduzieren das uralte Narrativ, dass „echte“ Opfer sich auf
47 eine bestimmte Weise zu verhalten haben. Wer nicht in dieses Bild passt, wird schnell
48 verdächtigt zu lügen oder zu übertreiben.

49 Hier zeigt sich eine eklatante Unkenntnis über die neurobiologischen Reaktionen des
50 Körpers in Extremsituationen. Viele Überlebende berichten, dass sie während des
51 Übergriffs weder weinen noch schreien konnten. Sie waren wie gelähmt, konnten keinen
52 klaren Gedanken fassen und sich nicht bewegen. Diese sogenannte Schockstarre, die in
53 der Fachliteratur als „Tonic Immobility“ bezeichnet wird, ist eine gut dokumentierte,
54 automatische Reaktion des Nervensystems. Sie ist vergleichbar mit dem Totstellreflex
55 bei Tieren und tritt insbesondere dann auf, wenn Flucht oder Gegenwehr als
56 aussichtslos erlebt werden. Es handelt sich dabei um keinen Ausdruck von Zustimmung
57 oder Passivität, sondern um eine überlebensbiologische Schutzreaktion. Es gibt
58 darüber hinaus auch weitere wissenschaftlich beschriebene neurobiologische Reaktionen
59 wie das „Befriending“, also das „Gut-Stellen“ mit Täter*innen während oder nach der
60 Tat, die gesellschaftlich weit verbreitete Vergewaltigungsmythen widerlegen. Dass
61 diese und weitere Phänomene in der juristischen Praxis häufig nicht berücksichtigt
62 werden, ist Ausdruck institutioneller Ignoranz gegenüber medizinischem,
63 psychologischem und traumapädagogischem Wissen. Abweichungen in der Erinnerung oder
64 leicht unterschiedliche Schilderungen desselben Ereignisses werden beispielsweise
65 häufig als Hinweis auf mangelnde Glaubwürdigkeit interpretiert. Solche
66 Erinnerungslücken oder Veränderungen können jedoch auch durch Beeinträchtigungen des
67 Kurzzeitgedächtnisses in traumatischen Situationen entstehen und müssen daher nicht
68 gegen die Glaubwürdigkeit einer Aussage sprechen

69 Doch das systemische Versagen beginnt nicht erst im Gerichtssaal. Es beginnt im
70 sozialen Nahfeld der Betroffenen. In der Familie, im Freund*innenkreis, in der
71 Schule, am Arbeitsplatz. Viele Überlebende berichten, dass sie sich zunächst nur
72 wenigen Menschen anvertraut haben und selbst diese wenigen reagierten häufig mit
73 Unsicherheit, Distanz oder Schweigen. Es kamen keine Nachfragen, kein offenes Ohr,
74 keine ermutigenden Worte. Oft überwog das Bedürfnis, das Gesagte zu relativieren oder
75 zu ignorieren. Diese soziale Ausgrenzung verstärkt das Trauma. Sie sendet die
76 Botschaft: Du bist allein. Wir sehen dich nicht. Wir hören dich nicht. Diese Form der
77 sekundären Visktimisierung, also die zusätzliche Schädigung durch das soziale Umfeld,
78 ist eine unterschätzte Dimension sexualisierter Gewalt. Sie zeigt sich nicht nur im
79 persönlichen Umgang, sondern auch in institutionellen Reaktionen. Viele Schulen,
80 Universitäten, Krankenhäuser und Medienorganisationen verfügen über keine klaren
81 Handlungsleitlinien, wie im Fall von Anschuldigungen oder Verdachtsmomenten zu
82 verfahren ist. Strukturen des Wegschauens und Abwartens überwiegen, oft aus Angst vor
83 öffentlichem Imageschaden oder rechtlichen Konsequenzen.

84 Besonders deutlich wird dies in der medialen Berichterstattung über prominente Fälle.
85 Immer wieder lässt sich beobachten, wie Täter*innen in eine Opferrolle gerückt
86 werden, während Betroffene unter dem Generalverdacht der Falschbeschuldigung stehen.
87 Der öffentliche Diskurs konzentriert sich dann nicht auf die strukturelle Gewalt,
88 sondern auf vermeintliche Übertreibungen, auf „Karrieregeilheit“, auf „Hexenjagden“.
89 Die Frage, was ein Mensch durchmachen muss, um sich öffentlich gegen eine bekannte
90 Person zu stellen, wird selten gestellt. Stattdessen steht die Verteidigung der
91 sozialen Ordnung im Vordergrund und damit die Verteidigung einer Ordnung, in der die
92 Integrität mächtiger Männer höher bewertet wird als das Leid verletzter Menschen.
93 Sexualisierte Gewalt ist kein bloßes Kriminalitätsphänomen. Sie ist ein politischer
94 Skandal. Eine progressive, linke Analyse darf nicht stehen bleiben bei Forderungen
95 nach härteren Strafen oder besseren Beweismitteln. Sie muss tiefer gehen. Sie muss
96 hinterfragen, warum Täter*innen sich sicher fühlen können. Sie muss beleuchten, warum
97 gesellschaftliche Institutionen so häufig zum Schutzraum der Täter*innen und zum
98 Schweigeraum für die Opfer werden. Und sie muss anerkennen, dass das
99 gesellschaftliche Schweigen und Wegsehen kein neutraler Akt ist. Schweigen schützt
100 Täter*innen. Schweigen sichert Macht. Schweigen ist politisch.
101 Wenn ein Mensch sagt: „Ich weiß nicht, ob das wirklich Vergewaltigung war“, dann ist
102 das kein Zeichen mangelnder Urteilskraft. Es ist Ausdruck einer strukturell erzeugten
103 Unsicherheit. Denn unsere Gesellschaft vermittelt nicht die Botschaft, dass
104 Überlebende ihrer eigenen Wahrnehmung vertrauen dürfen. Vielmehr werden sie mit
105 subtilen und offenen Zweifeln konfrontiert: in Sprache, in Gestik, in
106 institutionellen Prozessen. Diese Zweifel sickern tief ein und erzeugen Scham,
107 Selbstdoubt, Schweigen.
108 Doch die Scham sollte nicht bei den Betroffenen liegen. Sie sollte bei einer
109 Gesellschaft liegen, die das Zuhören verlernt hat. Bei einem Rechtssystem, das
110 systematisch misstraut. Bei Medien, die Skandale inszenieren, aber strukturelle
111 Gewalt verschleiern. Bei Institutionen, die Täter*innen decken und Betroffene zum
112 Schweigen bringen. Wenn wir sexualisierte Gewalt wirksam bekämpfen wollen, dann
113 reicht es nicht, Empörung zu äußern. Dann müssen wir lernen, Verantwortung zu
114 übernehmen: individuell, institutionell, politisch.
115 Die Scham muss die Seite wechseln. Nicht länger sollen Überlebende sie tragen.
116 Sondern jene, die weghören, die vertuschen, die verharmlosen. Nur dann kann sich
117 etwas verändern. Nur dann ist Gerechtigkeit mehr als ein leeres Versprechen.

118 **Forderungen:**

119 Im Bereich des Strafrechts:

- 120 • die verpflichtende Einführung traumasensibler Fortbildungen für Polizei,
121 Staatsanwaltschaften, Gerichte und medizinisches Personal in Form einer
122 gesetzlichen Grundlage zur verpflichtenden Schulung von Beamten*innen und
123 Justizpersonal im Umgang mit sexualisierter Gewalt und Trauma. Hierzu soll das
124 Bundesministerium der Justiz in Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des
125 Innern eine entsprechende Novellierung der Richtlinien für das Strafverfahren
126 und das Bußgeldverfahren (RiStBV) sowie des § 4 Abs. 1 des Deutschen
127 Richtergesetzes (DRiG) vorbereiten. Die Länder sollen über eine
128 Bundesratsinitiative dazu verpflichtet werden, entsprechende Fortbildungsinhalte

- 129 auch in die Landespolizeigesetze und Aus- und Weiterbildungsordnungen zu
130 integrieren.
- 131 • die konsequente Anwendung des Konsensprinzips nach schwedischem Vorbild durch
132 eine Reform des § 177 StGB in der Weise, dass das Fehlen ausdrücklicher
133 Zustimmung den zentralen Maßstab für Strafbarkeit bildet, unabhängig von
134 erkennbarem körperlichen Widerstand. Das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ muss explizit
135 im Gesetz als objektives Tatbestandsmerkmal verankert werden, wie es schon in
136 Fällen verminderter Willensbildungsfähigkeit der Fall ist. Deutschland soll sich
137 an der Formulierung des schwedischen Sexualstrafrechts von 2018 orientieren, bei
138 dem sexuelle Handlungen ohne Zustimmung grundsätzlich strafbar sind. Eine
139 entsprechende Gesetzesinitiative im Bundestag ist durch die Bundesregierung
140 unverzüglich auf den Weg zu bringen.
 - 141 • Reform des § 184k: Jede Form von heimlichen Bildaufnahmen von den in § 184k StGB
142 genannten Körperbereichen muss strafbar sein. Darüber hinaus ist strafschärfend
143 zu berücksichtigen, wenn eine sexuelle Motivation hinter den Aufnahmen
144 nachgewiesen werden kann. Die Formulierung „weibliche“ Brust muss gestrichen und
145 durch den Brustbereich einer Person ersetzt werden.
 - 146 • die bundesweite Einführung der anonymen Spurensicherung ohne Anzeigepflicht
147 durch eine gesetzliche Verankerung einer bundesweiten Regelung zur anonymen
148 forensischen Spurensicherung in Fällen sexualisierter Gewalt, ohne dass eine
149 sofortige Strafanzeige notwendig ist. Dies kann durch Ergänzungen im Fünften
150 Sozialgesetzbuch (SGBV) zur Finanzierung im Rahmen der gesetzlichen
151 Krankenversicherung geschehen. Gleichzeitig sollen Länder über den Bundesrat
152 verpflichtet werden, ihre Landeskrankenhausgesetze entsprechend zu ergänzen und
153 den Zugang zur Spurensicherung flächendeckend sicherzustellen.
 - 154 • die Einrichtung spezialisierter Fachabteilungen für sexualisierte Gewalt bei
155 Staatsanwaltschaften, ausgestattet mit Fachpersonal für Traumafolgen,
156 gendersensible Rechtsprechung und Opferrechte. Eine solche Spezialisierung soll
157 analog zu den bestehenden Fachdezernaten für Wirtschafts- oder
158 Jugendkriminalität umgesetzt werden. Die Länderjustizverwaltungen sollen durch
159 eine Bundesratsentschließung verpflichtet werden, entsprechende Strukturen in
160 allen Generalstaatsanwaltschaften und mindestens einer Staatsanwaltschaft pro
161 OLG-Bezirk aufzubauen.
 - 162 • eine verfassungskonforme Reform der Verjährungsvorschriften in den §§ 78 und 78b
163 StGB. Bei Vergewaltigung und anderen Straftaten gegen die sexuelle
164 Selbstbestimmung gemäß §§ 174 bis 180 StGB soll die Verjährungsfrist vollständig
165 aufgehoben werden. Dies ist insbesondere mit Blick auf komplexe
166 Verarbeitungsprozesse und späte Aussagen erforderlich. Die Bundesregierung soll
167 eine entsprechende Änderung des StGB über eine Gesetzesinitiative im Bundestag
168 auf den Weg bringen.
 - 169 • eine Reform des sozialen Entschädigungsrechts. Die Leistung von Entschädigungen
170 darf nicht mehr zwingend von einer strafrechtlichen Verurteilung abhängig
171 gemacht werden. Es soll eine gesetzliche Vermutungsregel eingeführt werden,
172 wonach bei konsistenter Schilderung einer sexualisierten Gewalterfahrung und
173 fachlicher Bestätigung der Traumafolgen Entschädigungen gewährt werden. Es soll
174 ein staatlich finanziertes Härtefallfonds auf Bundesebene eingerichtet werden,

175 mit dem auch Betroffene unterstützt werden können, deren Fälle verjährt sind
176 oder nicht zur Anklage gebracht wurden. Eine entsprechende Bundesratsinitiative
177 zur Änderung der Gesetzeslage und zur Einrichtung des Fonds ist dringend
178 notwendig.

179 Darüber hinaus fordern wir:

- 180 • eine öffentlich finanzierte bundesweite, mehrsprachige Informations- und
181 Aufklärungskampagne zu Konsens, sexualisierter Gewalt und dem gesellschaftlichen
182 Umgang mit Betroffenen
- 183 • die Einführung verpflichtender Lehrmodule und kontinuierlicher Fortbildungen zu
184 sexualisierter Gewalt, Trauma und Kommunikation in allen pädagogischen,
185 medizinischen, juristischen und sozialen Ausbildungen.
- 186 • den flächendeckenden Ausbau von Beratungsstellen, Schutzwoningen,
187 Traumaambulanzen und Krisendiensten, besonders für FINTA*, queere, trans, inter,
188 rassifizierte und behinderte Menschen. Diese Angebote müssen zudem mehrsprachig
189 angeboten werden.
- 190 • die Schaffung von sicheren Anlaufstellen für Betroffene auf Veranstaltungen und
191 feste Implementierung in Sicherheitskonzepte.
- 192 • die Schaffung eines bundesweiten Solidaritätsfonds für Betroffene sexualisierter
193 Gewalt, der niedrigschwellige und unbürokratische Hilfe ermöglicht.
- 194 • die Einführung ethischer Standards für die mediale Berichterstattung über
195 sexualisierte Gewalt, mit Fokus auf Schutz der Betroffenen und Verhinderung
196 sekundärer Visktimisierung durch die explizite Verankerung im Presse-Kodex.
- 197 • die verpflichtende Auseinandersetzung politischer Parteien, Vereine, Verbände
198 und Institutionen mit sexualisierter Gewalt in ihren eigenen Reihen, inklusive
199 Ansprechpersonen und Handlungskonzepten. Hierfür soll das Bundesministerium für
200 Justiz ein Muster für Handlungskonzepte zur Verfügung stellen.

Antrag I06: Keine Deutschen nach Merz' Gnaden – Doppelstaatler*innen dürfen nicht zu Deutschen zweiter Klasse werden

Antragsteller*in:	Jusos NRW (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Die doppelte Staatsbürgerschaft steht unter Beschuss. Im Bundestagswahlkampf
2 liebäugelte die CDU mit dem Vorhaben, schweren Straftäter*innen bei einer doppelten
3 Staatsangehörigkeit die deutsche zu entziehen. Als Gründe hierfür werden explizit
4 antisemitische Straftaten, die Leugnung des israelischen Existenzrechts, sowie
5 extremistische Bestrebungen, welche unseren Normen zuwiderlaufen, als Gründe genannt.
6 Wir verurteilen jede Form von Antisemitismus und Extremismus entschieden. Deutlich
7 wird jedoch, dass die Argumentation der CDU von rassistischen Narrativen geprägt ist.
8 Wenn Merz von „importiertem Antisemitismus“ spricht und Migration als zentrale
9 Ursache benennt, dient dies weniger der Bekämpfung von Antisemitismus als vielmehr
10 der Stigmatisierung von Menschen mit Migrationsgeschichte und ihrer Ausbürgerung. Auf
11 diese Weise wird Antisemitismus in Deutschland einseitig externalisiert und weißen
12 Deutschen die Verantwortung dafür entzogen. Dem müssen wir uns entschieden
13 entgegenstellen. Das eigentliche Anliegen der CDU, Menschen mit einer doppelten
14 Staatsbürgerschaft abzuwerten, wurde nicht erst in diesem Januar deutlich. Schon 2022
15 stellte sich Friedrich Merz offen gegen die Pläne der Ampelkoalition, Menschen mit
16 Migrationshintergrund ohne einen deutschen Pass, schneller einbürgern Er sprach
17 damals davon, dass der deutsche Pass dadurch „verramtscht“ werden würde, eine Aussage,
18 gegen die wir uns entschieden stellen und die angestoßenen Vorhaben weiter
19 bekämpfen.
20 Dabei ist klarzustellen, dass Friedrich Merz damit auf einen „sichtbaren“
21 Migrationshintergrund abstellt, aus dem er eine mögliche doppelte Staatsbürgerschaft
22 erahnt. Fakt ist, dass Menschen mit Migrationshintergrund nicht zwangsläufig keinen
23 deutschen Pass haben, das ist eine falsche Annahme von Friedrich Merz.
24 Die Haltung der Union wurde zuletzt auch scharf von Jurist*innen kritisiert. Art. 16
25 Abs. 1 Satz 1 GG sieht vor, dass die deutsche Staatsbürgerschaft nicht entzogen
26 werden darf. Zwar ist ein Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft nach Art. 16 Abs. 1
27 Satz 2 GG möglich, wenn die betreffende Person dadurch nicht staatenlos wird, jedoch
28 ist es trotzdem umstritten, wann die Ausbürgerung gerechtfertigt ist und wann nicht.
29 2006 hat das Bundesverfassungsgericht sich umfassend mit der Abgrenzung zwischen dem
30 verbotenen Entzug und dem erlaubten Verlust befasst und hier nochmal betont, dass
31 Art. 16 im Grundgesetz eine direkte Folge aus der nationalsozialistischen
32 Vergangenheit Deutschlands ist und dadurch rassistisch und politisch motivierte
33 Ausbürgerung nicht stattfinden darf. Hierbei pochte das BVerfG auch darauf, dass bei
34 der Staatsbürgerschaft keine Rangordnung von besserer und minderwertiger
35 Zugehörigkeit existieren darf. Die Anerkennung der deutschen Staatsbürgerschaft bei
36 Doppelstaatler*innen als Sanktion für Straffälligkeit ist nicht mit dem Grundsatz
37 gleichberechtigter Zugehörigkeit im Grundgesetz vereinbar. Eine Einschätzung, die
38 auch vom Bundesinnenministerium geteilt wurde.

39 Zusätzlich muss betont werden, dass auch an ein abgeschlossenes
40 Einbürgerungsverfahren nicht die Bedingung geknüpft ist, dass auch in der Zukunft
41 eine Straffälligkeit ausbleibt. Deutsche Staatsbürger*innen werden auf Grundlage des
42 deutschen Strafrechts verurteilt. Straftaten deutscher Staatsangehöriger müssen nicht
43 über Fragen der Staatsangehörigkeit geregelt werden, sondern ausschließlich über das
44 Strafrecht.

45 Hier kann festgehalten werden, dass Friedrich Merz billige und rassistische
46 Stimmungsmache betreiben möchte, um Wähler*innen vom rechten Rand für sich zu
47 gewinnen. Dabei wird signalisiert dass Menschen mit Migrationsgeschichte Bürger*innen
48 zweite Klasser und nicht gleichwertige Mitglieder der Gesellschaft sind. Hiermit
49 bedient sich die Union einem rassistischen Narrativ, in der Menschen mit
50 Migrationsgeschichte stigmatisiert und kriminalisiert werden. Hiermit treibt die
51 Union ein Narrativ voran, welches betont, dass Menschen mit Migrationshintergrund und
52 einer doppelten Staatsbürgerschaft krimineller sind als Menschen, die nur eine
53 deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, und deswegen auch drakonischere Strafen zu
54 erwarten haben. Ganz nach dem Gusto: „Du bist hier in meinem Land und musst dich
55 dementsprechend benehmen.“ Dabei hat jede Person mit deutschem Pass die deutsche
56 Staatsbürgerschaft ohne Einschränkung. Besonders erschreckend in dem Zusammenhang
57 ist, dass die SPD zugelassen hat, dass diese Forderung ihren Weg in das, vor dem
58 schwarz-roten Koalitionsvertrag veröffentlichte, Sondierungspapier geschafft hat. Für
59 uns Sozialdemokrat*innen muss, sowohl vor unserer eigenen Geschichte der Verfolgung
60 und Ausbürgerung als auch aus Respekt für die Grundsätze der Gleichbehandlung und
61 Menschenwürde, klar sein, dass wir so ein Unterfangen niemals mittragen dürfen.
62 Sollte es zu einer Koalition zwischen Union und AfD auf Bundesebene kommen, liegt die
63 Vermutung nah, dass ein Gesetz, welches Doppelstaatler*innen die deutsche
64 Staatsbürgerschaft entziehen könnte, missbraucht werden würde, um ohnehin vulnerable
65 Gruppen weiter in Bedrängnis zu treiben.

66 Daher fordern wir:

- 67 • Den Erhalt der doppelten Staatsbürgerschaft und keine Erleichterung des Verlusts
68 der deutschen Staatsbürgerschaft.
- 69 • Eine klare Abgrenzung der SPD zu diesen Positionen der Union.
- 70 • Die Rückkehr zur von der Ampelregierung angestoßenen Reform des
71 Staatsangehörigkeitsrechts, welches Einbürgerung schon nach drei Jahren möglich
72 machen soll.

Antrag I09: Grundrechte hören nicht an der Haustür auf

Antragsteller*in:	Jusos Braunschweig (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

1 Triggerwarnung: Häusliche Gewalt

2

3 Häusliche Gewalt ist ein nach wie vor drängendes gesellschaftliches Problem, das
4 leider immer noch viel zu häufig im Verborgenen bleibt. Jährlich sind tausende von
5 Menschen von Gewalt in den eigenen vier Wänden betroffen. Dies spiegeln die binären
6 Statistiken, die nur Zahlen bezüglich Männer und Frauen erheben, nicht wieder,
7 sondern zeigen nur auf, dass insbesondere Frauen von häuslicher Gewalt betroffen
8 sind. Eine Datenerhebung, die auch INTA*-Personen einschließt, ist daher
9 unerlässlich, um die Realität von INTA*-Personen sichtbar zu machen und das gesamte
10 Ausmaß geschlechtsspezifischer Gewalt zu erfassen. Die Dunkelziffer ist vermutlich
11 noch deutlich höher, da viele Betroffene aus Angst oder Scham schweigen oder weil
12 eben Statistiken nicht alle Betroffenen erfassen. Dabei ist häusliche Gewalt kein
13 privates Problem, sondern ein öffentliches Thema, das unsere Gesellschaft insgesamt
14 betrifft. Menschenrechte enden nicht an der Wohnungstür – jeder Mensch hat das Recht
15 auf Sicherheit, Würde und Unversehrtheit. Dennoch zeigt die Realität, dass Betroffene
16 oft lange leiden, bevor sie sich Hilfe suchen, was an unterschiedlichen Faktoren
17 liegt. Insbesondere durch eine Gewaltspirale innerhalb der Beziehung entsteht oft
18 eine psychische Abhängigkeit, die ein frühes Erkennen häuslicher Gewalt oft erschwert
19 und eine Trennung mit Risiken behaftet.

20 Unter dem Begriff der häuslichen Gewalt verstehen wir jede Gewaltform, die innerhalb
21 einer Beziehung im gleichen Wohnumfeld geschieht. Dabei sind häufig Paarbeziehungen
22 voranstehend, gemeint sind aber auch gewaltvolle Geschwister/Elternbeziehungen und
23 andere Konstellationen. Hinsichtlich der Gewaltformen ist sowohl die psychische als
24 auch die physische Gewalt gemeint. Dies beginnt bei Kontrollmechanismen, Abschneiden
25 von Entscheidungsmöglichkeiten, finanzielle Unterdrückung und Abkapselung von Familie
26 und Freund*innen über Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Drohungen, Nötigungen bis
27 hin zu Körperverletzungen, sexuellen Nötigungshandlungen und schließlich der Tötung
28 der/des (Ex-)Partner*in bzw. des Kindes.

29 Mit diesem Antrag möchten wir die Prävention von häuslicher Gewalt stärken, um
30 Betroffene frühzeitig zu schützen und die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen
31 verbessern. Es ist an der Zeit, die bestehenden Maßnahmen zu evaluieren, auszubauen
32 und wirksamer zu machen, damit Gewalt in den eigenen vier Wänden endlich wirksam
33 bekämpft wird. Das Thema der Gewalt in der häuslichen Pflege soll mit gebührender
34 Tiefe gesondert betrachtet werden und ist somit kein Gegenstand dieses Antrags.

35

36 1. Finanzierung: Flickenteppich und Unsicherheit

37 Derzeit besteht bei der Finanzierung von Einrichtungen wie Frauenhäusern in vielen
38 Bundesländern ein unübersichtlicher Flickenteppich. Viele dieser wichtigen Angebote
39 müssen jährlich Gelder neu beantragen, was die tägliche Arbeit erheblich erschwert.

40 Sie sind zudem häufig auf Spenden angewiesen, was die Planungssicherheit für die
41 Zukunft stark einschränkt. Diese Unsicherheit betrifft sowohl die Personalsituation
42 als auch die Möglichkeiten, Leistungen auszubauen und anzubieten. Einbindungen wie
43 zum Beispiel Therapiehunde sind freiwillige Leistungen der einzelnen
44 Mitarbeiter*innen der Einrichtungen. Nicht überall sind solche Zusatzleistungen
45 stemmbar, die jedoch für die psychosoziale Begleitung von Opfern häuslicher Gewalt
46 wichtig sind.

47 Viele Beratungsstellen und insbesondere Frauenhäuser sind in ihrer Kapazität oft
48 erschöpft. Das führt dazu, dass Frauen abgewiesen, lange Wartezeiten in Kauf nehmen
49 müssen oder Betroffene auf andere Häuser in anderen Städten verteilt werden müssen.
50 „Die existierenden Frauenhäuser sollen aber nicht nur Schutzhäuser für Frauen,
51 sondern auch TIN-Personen aufnehmen und ihre Zielgruppen auf alle FINTA‘ erweitern.
52 Hierzu gehören auch entsprechende Schulungen sowie Beratungs- und Hilferessourcen.
53 Hinzukommt, dass Kinder bei den Statistiken z. T. (beispielsweise in Niedersachsen)
54 nicht dazuzählen und somit insbesondere Frauen mit Kindern weniger Chancen auf einen
55 Platz haben und Frauen mit geregeltem Einkommen ihren Aufenthalt in der
56 Schutzeinrichtung mitfinanzieren müssen, auch wenn sie gerade nicht arbeiten gehen
57 können. Das ist eine belastende Situation für alle Beteiligten und erschwert eine
58 schnelle und sichere Hilfe. Weiterhin sollten aber auch Schutzhäuser eingerichtet
59 werden, in denen auch TIN-Personen, Zuflucht vor häuslicher Gewalt durch
60 Partner*innen und Familienmitglieder finden können.

61 Auch Frauen mit auffälligen psychischen Belastungen wie beispielsweise einer erhöhten
62 Suchtproblematik haben häufig Probleme Schutzhäuser zu finden, die sie aufnehmen.
63 Diese Suchterkrankung ist wiederum häufig selber Ausfluss von häuslicher Gewalt. In
64 Deutschland gibt es derzeit nur wenige Häuser, die speziell auf diese Problematiken
65 medizinisch eingehen können und eine Betreuung gewährleisten können.

66 Bisher entscheiden Hilfeeinrichtungen häufig im Einzelfall, wie sie Transpersonen
67 unterstützen können, was häufig zu weiteren Hürden für Betroffene führt. Auch in
68 Bezug auf Schutzhäuser für Männer gibt es zu wenig Plätze in Deutschland, weshalb
69 auch hier das Angebot auszuweiten ist.

70 Auch in Bezug auf Schutzhäuser für Männer gibt es zu wenig Plätze in Deutschland,
71 weshalb auch hier das Angebot auszuweiten ist. Weiterhin sollen aber auch
72 Schutzhäuser eingerichtet werden, in denen auch TIN-Personen, Zuflucht vor häuslicher
73 Gewalt durch Partner*innen und Familienmitglieder finden können. Bisher entscheiden
74 Hilfeeinrichtungen häufig im Einzelfall, wie sie TIN-Personen unterstützen können,
75 was häufig zu weiteren Hürden für Betroffene führt.

76 Eine Angst, die Betroffene immer wieder haben und die ein Grund für eine erschwerte
77 Trennung in der Beziehung ist, stellt die finanzielle Abhängigkeit dar. Betroffene
78 sollen daher künftig mehr Unterstützung erhalten, wenn diese über einen zweiten
79 Bildungsweg eine Ausbildung beginnen möchten oder ein Studium abschließen möchten.
80 Sowohl bürokratisch als auch finanziell soll an dieser Stelle eingegriffen werden.

81 **Forderungen:**

82 Die Ausfinanzierung der Frauenhausstruktur nach dem Drei-Säulen-Modell, wie es auch
83 der Bundesverband der autonomen Frauenhäuser fordert, sowie endlich die vollständige
84 Umsetzung aller Maßgaben der Istanbulkonvention. Sowohl Bund, Länder, Landkreise als

85 auch Kommunen müssen langfristig die Finanzierung sicherstellen. Dabei sollten zur
86 Verwaltungsvereinfachung Zuschüsse aus einer Hand gezahlt werden
87 • Berücksichtigung von Kindern in der Statistik der Belegungszahlen, um die
88 tatsächliche Nachfrage besser abzubilden.
89 • Bundesweiter Ausbau von spezialisierten Schutzhäusern für psychische
90 Erkrankungen
91 • Leichtere Zugänge zu Schutzhäusern für TIN-Personen
92 • Einrichtung eines Fördertopfes zur Förderung von Ausbildung, Studium oder
93 anderen Maßnahmen zur Verbesserung der langfristigen Lebensverhältnisse.
94 • Bundesweite Förderung und Vereinheitlichung der Hilfenetzwerke in den
95 Bundesländern, um die Beratung und Unterstützung für Betroffene zu verbessern
96 und zu koordinieren. Ausweitung von ambulanten psychotherapeutischen
97 Behandlungsplätzen für Erwachsene sowie Kinder und Jugendlich
98

99 **2. bürokratische Herausforderungen im Falle einer Trennung**

100 Ein großes Problem im Bereich häuslicher Gewalt ist die Bürokratie, die Betroffene
101 oft zusätzlich belastet. Besonders bei der Antragstellung beim Arbeitsamt oder im
102 Jobcenter gestaltet sich der Zugang zu Leistungen oft schwierig. Viele benötigte
103 Dokumente für die Antragsstellung befinden sich im gemeinsamen Haushalt, was es
104 Betroffenen erschwert, schnell an die notwendigen Unterlagen zu kommen, wenn diese
105 Zuflucht in einem unbekannten Versteck (Freund*innen, Familie, Frauenhaus etc.)
106 gesucht haben. Dies führt zu Verzögerungen und zusätzlichem Stress in einer ohnehin
107 belastenden Situation.

108 **Forderungen:**

109 • Einführung vereinfachter Verfahren für Betroffene bei der Antragstellung für
110 Leistungen, beispielsweise durch Übergangsregelungen oder fiktive Annahmen für
111 die ersten Wochen. So könnten Betroffene schneller Unterstützung erhalten, ohne
112 sofort alle Dokumente vorlegen zu müssen.

113

114 **3. Konfliktbehaftete Strafprozesse**

115 Auch wenn es zu einer Anzeige gekommen ist und ein Strafverfahren eingeleitet wurde,
116 bestehen hinsichtlich der Prozessgestaltung immer wieder Schwierigkeiten.

117 Es gibt derzeit nicht überall hinreichende Schulungsangebote für spezialisierte
118 Bereiche im Umgang mit häuslicher Gewalt und sexualisierter Gewalt. Beispielsweise
119 hinsichtlich der Möglichkeiten zur getrennten Vernehmung oder den verschiedenen
120 Vernehmungsstrategien zur Tatsachenfeststellung bei Opfern häuslicher Gewalt oder
121 Kindern. Auch gibt es durch die fehlende Verpflichtung solcher Schulungen nicht immer
122 die Bereitschaft zur Teilnahme. Hier sollte erwägt werden eine verpflichtende
123 Schulung für Rechtsassessor*innen und im Referendariat, sowie für Jurist*innen im
124 Staatsdienst zu etablieren, um den Herausforderungen genügend gerecht zu werden.

125 Zudem stehen noch viele Richter*innen der psychosozialen Prozessbegleitung kritisch
126 gegenüber, da Befürchtungen einer Beeinflussung der Zeug*innen bestehen. In einigen

127 Gerichten ist der Ausbau von Zeugenschutzzimmern ungenügend, die es ermöglichen
128 sollen, dass die Betroffenen vor ihrer Zeugenaussage nicht im gleichen Raum wie die
129 angeklagte Person warten müssen.
130 Außerdem besteht Bedarf an besseren Beweissicherungsmöglichkeiten, etwa durch den
131 Ausbau von Programmen wie „Probeweis“. Hierbei soll es Opfern möglich sein, möglichst
132 niederschwellig und kostenarm Beweise von häuslicher oder sexualisierter Gewalt
133 gerichtskonform zu sichern, um sich im Anschluss für den Fall der Anzeigerstattung
134 darauf berufen zu können. Solche Angebote erfolgen anonym und verpflichten nicht zur
135 späteren Anzeigerstattung, um den Druck der Betroffenen zu minimieren.
136 Die Zukunftsperspektive für Hybridverhandlungen, bei denen Zeug*innenbefragungen in
137 anderen Räumlichkeiten stattfinden und übertragen werden können, ist ebenfalls
138 ausbaufähig.

139 **Forderungen:**

- 140 • Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten im Bereich häusliche Gewalt und
141 sexualisierte Gewalt, unabhängig von der Dezernatzuständigkeit.
- 142 • Aktualisierte und vereinheitlichte Handreichung für Behörden unter Einbeziehung
143 der Istanbul-Konvention. (Beispielsweise zum Umgang im Rahmen des
144 Sitzungsdienstes)
- 145 • Förderung der psychosozialen Prozessbegleitung in allen Bundesländern, um
146 Betroffene besser zu unterstützen und Justiz sowie Polizei für diese
147 Möglichkeiten zu sensibilisieren.
- 148 • flächendeckende Einführung, bzw. Förderung von Programmen wie „ProBeweis“ auch
149 in ländlichen Regionen
- 150 • Bundesweiter Ausbau von Zeug*innenschutzzimmern in den Gerichten.
- 151 • Außerdem sollen die Möglichkeiten für Hybridverhandlungen geprüft werden, um
152 Zeugenbefragungen in anderen Räumlichkeiten verstärkt zu ermöglichen und zu
153 übertragen.

154

155 **4. Besondere Betroffenheit von Kindern und Jugendlichen**

156 Kinder und Jugendliche können sowohl direkt als auch indirekt von häuslicher Gewalt
157 betroffen sein. Studien belegen, dass Kinder, die Gewalt in ihrem Zuhause erleben,
158 oftmals mit erheblichen Entwicklungsproblemen konfrontiert sind. Sie sind häufig
159 Zeug*innen von Gewalt zwischen den erziehungsberechtigten Personen oder anderen
160 Bezugspersonen, was ebenso traumatisierend ist, wie die direkte Gewalt gegen sie
161 selbst. Das Zusehen oder Hören von Gewalt kann bei Kindern Gefühle von Angst,
162 Hilflosigkeit und Unsicherheit verstärken und langfristig ihre emotionale Stabilität
163 beeinträchtigen.

164 Diese Erfahrungen können die kindliche Entwicklung in vielfältiger Weise
165 beeinträchtigen: Sie können zu Verhaltensauffälligkeiten, Konzentrationsstörungen,
166 emotionaler Instabilität und Problemen im sozialen Umgang führen. Zudem besteht die
167 Gefahr, dass Kinder in einem solchen Umfeld selbst Gewalt erlernen oder als
168 Erwachsene in ähnlichen Situationen wiederholt werden. Unsere Gesellschaft bietet
169 betroffenen Kindern derzeit keine adäquate Hilfe. Zu oft können Kinder, die direkt

170 oder indirekt von häuslicher Gewalt betroffen sind, sich niemandem anvertrauen oder
171 ihre Bedenken werden nicht erhört.

172 Rechtzeitige Interventionen sind daher unerlässlich, um die negativen Folgen zu
173 minimieren und den Kindern eine sichere, stabile Umgebung zu bieten. Es ist wichtig,
174 die Kinder in den Unterstützungsprozess einzubeziehen, ihre Bedürfnisse ernst zu
175 nehmen und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich zu öffnen und Hilfe zu erhalten.
176 Um junge Menschen effektiv schützen zu können, bedarf es einer differenzierten
177 Bewertung und individueller Unterstützungsmaßnahmen. Neben der altersentsprechenden
178 Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen ist auch der von
179 Gewalt betroffene Elternteil zu stärken und dabei zu unterstützen, Schutzmaßnahmen
180 anzunehmen.

181 **Forderungen:**

- 182 • Kinderschutz und Gewaltschutz darf nicht von der personellen und finanziellen
183 Ausstattung der Kommunen abhängig sein. Um Kinderschutz in angemessenem Umfang
184 und mit der nötigen Dringlichkeit gewährleisten zu können, müssen in den
185 Jugendämtern die notwendigen Ressourcen sichergestellt sein. Dafür ist in den
186 Jugendämtern insbesondere ein angemessener Personalschlüssel an Fachkräften
187 sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung für notwendige und geeignete
188 Leistungen erforderlich. Dabei halten wir nicht mehr am überholten Bild von
189 einer Vater-Mutter-Kind Familie als oberstem Ziel fest. Denn dieses bildet die
190 Realität nicht mehr ab und ist nicht mehr gesellschaftskonform.
- 191 • Kinder und Jugendliche müssen stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden
192 werden, damit ihre Bedürfnisse und Wünsche berücksichtigt werden.

193

194 **5. Sensibilisierung und Präventionsarbeit**

195 Häusliche Gewalt ist ein tiefgreifendes gesellschaftliches Problem, das oft im
196 Verborgenen stattfindet und viele Betroffene zum Schweigen zwingt. Umso wichtiger ist
197 es, durch gezielte öffentliche Aufklärungskampagnen Licht in diese dunklen Räume zu
198 bringen. Solche Kampagnen tragen dazu bei, das Bewusstsein in der Gesellschaft zu
199 schärfen, Vorurteile abzubauen und Betroffene zu ermutigen, Hilfe in Anspruch zu
200 nehmen. Prävention beginnt mit Wissen – und nur wenn Menschen informiert,
201 sensibilisiert und unterstützt werden, kann ein Klima entstehen, in dem Gewalt
202 frühzeitig erkannt, verhindert und langfristig zurückgedrängt wird. Öffentliche
203 Aufklärung ist daher ein unverzichtbarer Bestandteil jeder nachhaltigen
204 Präventionsstrategie gegen häusliche Gewalt.

205 **Forderungen:**

- 206 Erarbeitung einer bundesweiten Aufklärungskampagne unter Einbezug der Bundesländer,
207 um Betroffene zu stärken, aber auch die Gesellschaft insgesamt zu sensibilisieren.
- 208 Erarbeitung einer bundesweiten Aufklärungsstrategie zu den Themen finanziellem
209 Missbrauch Mentale Gesundheit in Beziehungen. Dies soll eine Ausweitung der
210 Anlaufstellen für Betroffene und die Etablierung von Präventionsprogrammen beinhalten
- 211 Bundesweiter Ausbau von Beratungs- und Interventionsstellen für Täter*innen und
212 Personen mit Aggressionsproblemen, um Bewältigungsstrategien abseits von Gewalt zu

213 erlernen und deren verpflichtenden Besuch durchzusetzen

Antrag Ini03: Wir gehören zum Stadtbild: Für ein sofortiges Ende der rassistischen Politik

Antragsteller*in:	Jusos NRW (Gliederung), Jusos Saar (Gliederung), Jusos Hamburg (Gliederung), Jusos Berlin (Gliederung), Jusos Rheinland-Pfalz (Gliederung), Jusos Brandenburg (Gliederung), Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung), Jusos Hessen-Süd (Gliederung), Jusos Bremen (Gliederung), Jusos Nord-Niedersachsen (Gliederung), Jusos Weser-Ems (Gliederung), Jusos Thüringen (Gliederung), Jusos Sachsen (Gliederung), Jusos Sachsen-Anhalt (Gliederung), Jusos Hessen-Nord (Gliederung), Jusos Hannover (Gliederung), Jusos Baden-Württemberg (Gliederung), Jusos Braunschweig (Gliederung), Jusos Schleswig-Holstein (Gliederung)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 In den letzten Monaten und Jahren hat sich erneut gezeigt, wie tief Rassismus als
2 strukturelles, institutionelles und symbolisches Phänomen in Politik, Medien, dem
3 Bildungswesen, im Gesundheitsbereich, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in der
4 polizeilichen, behördlichen und gesellschaftlichen Praxis verankert ist. Ein
5 besonders aufsehenerregendes Beispiel hierfür ist die Äußerung des CDU-Vorsitzenden
6 und Bundeskanzler Friedrich Merz, der Migration als „Problem im Stadtbild“
7 bezeichnete und daraus Rückführungen ableitete. Diese Formulierung ist nicht nur
8 sprachlich problematisch, sondern sie transportiert implizit die Botschaft, dass
9 Menschen mit Migrationsgeschichte oder BiPoCs (Black, Indigenous and People of Color
10 (Schwarz, Indigen und Menschen of Color) als Störung der gesellschaftlichen Ordnung
11 wahrgenommen werden. Sie markiert Menschen symbolisch als nicht-zugehörig, verschiebt
12 den Fokus weg von den strukturellen Ursachen sozialer Ungleichheit und reproduziert
13 rassistische Narrative, die in der politischen Kultur Deutschlands seit Jahrhunderten
14 wirksam sind. Wir Jusos müssen diese Mechanismen erkennen, analysieren und aktiv
15 bekämpfen, denn Rassismus ist kein individuelles Phänomen, sondern ein
16 gesellschaftlich verankertes Machtinstrument zur strukturellen Ungleichbehandlung und
17 Hierarchisierung
18 Rassistische Diskurse und Narrative sind nicht abstrakt, sondern haben reale, oft
19 existenzielle Konsequenzen für Betroffene und sind gezielte Strategien der
20 politischen Rechten. Forschung zur politischen Kommunikation zeigt, dass Sprache
21 Macht produziert und Wahrnehmungen strukturiert. Begriffe wie „Problem im Stadtbild“
22 oder „Integrationsunwillige“ erzeugen symbolische Gewalt, die marginalisierte Gruppen
23 unsichtbar macht und gleichzeitig als legitime Rechtfertigung für politische
24 Maßnahmen dient, die Migration kriminalisieren und kontrollieren, regulieren oder
25 zurückdrängen sollen. Gleichzeitig zeigt sich in der Reaktion der Gesellschaft ein
26 immer wiederkehrendes Muster: Empörung, öffentliche moralische Verurteilung, mediale
27 Aufmerksamkeit und kurze Phasen des Aufschreis, gefolgt von struktureller
28 Untätigkeit. Solidarität wird oft nur dann sichtbar, wenn sie Applaus, Zustimmung
29 oder medialen Rückenwind verspricht. Wir Jusos müssen begreifen, dass echte
30 Solidarität dort beginnt, wo sie unbequem wird, wo sie Risiko bedeutet und wo sie
31 Machtverhältnisse infrage stellt und sich aktiv an der Seite der Betroffenen
32 positioniert. Alles andere ist Empörung auf Abruf: laut, moralisch und letztlich

33 bequem.

34 Zugleich erkennen wir als Verband selbstkritisch an, dass Antirassismus kein Thema
35 mit Initiativcharakter ist, sondern eine dauerhafte politische Aufgabe. Rassismus ist
36 ein seit Jahrhunderten tief in unseren gesellschaftlichen Strukturen verankertes
37 Problem, dessen praktische Auswirkungen in den vergangenen Jahren wieder deutlich
38 zugenommen haben. Wir erleben einen erneuten Anstieg rassistisch motivierter
39 Gewalttaten, BIPOC Funktionär*innen, die rassistischen Stereotypen und Angriffen -
40 auch innerhalb unseres Verbandes- ausgesetzt sind und eine SPD, die in Teilen
41 zunehmend Politik mit menschenfeindlichen Konsequenzen mitträgt. Letzteres zeigt es
42 sich in Regierungshandeln auf verschiedenen Ebenen, aber auch in einer diskursiven
43 Verschiebung, die nicht nur kein Halt vor der SPD macht, sondern von ihr mit
44 vorangetrieben wird. Hieraus ergibt sich eine noch drängendere Notwendigkeit, nicht
45 nur mit Empörung oder Betroffenheit zu reagieren, sondern auch inhaltlich fundiert
46 als Verband dagegen aufzustehen. Wir hätten uns als Verband schon früher und
47 entschiedener mit den strukturellen und inhaltlichen Dimensionen dieser Entwicklungen
48 auseinandersetzen müssen.

49 Die jüngsten Äußerungen von Friedrich Merz als Bundeskanzler, die bröckelnde
50 politische Brandmauer nach rechts und die reale Gefahr von AfD-geführten
51 Landesregierungen zeigen erneut zunehmend, dass Rassismus nicht nur
52 gesellschaftliches, sondern auch institutionelles Handeln prägt. Diese Entwicklungen
53 haben konkrete Auswirkungen auf unser Zusammenleben, auf die politische Kultur und
54 auf die Rechte marginalisierter Gruppen. Darauf müssen wir als Bewegung, als
55 Organisation und als politische Stimme endlich entschieden reagieren.

56 Innerhalb progressiver Bewegungen und Jugendorganisationen zeigt sich zudem eine
57 problematische Dynamik: Antirassismus wird häufig als Randthema behandelt und als
58 Aufgabe marginalisierter Gruppen delegiert. Menschen, die selbst Diskriminierung
59 erfahren, werden in die Verantwortung genommen, Aufklärung zu leisten, während die
60 Mehrheit der Organisation weitgehend unreflektiert bleibt. Debatten darüber, ob oder
61 wie man Stellung nehmen soll, verdrängen die eigentliche Auseinandersetzung mit
62 rassistischen Strukturen. Wir Jusos müssen kritisch-weißes Bewusstsein entwickeln,
63 unsere eigenen Privilegien, blinden Flecken und Machtpositionen reflektieren und uns
64 der Verantwortung stellen, aktiv Strukturen zu verändern, statt Rassismus als Problem
65 der anderen zu begreifen. Dieses Konzept findet seine theoretische Fundierung in der
66 Forschung zu White Fragility und kritischem Weißsein, die belegen, dass
67 unreflektierte Privilegien systematisch an der Reproduktion rassistischer Strukturen
68 beteiligt sind.

69 Antirassismus ist mehr als eine moralische Haltung; er ist analytisches Werkzeug,
70 politische Praxis und unabdingbarer Bestandteil einer emanzipatorischen
71 Gesellschaftsanalyse. Rassismus ist dabei nicht lediglich eine ideologische
72 Verzerrung der ökonomischen Basis, wie es vereinfachende marxistische Analysen früher
73 häufig suggerierten, sondern ein eigenständiges Herrschaftssystem mit eigenen
74 Dynamiken, das historische, kulturelle und ökonomische Machtstrukturen stabilisiert.
75 Er existiert nicht nur als „Nebenwiderspruch“ des Kapitalismus, sondern prägt aktiv
76 die Organisation von Arbeit, Eigentum und Macht. Cedric Robinson argumentiert in
77 „Black Marxism“, dass Rassismus in der westlichen Moderne nicht aus wirtschaftlicher
78 Logik allein hervorgeht, sondern eine autonome, historisch entwickelte Kategorie

79 darstellt, die die kapitalistische Ordnung sowohl unterstützt als auch strukturell
80 bedingt. Ähnlich zeigt Fanon, dass koloniale Gewalt und Rassifizierung die sozialen
81 und psychischen Strukturen von Unterdrückung festigen und den sozialen Zusammenhalt
82 der Beherrschten untergraben, wodurch die ökonomische Ausbeutung erst stabilisiert
83 wird.

84 Rassismus ermöglicht kapitalistischer Herrschaft eine doppelte Funktion: Er
85 fragmentiert die Arbeiter*innenschaft, indem er Solidarität entlang ethnischer,
86 kultureller oder religiöser Linien verhindert und er legitimiert gleichzeitig die
87 hierarchische Zuordnung von Arbeit und Ressourcen. Historisch zeigt sich dies
88 deutlich im Kolonialismus, in der Sklaverei und in der Ausbeutung migrantischer
89 Arbeitskräfte: Die Zuschreibung von „Rasse“ und „Andersheit“ dient dazu, Menschen
90 systematisch aus der Teilhabe an Eigentum, Bildung und politischer Macht
91 auszuschließen. Zugleich bietet sie kapitalistischen Akteur*innen die Möglichkeit,
92 Profite zu maximieren, indem bestimmte Gruppen strukturell prekarisiert und
93 marginalisiert werden.

94 Migrantische Arbeitskräfte sind überproportional in prekären
95 Beschäftigungsverhältnissen, Wohnsegregation, Bildungsbenachteiligung und
96 eingeschränkter politischer Partizipation ist empirisch gut dokumentiert.

97 Wir Jusos müssen verstehen, dass der Kapitalismus und Rassismus in einem komplexen
98 Wechselverhältnis stehen: Der Kapitalismus erzeugt ökonomische Hierarchien, die
99 Rassismus ideologisch und kulturell stabilisiert; Rassismus wiederum schafft
100 symbolische und materielle Unterschiede, die die kapitalistische Akkumulation
101 erleichtern. Rassismus darf daher nicht als sekundärer Widerspruch betrachtet werden,
102 der sich automatisch aus der Überwindung wirtschaftlicher Ungleichheit erledigt. Er
103 ist ein eigenständiges Machtinstrument, das eigene Gesetze, Dynamiken und
104 Reproduktionsmechanismen besitzt. Gleichzeitig dürfen wir den Widerspruch zwischen
105 Kapital und Arbeit nicht aus den Augen verlieren: Für uns Jusos bleibt der
106 Klassenkampf zentral, doch ohne antirassistische Analyse und Praxis ist dieser Kampf
107 fragmentiert, isoliert und anfällig für Spaltungen. Die Solidarität unter
108 Arbeiter*innen kann nur dann wirksam werden, wenn sie die sozialen Hierarchien
109 erkennt, die Rassismus erzeugt und aufrechterhält.

110 Demokratie, Gleichheit und soziale Teilhabe sind untrennbar mit Antirassismus
111 verbunden. Wenn Menschen aufgrund von Herkunft, Hautfarbe oder Religion strukturell
112 ausgeschlossen oder benachteiligt werden, verliert die demokratische Praxis an
113 Legitimität. Wir Jusos müssen begreifen, dass Antirassismus kein moralisches Extra
114 ist, sondern eine Bedingung dafür, dass gesellschaftliche Teilhabe, Menschenwürde und
115 Rechtsgleichheit realisiert werden können.

116 Damit Antirassismus in unserer politischen Praxis als Grundwert wirksam wird, müssen
117 wir Jusos ihn konsequent auf allen Ebenen verankern. Strukturell bedeutet dies
118 verbindliche Selbstverpflichtungen gegen Diskriminierung, kontinuierliche Schulungs-
119 und Reflexionsangebote zu Intersektionalität, Rassismus und kritischem Weißsein sowie
120 transparente Mechanismen zum Umgang mit diskriminierenden Vorfällen. Inhaltlich heißt
121 es, antirassistische Perspektiven konsequent in allen politischen Feldern zu
122 berücksichtigen, von Sozial-, Bildungs- bis zur Arbeitsmarktpolitik, und rassistische
123 Narrative in öffentlichen Stellungnahmen klar zurückzuweisen. Kulturell bedeutet es,
124 Kommunikationsformen, Sprache und Machtstrukturen kontinuierlich zu hinterfragen,

125 Räume für marginalisierte Perspektiven zu schaffen und die eigene Organisation
126 kritisch zu reflektieren.

127 Politische Kommunikation muss anerkennen, dass Sprache Realität produziert und Macht
128 strukturiert. Wer Migration oder sichtbare Diversität als Problem darstellt,
129 reproduziert gesellschaftliche Ausschlüsse. Wer Diversität als Normalität begreift,
130 stärkt demokratische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit. Wir Jusos müssen aktiv
131 zuhören, lernen, Verantwortung übernehmen und dort handeln, wo Veränderung unbequem,
132 riskant und politisch herausfordernd ist. Antirassismus beginnt bei Analyse,
133 Reflexion und Empathie und endet nicht bei moralischer Empörung, sondern bei der
134 strukturellen Veränderung von Gesellschaft, Politik und Institutionen. Aussagen, die
135 Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder Kultur als Problem markieren, müssen
136 konsequent strukturell beantwortet werden. Wir Jusos haben Antirassismus als
137 zentralen, unverhandelbaren Grundwert verankert, um eine demokratische, inklusive und
138 gerechte Gesellschaft zu sichern. Antirassismus ist kein Nebenprojekt, keine
139 kosmetische moralische Geste und kein kurzfristiger Impuls. Er ist die Grundlage
140 einer solidarischen und langfristig wirksamen politischen Praxis, die soziale
141 Emanzipation für alle garantiert. Wir schrecken daher auch nicht davor zurück,
142 menschenfeindliche oder rassistische Politik und Aussagen kritisch zu benennen. Auch
143 dann, wenn sie aus den eigenen Reihen oder aus der SPD selbst kommen.

144 Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand Angst haben muss, sichtbar zu sein. Wir
145 wollen Städte, die nicht aussortieren, sondern einbeziehen. Wir wollen eine Politik,
146 die Ungleichheit an der Wurzel angreift: in Macht, Eigentum und Sprache. Wir Jusos
147 fordern ein entschlossenes Handeln von Partei, Verband, Regierung und Gesellschaft,
148 um Rassismus strukturell zu bekämpfen und Antirassismus als politische Praxis zu
149 verankern. Dazu braucht es ein Antira-Sofortpaket, das Strukturen verändert und nicht
150 nur Schlagzeilen produziert :

151 Deswegen fordern wir:

- 152 • die Einrichtung einer unabhängigen Bundeskommission zur Untersuchung und
153 Bekämpfung institutionellen Rassismus. Diese Kommission soll mit einem
154 Initiativrecht ausgestattet sein, regelmäßig Berichte an den Bundestag vorlegen
155 und betroffene Communities verbindlich beteiligen. Sie soll ressortübergreifend
156 arbeiten und Maßnahmen in Polizei, Justiz, Verwaltung, Bildung und Medien
157 koordinieren.
- 158 • dienstrechtliche Konsequenzen für rassistische Äußerungen und Handlungen von
159 Beamten, unabhängig von ihrem Dienstgrad.
- 160 • eine Reform und Stärkung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG), damit
161 auch strukturelle und kollektive Diskriminierung erfasst werden kann. Damit
162 einher fordern wir die Stärkung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Dazu
163 gehört insbesondere die Einführung eines Verbandsklagerechts und eine deutliche
164 Stärkung der Antidiskriminierungsstellen des Bundes und der Länder.
- 165 • verbindliche Antirassismus-Schulungen und Fortbildungen für alle Beschäftigten
166 im öffentlichen Dienst, insbesondere in Polizei, Justiz, Verwaltung und
167 Bildungseinrichtungen. Diese Schulungen müssen praxisorientiert, dauerhaft
168 angelegt und von unabhängigen Expert*innen sowie Vertreter*innen betroffener
169 Gruppen durchgeführt werden.

- 170 • Darüber hinaus setzen wir uns für öffentliche Aufklärungs- und
171 Informationskampagnen ein, die Rassismus sichtbar machen und Solidarität
172 stärken.
- 173 • Wir fordern eine dauerhafte finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher
174 Initiativen, die sich gegen Rassismus und rechte Gewalt engagieren, insbesondere
175 in ländlichen Räumen, wo Unterstützung häufig fehlt. Zudem müssen migrantische
176 Selbstorganisationen als gleichberechtigte politische Akteur*innen gefördert
177 werden. Sie dürfen nicht nur als Zielgruppen, sondern müssen als Partnerinnen
178 bei der Gestaltung politischer Prozesse anerkannt werden. Hierzu verpflichten
179 wir uns auch als Jusos

Antrag Ini02: All Access: Pop, Sport und Streaming gehören uns - Monopole vergesellschaften!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 Ende Oktober 2025 startete die Dokumentation Babo – Die Haftbefehl Story und löste
2 innerhalb weniger Tage eine breite gesellschaftliche Debatte über Macht,
3 Abhängigkeiten und soziale Realität in der Musikindustrie aus. Die Doku erreichte
4 Platz eins der Netflix-Charts in Deutschland und wurde zum Symbol einer Frage, die
5 weit über Rap hinausgeht: Wem gehört eigentlich die Kultur, die unser Zusammenleben
6 prägt? Wer profitiert davon, wenn sie zur Ware wird?

7 Popkultur, Musik und Sport sind keine Luxusgüter, sondern Teil der öffentlichen
8 Daseinsvorsorge. Sie sind Orte von Begegnung, Identität und Gemeinschaft. Doch durch
9 die Monopolisierung des Ticket- und Streamingmarkts ist der Zugang zu diesen Räumen
10 immer stärker vom Einkommen und von digitalen Plattformen abhängig geworden.

11 Im europäischen Ticketverkauf kontrollieren Ticketmaster (Live Nation Entertainment)
12 und Eventim gemeinsam über 80 Prozent des Marktes. Eventim erwirtschaftete 2024 einen
13 Umsatz von 2,6 Milliarden Euro, ein Plus von rund 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr.
14 Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen Ticketpreise für Großveranstaltungen seit
15 2019 um über 40 Prozent. Künstler*innen erhalten davon meist nur zwischen 10 und 15
16 Prozent.

17 Die Folgen zeigen sich bei jedem großen Event. Tickets für die Tourneen von Taylor
18 Swift oder Beyoncé kosteten 2024 oft mehr als 400 Euro, bevor sie nach wenigen
19 Minuten ausverkauft waren. Über Reseller-Plattformen erreichten die Preise teils über
20 1 000 Euro. Bei Lady Gaga lagen sie für einzelne Sitzplätze sogar im vierstelligen
21 Bereich. Auch Fans von Ariana Grande, Harry Styles oder Katy Perry erleben
22 regelmäßig, dass Tickets binnen Sekunden vergriffen sind und auf Zweitmärkten zu
23 Fantasiepreisen gehandelt werden. Popkultur wird so zu einer Frage des Geldbeutels.

24 Im Sport wiederholt sich das gleiche Muster. Fußball, Football, Basketball oder E-
25 Sport sind mehr als Spiele, sie sind gelebte Kultur und sozialer Raum. Doch auch hier
26 explodieren die Preise. Eine Sitzplatz-Dauerkarte in der Bundesliga kostet heute im
27 Schnitt rund 400 Euro, Spitzenplätze deutlich mehr. Die Kosten für Übertragungen
28 wachsen ebenso. DAZN hat seine Preise zwischen 2018 und 2025 um mehr als 120 Prozent
29 erhöht, MagentaTV verlangt zusätzliche Gebühren. Wer alle großen Wettbewerbe legal
30 sehen möchte, zahlt rund 70 Euro im Monat. Für viele Fans, insbesondere junge
31 Menschen, ist das kaum noch bezahlbar.

32 Hinzu kommt die Eigentümerstruktur: DAZN wird von der Investmentgesellschaft Access
33 Industries kontrolliert, die dem Milliardär Len Blavatnik gehört. Blavatnik gilt als
34 einer der einflussreichsten Oligarchen der postsowjetischen Wirtschaftsgeschichte und
35 hat sein Vermögen in den 1990er Jahren durch Öl- und Aluminiumgeschäfte aufgebaut.
36 Heute hält er über seine Gesellschaft Beteiligungen an Medienkonzernen,
37 Streamingplattformen und Sportrechten in aller Welt. Dass zentrale Teile der
38 europäischen Sportkultur und Übertragungsrechte damit in der Hand einer

39 internationalen Investmentgesellschaft mit solcher Kapitalmacht liegen, zeigt, wie
40 weit sich öffentliche Daseinsvorsorge von demokratischer Kontrolle entfernt hat.
41 Auch die Produktionsseite ist betroffen. Die Netflix-Dokumentation über Haftbefehl
42 verdeutlicht, wie stark selbst erfolgreiche Künstlerinnen von Verträgen und
43 Plattformlogiken abhängig sind. Der reale Anteil von Musikerinnen an
44 Streamingumsätzen liegt bei weniger als einem Cent pro Stream. Plattformen wie
45 Spotify, die 2024 rund 14 Milliarden Euro Umsatz erzielten, stehen zusätzlich in der
46 Kritik, weil ihr Mitgründer Daniel Ek über seine Investmentfirma Prima Materia in
47 Rüstungstechnologie und militärische Start-ups investiert. Wenn Geld, das durch Musik
48 und Kreativität verdient wird, in Waffenentwicklung fließt, ist das ein moralischer
49 Widerspruch, der politische Antworten verlangt.
50 Kultur, Musik und Sport sind kein Nebenschauplatz der Wirtschaft, sondern
51 unumgänglich für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn private Unternehmen über
52 Preise, Sichtbarkeit und Zugänge entscheiden, entziehen sie sich demokratischer
53 Kontrolle. Der Staat darf nicht länger zusehen, wie kollektive Kultur zur Ware wird.
54 Die Vergesellschaftung zentraler Plattformen ist keine symbolische Forderung, sondern
55 eine notwendige Antwort auf Marktversagen. Artikel 15 des Grundgesetzes bietet die
56 rechtliche Grundlage, Produktionsmittel, die der Allgemeinheit dienen, in
57 Gemeineigentum zu überführen. Im 21. Jahrhundert sollten dazu auch die digitalen
58 Infrastrukturen, über die Kultur, Musik und Sport vermittelt werden, dazu gehören.
59 Eine demokratisch organisierte, gemeinwohlorientierte Plattform für Ticketverkauf und
60 Streaming kann faire Preise, Transparenz und Vielfalt sichern. Sie kann lokale
61 Veranstalter*innen, unabhängige Clubs und freie Künstler*innen stärken und den Zugang
62 zu Kultur und Sport unabhängig vom Einkommen ermöglichen. Kultur ist keine
63 Freizeitbeschäftigung, sondern Teil der Demokratie. Sie schafft Vielfalt, Teilhabe
64 und Gemeinschaft. Wenn Popkultur, Musik und Sport zu Luxusgütern werden, verliert
65 unsere Gesellschaft ihre soziale Basis. Die Konzentration von Markt- und
66 Plattformmacht bedroht kulturelle Vielfalt, faire Arbeitsbedingungen und den Zugang
67 zu Öffentlichkeit. Die öffentliche Hand trägt Verantwortung, Räume der Teilhabe zu
68 sichern. Die Vergesellschaftung zentraler Kultur- und Sportinfrastrukturen ist ein
69 notwendiger Schritt hin zu sozialer Gerechtigkeit, demokratischer Kontrolle und
70 echter kultureller Freiheit.
71 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung auf:
72 1. eine gesetzliche Regulierung des Ticketmarkts einzuführen, die Dynamic Pricing
73 verbietet, Preisobergrenzen festlegt und den Weiterverkauf auf den Originalpreis
74 begrenzt,
75 2. eine kartellrechtliche Überprüfung der Marktstellung von Ticket- und
76 Streamingplattformen durchzuführen, mit dem Ziel monopolartige Strukturen zu
77 zerschlagen
78 3. die Anwendung von Artikel 15 Grundgesetz auf zentrale Kultur- und
79 Sportplattformen zu erweitern, die Vergesellschaftung auf demokratische
80 Eigentumsformen wie Genossenschaften, kommunale Trägerschaften oder öffentlich-
81 rechtliche Modelle zu stützen, den Aufbau von öffentlichen,
82 gemeinwohlorientierten Ticket- und Streamingplattformen basierend auf Open-

- 83 Source-Technologien und mit Gewährleistung offener Schnittstellen
- 84 4. eine öffentliche, gemeinwohlorientierte Ticketplattform aufzubauen, die
- 85 Transparenz, Vielfalt und Teilhabe gewährleistet,
- 86 5. eine europäische Initiative für die Regulierung der Monopolmacht im Kultur- und
- 87 Streamingsektor anzustoßen und eine europäische öffentliche Plattform für Kultur
- 88 und Sport zu prüfen,
- 89 6. Streaming- und Ticketplattformen zu verpflichten, ihre Empfehlungs- und
- 90 Preisalgorithmen per Schnittstelle Zugang zu den Daten und Algorithmen für
- 91 Forschende zu gewährleisten und diskriminierungsfreie Zugänge zu gewährleisten
- 92 7. ein Jugend-Kulturticket 2.0 einzuführen, das jungen Menschen kostenlos oder
- 93 stark vergünstigten Zugang zu Konzerten, Sport- und Kulturveranstaltungen
- 94 ermöglicht aus dem Bundeshaushalt finanziert,
- 95 8. eine Enquetekommission „Kulturelle und sportliche Daseinsvorsorge im digitalen
- 96 9. Kapitalismus“ einzusetzen, um eine gemeinwohlorientierte kulturelle und
- 97 sportliche Daseinsvorsorge auch im digitalen Zeitalter sicherzustellen.
- 98 9. demokratischen Vergesellschaftung zu entwickeln.
- 99 10. Veranstalter sollen verpflichtet werden einen bestimmten Prozentsatz (5 Prozent)
- 100 des Ticketkontingents vergünstigt anzubieten, um die Teilhabe von Menschen mit
- 101 geringem Einkommen, zu gewährleisten.

Antrag Ini04: Unsere jungsozialistische Verantwortung im Nahen Osten: Eine gerechte Friedensordnung!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

I. Einleitung

Zwei Jahre nach dem antisemitischen Terror-Angriff der Hamas auf die Bevölkerung Israels am 7. Oktober 2023 steht der Nahe Osten an einem Wendepunkt: Die Vereinbarungen im Rahmen des Übereinkommens zum aktuellen Waffenstillstand zwischen der israelischen Regierung und der Hamas bringen hoffentlich Aussichten auf ein Ende des Gaza-Krieges und damit neue Chancen für einen lang ersehnten Frieden in der Region. Als Teil der internationalistischen Linken setzen wir uns mit unserer Arbeit im Willy-Brandt-Center Jerusalem konkret für friedensstiftende Maßnahmen ein, in dem wir den Dialog zwischen jungen, progressiven Israelis und Palästinenser*innen in allen drei Gesellschaften unterstützen.
Mit diesem Antrag wollen wir angesichts der humanitären Katastrophe in Gaza und der neuen Dynamiken im Nahostkonflikt die Grundlage legen, um einen aktiven Beitrag zur Friedensarbeit zu leisten. Unser Ziel ist, die Auseinandersetzung mit Nahost von einer bloßen Vision in eine konkrete multilaterale Friedenspolitik zu überführen und dabei internationale Solidarität praktisch werden zu lassen, etwa durch die Arbeit des Willy-Brandt-Centers in Jerusalem.

II: Situation vor Ort

Nach fast zwei Jahren der Angst konnten die letzten überlebenden Geiseln aus der Gefangenschaft der Hamas zu ihren Familien zurückkehren. Zeitgleich wurden hunderte palästinensischer Gefangene aus teilweise illegaler Haft entlassen. Viele von ihnen haben allerdings schreckliche Verbrechen begangen und waren terroristisch aktiv, wodurch sich eine Gleichsetzung verbietet. Die Freude über die Rückkehrer auf beiden Seiten steht im Schatten der zutiefst erschöpften und gespaltenen Region: Die Hamas nutzt nach wie vor militärische Strukturen in Teilen des Gazastreifens und terrorisiert die eigene Bevölkerung. Berichte von willkürlichen Verhaftungen, Gewalt, Tötungen und der Unterdrückung politischer Gegner*innen belegen, dass sie kein Akteur des Friedens ist. Auch die Übergabe toter israelischer Geiseln wird zu politischen Zwecken der Hamas instrumentalisiert und hinausgezögert. Die im Gazastreifen festgehaltenen 28 ermordeten Geiseln sollten im Rahmen der Vereinbarung auch an Israel übergeben werden - dieser Teil der Abmachung wurde noch immer nicht vollständig eingelöst von den Hamas. Währenddessen rufen Teile palästinensische Gefangene aus einer Haft entlassen, in der sie von israelischen Behörden überwiegend (in etwas mehr als 80 Prozent der Fälle; Quelle: BR24, 14.10.2025) ohne Anklage oder rechtsstaatliches Verfahren festgehalten wurden. Einige von ihnen waren allerdings an Kriegshandlungen gegen Israel beteiligt oder

36 terroristisch aktiv, weswegen sich eine Gleichsetzung verbietet. Die Freude über die
37 Rückkehrenden auf beiden Seiten steht im Schatten der zutiefst erschöpften und
38 gespaltenen Region und eines verwüsteten Gazastreifens: Die fortgesetzte israelische
39 Militärikampagne hat den konservativsten Schätzungen zufolge über 71.000 Menschen das
40 Leben gekostet und über zwei Millionen Menschen aus ihren Häusern vertrieben. Die
41 Umstände - als Todesopfer werden offiziell nur Personen gezählt, deren Leichen
42 aufgefunden und identifiziert wurden und die durch direkte Waffeneinwirkung, nicht
43 etwa durch Hunger, Krankheiten oder mangelnde medizinische Versorgung, getötet wurden
44 - rechtfertigen die auch durch diverse Studien belegte Annahme, dass die Dunkelziffer
45 weitaus höher sein dürfte. Knapp die Hälfte der vom israelischen Militär Getöteten
46 waren Kinder, über ein Viertel waren Frauen. Der Konflikt weist dabei eine der
47 höchsten Prozentsätze von Zivilist*innen unter den Todesopfern seit dem Zweiten
48 Weltkrieg auf. Zudem waren die israelischen Militärschläge in einem
49 überdurchschnittlichen Maße gegen Journalist*innen und Mitglieder von
50 Hilfsorganisationen gerichtet; kein anderer Krieg seit Beginn der systematischen
51 Aufzeichnungen war für Pressevertreter*innen so tödlich wie der Krieg in Gaza. Der
52 Gazastreifen wurde fast vollständig zertrümmert - nach UN-Schätzungen sind über 70
53 Prozent der zivilen Infrastruktur zerstört oder schwer beschädigt, darunter auch die
54 allermeisten Krankenhäuser, Schulen und Kultureinrichtungen. Die israelische
55 Regierung hat mit einer monatelangen Blockade von Strom, Wasser, Nahrung und anderen
56 Hilfslieferungen bewusst eine gravierende Hungersnot herbeigeführt und somit den
57 Hunger als Kriegswaffe gegen die Bevölkerung Gazas genutzt. Bis heute schränken die
58 israelische Regierung und das Militär humanitäre Hilfslieferungen drastisch ein,
59 sodass nur ein Bruchteil der eigentlich benötigten Hilfen die Menschen in Gaza
60 erreicht. Kurzum: Die Lage ist humanitär gesehen eine völlige Katastrophe. Dennoch
61 haben schon wenige Tage nach dem Inkrafttreten des aktuellen Waffenstillstands Teile
62 der israelischen Regierung zu einer voll ausgeweiteten Offensive gegen die Hamas und
63 die Bevölkerung im Gazastreifen aufgerufen. Eine Rückkehr zum aktiven Krieg wäre aber
64 eine absolute Tragödie.

65 katastrophal und eine Rückkehr zum aktiven Krieg wäre eine absolute Tragödie. Die
66 militärische Eskalation im Gazastreifen darf nicht isoliert betrachtet werden. Sie
67 ist Teil eines regionalen Konfliktgeflechts, in dem der Iran eine zentrale Rolle als
68 strategischer Akteur spielt. Alles gemäß der antisemitischen Staatsräson Irans, der
69 als zentrales Ziel die vollkommene Zerstörung Israels und jüdischen Lebens überall
70 proklamiert. Die Angriffe des iranischen Regimes auf Israel sind zutiefst zu
71 verurteilen. Israel mag dabei militärisch auf die iranische Aggression reagieren
72 dürfen, aber es darf dabei nicht das humanitäre Völkerrecht verletzen und muss
73 internationale Normen einhalten. Beide Seiten fahren eine Strategie der militärischen
74 Abschreckung, die über Gaza hinaus in die gesamte Region ausstrahlt. Sie untergräbt
75 das regionale Gleichgewicht und schafft eine Zweifront-Bedrohung, die Jordanien,
76 Syrien, den Irak und die Türkei erfassen kann. Der Iran agiert dabei in doppelter
77 Rolle: Einerseits als militärischer Unterstützer islamistischer Gewaltakteure im
78 Nahen Osten, andererseits als ideologischer Verwerter des Leids in Gaza. Die
79 Regimepolitik in Teheran trägt damit sowohl zur Eskalation als auch zur Propaganda
80 bei - öffentlich aufgeladen mit antiwestlichen Narrativen, die die israelisch-
81 arabische Normalisierung weiter belasten. Eine Eskalation hin zu einem
82 Zweifrontenkrieg wäre katastrophal - nicht nur für Israel oder die Region, sondern

83 für die globale Sicherheitsarchitektur. Die Bundesregierung und die EU müssen den
84 Iran klar benennen, diplomatisch isolieren und strategisch eindämmen - insbesondere
85 dessen Unterstützung für Terrorgruppen.

86

87 Die Regierung Netanjahu, deren Koalition weiterhin von rechtsnationalistischen und
88 religiöse-extremistischen Kräften getragen wird, treibt die Ausweitung illegaler
89 Siedlungen in der Westbank voran und lässt somit sehenden Auges die Gewalt
90 eskalieren. Mit dieser Regierung wird es keinen langanhaltenden Frieden geben.
91 Gleichzeitig spaltet die geplante Justizreform die israelische Gesellschaft und Trump
92 schlägt fast schon despotisch die Begnadigung Netanjahus von seinen
93 Korruptionsvorwürfen in der Knesset vor. Hunderttausende Menschen demonstrieren
94 regelmäßig für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden, unter anderem unsere
95 israelischen Partner*innen im Willy-Brandt-Center. Hunderttausende Menschen
96 demonstrieren regelmäßig für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Frieden und für das
97 Ende der Regierung Netanjahus, unter anderem unsere israelischen Partner*innen im
98 Willy-Brandt-Center. Mit ihnen sind wir immer solidarisch - auch wenn die aktuelle
99 Regierung Einschüchterungsversuche gegen die Demokratiebewegung fährt. So sieht die
100 Histadrut - die israelische Gewerkschaftsbewegung, die einen maßgeblichen Anteil an
101 der israelischen Demokratiebewegung trägt - sich gerade heftigen Angriffen
102 ausgesetzt. Wir fordern die auch finanzielle Unterstützung von demokratischen,
103 feministischen, antirassistischen zivilgesellschaftlichen Organisationen in der
104 gesamten Region. Kurzum, der Frieden ist mehr als brüchig und der Status Quo ist mehr
105 als volatil, wie auch schon die ersten Verletzungen des Waffenstillstandes auf beiden
106 Seiten gezeigt haben.

107 Die palästinensische Autonomiebehörde droht weiter an Legitimation zu verlieren: Das
108 Vertrauen der Bevölkerung in die politische Repräsentation ist zerrüttet.

109 Gleichzeitig zeigt sich ein wachsender Wunsch nach demokratischer Erneuerung in der
110 palästinensischen Gesellschaft. Die Diskussionen insbesondere auf palästinensischer
111 Seite um die mögliche Freilassung des wegen u.a. fünffachen Mordes, inhaftierten
112 Fatah-Politikers, der in Israel an einem unbekannten Ort eine lebenslange Haftstrafe
113 verbüßt, bringt neue Dynamik in die palästinensische Politik und gibt auch
114 demokratischen Akteur*innen auf palästinensischer Seite wieder neue Bewegung.
115 Internationale Akteur*innen, darunter auch die Vereinigten Staaten, prüfen daher, ob
116 seine Freilassung notwendiger Teil eines Neustarts palästinensischer Selbstverwaltung
117 sein könnte.

118 Feministische Perspektiven verdeutlichen zusätzlich die Tiefe dieses Konflikts:
119 Frauen sind im aktuellen Krieg in Nahost besonders von Gewalt, Vertreibung und
120 ökonomischer Unsicherheit betroffen. Viele von ihnen tragen in Familien,
121 Krankenhäusern und Hilfsorganisationen die Hauptlast der Krise. Insbesondere die Lage
122 der Frauen im Gazastreifen hat sich im Rahmen der israelischen Militäroffensive
123 dramatisch verschlechtert. Die israelischen Angriffe auf Krankenhäuser und
124 Geburtskliniken sowie Blockaden von überlebenswichtigen Hilfsgütern für Säuglinge und
125 Kleinkinder stellen genderbezogene Gewalt dar und haben nicht nur für unermessliches
126 Leid bei den Familien gesorgt, sondern die reproduktive Gesundheitsversorgung in Gaza
127 zum Erliegen gebracht und somit ihr Recht auf Selbstbestimmung unterminiert.
128 Überlebende sexualisierter Gewalt kämpfen bis heute um Anerkennung und Unterstützung.

129 Sexualisierte Gewalt wurde in diesem Krieg systematisch als Kriegswaffe eingesetzt.
130 Dazu zählen sowohl die Überlebenden des Hamas-Angriffs vom 7. Oktober, als auch die
131 palästinensischen Betroffenen von Fällen sexualisierter Gewalt, die nach Angaben des
132 UN-Menschenrechtskommissariats systematisch von IDF-Soldaten in Gaza begangen wurden.
133 gleichermaßen bedroht. Wir sprechen hier bewusst von Frauen, da die verfügbaren Daten
134 ausschließlich binäre Geschlechterkategorien erfassen und somit keine Aussagen über
135 die Situation von allen FINTA-Personen zulassen.
136 bedroht.

137 III. Unsere Leitlinien

138 Unsere internationale Arbeit zum Nahost-Konflikt folgt klaren Prinzipien, die aus den
139 Erfahrungen der letzten Jahre gewachsen sind (vgl. hierzu auch die Beschlüsse der
140 Jahre 2024, 2023 und 2020). Diese Leitlinien bilden das Fundament unserer politischen
141 Bildungsarbeit und unseres Engagements für Frieden und sollen hier zur
142 Standpunktbestimmung kurz angerissen werden:

143 1. **Doppelte Solidarität** ist das oberste Prinzip unserer Arbeit zum Nahostkonflikt.
144 Das bedeutet, dass wir die Perspektiven progressiver Kräfte auf beiden Seiten
145 des Konfliktes berücksichtigen und nehmen mit diesem dualistischen Ansatz eine
146 diskursive Gegenposition zu Polarisierung und Lagerdenken auch in Deutschland
147 ein.

148 2. **Trilateralität** ist die Praxis der doppelten Solidarität und meint den
149 trilateralen Dialog im Rahmen des Willy-Brandt-Centers. Dieser cross-border
150 Ansatz ist einerseits Selbstzweck zur Förderung des Friedens vor Ort und bildet
151 zudem die beste Grundlage unserer Positionsbildung im Hinblick auf Israel und
152 Palästina.

153 3. **Third-Party** weist uns innerhalb des trilateralen Dialogs auf unsere
154 Standortbestimmung als nicht beteiligte Partei hin: Unsere politischen
155 Fähigkeiten erlauben es uns nicht, den Konflikt selbst zu lösen, zumal wir nicht
156 einmal Teil des Konfliktes sind. Dennoch hat unser Engagement Auswirkungen für
157 unsere Partner*innen.

158 4. **Do no harm** ist die durch uns selbst auferlegte Konsequenz, unser Handeln als
159 gesamter Verband mit den betroffenen Partner*innen durch Konsultation zu
160 koordinieren. Nur so können wir sicher gehen, dass unser berechtigtes Interesse,
161 sich als politische Jugendorganisation zu einem der folgenreichsten
162 internationalen Konflikte äußern zu können, keine negativen Auswirkungen auf
163 unsere Partner*innen hat.

164 IV. Friedensordnung und legitime Sicherheitsbedürfnisse

165 Unsere jungsozialistische Friedenspolitik darf nicht bei Prinzipien stehen bleiben!
166 In der Westbank eskaliert die Gewalt: Die Vereinten Nationen berichten von einem
167 Anstieg der gewaltsamen Zwischenfälle zwischen illegalen Siedler*innen und
168 Palästinenser*innen um 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Nach Angaben der
169 israelischen Menschenrechtsorganisation Peace Now wurden seit 2023 über 15.000 neue
170 Wohneinheiten in besetzten Siedlungsgebieten genehmigt. Der fortgesetzte Ausbau der

171 israelischen Siedlungen in der Westbank muss als klare Bemühung der Regierung
172 Netanjahus interpretiert werden, die Möglichkeit einer Zwei-Staaten-Lösung durch
173 Zersplitterung des palästinensischen Gebiets dauerhaft und endgültig zu sabotieren.
174 Diese Bemühungen lassen sich auch an wiederholten Annexionsbeschlüssen der Knesset
175 festmachen.

176 Als Reaktion auf die eskalierende Gewalt und wiederholten Vereinnahmungsbemühungen
177 wollen wir Jusos unsere Visionen in konkrete Politik überführen und somit für Frieden
178 und Sicherheit, für Gerechtigkeit und damit für die gleichen Rechte für alle Menschen
179 zwischen Mittelmeer und Jordan eintreten.

180 Grundlage für jegliche Friedensbestrebungen und Erfüllung beiderseitiger
181 Sicherheitsbedürfnisse ist und bleibt für uns das Ziel der Zwei-Staaten-Lösung. Diese
182 beruht nicht nur auf gegenseitig rechtlich bedingten Anerkennungen, sondern auch auf
183 Berücksichtigungen der ebenfalls gegenseitig bedingten Sicherheitsinteressen. Eine
184 Klärung der dazugehörigen Grenzfragen im Rahmen der jüngsten Annexionen der West-Bank
185 durch die Regierung Netanjahu hingegen verspricht keine dauerhafte Lösung, sondern
186 unterstreicht ganz akut die Notwendigkeit der palästinensischen Selbstbestimmung und
187 Staatlichkeit, zur Erreichung einer nachhaltigen Friedenslösung. Daher verurteilen
188 wir die völkerrechtswidrigen illegalen Besatzung und fortschreitende Annexion der
189 Westbank, Ost-Jerusalems durch Israel aufs Schärfste und fordern ein sofortiges Ende
190 der illegalen Siedlungspolitik. Der Status der Golanhöhen im Konflikt mit Syrien ist
191 vom Hintergrund notwendiger Sicherheitsgarantie für Israel zu klären. Außerdem fordern
192 wir die Anerkennung des palästinensischen Staates unter Verwaltung der
193 Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) als ihr einziger legitimer Repräsentant. Eine
194 solche Anerkennung muss zum Ziel haben, die Palästinensischen Befreiungsorganisation
195 (PLO) und insbesondere die Fateh als ihre stärkste Kraft zu unterstützen, um somit
196 einen politischen und gesellschaftlichen Gegenpol zur Terrororganisation Hamas zu
197 fördern. Eine Anerkennung setzt selbstverständlich voraus, dass die Hamas von jeder
198 Form der rechtlichen oder tatsächlichen Machtausübung ausgeschlossen ist. Dies muss
199 mit Nachdruck gegenüber der PLO eingefordert werden, von welcher wir erwarten, dass
200 sie ausschließlich mit anderen palästinensischen Akteur*innen in Gaza
201 zusammenarbeitet. Dafür ist es notwendig, dass Infrastruktur und weiteres nicht mehr
202 in den Händen der Hamas liegt, damit die Bevölkerung in Gaza nicht von ihr abhängig
203 ist. Der damit zwingend verbundene Auftrag an die PA würde entsprechend die
204 Durchsetzung von Menschenrechten, die Garantie von freien demokratischen Wahlen und
205 die Verurteilung und Bekämpfung jeglicher terroristischer Betätigung bedeuten. Die
206 israelische Regierung trägt zudem eine entscheidende Mitverantwortung, auf die
207 Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung hinzuwirken. Die legitimen Sicherheitsinteressen
208 Israels dürfen durch eine Anerkennung palästinensischer Staatlichkeit zugleich nicht
209 unterminiert und das Recht auf die Selbstverteidigung Israels nicht in Frage gestellt
210 werden.

211 Die Anerkennung eines palästinensischen Staates kann nur der Beginn eines gerechten
212 Friedensprozesses sein und muss in eine international koordinierte Friedensstrategie
213 eingebettet werden. Mit einer Staatsgründung ist weder der Terrorismus aus der Region
214 verschwunden, noch automatisch für Selbstbestimmung gesorgt. Die
215 Selbstbestimmungsinteressen der Palästinenser*innen dürfen nicht auf Fragen der
216 Repräsentanz reduziert werden. Es erfordert einen Souveränen Staat Palästina und

217 erfordert die Rückgabe völkerrechtswidrig annexierten Landes, auch im Rahmen
218 gleichberechtigt verhandelter Land Swaps. Zugleich muss die Jurisdiktion der
219 Palästinensischen Autonomiebehörde als Grundlage für funktionsfähige staatliche
220 Strukturen anerkannt und schrittweise gestärkt werden. Die israelische Praxis der
221 Administrativhaft ohne Anklage oder rechtsstaatliche Kontrolle widerspricht dem.
222 Rechtsstaatlichkeit, Rechenschaftspflicht und demokratische Legitimation sind
223 unverzichtbar und notwendig für den Erfolg der Zwei-Staaten Lösung. Und jede
224 Beteiligung der Hamas unterminiert den Weg zu einer Zwei-Staaten Lösung, ist die
225 gesamte Praxis der Hamas doch die einer Terrororganisation. Von rechtsstaatlichen
226 Akteur*innen kann niemals die Rede sein, wenn es um die Hamas geht.

227 Friedensprozesse benötigen legitime politische Repräsentation. Die Freilassung
228 politischer Gefangener, darunter ehemalige Aktive und Funktionär*innen des Willy-
229 Brandt-Centers, kann zur Wiederbelebung demokratischer Strukturen beitragen, wenn sie
230 sich zu friedlichen und demokratischen Mitteln bekennen.

231 **V. Internationale Verantwortung**

232 Aus Haltung muss Handeln werden! Deutschland und Europa tragen Verantwortung für eine
233 werte- und regelgeleitete Außenpolitik, die auf Völkerrecht, Menschenrechten und
234 multilateraler Zusammenarbeit beruht. Eine glaubwürdige Friedenspolitik verlangt,
235 zwischen legitimer Selbstverteidigung und völkerrechtswidrigen Handlungen klar zu
236 unterscheiden. Menschenrechte dürfen weder relativiert noch selektiv angewandt
237 werden.

238 **Deutsche Waffenexporte**

239 Waffenexporte in den Nahen Osten müssen streng kontrolliert werden. Lieferungen nach
240 Israel dürfen ausschließlich dem aktiven Schutz der Bevölkerung vor Angriffen dienen.

241 Das bedeutet, dass nur Systeme und Technologien geliefert werden dürfen, die allein
242 zu defensiven Zwecken verwendet werden können - wie beispielsweise Komponenten für
243 den Iron Dome sowie andere Technik zur Abwehr externer Angriffe, etwa durch Iran oder
244 die Hisbollah. Diese Unterscheidung ist notwendig, um Israels legitimes
245 Selbstverteidigungsrecht zu bewahren, ohne völker- oder menschenrechtswidrige
246 Handlungen zu legitimieren oder mit deutschen Rüstungsgütern zu unterstützen. Alle
247 anderen Exporte müssen wieder ausgesetzt werden, solange nicht sichergestellt ist,
248 dass sie nicht für völker- oder menschenrechtswidrige Handlungen eingesetzt werden.

249 dienen, das heißt, dass ausschließlich defensive Systeme wie Komponenten für den Iron
250 Dome sowie Technologien zur Abwehr externer Angriffe, etwa durch den Iran oder die
251 Hisbollah geliefert werden sollen. Diese Differenzierung bewahrt Israels legitimes
252 Selbstverteidigungsrecht, ohne menschenrechtswidrige Handlungen zu legitimieren.

253 Deutschland soll jährlich einen Rüstungsexportbericht zur Lage im Nahen Osten
254 vorlegen, der transparent über Genehmigungen, Verwendungszwecke und Empfänger*innen
255 informiert. Die Europäische Union muss ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit
256 Israel und Palästina konsequent an menschenrechtliche Kriterien binden.
257 Sicherheitsinteressen dürfen niemals zur Rechtfertigung von Besatzung,
258 Kollektivstrafen oder anderen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht missbraucht

259 werden. Gleiches gilt in Hinblick auf die Zusammenarbeit der UN mit Vertreter*innen
260 Palästinias.

261 **Humanitäre und soziale Wiederaufbauagenda**

262 Frieden entsteht nicht in Konferenzräumen, sondern in zerstörten Städten, Schulen und
263 Krankenhäusern. Der Wiederaufbau in Gaza und der Westbank ist Voraussetzung für eine
264 stabile Nachkriegsordnung. Nach Schätzungen des UN-Entwicklungsprogramms (UNDP)
265 werden rund 40 Milliarden US-Dollar für die grundlegende Wiederherstellung der
266 Infrastruktur Zugang zu Hilfsgütern benötigt. Bisher wurde nur ein Bruchteil dieser
267 Summe international zugesagt.
268 Deutschland und die Europäische Union müssen ihre humanitäre Hilfe und den
269 Wiederaufbau deutlich verstärken und dabei soziale Gerechtigkeit ins Zentrum stellen.
270 Ziel ist eine Erneuerung der Infrastruktur, die die lokale Wirtschaft stärkt,
271 Beschäftigung schafft und demokratische Teilhabe ermöglicht. Dazu gehört auch, dass
272 Deutschland und die Europäische Union einen kategorischen Gegenpol zu Trumps
273 Bemühungen, den Gazastreifen zum eigenen Vorteil wirtschaftlich aufzuwerten und durch
274 private Investitionen eine Abhängigkeit von US-amerikanischen Konzernen herzustellen,
275 bilden müssen. Für langfristigen Frieden in der Region braucht es zwei Staaten, die
276 einander nicht nur anerkennen, sondern die vertrauensvoll zusammenarbeiten können.
277 Dafür braucht es groß angelegte Programme, die innerhalb der Zivilgesellschaften
278 Israels und Palästinas Vorurteile abbauen, Dialog ermöglichen und Vertrauen aufbauen.
279 Diese Programme müssen von und mit Israelis und Palästinenser*innen gestaltet werden
280 und dürfen von Außenstehenden nur als Third Party mitbetreut werden.
281 Frauen, Kinder, queere Menschen und andere marginalisierte Gruppen müssen dabei
282 gezielt unterstützt werden, da sie am stärksten von Armut, Gewalt und Vertreibung
283 betroffen sind. Bildung, die gegenseitige Vorurteile abbaut und damit einen Beitrag
284 zu langfristigem Frieden leistet, sind ebenso Gleichberechtigung und Teilhabe für
285 alle, die Grundlage langfristiger Stabilität.
286 Friedenspolitik ist auch Sozialpolitik. Der Wiederaufbau darf nicht paternalistisch
287 gestaltet werden, sondern muss lokale Akteur*innen stärken und Mitsprache sichern.
288 Politische Bedingungen für Hilfsleistungen, etwa zur "Kooperationsbereitschaft"
289 palästinensischer Akteure müssen unterlassen werden. Internationale
290 Hilfsorganisationen, darunter die UNRWA, müssen dringend reformiert werden, um
291 Transparenz, Rechenschaft und die Beteiligung der demokratischen Zivilgesellschaft zu
292 gewährleisten, ohne dabei die Augen vor antisemitischen Strukturen zu verschließen.
293 Diese müssen in der UNRWA konsequent ausgeräumt werden. Der Wiederaufbau darf nicht
294 an politischen Blockaden scheitern. Humanitäre Hilfe und die Wiederherstellung
295 ziviler Lebensgrundlagen sind Ausdruck des Rechts auf Würde und Sicherheit für alle.

296 **Europa als Friedensmacht**

297 Europa muss wieder gestaltende Kraft in der Friedenspolitik werden, auch im Nahen
298 Osten. Die Europäische Union verfügt über diplomatische, wirtschaftliche und
299 rechtliche Mittel, nutzt sie jedoch zu selten strategisch. Europa wird Friedensmacht
300 und Garant für Sicherheit, wenn es Diplomatie, Menschenrechte und soziale Teilhabe
301 als gemeinsame Aufgabe begreift. Die Bundesregierung soll sich in der EU für einen

302 Friedensplan einsetzen, der die Anerkennung Palästinas, Diplomatie, Sicherheit,
303 humanitärer Hilfe und Wiederaufbau miteinander verbindet. Dieser Plan muss eng mit
304 den Vereinten Nationen, der Arabischen Liga sowie den Nachbarstaaten Ägypten und
305 Jordanien, sowie Israel selbst, abgestimmt sein. Die Europäische Union muss dabei
306 ihre sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit Israel und Palästina konsequent an
307 menschenrechtliche Kriterien binden.

308 Internationale Gerichtsbarkeit und Kriegsverbrechen

309 Das Völkerrecht ist die Grundlage einer globalen Friedensordnung. Deutschland und die
310 Europäische Union tragen besondere Verantwortung, ihre Prinzipien universell
311 anzuwenden. Die Unterscheidung zwischen legitimer Selbstverteidigung und
312 völkerrechtswidrigen Handlungen darf niemals politisch relativiert werden. Der
313 Internationale Gerichtshof befasst sich seit Anfang 2024 mit möglichen Verstößen
314 gegen das humanitäre Völkerrecht im Gazastreifen, einschließlich der Frage, ob die
315 israelischen Militäroperationen den Tatbestand des Völkermords erfüllen könnten. Wir
316 wollen, dass die Aufarbeitung von allen Kriegsverbrechen uneingeschränkt unterstützt
317 wird. Die Bundesregierung soll den Internationalen Gerichtshof bei der Aufarbeitung
318 von Kriegsverbrechen im Gazastreifen und Israel, sowie den Internationalen
319 Strafgerichtshof bei

320 der Verfolgung der dafür verantwortlichen Individuen uneingeschränkt unterstützen.
321 Das gilt insbesondere für die internationalen Haftbefehle gegen Benjamen Netanjahu
322 und Joav Galant. Auch die noch lebenden Führungsmitglieder der Hamas müssen für ihre
323 Verbrechen zur Verantwortung gezogen werden. Angriffe auf zivile Infrastruktur und
324 humanitäre Organisationen müssen lückenlos aufgeklärt werden.

325 der Verfolgung der dafür verantwortlichen Individuen uneingeschränkt unterstützen.
326 Historische Erfahrungen zeigen, dass die juristische Anerkennung von Völkermorden oft
327 erst nach langen politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erfolgt. Der
328 Genozid an den Herero und Nama durch das Deutsche Kaiserreich steht beispielhaft für
329 einen solchen Prozess der späten rechtlichen Einordnung. Dieses Beispiel dient
330 ausschließlich dazu zu verdeutlichen, dass internationale Strafverfahren Zeit
331 benötigen und erst durch unabhängige Gerichte abgeschlossen werden. Eine Übertragung
332 dieses historischen Falls auf aktuelle Konflikte findet nicht statt und wäre fachlich
333 falsch. Entscheidend ist für uns, dass die Bewertung möglicher Völkermordtatbestände
334 immer Aufgabe internationaler Gerichte bleibt und dass juristische Verfahren niemals
335 zur Relativierung des Leids von Zivilbevölkerungen führen dürfen.

336 Wir müssen aber nüchtern einräumen, dass auch internationale Gerichtsbarkeiten wie
337 der Internationale Gerichtshof oder der Internationale Strafgerichtshof nicht im
338 luftleeren Raum handeln. Sie operieren in einem Umfeld, das von politischen
339 Interessen, geopolitischen Abhängigkeiten und strukturellen Verzerrungen geprägt ist.
340 Kritik an diesen Institutionen verweist immer wieder auf ungleiche
341 Ressourcenverteilung, unterschiedliche politische Verwundbarkeit der Staaten sowie
342 auf tief verankerte globale Machtasymmetrien, die sich in der Praxis auf
343 Entscheidungen auswirken können. Dazu gehört auch die Beobachtung, dass Rassismus
344 oder historisch gewachsene Feindbilder, einschließlich antisemitischer Ressentiments,
345 eine Rolle spielen können, selbst wenn Institutionen dies offiziell zurückweisen.

346 Deswegen müssen wir die völkerrechtlichen Einordnungen
347 und Warnungen der wachsenden Anzahl an etablierten und unabhängigen
348 Menschenrechtsorganisationen, UN-Organen und Forscher*innenverbänden ernstnehmen. Den
349 daraus entstehenden Debatten müssen wir uns innerverbandlich und im Rahmen unserer
350 internationalen Arbeit stellen. Zur politischen Bewertung gehört schließlich, dass
351 etwaige Unschärfen bezüglich Begrifflichkeiten nicht zur Relativierung von Verbrechen
352 und menschlichem Leid führen dürfen. Zehntausende Tote, Vertreibungen und die
353 Zerstörung ziviler Lebensgrundlagen stehen für eine bewusst von der israelischen
354 Regierung und dem israelischen Militär herbeigeführte humanitäre Katastrophe, die
355 politische wie juristische Verantwortung verlangt.

356 Diese Aufarbeitung wird eine große Aufgabe für die nächsten Jahre sein. Etwaige
357 aktuelle Unschärfe bezüglich des konkreten Ausmaßes der Völkerrechtsverletzungen darf
358 jedoch nicht zur Relativierung menschlichen Leids führen. Zehntausende Tote,
359 Vertreibungen und die Zerstörung ziviler Lebensgrundlagen stehen für eine bewusst von
360 der israelischen Regierung und dem israelischen Militär herbeigeführte humanitäre
361 Katastrophe, die politische Verantwortung verlangt.

362 Der Schutz der Zivilbevölkerung ist universelle Verpflichtung. Israel hat das Recht
363 auf Selbstverteidigung, dieses Recht ist jedoch an das Gebot der Verhältnismäßigkeit
364 und den Schutz ziviler Personen gebunden. Beides wurde von der israelischen Regierung
365 in diesem Krieg zunehmend bewusst missachtet. Ihr Vorgehen im Gazastreifen lässt sich
366 schon seit vielen Monaten nicht mehr mit dem Kampf gegen die Hamas rechtfertigen. Die
367 permanenten Angriffe auf Zivilist*innen, das systematische Zerstören von ziviler
368 Infrastruktur sowie die von Teilen der israelischen Regierung bewusste und gewollte
369 Auslösung einer humanitären Krise im Gazastreifen stellen offensichtliche
370 Verletzungen des Völkerrechts dar. Auch die Hamas ist an das Völkerrecht

371 in diesem Krieg vielfach bewusst missachtet. Auch die Hamas ist an das Völkerrecht
372 gebunden. Sie hat diese Prinzipien in vielfacher Weise verletzt, durch gezielte
373 Angriffe auf Zivilist*innen, die Ermordung und Geiselnahme unschuldiger Menschen am
374 7. Oktober 2023, den wahllosen Raketenbeschuss israelischer Städte und die bewusste
375 Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen als menschliche
376 Schutzschilder. Diese Taten sind durch nichts zu rechtfertigen und stellen ebenfalls
377 schwere Verstöße gegen das humanitäre

378 gebunden und hat es durch Angriffe und sexualisierte Gewalt gegen Zivilist*innen,
379 Geiselnahmen und die

380 Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung verletzt. Die Hamas verfolgt eine Ideologie
381 und Strategie, die diesen Prinzipien des Völkerrechts grundsätzlich widerspricht,
382 durch gezielte Angriffe auf Zivilist*innen, die Ermordung

383 Geiselnahme unschuldiger Menschen am 7. Oktober 2023, den wahllosen Raketenbeschuss
384 israelischer Städte und die bewusste Instrumentalisierung der Zivilbevölkerung im
385 Gazastreifen als menschliche Schutzschilder. Diese Taten sind durch nichts zu
386 rechtfertigen und stellen schwere Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht dar. Der
387 Schutz jedes menschlichen Lebens gilt universell, unabhängig davon, von wem die
388 Gewalt ausgeht.

389 Abseits legalistischer Diskussionen ist es von enormer Relevanz für uns und unsere
390 Partner*innen im Willy-Brandt-Center für Werte einzutreten und für diese in der
391 Region zu werben. Das umfasst Frieden, Unantastbarkeit menschlichen Lebens und
392 Menschenrechte sowie die Anerkennung legitimer Sicherheitsinteressen- und -
393 bedürfnisse. Dazu gehört auch unser politisches Engagement für die Reformierung und
394 Stärkung internationaler humanitärer Institutionen.

395 VI. Das WBC und unsere Verantwortung

396 Unsere Theorie muss wieder praktisch werden! Das Willy-Brandt-Center (WBC) in
397 Jerusalem ist eines der zentralen Projekte internationaler sozialdemokratischer
398 Friedensarbeit. Seit fast dreißig Jahren verbindet es junge Menschen aus Israel,
399 Palästina und Deutschland in gemeinsamer Bildungs- und Verständigungsarbeit. In einer
400 Zeit der shrinking civic spaces, in der Räume für Dialog und Vertrauen zunehmend
401 eingeschränkt werden, wird ihr Wiederaufbau zu einer zentralen demokratischen
402 Aufgabe. Auch deshalb verurteilen wir Boykottkampagnen gegen Israel, insbesondere das
403 gezielte Ausgrenzen und Ausladen zivilgesellschaftlicher und kultureller
404 Akteur*innen, da solche Praktiken dem offenen gesellschaftlichen Austausch
405 widersprechen und die notwendigen Räume für Dialog weiter verengen

406 Insbesondere angesichts neuer Dynamiken im Konflikt ist es unser Ziel, Räume für
407 Verständigung wieder zu stärken und mit Leben zu füllen. Dazu gehören insbesondere
408 Gesprächsformate im Rahmen des politischen Projekts des WBC. Die Besonderheit des
409 WBCs ergibt sich aus dem Grundsatz der Trilateralität, die auf Basis von Vertrauen,
410 Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt beruht. Das WBC muss wieder der
411 wichtigste Ort des Verbandes werden, um Vertrauen zwischen allen drei Parteien
412 aufzubauen und in praktischer Arbeit die Grundsätze sozialdemokratischer
413 Friedenspolitik zu leben.

414 Langfristig basiert die Arbeit im WBC darauf, dass es Partner*innen der Young
415 Democrats auf israelischer Seite und der Shabibeh Fatah auf palästinensischer Seite
416 zusammenbringt. Die Zusammenarbeit mit der Shabibeh Fateh wurde zurecht ausgesetzt,
417 dennoch sind wir daran interessiert, den Dialog über die Gründe, die zur Aussetzung
418 der Zusammenarbeit geführt haben, zu führen. Für unsere Zusammenarbeit mit all
419 unseren internationalen Partner*innenschaften gilt: Wir kämpfen für eine Welt der
420 Freien und Gleichen in der Menschenrechte universell und unteilbar gelten. Dies tun
421 wir mit allen Genoss*innen, die diese Werte teilen.

422 Jugendbegegnungen zur Friedensarbeit im WBC, zu Menschenrechten, Antisemitismus,
423 Rassismus, Gleichstellung und Erinnerungskultur sind noch stärker durch den gesamten
424 Verband auszubauen und konsequent in unsere internationale politische Bildungsarbeit
425 einzubetten. Damit einher geht auch wieder die Thematisierung feministischer und
426 queerer Perspektiven, um soziale Gerechtigkeit in allen Dimensionen sichtbar zu
427 machen, denn Friedensarbeit ohne Geschlechtergerechtigkeit bleibt unvollständig.

428 Frieden entsteht nicht durch Worte, sondern durch Verantwortung. Wir Jusos sind
429 bereit, diese Verantwortung zu übernehmen. Das heißt für uns doppelte Solidarität,
430 die Bereitschaft zu realpolitischen Kompromissen und den Mut, auf ehemalige
431 jungsozialistische Partner*innen zuzugehen. Friedenspolitik braucht Geduld, Empathie
432 und Konsequenz. Kooperationen setzen für uns die Anerkennung des Existenzrechts

433 Israels und die Verpflichtung auf das Völkerrecht voraus.

434 **VII Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus**

435 Das Recht der israelischen Bevölkerung auf Schutz vor Terror und antisemitischer
436 Gewalt ist unantastbar. Doch das darf nicht bedeuten, dass wir zu massiven
437 Menschenrechtsverletzungen in Gaza schweigen. Beides klar zu benennen, ohne das eine
438 gegen das andere auszuspielen, ist Ausdruck politischer Reife und einer
439 wertebasierten Außenpolitik.

440 Antisemitismus ist in Deutschland Realität und gefährdet jüdisches Leben jeden Tag.
441 Er zeigt sich offen und subtil, im Netz und auf der Straße, im rechten und im
442 verschwörungsiedologischen Spektrum, aber auch als vermeintlich linke Israelkritik.
443 Erinnerungskultur heißt, diese Formen ernst zu nehmen und klar zu benennen, ohne
444 Kritik an staatlichem Handeln zu delegitimieren.

445 Gleichzeitig erleben viele Musliminnen und Muslime in Deutschland verstärkten Druck,
446 sich für politische Entwicklungen, für die sie nicht verantwortlich sind,
447 rechtfertigen oder distanzieren zu müssen. Antimuslimischer Rassismus äußert sich in
448 alltäglicher Ausgrenzung, in pauschalen Verdächtigungen, in medialen Diskursen und
449 auch in institutionellen Erfahrungen, etwa durch diskriminierendes Verhalten
450 staatlicher Behörden oder polizeiliche Übergriffe. All dies verletzt, verunsichert
451 und schafft Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen.

452 Der gesellschaftliche Druck, Position beziehen zu müssen, führt dazu, dass Menschen
453 aufgrund ihrer Religion oder Herkunft gegeneinander ausgespielt werden. Jüdinnen
454 erleben, dass ihre Sicherheit politisch relativiert oder instrumentalisiert wird.
455 Musliminnen erleben, dass ihre Solidarität oder Trauer pauschal verdächtigt und
456 delegitimiert wird. Auch innerhalb der jeweiligen Communities führen unterschiedliche
457 Haltungen zum Konflikt zu Ausschlüssen, Erniedrigungen und Verletzungen. Das
458 widerspricht jeder Form solidarischer Politik.

459 Wir Jusos stellen klar: Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus unterscheiden
460 sich historisch und strukturell, aber beide bedrohen das demokratische Zusammenleben.
461 Beide müssen bekämpft werden, ohne sie gleichzusetzen, und ohne das Leid der einen
462 Gruppe gegen das der anderen auszuspielen.

463 Kritik an der israelischen Regierung ist nicht per se antisemitisch. Kritik an
464 antimuslimischem Rassismus ist kein Angriff auf jüdisches Leben. Menschenrechte
465 gelten für alle, Erinnerungskultur ist kein Wettbewerbsfeld und Solidarität kennt
466 keine Ausnahmen.

467

468

Antrag Ini01: Unsere Forderungen für einen gerechten Sozialstaat!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge

1 I.Einleitung

2 Sozialstaat und Demokratie

3 Die Einheit von Demokratie- und Sozialstaatsprinzip ist Ausdruck einer unlösbarer
4 Einheit: Demokratie und Sozialstaat bilden gemeinsam die Grundlage der
5 verfassungsmäßigen Ordnung. Das beschreibt das Grundgesetz in Artikel 20.

6 Eine Gesellschaft, in der die ökonomische Macht in den Händen weniger konzentriert
7 ist, kann nicht dauerhaft demokatisch sein. Die Besitzenden verfügen in einem
8 solchen Zustand über überlegene Mittel, um öffentliche Meinung, politische
9 Entscheidungen und selbst die Gesetzgebung zu beeinflussen. Wo Reichtum strukturell
10 über politische Macht verfügt, bleibt das formale Gleichheitsversprechen des
11 Grundgesetzes nur noch ein Wunschdenken. Die ökonomisch Abhängigen sind in ihrer
12 politischen Freiheit faktisch beschränkt – ihre Stimme zählt auf dem Papier, aber
13 nicht in der materiellen Wirklichkeit. Eine Demokratie, die solche Ungleichheit
14 hinnimmt, verkümmert zur Herrschaft der wenigen Überreichen über die Mehrheit der
15 Gesellschaft, die von ihrer Arbeit und nicht ihrem geerbten Kapital lebt.

16 Das Sozialstaatsprinzip ist daher die verfassungsrechtliche Antwort auf diese Gefahr.
17 Es verpflichtet den Staat, die ökonomischen Voraussetzungen der Freiheit zu sichern,
18 also jenen sozialen Ausgleich herzustellen, ohne den die politische Gleichheit nicht
19 verwirklicht werden kann. Der Staat muss aktiv eingreifen, wo soziale Ungleichheit
20 politische Ohnmacht erzeugt. Sozialpolitik, öffentliche Daseinsvorsorge,
21 Mitbestimmung in der Wirtschaft und Schutz der Arbeitskraft sind nicht Akte
22 staatlicher Wohltätigkeit, sondern verfassungsmäßige Pflichten aus der demokratischen
23 Ordnung selbst.

24 Damit gewinnt das Sozialstaatsprinzip eine doppelte Bedeutung: Es ist einerseits
25 Ausdruck der historischen Errungenschaften der Arbeiter*innenbewegung, die die
26 demokratische Republik gegen die Macht des Kapitals erkämpft hat; andererseits ist es
27 die Bedingung für das Fortbestehen dieser Republik. Der Sozialstaat ist die
28 materielle Grundlage des demokratischen Verfassungsstaates. Die Erhaltung der
29 Demokratie erfordert die Begrenzung ökonomischer Macht – und damit eine stetige
30 Weiterentwicklung der sozialen Rechte, die das Grundgesetz nicht als bloße
31 Programmsätze, sondern als verbindliche Gestaltungsaufträge enthält.

32 In diesem Verständnis ist das Sozialstaatsprinzip kein statisches Ziel, sondern ein
33 dynamisches Prinzip gesellschaftlicher Demokratisierung. Es richtet sich gegen jede
34 Tendenz, politische Freiheit auf formale Verfahren zu reduzieren, und stellt fest,
35 dass Demokratie nur dort lebendig ist, wo sie die Lebensverhältnisse der Menschen
36 tatsächlich verändert. Wer das Sozialstaatsprinzip ernst nimmt, verteidigt nicht nur
37 den Sozialstaat - er verteidigt die Demokratie selbst. Unser Verständnis eines
38 Sozialstaats ist nicht das des Korrektivs, sondern eines der aktiven Rolle eines

39 Staates, Ungleichheiten frühzeitig vorzubeugen und sie in allen Ansätzen stets
40 mitzudenken.

41 **Demokratiegefährdende Ungleichheit in Deutschland**

42 Während der Sozialstaat von einem gefährlichen Block aus Neoliberalen, Konservativen
43 und Rechtsextremen immer mehr unter Druck gerät, zeigt die tatsächliche Ausgangslage,
44 dass die Ungleichheit in Deutschland ein zunehmend gefährliches Ausmaß annimmt, die
45 im Gegenteil zur öffentlichen Debatte ein „Mehr“ und kein „Weniger“ an Sozialstaat
46 erfordert.

47 Die oberen 10 % besitzen in Deutschland rund 60 % des Nettovermögens, die untere
48 Hälfte knapp 3 %. Die Bundesrepublik ist bei der Ungleichverteilung von Vermögen mit
49 Schweden europäischer Spitzenreiter. Trotz konjunktureller Schwankungen ist seit
50 Jahrzehnten der Trend zu einer höheren Vermögenskonzentration ungebrochen. Trotz
51 anhaltender Wirtschaftskrise steigt jährlich die Anzahl der Milliardär*innen völlig
52 entkoppelt von der realen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage.

53 Ökonomische Macht und Lobbyeinfluss, die die eigene Agenda unterstützen, führten zu
54 einer strukturellen Begünstigung Vermögender in unserem System. Vermögen und
55 Erbschaften werden kaum besteuert. Überreiche nutzen für sie geschaffene
56 Schlupflöcher in der Gesetzgebung, um ihre Verantwortung für die Allgemeinheit zu
57 umgehen, und schaffen auf Kosten der Vielen eine neue Klasse der überreichen Erben.

58 Statt Wohlstand für Alle und Teilhabe für jede*n produzieren Wirtschaftssystem und
59 fehlende staatliche Eingriffe Überreichtum für Wenige. Gesellschaftliche Teilhabe und
60 persönliche Selbstverwirklichung scheitern für eine zunehmende Anzahl an den
61 ökonomischen Zwängen. Rechte und Konservative predigen die Leistungsgesellschaft,
62 doch meinen damit eine Ausbeutungsgesellschaft, die die Privilegien der unverdient
63 Reichen konserviert.

64 **Der soziale Staat als Gegenentwurf**

65 Das Sozialstaatsprinzip verlangt aktives Eingreifen in diesen unerträglichen Status
66 Quo. Wir stehen für einen sozialen Staat, der alle Menschen befähigt und befreit,
67 statt sie den ökonomischen Verhältnissen schutzlos auszuliefern. Umverteilung und
68 Selbstermächtigung, statt bloßer Armutsverwaltung: Starke öffentliche
69 Daseinsvorsorge, die Marktmacht neutralisiert. Statt Kürzungsdebatten, müssen wir
70 unseren Sozialstaat jetzt stärker machen. Statt ökonomisch Schwache zu sanktionieren
71 und ihre Prekarisierung zu befördern, muss unser Sozialstaat sozialen Zusammenhalt
72 und Solidarität mit Leben füllen und Armut beenden.

73 Diese Vision zeigt klar: ein funktionierender Sozialstaat umfasst weitaus mehr als
74 die Ausstattung von Erwerbslosen mit finanziellen Mitteln. Ein funktionierender
75 Sozialstaat ist nicht nur ein aktives Gegenmodell zu kapitalistischen und
76 ausbeuterischen Logiken. Er schützt Demokratie nicht nur über die Überwindung von
77 strukturellen Ungleichheiten, die sich aus ökonomischen Verteilungen speisen, sondern
78 beschreibt für uns auch die grundsätzliche staatliche Verantwortung und Kernaufgabe,
79 allen Marginalisierungsformen und -logiken entgegenzutreten.

80 Wir Jusos verschließen uns nicht vor gesellschaftlichen Debatten rund um den
81 Sozialstaat. Für uns steht fest, dass die Verschiebung der Vermögensverteilung
82 unweigerlich mit einer Verschiebung der Wahrnehmung des Sozialstaates einhergeht.
83 Diese Analyse ist nicht neu. Es ist die ureigenste Aufgabe der Sozialdemokratie,

84 breite gesellschaftliche Mehrheiten für einen starken Sozialstaat zu schaffen. Hierzu
85 muss die SPD wieder eine gesellschaftlichen Zusammenhalt schaffen und darf sich nicht
86 an Spaltung beteiligen.

87 Wir als Jusos unterstützen das Mitgliederbegehr gegen die geplanten Reformen der
88 Grundsicherung. Wir rufen unsere Mitglieder dazu auf, das Begehr zu unterzeichnen
89 und für das Mitgliederbegehr zu werben.

90

91

92 Unser Sozialstaatsverständnis füllt das Gleichheits- und Freiheitsversprechen des
93 Grundgesetzes erst mit Leben. Die Sozialdemokratie muss den Sozialstaat verteidigen,
94 nicht als Instrument zur Milderung und Korrektur sozialer Härten, sondern als
95 gesellschaftlichen Gegenentwurf zu einer Diktatur des Kapitals.

96 **II. Armutsfeste Renten für unsere Generation!**

97 Die Zukunft des Rentensystems ist insbesondere für die junge Generation entscheidend.
98 Im westeuropäischen Vergleich sind sowohl Rentenniveau als auch Beitragshöhe in
99 Deutschland gering. Die durchschnittliche Rente liegt nur knapp 100€ oberhalb des
100 Armutsniveaus. Wenn sichergestellt werden soll, dass auch junge Menschen später
101 einmal von ihrer Rente leben können, ist klar: Das Rentenniveau darf auf keinen Fall
102 sinken! Gleichzeitig müssen insbesondere kleinere Renten steigen, wenn wir Armut
103 effektiv verhindern wollen. Generationengerechtigkeit heißt für uns auch, dass die
104 Höhe der Rentenbeiträge in einem gerechten Verhältnis zur Höhe der zu erwartenden
105 Renten stehen müssen. Mit Beginn der 2030er Jahre wird die Rentenversicherung für
106 eine begrenzte Zeit einer starken Belastung unterzogen, weil mit der außergewöhnlich
107 großen Babyboomer-Generation, die gleichzeitig selbst wenig Nachkommen hatte, die
108 Rentenversicherung etwa zehn Jahre lang einer starken Belastungsprobe unterzogen
109 wird. Dies legt systematische Schwächen der Rentenversicherung offen und muss Anlass
110 sein, die gesetzliche Rente durch strukturell ohnehin erforderliche Reformen zu
111 stärken und damit armutsfeste und Lebensstandard sichernde Renten sowohl für
112 diejenigen sicherzustellen, die in den nächsten Jahren in Rente gehen, ebenso wie für
113 die junge Generation.

114 **Wir fordern:** Die Stabilisierung des Rentenniveaus und die Umsetzung notwendiger
115 Reformen des jetzigen Rentensystems.

116 Nur wenn Menschen mit hohen Einkommen wie Menschen mit geringen und mittleren
117 Einkommen Teil des gleichen Systems sind, kann auch innerhalb des Rentensystems
118 effektiv umverteilt werden, sodass insbesondere kleine Renten gestärkt werden.
119 Deswegen müssen alle Berufsgruppen in die gesetzliche Rente einbezogen werden.
120 Selbstständige, ebenso Abgeordnete und Beamte*innen. Zudem gilt es, die
121 Beitragsbemessungsgrenze abzuschaffen. Durch den Einbezug aller Berufsgruppen in die
122 Rente wird dauerhaft ein gerechteres System erreicht und einmalig ein signifikanter
123 Anstieg der Beitragszahler*innen, womit die höhere Belastung durch das Erreichen des
124 Renteneintrittsalters der Boomer-Generation ausgeglichen werden kann. Die Abschaffung
125 der Beitragsbemessungsgrenze führt zwar auch zu höheren Ansprüchen in der Zukunft,
126 jedoch unterliegen Renten auch der Einkommensteuer. Über deren Progressivität werden
127 exzessive Zahlungen beschränkt. Wir wollen das Rentenniveau absichern und in Zukunft

128 wieder auf ein Niveau von 53% anheben.

129 **Wir fordern:** Den Einbezug aller Berufsgruppen in die gesetzliche Rente und die
130 Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Die perspektivische Erhöhung des
131 Rentenniveaus für alle.
132 Wir bekennen uns zum System der umlagefinanzierten Rente. Diese hat in vergangenen
133 Krisen eine Widerstandsfähigkeit gezeigt, welche verschiedene kapitalgedeckte Systeme
134 nicht zu bieten hatten. In Finanzkrisen sind Renten, welche sich aus Kapitalerträgen
135 speisen, anfällig zu niedrigeren Renten zu führen, da Rentner*innen einen konstanten
136 Zahlungsfluss benötigen und nicht ausharren können, bis sich die Kapitalwerte wieder
137 erholt haben. Ein umlagefinanziertes System hingegen ist krisensicherer, da die
138 Realwirtschaft zum einen weniger Volatilität als die Kapitalmärkte aufweist, zum
139 anderen der Staat ein solches System in Krisenzeiten leichter bezuschussen kann. Wir
140 setzen uns für höhere Löhne und die Ausweitung regulärer Beschäftigungsverhältnisse
141 ein. Die umlagefinanzierte Rente ist stabiler, je höher die Lohnquote ist. Ein
142 umlagefinanziertes System ist genauso wie ein kapitalgedecktes eine Wette auf eine
143 werterhaltende und im besten Fall wachsende Wirtschaft. Zudem wollen wir ein
144 Rentensystem, welches Menschen nicht in den Ruhestand zwingt, sondern es Menschen,
145 welche nicht aus materieller Not heraus, sondern aus intrinsischem Nutzen ihrer
146 Arbeit entscheiden weiterzuarbeiten, ermöglicht, auch nach Renteneintrittsalter
147 arbeiten zu können. Eine allgemeine Erhöhung des Rentenalters kommt hingegen einer
148 Kürzung der Renten gleich. Das lehnen wir ab.

149 **Wir fordern:** Das klare Bekenntnis zur umlagefinanzierten Rente und Erleichterungen
150 für diejenigen, die auch nach dem Renteneintrittsalter freiwillig weiterarbeiten
151 wollen.

152 **Keine Kapitaldeckung!**

153 Neoliberalen und bürgerlichen Kräfte argumentieren seit Jahren für die Umstellung des
154 deutschen Rentensystems auf ein kapitalgedecktes System. Dabei argumentieren sie,
155 dass kapitalgedeckte Rentensysteme langfristig höhere Erträge garantieren würden als
156 ein Umlagesystem. Die Debatte um Kapitaldeckung oder Umlagesystem ist teilweise
157 geprägt von fehlendem Verständnis für die grundsätzliche Funktionsweise des
158 Rentensystems, teilweise werden Kapitalinteressen hinter „Allgemeinwohl“-
159 Argumentationen versteckt. Es ist höchste Zeit, mit dem Mythos der Überlegenheit
160 kapitalgedeckter Rentensysteme aufzuräumen.

161 Kapitaldeckung hilft nicht bei der Bewältigung der aktuellen demografischen Problemen
162 des Rentensystems. Der Umstieg würde in frühestens 20 Jahren einen Beitrag zur
163 Stabilisierung des Rentenniveaus leisten. Damit hilft eine Kapitaldeckung nicht, die
164 kurz- und mittelfristigen Probleme zu adressieren, die eben genau in dieser
165 Zeitspanne auftreten. Wenn Aktienkurse stärker wachsen als die Volkswirtschaft,
166 spiegelt das nicht Wachstum, sondern eine Umverteilung von Arbeit zur Kapitalseite
167 wider. Die Zukunft der Altersvorsorge für Arbeitnehmer*innen auf einem System
168 aufzubauen, das dann erfolgreich ist, wenn die Löhne möglichst wenig wachsen, führt
169 zu einem widersprüchlichen Anreizsystem. Das Interesse der Arbeitnehmer*innen an
170 einem stärkeren Lohnwachstum überwiegt nämlich in jedem Fall. Kapitalgedeckte Systeme
171 verursachen zudem deutlich höhere Verwaltungskosten als das Umlagesystem.
172 Kapitalgedeckte Systeme sind deutlich volatiler als Umlagesysteme. Ein

173 Kapitalgedecktes Rentensystem hätte beispielsweise im Jahr 2007/2008 bedeutet, dass
174 Rentner*innen auf einen Schlag einen Großteil ihrer Ansprüche verloren hätten. Die
175 Umstellung auf ein kapitalgedecktes System würde mittelfristig zu enormen
176 Kapitalabflüssen und dadurch zu Nachfrageeinbußen führen, die die derzeitige
177 Rezession verstärken würden. Kapitalgedeckte Systeme führen anders als häufig
178 dargestellt, nicht zu höheren, sondern niedrigeren Investitionen. Der Erwerb von
179 Aktien an den Kapitalmärkten stellt volkswirtschaftlich betrachtet keine Investition,
180 sondern lediglich eine Finanztransaktion dar.

181 Ein kapitalgedecktes Rentensystem würde damit vor allem denjenigen nutzen, die jetzt
182 schon über große Vermögen verfügen und in Aktien investiert sind. Für die breite
183 Allgemeinheit hingegen wäre eine Umstellung schädlich und mit Wohlstandseinbußen
184 verbunden.

185 Kapitalgedeckte Rentenmodelle basieren nicht auf einer Solidarität, sondern beuteln
186 Arbeitnehmende und ihren erwirtschafteten Profit weiter aus. Spekulationen durch den
187 Staat auf dem Rücken der Arbeitnehmenden, die so die Wirtschaft immer weiter zu einem
188 unermesslichen Wachstum treiben müssten, um ihre Rente zu steigern, für die ihr
189 Profit wieder und wieder ausgebeutet wird, entspricht nicht dem Verständnis eines
190 sozialen Staates als Versuch eines Gegenpols zum Kapitalismus. Kapitalgedeckte
191 Rentenideen sind somit weder zielführend, noch mit den Zielen des Sozialstaats
192 vereinbar.

193 Sondervermögen Kommunales und ZukunftsBond

194 Es ist grundsätzlich sinnvoll, Menschen, die für das Alter sparen wollen, ein
195 günstiges Anlageprodukt zu schaffen, bei dem sie als Arbeitnehmer*innen nicht in ihre
196 eigene Ausbeutung investieren und die negativen Effekte einer Kapitaldeckung
197 verhindert werden. Insbesondere würde sich anbieten, Bürger*innen stärker an den
198 Zinszahlungen auf Staatsanleihen teilhaben zu lassen.

199 Investitionen in die öffentliche Daseinsvorsorge und Infrastruktur werden im Rahmen
200 des Sondervermögens über Staatskredite finanziert, die vor allem von Banken und
201 institutionellen Investor*innen erworben werden. Die staatlichen Zinszahlungen kommen
202 damit in der Regel überreichen Individuen zugute, womit ein negativer
203 Verteilungseffekt erzielt wird. Es ist nicht nachvollziehbar, warum von den
204 Zinszahlungen nicht gezielt die breite Bevölkerung anstatt vor allen Dingen
205 Superreiche profitieren sollten.

206 Bis 2012 wurden Bundesschatzbriefe ausgegeben, genau mit dem Ziel: Bürger*innen von
207 Zinszahlungen profitieren zu lassen, anstatt Banken und große Fonds. In modifizierter
208 Form wollen wir dieses Instrument zu einem **ZukunftsBond** weiterentwickeln und damit
209 ein einfaches Anlageprodukt schaffen, mit dem **Sozialkapital** für die Erneuerung von
210 Infrastruktur und Daseinsvorsorge generiert wird und Bürger*innen sicher investieren
211 können.

212 Die Zukunfts bonds sollen direkt von der Bundesfinanzagentur ausgegeben werden und
213 einfach zu vergünstigten Konditionen auf allen gängigen Plattformen und bei Banken
214 handelbar sein. Der Zinssatz soll garantiert 1,5% oberhalb des Leitzinses und
215 mindestens 2 % p.a. betragen. Die Zinserträge werden automatisch reinvestiert
216 (thesaurierend). Die Erträge aus dem ZukunftsBond sollen steuerlich privilegiert
217 werden, indem Freibeträge an die Zinserträge aus dem ZukunftsBond angepasst werden.

218 Es soll Sparer*innen ermöglicht werden, sowohl in Sparplanmodellen als auch mit
219 Einmalbeträgen zu investieren. Das Produkt soll lediglich Privatpersonen, nicht
220 institutionellen Investor*innen offenstehen. Dabei soll die Investitionssumme auf 500
221 € monatlich bzw. 6.000 € jährlich gedeckelt werden. Wir wollen nicht vergünstigte
222 Investitionsmodelle für Überreiche schaffen, sondern der breiten Bevölkerung einen
223 Zugang zu staatlichen Anleihen verschaffen und sie unmittelbar von Zinszahlungen auf
224 Anleihen profitieren lassen.

225 Die Anleihen sollen dafür genutzt werden, ein Sozialkapital aufzubauen, das gezielt
226 in die öffentliche Daseinsvorsorge vor Ort investiert wird. Das Sondervermögen
227 reicht nicht aus, die enormen Investitionsbedarfe zu decken, die insbesondere
228 kommunal anfallen. Dieses Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass viele
229 Bundesländer die Mittel aus dem Sondervermögen nur unzureichend an die kommunale
230 Ebene weiterleiten, weil sie stattdessen eigene Haushaltlöcher stopfen.

231 Insbesondere finanzschwache Kommunen sind durch Schuldenregeln der Bundesländer sehr
232 stark eingeschränkt in ihrer Möglichkeit, sich am Kapitalmarkt zu refinanzieren oder
233 sie erhalten schlechtere Konditionen als der Bund und die Länder.

234 Dadurch sind vor Ort selbst solche Investitionen nicht möglich, die profitabel sind.
235 Kommunale Energieversorgung, kommunale Wohnungsunternehmen erwirtschaften regelmäßig
236 Gewinne. Obwohl ein gesellschaftliches Bedürfnis danach besteht, die kommunale
237 Investitionstätigkeit zu steigern, um etwa den Mangel an bezahlbarem Wohnbau, den
238 Ausbau der kommunalen Energienetze und der lokalen, ökologischen Energieerzeugung
239 voranzutreiben, fehlt es den kommunalen Trägern öffentlicher Unternehmen an
240 Kapitalmitteln. Das Sozialkapital soll genutzt werden, um genau hier auszuhelfen, und
241 für diese Investitionen entsprechende Mittel zu generieren. Die Bürger*innen sollen
242 in doppelter Hinsicht profitieren: Erstens von einer besseren Infrastruktur vor Ort
243 und einer guten Daseinsvorsorge, zweitens weil die Zinszahlungen für die
244 entsprechenden Kredite nicht irgendwelchen Banken, sondern ihnen unmittelbar zugute
245 kommen und damit ein einfaches Sparinstrument geschaffen wird, das gleichzeitig
246 dringend notwendigen gesellschaftlichen Investitionen steigert, indem den Kommunen
247 notwendige Investitionsmittel verschafft werden, die ihnen aktuell fehlen.

248 **Wir fordern:** Die Einrichtung eines **Sozialkapitals** und die unmittelbare Beteiligung
249 der Bürger*innen an Staatsanleihen durch **ZukunftsBonds**.

250 III.Gesundheit für Alle!

251 Gesundheit ist in Deutschland eine Klassenfrage. Menschen mit geringem Einkommen und
252 schlechter Bildung leben bis zu zehn Jahre kürzer. Trotz hoher Kosten und steigender
253 Beiträge bietet unser System keine gerechte Versorgung. Wir brauchen ein System, in
254 dem jeder Euro den Patient*innen zugutekommt – nicht den Gewinnen von
255 Pharmaunternehmen oder privaten Kliniken.

256 Das Zwei-Klassensystem von gesetzlicher und privater Krankenversicherung ist
257 ungerecht. Wer hohe Einkommen hat, entzieht sich der Solidargemeinschaft. Dadurch
258 steigen die GKV-Beiträge, während Leistungen sinken. Deshalb sprechen wir uns für die
259 Integration von GKV und PKV in ein gemeinsames System der Bürger*innenversicherung
260 aus, bei gleichzeitiger Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze. Hierdurch sind
261 Beitragssenkungen von bis zu 3,8 Prozentpunkten möglich. In der Beitragsbemessung

262 sollen dabei alle Einkommensformen, nicht nur solche aus Lohnarbeit, berücksichtigt
263 werden. Auch die Pflegeversicherung gilt es in eine allgemeine
264 Bürger*innenversicherung zu integrieren.

265 **Wir fordern:** Die Einführung einer Bürger*innenversicherung und die Abschaffung der
266 Beitragsbemessungsgrenze.

267 Der neoliberalen Wettbewerbsfetisch hat 94 fast identische Krankenkassen
268 hervorgebracht. Dieses System verschwendet Milliarden durch Parallelstrukturen. Wir
269 wollen eine effiziente Kasse – digital, transparent, solidarisch.

270 **Wir fordern:** Eine Reduzierung der gesetzlichen Krankenkassen auf eine und eine
271 Digitalisierungsoffensive für die verbleibende gesetzliche Krankenversicherung
272 (Bürgerversicherung).

273 Prävention ist die beste Medizin. Über 100.000 Todesfälle jährlich wären vermeidbar.
274 Unterlassene Prävention verursacht auch insgesamt hohe Kosten im Gesundheitssystem.
275 Wir brauchen eine feste Verankerung des Vorsorgeprinzips, bessere Aufklärung über
276 Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit und gezielte Prävention bei Adipositas,
277 Diabetes, Sucht und mentalen Erkrankungen.

278 **Wir fordern:** Die Stärkung des Vorsorgeprinzips als Leitbild einer modernen
279 Gesundheitsversorgung.

280 Gesundheit darf nicht vom Wohnort abhängen. Privatisierte Krankenhäuser stellen
281 Profit über Patient*inneninteressen. Wir setzen auf Rekommunalisierung und
282 Verstaatlichung des Kliniksystems. Spezialisierung braucht Transparenz – ein
283 umfassender Klinikatlas muss zeigen, wo gute Versorgung stattfindet. Gleichzeitig
284 braucht es überall erreichbare Level-I-Kliniken und wohnortnahe Grundversorgung.
285 Polikliniken und medizinische Versorgungszentren sichern flächendeckende,
286 barriearame Versorgung und ermöglichen Effizienzgewinne, weil dadurch Kliniken und
287 Versorgungszentren mit diesem neuen Modell optimal und kostensparend Wirkung
288 entfalten können.

289 **Wir fordern:** Wir fordern die Rekommunalisierung und Verstaatlichung des Kliniksystems
290 und flächendeckend Polikliniken zur Entlastung der Kliniken.

291 Pflegekräfte und MFA's verdienen mehr Verantwortung, Weiterbildung und bessere
292 Arbeitsbedingungen. Wir wollen in Krankenhäusern den Anteil der Pflegefachkräfte
293 erhöhen und somit den Betreuungsschlüssel absenken. Pfleger*innen sollten mehr
294 Kompetenzen zugesprochen bekommen, um Tätigkeiten ausüben zu können, die aktuell
295 häufig nur von Ärzt*innen erledigt werden dürfen. Mit der Übernahme weiterer
296 ärztlicher Tätigkeiten und der damit einhergehenden steigenden Verantwortung, muss
297 auch die Vergütung angepasst werden, um die fachliche Leistung der Pflege angemessen
298 zu honorieren und die Attraktivität des Berufs zu sichern.

299 Gleichzeitig muss die generalistische Pflegeausbildung praxisnäher, sowie die
300 Vertiefungseinsätze während der Ausbildung besser strukturiert werden. Das Erlernen
301 der verschiedenen Krankheitsbilder und der pflegefachliche Umgang damit, die
302 Behandlungspflege und die Präventions- und Prophylaxethemen brauchen mehr
303 Unterrichtsstunden. So wird der Fokus auf relevante Themen im Pflegealltag gesetzt
304 und gleichzeitig Qualität gesichert und die Gesundheit der Patient*innen
305 sichergestellt. Fehlzeitenregelung und Vergütung sind an die Belastung anzupassen.

306 All das führt zur Attraktivitätssteigerung des Berufs und hilft bei der nachhaltigen
307 und professionellen Pflege der Patient*innen.
308 **Wir fordern:** Die Ausweitung der Kompetenzen von Pflegekräften, sowie Verbesserungen
309 während der generalistischen Pflegeausbildung.
310 Psychische Erkrankungen sind Volkskrankheiten. Therapieplätze fehlen, Wartezeiten
311 dauern Monate. Wir wollen mehr Kassensitze für Therapeut*innen und niedrigschwellige
312 Angebote.
313 Weiterhin muss die Prävention von psychischen Erkrankungen gefördert werden. Wir
314 wollen psychologische Bildung als Lehrinhalte an Schulen, Berufsschulen und
315 Hochschulen implementieren und auch Angebote für mehr mentale Gesundheit am
316 Arbeitsplatz ausbauen, sodass langfristig weniger Menschen von psychischen
317 Erkrankungen betroffen sind.
318 **Wir fordern:** Mehr Kassensitze und Therapieplätze sowie psychische Bildung auf allen
319 Ebenen.

320 **IV. Wertschöpfungsabgabe zur Stärkung von Rente, Gesundheit und 321 Beschäftigung**

322 Nahezu die gesamten Kosten des Sozialstaats werden in Deutschland von Steuern und
323 Abgaben getragen, die auf Arbeit anfallen. Dies ist in doppelter Hinsicht
324 problematisch. Dadurch wird Ungleichheit verschärft, da die meisten Überreichen ihren
325 Wohlstand nicht aus ihrem Arbeitseinkommen, sondern aus Kapitalerträgen schöpfen.
326 Zudem gerät unser Sozialsystem zunehmend in eine Schieflage, weil in den letzten
327 Jahrzehnten eine zunehmende Verschiebung des Einkommens von Arbeit zur Kapitalsseite
328 stattgefunden hat. Wir wollen die Finanzierungsgrundlage für die Sozialsysteme
329 verbreitern, indem wir eine **Wertschöpfungsabgabe** einführen. Durch die
330 Wertschöpfungsabgabe wollen wir die Gewinne von Unternehmen mit einer Abgabe
331 belasten, die der Gesamtsozialabgabenzahl auf den Faktor Arbeit entspricht. Damit
332 wird sichergestellt, dass Arbeit und Kapital gleich behandelt werden. Die Erträge aus
333 Wertschöpfungsabgabe werden zur Stabilisierung von Rentenversicherung, Kranken- und
334 Pflegeversicherung (bzw. Bürger*innenversicherung) und Arbeitslosenversicherung
335 verwendet. Insbesondere kann dadurch auch eine Reduzierung des Bundeszuschusses zur
336 Rentenversicherung erreicht werden.
337 Dabei ersetzt die Wertschöpfungsabgabe die Arbeitgeberbeiträge, was kleine
338 Unternehmen weniger belasten würde.
339 **Wir fordern:** Die Einführung einer Wertschöpfungsabgabe.

340 **V. Entlastungsreflex**

341 Einkommen wird in Deutschland zu stark belastet. Mit der Einführung des
342 Bürger*innengeldes als eines der Elemente zur Stärkung des Sozialstaates, ist von
343 konservativen und rechten Kräften eine gesellschaftliche Debatte durch falsche
344 Behauptungen initiiert worden. Die populistische Behauptung es sei zu teuer oder
345 hielte Menschen vom Arbeiten ab, lenken bewusst die gesellschaftliche Debatte weg vom
346 tatsächlichen Problem, der eklatanten Ungerechtigkeit in der Verteilung der Vermögen.

347 Die überwiegende Mehrheit der Bürger*innengeld-Beziehenden sind Alleinerziehende,
348 Personen mit erheblichen gesundheitlichen Einschränkungen und in großer Zahl Kinder.
349 Zudem verdient niemand mehr durch Bürger*innengeld als durch Arbeit, etwa 20% der
350 Empfänger*innen sind Arbeiter*innen, die ihr Einkommen mit dem Bürger*innengeld
351 aufstocken. Außerdem hat das Bürger*innengeld Menschen in gute Arbeit gebracht: Im
352 letzten Jahr meldeten sich monatlich durchschnittlich 5,64 Prozent der Arbeitslosen
353 aus der Arbeitslosigkeit ab, weil sie eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt
354 oder eine Ausbildung aufgenommen hatten.
355 Während Kapitalerträge pauschal mit 25% besteuert werden, beläuft sich die
356 Gesamtbelastung bereits von mittlerem Einkommen durch Steuern, Abgaben und
357 Sozialversicherungsbeiträge schnell auf mehr als 40%. Mit den oben genannten
358 Maßnahmen wollen wir mit mittelfristigen Reformen die Belastungen für
359 Arbeitnehmer*innen senken, geringe und mittlere Einkommen entlasten und besonders
360 hohe Vermögen und Einkommen stärker in die Pflicht nehmen. Deswegen setzen wir uns
361 für einen **Entlastungsreflex** ein. Demnach sollen alle zusätzlichen Belastungen der
362 Arbeitnehmer*innen durch erhöhte Sozialversicherungsbeiträge spiegelbildlich durch
363 entsprechende Senkungen der Einkommensteuer ausgeglichen werden. Die Besteuerung von
364 Kapitalerträgen im Sinne der Progression der Einkommensteuer, um die Mehrwertsteuer
365 zu senken, damit wir besonders niedrige Einkommen entlasten.

366

367 **Wir fordern:** Die Einführung eines **Entlastungsreflexes** zur automatischen Entlastung
368 von Erwerbseinkommen über die Einkommensteuer bei steigenden
369 Sozialversicherungsbeiträgen und die progressive Erhöhung der Besteuerung von
370 Kapitalerträgen zur Finanzierung einer gesenkten Mehrwertsteuer.

371 VI.Arbeitsversicherung statt Schikane

372 Unser Sozialstaatsverständnis setzt auf Kooperation statt auf Schikane. Unser Ziel
373 ist die Vollbeschäftigung. Weil Arbeit für uns mehr als Broterwerb, sondern im
374 Idealbild die umfassende Teilhabe an der Gesellschaft, treibende Kraft des
375 gesellschaftlichen Fortschritts und zentrales Element der individuellen
376 Selbstverwirklichung ist, unterstreichen wir das Recht auf Arbeit für jeden
377 Einzelnen. Gleichzeitig wissen wir, dass Selbstverwirklichung und gesellschaftliche
378 Teilhabe häufig nicht den Realitäten entsprechen, die Beschäftigte auf unserem
379 kapitalistischen und entfremdeten Arbeitsmarkt vorfinden. Wir wollen nicht
380 Arbeitslosigkeit versichern, sondern mit einer umfassenden Arbeitsversicherung einen
381 Beitrag dazu leisten, die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer*innen zu stärken und
382 sie in Beschäftigungen zu vermitteln, die ihren Interessen und Bedürfnissen
383 entsprechen. Eine stabile Grundsicherung ist auch deshalb wichtig, weil sie Leute
384 davor bewahrt, schlechte Jobs anzunehmen und dem Druck von Arbeitgeber*innen
385 nachzugeben. Sanktionen und Vermittlungsvorrang schaden nicht nur den unmittelbar
386 Betroffenen, sie erhöhen auch langfristig die gesellschaftlichen Kosten, weil sie
387 Langzeitarbeitslosigkeit verfestigen und eine Entfremdung von Erwerbslosen und
388 Sozialsystem betreiben. Das sozioökonomische und soziokulturelle Existenzminimum ist
389 nicht sanktionierbar. Die Kürzungen von Sozialleistungen und insbesondere die
390 Totalsanktionierung führt zu Wohnungslosigkeit und Verelendung. Sie widerspricht
391 unserer Vorstellung eines menschlichen und solidarischen Sozialstaats, der Teilhabe

392 für alle ermöglicht und den Werten unseres Zusammenlebens, die uns das Grundgesetz
393 zusichert.

394 **Wir lehnen eine Sanktionierung von Menschen im Arbeitslosengeldbezug ab. Wir setzen**
395 **auf Kooperationsvereinbarungen und Qualifizierung anstatt auf Schikane von**
396 **Erwerbslosen. Wir setzen uns für den Erhalt von Karenzzeiten und Regelungen zum**
397 **Schonvermögen ein.**

398 Unsere Gesellschaft ist angewiesen auf gut ausgebildete Fachkräfte. Dies gilt umso
399 mehr, wenn sich der technische Fortschritt weiter beschleunigt. Je besser und
400 umfassender die Ausbildung, desto leichter fällt es Arbeitnehmer*innen sich auf
401 verändernde Rahmenumstände anzupassen und desto weniger sind sie von Arbeitslosigkeit
402 entlang ihrer Erwerbsbiografie bedroht. Umgekehrt sind fehlende Berufsabschlüsse oder
403 sogar fehlende Schulabschlüsse der größte Risikofaktor für Armut und Arbeitslosigkeit
404 entlang der Erwerbsbiografie. Deswegen setzen wir uns für die gesetzliche Verankerung
405 eines **Ausbildungsvorrangs** ein. Erwerbslose unter 35 sollen in Zusammenarbeit von Job-
406 Centern und Bildungsträgern gezielt in schulische oder berufliche Ausbildungen
407 vermittelt werden. Schulabschlüsse sollen ggf. zuvor nachgeholt werden. Dafür soll
408 gemeinsam mit den Betroffenen eine Ausbildungsvereinbarung getroffen werden, die auf
409 die Lebenssituation der Betroffenen individuell eingeht und sicherstellt.

410 **Wir fordern:** Die Einführung eines **Ausbildungsvorrangs** für unter 35-Jährige
411 Erwerbslose. Wir bekraftigen unsere Forderung nach einer echten
412 **Ausbildungsplatzgarantie.**

413 Junge Menschen müssen zwischen dem 15. und 20. Lebensjahr eine wegweisende
414 Entscheidung treffen. Um jungen Menschen wirklich zur Seite stehen zu können, braucht
415 es eine Orientierungshilfe, die über einen einzelnen Termin hinaus geht. Junge
416 Menschen müssen in ihren letzten Schuljahren begleitet und beraten werden. Dabei
417 sollen die persönliche Entwicklung und die daraus resultierenden Wünsche an die
418 eigene Zukunft im Vordergrund stehen.

419 **Wir fordern:** Einheitliche, flächendeckende und qualitativ hochwertige
420 Orientierungshilfen für junge Menschen und eine Stärkung der Jugendberufsagenturen
421 Die anhaltende wirtschaftliche Schwäche führt zu einem zunehmenden Missverhältnis
422 zwischen Erwerbslosen und offenen Stellen. 2,9 Millionen erwerbstähige Arbeitslose
423 stehen 630.000 offenen Stellen gegenüber. Dabei gilt es zu beachten, dass ein großer
424 Teil der offenen Stellen Berufsqualifikationen voraussetzt, über die viele
425 Erwerbslose nicht verfügen. Deswegen setzen wir insbesondere bei Unqualifizierten und
426 Erwerbslosen, deren Ausbildung nicht mehr den derzeitigen Bedarfen des Arbeitsmarkts
427 oder ihrer Lebensrealität entspricht, auf Weiterbildung und Qualifikation. Dabei gilt
428 es gezielt mit der Arbeitsagentur Qualifikationsprogramme für Mangelberufe
429 aufzusetzen, um Erwerbslose für Jobs zu qualifizieren, in denen aktuell ein Mangel
430 besteht und die ihren individuellen Präferenzen bestmöglich entsprechen. Um
431 Arbeitslosigkeit schon zu verhindern, bevor sie entsteht, braucht es zudem schon
432 während der Berufstätigkeit das Recht sich für einen Beruf, welcher
433 Zukunftsperspektiven bietet, zu qualifizieren.

434 **Wir fordern:** Einen **Weiterbildungs- und Qualifizierungsvorrang** für Erwerbslose, sowie
435 einen Rechtsanspruch auf berufsbegleitende Umschulung und Weiterbildung.

436 Vor allem nach langer Arbeitslosigkeit fällt es einigen Menschen schwer, sich in den
437 herkömmlichen Arbeitsrhythmus mit acht Stunden Arbeitszeit einzufinden. Für manche
438 Menschen gehörte eine solche Struktur noch nie zu ihrem persönlichen Alltag. Es muss
439 Aufgabe unseres Sozialstaates sein, Menschen auf allen Ebenen für ihre
440 Erwerbstätigkeit zu befähigen. Um hierbei zu unterstützen, braucht es neben
441 psychosozialer Betreuung, Schuldner*innenberatung, Beratungs- und Hilfsangebote bei
442 (psychischen) Erkrankungen auch ganz grundlegende Unterstützung, neue Strukturen und
443 Abläufe in den Alltag zu integrieren. Das setzt zu Beginn ein hohes Maß an
444 individueller Betreuung voraus, führt aber letztlich zu einer langfristigen
445 Perspektive für Menschen. Denn nur mit einer solchen Unterstützung kann eine neue
446 Erwerbstätigkeit auch langfristig ausgeübt werden.

447 **Wir fordern:** Unterstützungsangebote für Langzeiterwerbslose, in den ersten
448 Berufsjahren zur erfolgreichen Integration ins Erwerbsleben
449 Für Kinder und Jugendliche, deren Eltern Sozialhilfe empfangen, stehen Leistungen aus
450 dem Bildungs- und Teilhabepaket zur Verfügung. Dieses Budget soll ihnen soziale
451 Teilhabe ermöglichen. Allerdings werden diese Leistungen durch eine gesellschaftliche
452 Stigmatisierung und komplizierte Bewilligungsverfahren zu wenig abgerufen.
453 Jugendliche, die auf diese Leistungen angewiesen sind, können nur für BuT anerkannte
454 Freizeitgestaltung fördern lassen, die nicht flächendeckend angeboten werden. Der
455 Staat entscheidet hier, wie Jugendliche ihre Freizeit zu gestalten haben, statt ein
456 Aufwachsen zu ermöglichen, in dem sie sich ausprobieren und ihre Interessen
457 selbstständig erproben können. Und das nur aufgrund einer Situation, für die
458 Jugendliche und Kinder nichts können. Daher sollten Kinder und Jugendliche
459 langfristig aus dem Konzept der Bedarfsgemeinschaft ausgenommen werden und ihre
460 Leistungen in eine Kindergrundsicherung überführt werden.

461 **Wir fordern:** Ein pauschales Teilhabebudget für Kinder und Jugendliche, das sie
462 selbstbestimmt einsetzen können. Das Budget sollte sich an den tatsächlichen Bedarfen
463 orientieren und nicht Bildung gegen Freizeit ausspielen. Jugendliche brauchen die
464 Erfahrung von echter Autonomie statt einem paternalistischen Sozialstaat.

465

Antrag K01: Wir im Kampf gegen Rechts

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 Bei der Bundestagswahl 2025 kam es zu einer deutlichen Verschiebung im politischen
2 Kräfteverhältnis. Die Union wurde mit rund 28,5 Prozent der Stimmen zwar stärkste
3 Kraft, aber konnte nicht das gewünschte Ergebnis erzielen. Währenddessen gelang der
4 AfD der Aufstieg zur zweitstärksten Kraft auf Bundesebene mit 20,8 Prozent, ihrem
5 bislang besten Ergebnis. Die SPD stürzte mit 16,4 Prozent auf ihr historisch
6 schlechtestes Resultat ab, die Grünen fielen auf 11,6 Prozent. Lediglich die Linke
7 konnte sich mit 8,8 Prozent behaupten. Die FDP scheiterte mit 4,3 Prozent am Einzug
8 in den Bundestag ebenso wie das Bündnis Sahra Wagenknecht, das knapp unter der Fünf-
9 Prozent-Hürde blieb. Die Bundestagswahl hat abermals verdeutlicht, dass die AfD keine
10 Randerscheinung mit Hochburgen in Ostdeutschland ist, sondern auch im Westen
11 zunehmend Wähler*innen anzieht und sich vielerorts etabliert. Die AfD, als
12 parlamentarischer Arm der radikalen Rechten, ist mittlerweile fest im Parteiensystem
13 verankert und droht, bei kommenden Landes- und Bundestagswahlen
14 Regierungsverantwortung zu erhalten. Symptomatisch spricht dafür, dass die kleine
15 „Große Koalition“ selbst mit den Grünen keine Zweidrittelmehrheit zustande bekommt.
16 Ein zentrales Thema des Wahlkampfs war die Migrationspolitik. Die von der AfD
17 maßgeblich angestoßene und den demokratischen Parteien inklusive der SPD mit
18 angeführte Migrationsdebatte verschob das politische Klima deutlich nach rechts.
19 Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Debatte nach Enthüllungen über ein Treffen in
20 Potsdam, bei dem AfD-Vertreter*innen, rechtsradikale und konservative Netzwerke über
21 „Remigrations-Pläne“ diskutiert haben. Das Schlagwort „Remigration“ wurde schließlich
22 prominent im AfD-Parteiprogramm verankert und auch öffentlich von Parteichefin Alice
23 Weidel als Kernforderung bestätigt. Unter diesem Begriff werden massenhafte
24 Rückführungen, Abschiebungen oder gar Ausweisungen von Menschen mit
25 Migrationshintergrund und Migrationsgeschichte gefordert – teils selbst von solchen,
26 die deutsche Staatsbürger*innen sind.
27 Das Politische Fenster hat sich verschoben: Begriffe und Narrative, die einst als
28 extrem galten, prägen nun die gesamtgesellschaftliche Diskussion. Gleichzeitig lässt
29 sich beobachten, dass rechte Narrative zunehmend in demokratische Parteien einziehen.
30 Die Union trieb mit ihrem „Fünf-Punkte-Plan“ zur Migrationspolitik selbst Forderungen
31 voran, die ohne die Zustimmung der AfD im Bundestag nicht durchsetzbar gewesen wären.
32 Auch die SPD brachte migrationspolitische Verschärfungen voran, zum Beispiel im
33 Rahmen des sogenannten Sicherheitspakets und des Rückführungsverbesserungsgesetzes.
34 Außerdem griff die SPD Aspekte der Debatte auf, mit der Argumentation, nicht noch
35 mehr Wähler*innen an die AfD zu verlieren. So verengt sich der politische Spielraum,
36 da die demokratischen Parteien aus Angst vor weiteren Verlusten rechte Diskurse
37 übernehmen, anstatt ihnen konsequent eigene Narrative entgegenzusetzen.
38 Es ist wichtig festzuhalten, dass diese Diskursverschiebung nach Playbook durch die
39 Rechte organisiert wird. Sie ist kein Zufall, sondern strategisch gewollt, geplant
40 und umgesetzt. Bis heute haben weite Teile der demokratischen Parteien und auch der

41 SPD ihre eigene Rolle in diesem Playbook nicht reflektiert und die strategische
42 Dimension nicht erkannt. Das ist aber die Grundlage für eine Umkehr.
43 Eine zentrale Rolle in dieser Verschiebung spielt die digitale Präsenz der AfD. Die
44 Partei setzt gezielt auf Provokationen, virale Kampagnen und symbolträchtige
45 Aktionen, um Migration und nationale Identität als Dauerbrenner im öffentlichen
46 Diskurs zu verankern. Im Netz gelingt es ihr, Reichweiten aufzubauen, junge
47 Zielgruppen zu erreichen und die Schlagworte „Remigration“ oder „Grenzsicherung“ in
48 den Mittelpunkt zu rücken. Damit prägt sie nicht nur ihre eigene
49 Anhänger*innenschaft, sondern beeinflusst auch die Themenagenda der
50 Gesamtgesellschaft.

51 Die Reaktion auf diese Entwicklungen blieb jedoch nicht aus. Anfang 2024 kam es zu
52 einer Welle von Demonstrationen gegen Rechtsradikalismus und die AfD. Hunderttausende
53 Menschen gingen bundesweit auf die Straße, um gegen rechtsradikale Pläne und
54 Narrative zu protestieren. Auch später im Jahr kam es immer wieder zu
55 Massenprotesten, etwa in Berlin mit über 30.000 Teilnehmenden. Diese Mobilisierung
56 gegen Rechts stärkte nicht nur die Sichtbarkeit der Zivilgesellschaft, sondern
57 verlieh auch Parteien links der Mitte, insbesondere der Linken, zusätzlichen
58 Rückenwind.

59 Hinzu kommt, dass es nur Die Linke in ihrem Bundestagswahlkampf geschafft hat, diesen
60 rechten Narrativen in den digitalen Medien etwas entgegenzusetzen und junge Menschen
61 zu erreichen. Neben dem gezielten Setzen von sozialpolitischen Themen und klaren
62 linken Botschaften war auch das ein Teil ihres Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl
63 2025.

64 Deutschland befindet sich damit an einem politisch angespannten Punkt: Die
65 demokratischen Parteien verlieren an Zugkraft, rechte Narrative bestimmen zunehmend
66 den öffentlichen Diskurs, und die AfD hat es geschafft, sowohl in Ost- als auch in
67 Westdeutschland Fuß zu fassen. Gleichzeitig zeigen Massenproteste und
68 antifaschistische Bündnisse vor Ort, dass es eine Gegenbewegung gibt, die den
69 Rechtsruck nicht widerstandslos hinnimmt.

70 Die SPD hat zunehmend die Arbeiter*innen verloren. Multiple Krisen unserer Zeit,
71 steigende Lebenskosten und Zukunftsängste machen immer mehr Menschen anfällig für den
72 Populismus der radikalen Rechten. Die Sozialdemokratie muss sich daher nicht nur
73 Gedanken machen, wie sie die Symptome, sondern vor allem die Ursachen von
74 Rechtsradikalismus bekämpfen kann.

75 Die kommenden Jahre werden davon geprägt sein, ob es der SPD gelingt, eigene
76 überzeugende Antworten auf die Zukunftsängste und den gesellschaftlichen Wandel zu
77 formulieren – oder ob sie sich weiterhin von der Dynamik der AfD treiben lässt.

78 **Antifeminismus – Scharnier zur radikalen Rechten**

79 Antifeminismus ist kein Randphänomen, sondern ein zentrales Ideologie- und
80 Vernetzungselement rechtsradikaler Bewegungen. Er verbindet verschiedene Strömungen
81 der Rechten – von vermeintlich konservativen Kräften bis hin zu offen neonazistischen
82 Gruppen – und schafft so gefährliche Anschlussfähigkeit. Über die Ablehnung von
83 Gleichstellungspolitik, reproduktiven Rechten oder queeren Lebensrealitäten wird ein
84 gemeinsamer ideologischer Nenner geschaffen, der das Fundament für breite rechte
85 Mobilisierung bildet.

86 Dabei ist Antifeminismus klar von Sexismus oder Misogynie abzugrenzen. Während
87 Sexismus auf diskriminierenden Geschlechterstereotypen beruht und Misogynie die
88 Abwertung des Weiblichen meint, zeichnet sich Antifeminismus durch seinen politisch-
89 strategischen Charakter aus. Er ist eine Ideologie und eine politische Strategie, die
90 sich pauschal, aktiv und auch organisiert gegen feministische Anliegen und Positionen
91 richtet und dabei darauf abzielt, gesellschaftspolitische Liberalisierungen
92 zurückzudrängen und heteronormative Herrschaftsverhältnisse zu stabilisieren.

93 Die Schlagkraft der antifeministischen Bewegung resultiert maßgeblich aus ihrer
94 globalen Vernetzung und strategischen Koordination, die weit über nationale Grenzen
95 hinausreicht. Strömungen aus der US-amerikanischen Alt-Right finden ebenso Anschluss
96 an osteuropäische „Anti-Gender“-Kampagnen wie an deutsche neurechte Strukturen. Diese
97 transnationale Vernetzung verleiht den antifeministischen

98 Bewegungen strategische Schlagkraft – etwa durch koordinierte Kampagnen gegen
99 reproduktive Rechte, gegen die Gleichstellungspolitik der EU oder durch die gezielte
100 Verbreitung von Hass auf die sogenannte „Gender-Ideologie“. Zudem ermöglicht diese
101 Koordination die Anwendung eines standardisierten Drehbuchs mit global wirksamen
102 Angriffszielen.

103 Oft wirkt Antifeminismus dabei als Einstiegsportal in weitergehende rechte
104 Radikalisierung. Er schafft ideologische Brücken in rechtsradikale Milieus,
105 legitimiert Gewalt gegen Frauen, queere Menschen und progressive Bewegungen und trägt
106 zur Normalisierung rechter Denk- und Sprachmuster in der gesellschaftlichen Mitte
107 bei. Angriffe – sei es durch Drohungen, Hate Speech, Sachbeschädigung oder physische
108 Gewalt – folgen einer Strategie der Einschüchterung. Betroffene sollen aus
109 öffentlichen Räumen verdrängt werden („Silencing“), wodurch demokratische und
110 emanzipatorische Stimmen systematisch geschwächt werden.

111 Die wachsende Akzeptanz antifeministischer Rhetorik ist damit auch ein Gradmesser für
112 die Verschiebung des öffentlichen Diskurses nach rechts. Laut der 2022 erschienenen
113 Leipziger Autoritarismusstudie hat bereits jeder vierte Mann und jede zehnte Frau in
114 Deutschland ein geschlossen antifeministisches Weltbild. Parallel sind die Zahlen
115 polizeilich registrierter häuslicher Gewalt in den letzten fünf Jahren um 20 Prozent
116 gestiegen. Dabei handelt es sich jedoch nur um die bei der Polizei angezeigten und
117 bekannten Fälle. Das Dunkelfeld ist um ein Vielfaches höher.

118 Deshalb fordern wir: Antifeminismus muss explizit als Teil rechtsradikalen Ideologie
119 in Verfassungsschutzberichte und Sicherheitsstrategien aufgenommen werden. Strukturen
120 zur Beobachtung rechter Netzwerke sollten ihn als eigenständiges Analysefeld
121 berücksichtigen. Gleichzeitig braucht es eine stärkere Vernetzung der
122 Demokratieförderung mit feministischen und queeren Organisationen – denn der Schutz
123 von Demokratie und Gleichberechtigung lässt sich nur gemeinsam verteidigen.

124 **Es ist allerhöchste Zeit - AfD jetzt verbieten!**

125 Die größte Gefahr für unsere Demokratie ist der Rechtsradikalismus. Er ist keine
126 politische Meinung, sondern eine Kampfansage an die Grundlagen eines freiheitlich-
127 demokratischen Zusammenlebens. Die aktuellen Zahlen des Bundeskriminalamts zur
128 politisch motivierten Kriminalität belegen erneut die weiter wachsende Bedrohung: Im
129 Jahr 2024 wurden bundesweit 42.788 rechtsmotivierte Straftaten registriert – ein
130 Anstieg von fast 50 % im Vergleich zum Vorjahr. Damit machen sie mit Abstand den

131 größten Anteil aller politisch motivierten Straftaten aus. Besonders
132 besorgniserregend ist auch der Anstieg rechtsradikal motivierter Gewalttaten um 13
133 Prozent. Rechtsradikale Jugendgruppen sind für einen immer größer werdenden Teil
134 dieser Gewalttaten verantwortlich. Regelmäßig bilden sich in ganz Deutschland neue,
135 lokal organisierte und lose überregional vernetzte Gruppen von gewaltbereiten und oft
136 minderjährigen Neonazis. Sie sprühen verfassungsfeindliche Graffiti, verfolgen
137 demokratische Lokalpolitiker*innen und Aktivist*innen, greifen alternative
138 Jugendzentren an und sorgen dafür, dass sich Communities, die nicht in ihr Weltbild
139 passen, immer unsicherer fühlen. Die Gruppen forcieren sich zudem in diverse
140 Subkulturen wie Fußball-Fanszenen, (Kampf-)Sportvereine oder Jugendtreffen. Dort
141 rekrutieren sie, neben ihrer starken Präsenz in den Sozialen Medien, neue Mitglieder
142 und machen diese Freizeiträume für andere unsicher. Doch nicht nur Jugendgruppen sind
143 für diese Verschiebung nach Rechts verantwortlich. Insgesamt ist die Gesamtzahl der
144 rechtsradikalen Straf- und Gewalttaten im Jahr 2023 um 47,4 % auf 37.853 Delikte
145 gestiegen. Diese Erkenntnisse lassen nur einen Schluss zu: Die Gefahr geht klar von
146 rechtsradikalen Motiven aus. Das Narrativ, dass linke Gewalttaten ebenso
147 problematisch sind, lehnen wir folglich ab.

148 Diese Entwicklung ist nicht nur eine gesellschaftliche und sicherheitspolitische
149 Herausforderung – sie hat verfassungsrechtliche Relevanz. Denn wenn rechtsradikale
150 Ideologien nicht nur auf der Straße, sondern auch in Parteien und Parlamenten Fuß
151 fassen, wird politische Pluralität nicht gelebt, sondern gezielt missbraucht und
152 geschädigt – von Kräften, die sich außerhalb unserer Verfassungsordnung stellen und
153 mit einer aktiv kämpferischen, aggressiven Haltung gegenüber der freiheitlich
154 demokratischen Grundordnung darauf hinarbeiten, diese abzuschaffen.

155 Um Rechtsradikalisierung besonders bei jungen Menschen zu unterbinden, braucht es
156 eine Politik, die junge Interessen ernst nimmt. Es ist außerdem zwingend notwendig,
157 Projekte zur Prävention in den Schulen auszubauen. Dabei spielen auch die
158 jugendkulturellen Möglichkeiten eine Rolle und die offene Kinder- und Jugendarbeit.
159 Ehrenamtliches Engagement oder Freizeitangebote müssen konsequent demokratischen
160 Zielen unterstehen und finanzielle Förderung daran geknüpft sein.

161 Gradmesser dieser zunehmenden Relevanz ist die Einstufung der AfD durch das Bundesamt
162 für Verfassungsschutz als „gesichert rechtsextrem“. Mit ihrer seit Jahren betriebenen
163 Strategie der gezielten Verschiebung der gesellschaftlichen Debatte nach Rechts,
164 macht die AfD Rassismus und völkisch-nationales Denken wieder salonfähig – und trägt
165 aktiv zur Verrohung des öffentlichen Diskurses bei. Wo Worte entgrenzen, folgen
166 Taten: Die Schwelle zur Gewalt sinkt, wenn die Menschenwürde anderer bewusst infrage
167 gestellt wird.

168 Über die vergangenen Jahre wurde deutlich, dass der offiziell aufgelöste,
169 rechtsradikale, völkische Flügel in Wirklichkeit immer mehr Macht erlangt und
170 mittlerweile die AfD dominiert.

171 Beispiele dafür gibt es genug. Unter anderem lässt sich in öffentlichen Aussagen vom
172 wohl prominentesten Vertreter des völkischen Flügels, Björn Höcke, klar die völkische
173 Ideologie der AfD nachweisen; dass eine führende Figur innerhalb dieser Partei
174 rechtmäßig als Faschist bezeichnet werden darf, lässt im Übrigen tief blicken. Längst
175 ist klar: Die AfD missbraucht die demokratischen Regeln, um die Demokratie von innen
176 heraus zu zerstören. Wir sehen es daher als Pflicht aller demokratischer Akteur*innen

177 an, alle demokratischen Mittel des Rechtsstaates zu nutzen - also die wehrhafte
178 Demokratie ernst zu nehmen - um die AfD zu bekämpfen. Daher fordern wir die
179 Einleitung eines Verfahrens auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der AfD nach
180 Artikel 21 Absatz 2 GG mit der Folge eines Parteiverbots (§ 46 Absatz 3 BVerfGG), und
181 das so schnell wie möglich. Wir erwarten, insbesondere von den verantwortlichen SPD-
182 Landes- und Bundespolitiker*innen, alle notwendigen Schritte unverzüglich
183 einzuleiten.

184 Uns ist bewusst, dass das allein nicht ausreicht, um faschistische Ideologien und
185 Bewegungen zu bekämpfen. Es ist notwendig, die Narrative der AfD zu durchbrechen und
186 eigene Narrative aufzubauen, anstatt denen der AfD hinterherzulaufen. Zeitgleich
187 braucht es ein echtes, auf die sozialen Probleme der Menschen eingehendes,
188 politisches Angebot, welches eint und nicht spaltet und die Probleme benennt, statt
189 sie auf dem Rücken marginalisierter Gruppen auszutragen.

190 Die AfD stellt eine unmittelbare Gefahr für unsere Demokratie dar, weshalb ein
191 Verfahren nach Artikel 21 Absatz 2 GG mit der Folge eines Parteiverbots ultimativ die
192 richtige Schlussfolgerung ist.

193 Faschistische Strukturen müssen davon ausgeschlossen sein, öffentliche Gelder zu
194 erhalten, so muss beispielsweise auch eine AfD-nahe Stiftung weiterhin von
195 öffentlichen Zuwendungen ausgeschlossen bleiben. Dieser Grundsatz muss auch für
196 andere nahestehende Organisationen gelten, um sicherzustellen, dass der
197 Staatshaushalt nicht den Demokratieabbau mitbefördert.

198 Die Jugendorganisation der AfD, welche das Bundesamt für Verfassungsschutz seit April
199 2023 als "gesichert rechtsextremistisch" einstuft (diese Einstufung wurde vom
200 Verwaltungsgericht Köln im Februar 2024 bestätigt), hat sich als Verein zwar
201 aufgelöst, aber plant jetzt November 2025 eine Neugründung. Mit dabei: Die gleichen
202 Gesichter und die gleichen antidemokratischen und rechtsradikalen Ansichten. So hält
203 der vermutlich neue Vorsitzende der Jugendorganisation beispielweise nachweislich
204 enge Kontakte zu rechtsradikalen Vorfeldorganisationen. Auch wenn mit der Neugründung
205 das Image einer „gemäßigteren“ Jugendorganisation vermittelt werden soll, ist uns
206 vollkommen klar, dass das nicht stimmt. Im Kampf gegen die AfD werden wir genauso
207 laut gegen ihre rechtsradikale Jugendorganisation einstehen.

208 Faschismus und Kapitalismus gehen Hand in Hand!

209 Als sozialistischer Jugendverband muss im Mittelpunkt unserer Analyse stehen, dass
210 der Kapitalismus stets bereit ist, dem Faschismus billigend den Weg zu bereiten. Die
211 Antwort auf den Rechtsruck muss also eine systemische sein und die kapitalistische
212 Organisation unserer Gesellschaft überwinden. Der Kapitalismus fördert die
213 ökonomische Ungleichheit in der Gesellschaft und ist damit eine Grundlage für die
214 Ausgrenzung und Abwertung marginalisierter Menschengruppen. In Krisenzeiten, die dem
215 Kapitalismus immanent sind, verschärft sich diese Dynamik: Die Angst vor sozialem
216 Abstieg wird zur Grundlage für rechte Hetze, die einfache Sündenböcke für komplexe
217 Probleme anbietet. So wird die Arbeiterklasse gegeneinander ausgespielt - sei es
218 durch Rassismus, Antisemitismus oder andere Formen gruppenbezogener
219 Menschenfeindlichkeit - sodass der Kampf gegen ihren eigentlichen Gegner, das
220 Kapital, unmöglich wird.

221 Die Überwindung des Kapitalismus führt zwar nicht automatisch zur Aufhaltung des
222 Rechtsrucks - aber wer den Rechtsruck verhindern will, muss die durch den
223 Kapitalismus verursachten ökonomischen Ungleichheiten als Kernursache zentral in den
224 Blick nehmen. Diese Erkenntnis ist entscheidend für unser politisches Handeln:
225 Solange eine Gesellschaftsordnung fortbesteht, die auf Ungleichheit, Ausbeutung und
226 Unterdrückung basiert, wird sie immer wieder den Nährboden bereiten, auf dem rechte
227 und faschistische Bewegungen gedeihen können. Ohne die materiellen Grundlagen der
228 kapitalistischen Ausbeutung zu beseitigen, bleiben antifaschistische Kämpfe
229 unvollständig. Deshalb gehören Antikapitalismus und Antifaschismus untrennbar
230 zusammen - nicht als identische Kämpfe, aber als notwendig verbundene Perspektiven
231 einer sozialistischen Politik.

232 **Die global vernetzte Rechte konsequent bekämpfen**

233 Während des letzten Bundestagswahlkampfs haben auch Tech-Oligarchen vermehrt Einfluss
234 auf den Diskurs genommen. Das prominenteste Beispiel ist Elon Musk, der bei einer
235 Wahlkampfveranstaltung der AfD ein Grußwort hielt und die AfD in einem Beitrag im
236 Spiegel als "den letzten Funken Hoffnung" für Deutschland bezeichnete.

237 Nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch international sind rechte Kräfte auf
238 dem Vormarsch. Dabei sind sie untereinander gut vernetzt: Beispielsweise hatte der
239 „Warschauer Gipfel“ im Jahr 2021 das Ziel, eine gemeinsame europäische und
240 internationale Rechtsallianz zu schmieden. Es nahmen unter anderem die AfD, die
241 polnische PiS, die ungarische Fidesz und die spanische Vox teil. Auch transatlantisch
242 vernetzen sich Rechte: Zur CPAC (Conservative Political Action Conference) um die
243 trump'sche MAGA-Bewegung und die Bewegung um Peter Thiel, werden regelmäßig
244 europäische Akteur*innen eingeladen.

245 Außerdem wird rechter Content stark auf Plattformen wie TikTok durch den Algorithmus
246 gefördert. Eine Studie der Nonprofit-Organisationen „AI Forensics“ und „Interface“
247 zeigt, dass bei Suchen nach Politiker*innen anderer Parteien überproportional oft
248 Inhalte der AfD empfohlen werden. Hinter dieser Einflussnahme und Bevorzugung rechten
249 Gedankengutes stehen reine Kapitalinteressen der Superreichen. Die Förderung der AfD
250 geschieht auf Grund ihres Profils als Partei, die Kapitalinteressen höher priorisiert
251 als Menschenrechte und deswegen zu faschistischen Methoden greift, um diese zu
252 stützen. Damit wird erneut klar: Faschismus entsteht nicht im Widerspruch zum
253 Kapitalismus, sondern dort, wo kapitalistische Machtverhältnisse sich mit autoritären
254 Ideologien verbünden, um ihre eigene Ordnung zu sichern.

255 Als sozialistischer und antikapitalistischer Verband bekämpfen wir die politische
256 Einflussnahme Superreicher sowohl in Deutschland als auch international.

257 Bei der globalen Vernetzung der Rechten werden ideologische Trennlinien bewusst außen
258 vor gelassen und verbindende Elemente hervorgehoben. Die verschwörungstheoretischen,
259 antisemitischen und rassistischen Narrative um das „Great Replacement“ - den
260 „Bevölkerungsaustausch“ - werden in Europa, den USA und darüber hinaus von rechten
261 Kräften propagiert. Anti-Migration, der Kampf gegen queere Rechte und die
262 Selbstbestimmung von Frauen sind dabei ebenfalls Bausteine. Mit der Identitären
263 Bewegung wurde der Versuch unternommen, eine internationale Jugend- und
264 Vorfeldorganisation zu gründen, die in vielen Ländern Ableger hat und über die
265 europäischen Grenzen hinaus vernetzt ist. Wir verstehen unseren Antifaschismus auch

266 als internationalen Kampf gegen rechtes Gedankengut. Daher stellen wir uns konsequent
267 gegen Organisationen wie die Grauen Wölfe und erwarten das auch von der SPD.

268 Zu einem der größten internationalen Unterstützer der AfD in Deutschland gilt
269 Russland unter Wladimir Putin, welches dabei ganz eigene geostrategische Interessen
270 verfolgt. Zusammen mit der AfD und anderen rechtsradikalen Parteien verfolgt Putin
271 das Ziel der Spaltung Europas und das Ausschalten der Europäischen Union als
272 international agierender Akteur. In den sozialen Medien steuert Russland Bot- und
273 Trollarme, um politische Diskurse in seinem Sinne zu manipulieren. Deshalb ist
274 besonders relevant, dass sich die SPD konsequent von Putins Russland abgrenzt.

275 Alle zusammen gegen den Faschismus - Bündnisarbeit als unsere Doppelstrategie

276 Für uns Jusos ist die Arbeit in zivilgesellschaftlichen Bündnissen ein zentrales
277 Instrument im Kampf gegen Rechts. Wir verstehen darunter nicht nur punktuelle
278 Absprachen, sondern die kontinuierliche Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen
279 Akteur*innen in Form von gemeinsamen Demonstrationen, Veranstaltungsformaten,
280 Aufklärungskampagnen und abgestimmten Wordings in politischen Debatten. Diese
281 kollektive Sichtbarkeit schafft gesellschaftlichen Druck, stärkt demokratisch-linke
282 Ideen und zeigt, dass wir rechte Ideologien nicht unwidersprochen stehen lassen.
283 Gerade in Zeiten, in denen rechte und konservative Kräfte immer offener
284 Menschenrechte in Frage stellen und gezielt gegen Minderheiten hetzen, ist es
285 notwendig, in der Breite solidarische Allianzen zu organisieren.

286 Große Demonstrationen gegen Rechts, wie die bereits erwähnten Anfang 2024,
287 verdeutlichen immer wieder die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit
288 antifaschistischer Positionen. Anspruch dieser Demos ist jedoch keine langfristige
289 politische Organisationsarbeit. Hier liegt unsere Aufgabe als sozialistischer
290 Jugendverband. Wir müssen spontanes Engagement in langfristige politische
291 Organisation umwandeln. Nur langfristig angelegte sozialistisch-politische
292 Organisation schafft eine dauerhafte Verankerung antifaschistischer Einstellungen in
293 der Gesellschaft.
294 Für uns ist auch klar, dass Antifaschismus überall im Alltag gelebt werden muss. In
295 vielen ländlichen Regionen sind die Jusos mit den Gewerkschaftsjugenden die einzigen
296 linken Verbände. Es liegt also genau an uns, linken Positionen Raum zu verschaffen
297 und einen Gegendiskurs zu etablieren. Unser Antifaschismus baut darauf auf, dass er
298 sozialistisch ist. Wir müssen unsere Positionen wieder im Sportverein, am Stammtisch
299 und im Bierzelt vertreten. Dort sind die Menschen, für die wir Politik machen. Nur
300 dort können wir unsere Positionen wieder mehrheitsfähig machen und dafür sorgen, dass
301 sozialistische Politik populär wird. Daher wollen wir wieder überall aktiver Teil des
302 antifaschistischen Aktivismus und einer breiten, linken Bewegung werden sowie an
303 Orten vertreten sein, an denen Menschen unsere Position noch nicht teilen.

304 Immer öfter sehen wir uns damit konfrontiert, dass wir Jusos für die Politik der
305 Mutterpartei verantwortlich gemacht werden. Die SPD wird durch ihre Rolle in
306 Koalitionen mit konservativen Kräften nicht immer als natürliche Partnerin für linke
307 zivilgesellschaftliche Akteur*innen wahrgenommen. Für uns Jusos bedeutet das eine
308 doppelte Aufgabe: Einerseits gilt es, die progressive Stimme innerhalb unserer Partei
309 zu stärken und klar gegen Anpassungsdruck zu positionieren, andererseits müssen wir
310 in der Bündnisarbeit aktiv Vertrauen aufbauen und Vorbehalte abbauen. Nur wenn wir
311 glaubwürdig zeigen, dass wir nicht für einen verwässerten Minimalkonsens stehen,

312 sondern für eine klare, solidarische Haltung gegen Rechts, können wir als Teil linker
313 Bündnisse ernsthaft akzeptiert und wirksam werden.

314 Ziel unserer Bündnisarbeit muss dabei immer sein, unseren Wirkungskreis und allgemein
315 den Wirkungskreis linker und demokratischer Akteur*innen zu erhöhen. Wir geben uns
316 nicht mit moralischer Selbstvergewisserung zufrieden, dass wir auf Demos und damit
317 auf der richtigen Seite der Geschichte standen. Unser Anspruch ist es nicht nur Recht
318 zu haben, sondern auch andere zu überzeugen. Wir legen unseren Fokus darauf, nicht
319 nur gegen Rechts zu sein sondern auch für Solidarität, für Gerechtigkeit und für eine
320 Zukunft in die wir hoffnungsvoll blicken.

321 Gleichzeitig müssen wir innerhalb linker Bündnisarbeit immer wieder erleben, dass
322 Antisemitismus in Teilen der demokratisch-linken Zivilgesellschaft zunimmt. Dies
323 stellt eine ernsthafte Hürde dar: Antisemitismus untergräbt die Glaubwürdigkeit
324 unserer gemeinsamen Arbeit, erschwert den Schulterschluss und schwächt den Widerstand
325 gegen Rechts. Noch schwerwiegender: Er bedroht direkt das jüdische Leben in
326 Deutschland und trägt dazu bei, dass rechte Kräfte Aufwind erhalten. Deshalb treten
327 wir Jusos dafür ein, dass jede Form von Bündnisarbeit immer auch mit einer klaren
328 Haltung gegen Antisemitismus verbunden ist. Für uns gilt: Solidarität ist unteilbar.
329 Nur wenn wir gemeinsam gegen Rechts und gegen Antisemitismus vorgehen, können wir
330 glaubwürdig für eine offene, demokratische und vielfältige Gesellschaft eintreten.

331 Ebenso sehen wir Jusos unsere Verantwortung darin, alle Formen von Rassismus
332 entschieden zu benennen und zu bekämpfen. Dazu gehören explizit antimuslimischer
333 Rassismus, anti-schwarzer Rassismus, anti-asiatischer Rassismus und Antiziganismus,
334 die tief in den gesellschaftlichen Strukturen verwurzelt sind und von rechten Kräften
335 gezielt instrumentalisiert werden. Diese Ideologien führen zu Diskriminierung,
336 Ausgrenzung und alltäglicher Gewalt, die das Leben von Millionen Menschen in
337 Deutschland massiv beeinträchtigen. So sind die Fälle von antimuslimischem Rassismus
338 um 60 % und Fälle von Antiziganismus um 36 % im Vergleich zu 2023 gestiegen. Für uns
339 ist klar: Eine glaubwürdige Bündnisarbeit kann nur gelingen, wenn wir diese
340 spezifischen Formen von Rassismus sichtbar machen, die Perspektiven der betroffenen
341 Communities stärken und ihre Kämpfe solidarisch unterstützen. Deshalb gilt es für
342 uns, aktiv Bündnisse mit Initiativen, Projekten und Organisationen einzugehen, die
343 sich vor Ort und bundesweit gegen diese Formen von Rassismus einsetzen. Indem wir
344 ihre Arbeit politisch und organisatorisch unterstützen, tragen wir dazu bei, dass
345 ihre Stimmen mehr Gehör finden und rechte Ideologien in all ihren Facetten
346 zurückgedrängt werden. Nur durch eine klare, intersektionale Haltung schaffen wir es,
347 für eine Gesellschaft einzutreten, die Vielfalt schützt und gleiche Rechte für alle
348 Menschen garantiert.

349 Bekämpfung rechter Gewalt gegen Ehrenamtliche

350 Ehrenamtlich Engagierte leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Gesellschaft
351 – ob im Sportverein, in sozialen Initiativen, in der freiwilligen Feuerwehr oder in
352 kommunalen Gremien. Gerade Menschen, die sich in der Politik auf kommunaler Ebene
353 einbringen, sind in den letzten Jahren verstärkt Ziel von Bedrohungen, Beleidigungen
354 und tödlichen Angriffen geworden. Diese Angriffe bedrohen das Fundament unserer
355 Demokratie: das freiwillige Engagement und die Bereitschaft, Verantwortung vor Ort zu
356 übernehmen. Der vom Bundesrat eingebrachte Gesetzentwurf „Strafrechtlicher Schutz
357 gemeinnütziger Tätigkeit“ greift diese Problematik auf und sieht vor, § 46 Abs. 2

358 StGB um den Gesichtspunkt zu ergänzen, dass bei der Strafzumessung auch die Eignung
359 der Tat, gemeinnütziges Engagement erheblich zu beeinträchtigen, berücksichtigt
360 werden soll. Eine konkrete Umsetzung der Gesetzesinitiative steht noch aus. Vor
361 diesem Hintergrund fordern wir, dass der Gesetzentwurf zügig umgesetzt wird, sodass
362 auch ehrenamtliche Mandatsträger*innen unter diesen besonderen Schutz fallen. Wer
363 sich für das Gemeinwohl engagiert, verdient nicht Einschüchterung, sondern
364 Solidarität und eine rechtliche Absicherung.

365 **Demokratie und Zivilgesellschaft fördern - Demokratiefördergesetz jetzt!**

366 Seit Jahren wird versucht, mit einem Demokratiefördergesetz endlich eine dauerhafte
367 finanzielle Absicherung für wichtige demokratiefördernde Vereine und Organisationen
368 zu schaffen. Immer wieder scheiterten Gesetzesinitiativen aus der überspitzten
369 Kritik, dass ein Demokratiefördergesetz vermeintliche Linksextremist*innen fördert
370 würde. Insbesondere die Union bespielt dieses Argument, zuletzt mit einer umfassenden
371 Kleinen Anfrage von 551 Fragen, welche die politische Neutralität von unter anderem
372 den "Omas gegen Rechts" und "BUND" hinterfragte. Für uns ist der Einsatz für die
373 Demokratie keine politische Meinung, sondern Pflicht. Statt mit Scheindebatten die
374 Arbeit von wichtigen Vereinen und Organisationen zu diskreditieren, muss die
375 Bundesregierung endlich liefern. Wir fordern ein echtes Demokratiefördergesetz!

376 **Erinnerungskultur neu denken**

377 In den vergangenen Jahren wurde die deutsche Erinnerungskultur vielfach kritisiert -
378 zurecht. Insbesondere die deutsche Kolonialzeit und Rassismuserfahrungen von
379 Migrant*innen in beiden deutschen Gesellschaften der Nachkriegszeit - aber auch die
380 sog. „Baseballschlägerjahre“ der Nachwendezeit - liegen bis heute im toten Winkel der
381 Erinnerung. Fakt ist, wir brauchen eine inklusive, solidarische Kultur der Erinnerung
382 und Verantwortung, welche von Museen, Erinnerungsorten, Hochschulen, Schulen und
383 vielen anderen Akteur*innen getragen wird und in der dekolonialen Denken eine
384 zentrale Rolle spielt. Auch bisherige Gedenkstätten und Erinnerungsorte, sowie
385 Lehrpläne müssen um rechtsterroristische Anschläge der letzten Jahre und Jahrzehnte
386 erweitert werden, da diese Anschläge eine kontinuierliche Fortsetzung der NS-
387 Ideologie darstellen. Hierbei ist es von Bedeutung, eng mit Aktivist*innen und
388 Überlebenden rechter Anschläge zusammenzuarbeiten. Des Weiteren müssen vielfältige
389 Ansätze genutzt werden, um die Erinnerungen an die Opfer des NS-Terrors wachzuhalten.
390 Es muss sichergestellt werden, dass Erinnerungsorte und Gedenkstätten durch genügend
391 Fördermittel ausgestattet sind.

392 Gerade in den letzten Jahren ist es vermehrt zu Angriffen, insbesondere auf
393 Gedenkstätten gekommen. Im April 2024 hat eine neue Jugendstudie einen enormen
394 Rechtsruck unter jungen Menschen festgestellt. Die alte Annahme, dass junge Menschen
395 automatisch links seien, gilt nicht mehr. Insbesondere in Schulen sehen wir deshalb
396 einen wichtigen Ort der Auseinandersetzung mit der Erinnerungskultur und der
397 Auseinandersetzung mit rechten Übergriffen. Aber auch Dokumentar-, Kino- und
398 Fernsehfilme, Gedenkstätten und Mahnmale, sowie Begegnungen mit (Zweit-
399)Zeitzeug*innen und Überlebenden sind wichtig für die Aufarbeitung und Erinnerung.
400 Gerade im Umgang mit jungen Menschen muss dabei eine angemessene pädagogische
401 Begleitung gewährleistet werden.

402 Insbesondere die Perspektiven marginalisierter Gruppen wie Jüdinnen*Juden, Rom*nja,

403 Sinti*ze und BIPOC müssen in unsere Erinnerungs- und Gedenkkultur einfließen.
404 Lehrpläne müssen erweitert werden, um kritisch auf jene historischen Persönlichkeiten
405 zu blicken, die Sklaverei, Kolonialismus und Rassismus aktiv vorangetrieben oder
406 ideologisch untermauert haben. Dazu zählt unter anderem Immanuel Kant. Ihre
407 widersprüchliche Wirkung – einerseits prägend für politische und philosophische
408 Traditionen, andererseits Mitgestalter und Profiteure rassistischer Strukturen – darf
409 nicht länger verschwiegen werden. Eine zeitgemäße Erinnerungskultur verlangt, dass
410 diese Ambivalenzen sichtbar gemacht werden, um jungen Menschen eine kritische
411 Auseinandersetzung mit historischen Kontinuitäten von Rassismus und Kolonialismus zu
412 ermöglichen.

413 Wehrhafte digitale Demokratie - Antifaschismus im Netz

414 Der Kampf gegen Rechtsradikalismus und Faschismus wird nicht nur auf der Straße und
415 in den Parlamenten geführt, sondern ist längst ein zentrales Anliegen im digitalen
416 Raum geworden. Die „gesichert rechtsextreme“ AfD, andere rechte und faschistische
417 Initiativen, Medienportale sowie Einzelpersonen bzw. Influencer*innen greifen durch
418 organisierte Hetze demokratische Grundfeste an: Die gezielte Desinformationskampagne
419 gegen Prof. Dr. Frauke Brosius-Gersdorf im Vorfeld der Wahl der Richter*innen für das
420 Bundesverfassungsgericht ist nur eines von unzähligen Beispielen. Auch
421 menschenverachtende, KI-generierte Inhalte, wie z.B. Deepfakes und ähnliche
422 Manipulationsversuche, sind mittlerweile auf den Profilen und For-You-Pages Sozialer
423 Plattformen traurige Normalität. Trends wie die sogenannten „Trad-Wives“ und „Stay-
424 at-home-Girlfriends“, die patriarchale Rollenbilder romantisieren und verfestigen,
425 gewinnen an Reichweite. In Online-Foren tummeln sich Incels, die misogynie und teils
426 bis zur Gewalt eskalierende Narrative teilen.

427 Die Verbreitung solch menschenfeindlicher Ideologien, Desinformation und Hassreden
428 vergiften den gesellschaftlichen Diskurs und werden zunehmend zur Gefahr für
429 Personen, die sich dem in den Sozialen Netzwerken entgegenstellen. Insbesondere FINTA
430 und andere marginalisierte Gruppen sind davon betroffen.

431 Digitale Räume bieten viele Chancen für kritischen und demokratischen Austausch, sind
432 essentiell für die Verbreitung und damit auch Zugänglichkeit von Informationen - doch
433 sie müssen faschismussicher gestaltet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass Big
434 Tech mit seinen polarisierenden Geschäftsmodellen die Art der Meinungsbildung
435 dominiert und die Beteiligung der Zivilgesellschaft bei digitalpolitischen
436 Entscheidungen außen vor bleibt.

437 Als Jusos kämpfen wir für eine resiliente digitale Demokratie. Dazu gehören klare
438 Maßnahmen zur Regulierung und Prävention: Wir fordern schnellere Löschpflichten für
439 rassistische Inhalte und rechte Hetze, inklusive der konsequenten Umsetzung des EU
440 Digital Services Act, sowie Transparenzpflichten für Algorithmen, um zu verhindern,
441 dass rechte Hetze dadurch verstärkt wird. Bei der Regulierung sozialer Netzwerke soll
442 die Meinungsfreiheit stets gewahrt bleiben. Eingriffe müssen transparent, und
443 überprüfbar erfolgen. Unabhängige Aufsichtsstrukturen müssen sicherstellen, dass
444 Social-Media-Konzerne bei unzureichendem Vorgehen gegen menschenfeindliche und
445 illegale Inhalte mit Sanktionen belegt werden. Gleichzeitig ist der Schutz der
446 Betroffenen zentral: Digitale Hasskriminalität muss schnell und zielgerichtet
447 verfolgt werden; Meldestellen für Betroffene von digitaler Diskriminierung sollen
448 Unterstützung bieten und das Stellen von Anzeigen erleichtern. Dafür müssen diese

449 Meldestellen auch weiter gestärkt und gefördert werden. Außerdem fordern wir die
450 finanzielle Stärkung der Landesmedienanstalten, welche bereits jetzt dafür arbeiten,
451 Hass im Netz zu bekämpfen.
452 Digitale Medienkompetenz muss gefördert werden, damit generationenübergreifend
453 Falschinformationen und rechte Narrative besser erkannt werden können. Des Weiteren
454 fordern wir die Finanzierung von Kampagnen gegen z.B. Rassismus in sozialen
455 Netzwerken, ähnlich wie Anti-Rauch-Kampagnen, durch Bund und Länder.
456 Es gilt außerdem, zivilgesellschaftliche Projekte zu fördern, die aktiv gegen rechte
457 Hetze in sozialen Medien vorgehen und alternative, positive Narrative stärken, um
458 eine demokratische und inklusive digitale Öffentlichkeit zu sichern.
459 Wir müssen linke Perspektiven mit größerem Nachdruck im digitalen Raum sichtbar
460 machen. Dafür braucht es Inhalte, die auf die Funktionsweise von Plattformen und
461 Algorithmen abgestimmt sind und Menschen auch außerhalb der eigenen Blase erreichen.
462 Unsere Kommunikation soll dabei nicht auf rechte Narrative reagieren, sondern eigene
463 Themen in den Mittelpunkt stellen – etwa soziale Ungerechtigkeit, Umverteilung und
464 den Kampf gegen Ungleichheit. Wichtig ist, dass wir zugänglich und ansprechend
465 kommunizieren, ohne in populistische Vereinfachungen zu verfallen.

466 Grundrechte schützen und Hassrede verhindern

467 Gesetzliche Instrumente wie der Digital Services Act (DSA) der Europäischen Union
468 müssen konsequent durchgesetzt werden. Dabei sind die nationalen Digital Services
469 Coordinators (DSCs; in der Bundesrepublik bspw. die Bundesnetzagentur), welche
470 überwachen, dass Online-Dienste die Vorgaben des DSA einhalten, mit den nötigen
471 Ressourcen auszustatten. Der Diskurs um Trusted Flagger im Sinne des DSA, also
472 Organisationen mit besonderer Sachkenntnis und Erfahrung bei der Identifizierung und
473 Meldung von rechtswidrigen Inhalten, muss kritisch und im Sinne der Zivilgesellschaft
474 geführt werden.
475 Der DSA führt eine lange Liste von möglichen Maßnahmen auf, um "systemische Risiken"
476 wie negative Auswirkungen auf die Ausübung von Grundrechten und die Bedrohung für
477 Wahlen einzudämmen.
478 Zum Beispiel eine entsprechende Anpassung des Designs, der Plattform-Features, der
479 Benutzer*innenoberfläche oder der Funktionsweise ihrer Dienste - dass diese
480 identifiziert, gemindert und verhindert werden sollen, ist positiv. Allerdings klärt
481 der DSA nicht darüber auf, wie Very Large Online Platforms and Very Large Online
482 Search Engines ihre Risikobewertungen durchführen sollen und was in dieser Hinsicht
483 rechtlich von ihnen verlangt wird. Dies muss konkretisiert und für Nutzer*innen sowie
484 die gesamte Öffentlichkeit nachvollziehbar gestaltet werden. Jene großen Plattformen
485 werden durch den DSA zumeist erst ab einer Nutzer*innenzahl von 45 Millionen im Monat
486 reguliert. Wir fordern, auf europäischer Ebene zu prüfen, ob und wie kleinere
487 Plattformen mit wachsender Bedeutung im öffentlichen Diskurs ebenfalls präventiv
488 reguliert werden können.
489 Fact Checking ist wohl keine ausdrückliche Verpflichtung unter dem DSA, erst
490 gerichtliche Auseinandersetzungen werden dies in der Zukunft zeigen: Wir empfinden
491 die Anbringung entsprechender Warnhinweise an Falschinformationen jedoch als wichtig.
492 Staatliche Instanzen dürfen unserer Überzeugung nach in diesem vor dem Hintergrund
493 der Meinungsfreiheit sensiblen Bereich keinen starken Einfluss bekommen. Deshalb

494 sollen von Big Tech sowie Staat unabhängige und für die Tätigkeit ausgebildete
495 Faktenchecker*innen zum Einsatz kommen.

496 Darüber hinaus sprechen wir uns für ein generelles Verbot der Generierung und
497 Weiterverbreitung KI-generierter Deepfakes echter Menschen ohne deren Einwilligung
498 aus. Generell müssen KI-Inhalte als solche gekennzeichnet werden. Wir fordern die
499 durchgängige und strenge Evaluierung von Systemen im Netz, die auf generativer KI
500 beruhen und Grundrechte beeinträchtigen können. Um Betroffene dabei zu unterstützen,
501 ihre Rechte auch vor Gericht durchsetzen zu können, fordern wir darüber hinaus die
502 zügige Umsetzung der vorliegenden Gesetzesentwürfe zur Stärkung der privaten
503 Rechtsverfolgung im Internet sowie der Umsetzung des Gesetzes zum strafrechtlichen
504 Schutz von Persönlichkeitsrechten vor Deepfakes.

505 **Menschen befähigen und digitale Teilhabe ermöglichen**

506 Digitale Bildung muss Kinder, Jugendliche und Erwachsene fördern. Die nachhaltige
507 Integration von "AI Literacy" und Medienkompetenz in die Bildungspolitik ist
508 notwendig, um Bürger*innen besser auf die Herausforderungen des digitalen Zeitalters
509 - vor allem im Umgang mit Desinformationen und Hassrede - vorzubereiten. Hierzu
510 gehören auch zielgruppenspezifische Programme am Arbeitsplatz und in der
511 Erwachsenenbildung. Weiterhin sind Bildungspläne diesbezüglich zu evaluieren und
512 stetig fortzuentwickeln. Die Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung
513 wollen wir einbeziehen und deren Ausfinanzierung sichern.

514 Wir möchten digitale Partizipation erleichtern bzw. ermöglichen und die Vielfalt
515 sowie das (digitale) Ehrenamt fördern. Dies beinhaltet auch die Stärkung von
516 Forschungs- und zivilgesellschaftlichen Projekten, Initiativen und Verbänden, die
517 Vorbildliches in der digitalen Medienbildung sowie in der Bekämpfung von Hate Speech
518 leisten.

519 **Alerta, alerta, antifascista!**

520 Als Jusos kämpfen wir weiter gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck, die
521 Normalisierung rechter Narrative im Netz und auf der Straße und gegen die AfD als
522 parlamentarischer Arm der Neuen Rechten. Gemeinsam mit unseren Bündnispartner*innen
523 stellen wir uns jedweder Form von Menschenfeindlichkeit entgegen und setzen uns
524 gegenüber unserer Mutterpartei nicht nur für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD,
525 sondern auch für linke und progressive politische Gegenentwürfe ein. Nur eine linke
526 SPD kann im Schulterschluss mit Bündnispartner*innen den Kampf gegen Rechts wieder
527 glaubhaft aufnehmen. Wir stellen uns dieser Verantwortung. Mit diesem Antrag und mit
528 unserem Kampf auf der Straße und im Netz. Alle zusammen gegen den Faschismus, denn
529 Antifa bleibt für uns Handarbeit!

Antrag K02: Es rettet uns kein höheres Wesen - das schöne Leben gemeinsam erkämpfen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt (Gliederung), Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung), Jusos Berlin (Gliederung), Jusos Brandenburg (Gliederung), Jusos Sachsen (Gliederung), Jusos Thüringen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

1 Unsere Demokratie steht schon jetzt Tag für Tag unter konkreter Bedrohung von Rechts.
2 Rechtsextreme verschieben Grenzen des Sag- und Machbaren und die AfD arbeitet daran,
3 diese Verschiebung an den Wahlurnen zu verfestigen. Immer mehr rechte Gewalt wird
4 verübt, immer neue rechte Netzwerke in Sicherheitsbehörden werden aufgedeckt. 2025
5 feierte die AfD ihren bislang größten Triumph: Sie wurde in allen ostdeutschen
6 Flächenländern stärkste Kraft und gewann fast jeden Wahlkreis. Die AfD ist dabei,
7 sich eine regionale Hegemonie aufzubauen, die jenseits von Wahlergebnissen eine
8 zivilgesellschaftliche Dominanz und Diskurshoheit beinhaltet. Aktuell visiert sie mit
9 dem Umfragehoch in einigen Bundesländern die absolute Mehrheit an. Die Gefahr durch
10 die AfD war noch nie so groß wie jetzt.

11 Für uns als antifaschistischer Jugendverband ist klar. Wir müssen uns diesen
12 Entwicklungen entschieden entgegenstellen! Die vergangenen Wahlen auf kommunaler
13 Ebene zeigen: Die Mehrheit im Osten wählt noch immer demokratisch. Wir müssen ihre
14 Stimme sein, gerade jetzt.

15 Nach den Wahlen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg wird 2026 im Osten ein neuer
16 politischer Härtetest anstehen. In Sachsen-Anhalt wird am 6. September gewählt.
17 Mecklenburg-Vorpommern und Berlin folgen beide am 20. September.

18 Die Ausgangslage ist ernst. In Sachsen-Anhalt hat die AfD in den neuesten Umfragen
19 die 40%-Marke bereits überschritten - ein beunruhigendes Signal für unser
20 demokratisches System, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die CDU als
21 zweitstärkste Partei immer weniger Hemmungen zeigt und zunehmend nach rechts rückt.
22 Parallel dazu muss die SPD vor Ort darum kämpfen, die 5%-Hürde überhaupt zu
23 überschreiten. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass die politische Landschaft in
24 diesem Bundesland massiv unter Druck steht und die Grundlagen unserer Demokratie
25 spürbar herausgefordert werden.

26 Doch auch in Mecklenburg-Vorpommern steht die AfD bei neuesten Umfragen bei fast 40%.
27 Hier ist die SPD die einzige demokratische Kraft, die verhindern kann, dass die AfD
28 stärkste Kraft wird. Die vergangenen Landratswahlen haben gezeigt: Die Mehrheit der
29 Menschen in MV wollen keine AfD an entscheidenden Stellen, sie wollen keine AfD an
30 der Regierung. Diese große Mehrheit zu mobilisieren wird die zentrale Aufgabe der SPD
31 und der Jusos 2026. Und in Berlin haben die Ergebnisse der Bundestagswahl 2025
32 gezeigt, dass gerade in den Ostbezirken die Auseinandersetzung um bezahlbares Wohnen,
33 soziale Sicherheit, Migration und Teilhabe über demokratische Mehrheiten entscheidet.
34 Berlinweit wurde die SPD nur noch fünftstärkste Kraft, während insbesondere in
35 Ostberlin die AfD ihre Hochburgen verzeichnet, in einigen Wahlbezirken auf über 40%
36 kommt und in Marzahn-Hellersdorf sogar direkt gewonnen hat. Grundsätzlich müssen wir

37 zur Kenntnis nehmen, dass es derzeit stellenweise in verschiedenen Teilen
38 Deutschlands breite, überparteiliche und lagerübergreifende Mehrheiten braucht, um
39 Kandidierende der AfD zu schlagen.
40 Anstatt wie die SPD rechten Narrativen hinterherzulaufen und rechte Politik, wie den
41 sogenannten Asylkompromiss, durchzusetzen, müssen wir linke, solidarische Strategien
42 gegen den Rechtsruck entwickeln. Es geht nicht darum, bloße Abwehrkämpfe gegen die
43 AfD und andere Faschist*innen zu führen, sondern darum, unsere Vorstellungen des
44 gesellschaftlichen Zusammenlebens in den Fokus zu rücken. Wir Jusos stellen uns der
45 rechten Verschiebung geschlossen entgegen. Mit einem Angebot, das Zukunft vor Ort
46 schafft: sichere Arbeit, starke Daseinsvorsorge, bezahlbares Wohnen, gute Mobilität
47 und Respekt für alle, die hier leben. Dort entscheiden engagierte Bündnisse, ob
48 demokratische Politik weiterhin handlungsfähig bleibt und ob Rechtsextreme draußen
49 bleiben. Wir wollen das gute Leben erkämpfen - dafür braucht es uns!

50 Wir stützen die ostdeutschen Landesverbände konkret: durch Perspektiven für junge
51 Menschen und Ausbildungsplätzen statt Abstiegsangst, durch verlässliche
52 Kommunalfinanzen statt Kürzungsbündnissen mit Rechtsaußen, durch den Schutz der
53 Zivilgesellschaft bis zur sprichwörtlichen letzten Bushaltestelle. Denn es gibt kein
54 ruhiges Hinterland. 2026 ist die Chance, die demokratische Mehrheit zu erneuern - in
55 Magdeburg, Schwerin und im Roten Rathaus.

56 **Unsere Kampagne gegen Rechts - unser Kampf um die Demokratie**

57 Die Kampagne "Es gibt kein ruhiges Hinterland" 2023 war ein Erfolg. Mit Unterstützung
58 des Bundesverbandes und vieler Landesverbände konnte den Landesverbänden bei der
59 Mobilisierung junger Menschen geholfen werden. Die Horrorszenarien vor diesen Wahlen
60 in Brandenburg, Thüringen und Sachsen sind nicht eingetroffen. Daran müssen wir
61 anschließen und mit demselben Einsatz und den gleichen Mitteln die Kampagnen in
62 Sachsen-Anhalt, MV und Berlin unterstützen.

63 **Kampagnenmaterial**

64 Dabei wollen wir ein klares Zeichen setzen: Wir werden den Kampf für die Demokratie
65 nie aufgeben. Gerade und vor allem in den Regionen, die besonders mit echten
66 Strukturen und einer nach rechts rückenden Gesellschaft zu kämpfen haben, wollen wir
67 antifaschistische Bildungsarbeit leisten. Hierzu wird das Bundesbüro in
68 Zusammenarbeit mit den wählenden Landesverbänden gezieltes Material entwickeln, das
69 auf die Bedürfnisse vor Ort abgestimmt ist.

70 Unser Wahlkampf steht unter dem Zeichen sozialer Gerechtigkeit, ökologischer
71 Verantwortung und einer solidarischen Zukunft. Wir setzen uns ein für eine gerechte
72 Bildungspolitik, eine nachhaltige Mobilitätswende sowie die öffentliche
73 Daseinsvorsorge.

74 Im Zentrum stehen bezahlbares Wohnen und der Kampf gegen Wohnraummangel. Für
75 lebenswerte Kommunen wollen wir öffentliche Infrastruktur, Kultur, Jugendclubs und
76 Vereine stärken sowie die Kommunen finanziell wieder handlungsfähig ausstatten. Gute
77 Arbeit, faire Löhne und ein gerechtes Steuersystem gehören für uns ebenso dazu wie
78 eine konsequente Umverteilung von Reichtum. Wir stehen an der Seite von
79 Gewerkschaften und fordern Maßnahmen gegen soziale Spaltung.

80 Wir machen uns stark für mehr Mitbestimmung und Demokratie. Wir wollen eine
81 Gesellschaft, in der niemand wegzieht, um ein gutes Leben zu finden.

82 **Vor Ort**

83 In den nächsten Monaten wird es darum gehen, besonders im Osten präsent zu sein. Wir
84 werden, wie auch im Jahr 2024, mehr Bundesveranstaltungen in Sachsen-Anhalt,
85 Mecklenburg-Vorpommern und Ostberlin stattfinden lassen. Außerdem werden wir ein
86 Angebot für insbesondere junge Menschen schaffen, uns Jusos kennenzulernen und mit
87 uns über Positionen und Ideen zu streiten. Wir setzen hier insbesondere auf Formen
88 des Community Organizing. Der Kampf gegen Rechts geht uns alle an. Dafür braucht es
89 Veranstaltungsformate, die genau diesen Anknüpfungspunkt bieten und ein Interesse an
90 demokratischen Inhalten schaffen.

91 **Online**

92 Insbesondere die extreme Rechte ist unglaublich stark in den sozialen Medien und
93 erreicht dort vor allem auch ein junges Publikum, dem müssen wir etwas
94 entgegensetzen. Dafür braucht es unter anderem Möglichkeiten, einfach und effizient
95 Content zu produzieren. Hier kann der Bundesverband unterstützen, sodass jeder
96 Kreisverband in die Lage versetzt wird, Content zu produzieren und Menschen mit
97 diesem zu erreichen. Eingebettet werden soll das in eine gemeinsame
98 Kommunikationstrategie, sodass der rote Faden erkennbar bleibt und Erfolge
99 gegenseitig genutzt werden können. Hierfür setzen wir auf eine bundesweite gemeinsame
100 Kampagnenarbeit, denn die Verteidigung der Demokratie betrifft uns alle.

101 **Sicherheit im Wahlkampf**

102 Sichtbar für die SPD und die Jusos, ob im Wahlkampf oder darüber hinaus, zu sein,
103 bedeutet auch immer ein erhöhtes Gefährdungspotenzial. Dabei handelt es sich nicht
104 nur um ein Gefühl, sondern wird durch Angriffe auf demokratische Wahlkämpfer*innen
105 oder (Kommunal-)Politiker*innen auch immer wieder konkret. Besonders betroffen sind
106 davon marginalisierte Gruppen. Wir wollen für diese Situation nicht nur
107 sensibilisieren, sondern auch gemeinsam in Wahlkampfschulungen für alle, die vor Ort
108 unterstützen, auf Gefährlungspotenziale und vor allem Maßnahmen dagegen eingehen. Hier
109 wollen wir insbesondere auf die Erfahrungen von Genoss*innen aus den vergangenen
110 Kampagnen zurückgreifen.

111 **Gelebte Solidarität**

112 Da die Landesverbände und Verbandsteile in Ostdeutschland aufgrund historischer und
113 demografischer Faktoren strukturell schwächer, insbesondere im Anteil an der
114 Bevölkerung, aber dennoch in großen Flächen präsent sein müssen, ist die Solidarität
115 des gesamten Bundesverbandes gefragt. Alle Mitglieder sollten daher motiviert und
116 ermutigt werden, um die Jusos vor Ort zu unterstützen. Dafür wird der Juso
117 Bundesverband beim Matching zwischen Unterstützer*innen und Gliederungen supporten um
118 bei der Organisation zu helfen und etwa Bettenbörsen zu vereinfachen. Außerdem
119 braucht es Unterstützung des Bundesverbands, um die Mobilität und Unterbringung
120 innerhalb des Bundeslands zu gewährleisten.

121 Um all dies zu finanzieren, ist jeder Euro wichtig. Daher möchten wir Möglichkeiten
122 bieten, um auch finanziell Solidarität zu zeigen. Neben der Nutzung eigener Mittel
123 des Bundesverbandes im Umfang der Bundeskampa 2023 in Sachsen, Thüringen und
124 Brandenburg, werden wir beispielsweise einen Soli-Spendenauftruf an unsere
125 Mandatsträger:innen auf EU-, Bundes- und Landesebene richten sowie weitere
126 Fundraising-Aktionen planen.

- ¹²⁷ Bei allen Planungen werden die betreffenden Landesverbände mit einbezogen.

Antrag M03: Kein Zurücklassen: Aufnahme afghanischer Frauen, queerer und kranker Menschen sichern

Antragsteller*in:	Jusos Bremen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Seit der Machtübernahme der Taliban im Sommer 2021 hat sich die humanitäre Lage im
2 gesamten Land verschärft und viele Menschen sind von Hunger bedroht. Insbesondere für
3 Frauen, queere Menschen, Kinder und Minderheiten ist die Situation unerträglich
4 geworden. Ihre Rechte wurden mit beispielloser Konsequenz beschnitten: Erwerbsarbeit
5 ist fast vollständig verboten, Bildung bleibt Mädchen und Frauen über die Grundschule
6 hinaus verwehrt, öffentliche Räume wie Parks sind ihnen untersagt, und schon das
7 Verlassen des Hauses ist von Strafen bedroht. Aktivistinnen, die dagegen aufbegehren,
8 werden verhaftet, verschleppt oder ermordet.
9 Die ehemalige afghanische Ministerin Seema Ghani beschreibt die Situation so: „Frauen
10 und Mädchen in Afghanistan leben täglich in Angst. Schon das Verlassen des Hauses
11 ist für sie eine Tortur.“ Der Europäische Gerichtshof stellte bereits am 4. Oktober
12 2021 klar, dass bei afghanischen Frauen keine individuelle Prüfung der Fluchtgründe
13 mehr notwendig ist, da die allgemeine Lage eine geschlechtsspezifische Verfolgung
14 darstellt.

15 **Kinder und Jugendliche**
16 In Afghanistan beschreibt das Sprichwort „Frauen werden zur Geburt von Kindern
17 gehalten, und Jungen zum Vergnügen“ die brutale Realität patriarchaler Strukturen.
18 Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Bacha Bazi - eine Praxis, bei der Jungen
19 sexuell von älteren Männern ausgebeutet und zum Tanzen und für sexuelle Handlungen
20 gezwungen werden. Sie zeigt, dass patriarchale Gewalt nicht nur Frauen trifft,
21 sondern auch Jungen und junge Männer. Diese Formen der Gewalt entstehen aus denselben
22 Machtverhältnissen, die Frauen entrechten, Kinder missbrauchen und ganze Generationen
23 traumatisieren.

24
25 **Deutschlands Verantwortung**
26 Deutschland trägt für Afghanistan eine besondere Verantwortung. Als Gastgeber der
27 Petersberg-Konferenz 2001 und durch zwei Jahrzehnte intensives Engagement im Aufbau
28 von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Frauenrechten hat die Bundesrepublik
29 Hoffnungen geweckt, die nun von den Taliban zunichte gemacht werden. Deutschland hat
30 sich ferner dem Völkerrecht und der Frauenrechtskonvention verpflichtet. Es liegt
31 daher in unserer Pflicht, bedrohten Frauen, Akademikerinnen, Studierenden, queeren
32 und kranken Menschen Schutz zu gewähren. Statt entschlossen zu handeln, blockieren
33 führende Unionspolitiker wie Alexander Dobrindt (CSU) Hilfen für afghanische Frauen.
34 Er warnte davor, „neue Wege für massenhafte Einwanderung“ zu eröffnen. Diese Rhetorik
35 verkennt die Realität: Es geht nicht um sogenannte Massenmigration, sondern um
36 gezielte, humanitäre Schutzmaßnahmen für akut bedrohte Menschen. Dobrindts Haltung
37 ist nicht nur zynisch, sondern widerspricht auch den humanitären Verpflichtungen
38 Deutschlands und unseren Grundwerten von Freiheit und Gleichberechtigung.

39 Die Verantwortung Deutschlands sowie der internationalen Staatengemeinschaft muss
40 sich auch gezielt für eine Beendigung des Taliban-Regimes und einen langfristigen
41 Frieden sowie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit widmen. Dies geht nur unter
42 Einbeziehung und Zusammenarbeit mit Akteuren die vor Ort für einen demokratischen
43 Rechtsstaat eintreten.

44 Die Bundesregierung hat in den vergangenen Monaten gezielt Gespräche und Absprachen
45 mit Vertretern aus Kabul geführt, um Abschiebungen nach Afghanistan zu erleichtern
46 und perspektivisch in größerem Umfang aufzunehmen. Innenminister Dobrindt hat dies
47 offen als Ziel benannt. Gleichzeitig haben die Taliban inzwischen faktisch die
48 Kontrolle über sämtliche afghanischen Auslandsvertretungen in Deutschland übernommen.
49 Eine Aufnahme diplomatischer Beziehungen oder gar eine Normalisierung des
50 Verhältnisses zu den Taliban wäre ein moralischer und politischer Rückschritt.
51 Solange das Taliban-Regime Frauen, queere und kranke Menschen systematisch entreichtet
52 und verfolgt, darf es keinerlei Annäherung geben. Stattdessen muss der Fokus darauf
53 liegen, diejenigen zu schützen und aufzunehmen, die unter diesem Terrorregime am
54 stärksten leiden. Das bestehende Bundesaufnahmeprogramm erfüllt seine Zusagen bislang
55 nur unzureichend: Viele Schutzsuchende warten seit Monaten in Pakistan vergeblich auf
56 eine Entscheidung und müssen sich nun erneut langwierigen Überprüfungen unterziehen.

57 **Wir Jusos fordern deswegen die Anpassung und bessere Koordinierung der**
58 **Aufnahmeverfahren für Menschen aus Afghanistan - unter besonderer Berücksichtigung**
59 **der Bedürfnisse von Frauen, aber auch queeren und kranken Menschen.**

60 1. Stopp diplomatischer Beziehungen zum Taliban und keine Anerkennung des Taliban
61 Regimes als Regierung. Ausweitung der deutschen Auslandsvertretungen, aus denen
62 Visa Anträge gestellt werden können, u.a. Türkei und Vereinigte Arabische
63 Emirate.

64 2. Wiederaufnahme, Ausweitung und Beschleunigung des Bundesaufnahmeprogramms und
65 die Genehmigung von Aufnahmeprogrammen auf Ebene der Bundesländer. Es bedarf
66 mehr Transparenz bei der Umsetzung dieser Aufnahmeprogramme. Aufnahmezusagen,
67 die bereits erteilt wurden, müssen eingehalten werden. Die erneute Überprüfung
68 stellt die Betroffenen unter einen Pauschalverdacht, obwohl sie bereits eine
69 Aufnahmezusage erhalten haben. Daneben muss Deutschland Pakistan signalisieren,
70 dass die sich in Pakistan aufhaltenden Personen aus dem Aufnahmeprogramm zeitnah
71 nach Deutschland einreisen können und eine Abschiebung nach Afghanistan nicht
72 erfolgen darf.

73 3. Gezielte Vermittlung in Arbeits- und Ausbildungsplätze in Verbindung mit einer
74 systematische Sprachförderung für das Einstiegsniveau A2, sowie weitere
75 (Grund)Bildungs- und Alphabetisierungsprogramme, die langfristig
76 Selbstbestimmung und Teilhabe sichern. Zudem muss das Anerkennungsverfahren von
77 Abschlüssen beschleunigt und ein schneller Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht
78 werden.

79 4. Darüber hinaus fordern wir die Bundesregierung auf, die lokalen Ortskräfte,
80 welche in Afghanistan die Bundeswehr unterstützt haben, unverzüglich aufzunehmen
81 und sichere Fluchtrouten zu schaffen. Diese Menschen wurden nach dem Rückzug der
82 Bundeswehr durch die deutsche Regierung im Stich gelassen. Versuche des
83 Innenministers Aufnahme Versprechen gegen eine einmalige Geldzahlung

84 einzutauschen lehnen wir strikt ab.

85 **5. Enge Zusammenarbeit mit deutsch-afghanischen Verbänden und**
86 **zivilgesellschaftlichen Organisationen, die über langjährige Erfahrung und**
87 **umfassende Expertise in der Unterstützung afghanischer Gemeinschaften verfügen.**
88 Diese Kooperation soll genutzt werden, um Aufnahme-, Integrations- und
89 Bildungsmaßnahmen bedarfsgerecht zu gestalten und ihre Wirksamkeit nachhaltig zu
90 erhöhen.

91 **1. Sicherung von Zugang zu diskriminierungsfreier Bildung**

92 Der frühzeitige Zugang zu Kitas und Schulen für Kinder muss in Deutschland
93 sichergestellt sein. Dafür müssen Barrieren abgebaut und pädagogische Fachkräfte
94 sensibilisiert werden, um den Kindern faire Chancen auf eine gleichberechtigte
95 Zukunft zu eröffnen. Afghanische Akademiker*innen und Student*innen wurden durch das
96 Taliban-Regime brutal aus ihrem Bildungsweg gedrängt. Sie dürfen nicht um ihre
97 Zukunft betrogen werden. Ihnen muss ermöglicht werden, ihr Studium fortzuführen und
98 abzuschließen bzw. ihre berufliche Laufbahn fortzusetzen. Die an einigen Hochschulen
99 bereits bestehenden Förder- und Stipendienprogramme müssen ausgeweitet und um
100 gezielte Mentoringprogramme ergänzt werden. Unbürokratischer Zugang zu Visa, eine
101 umfassende Sprach- und Studienvorbereitung sowie eine finanzielle Absicherung des
102 Studiums müssen sichergestellt werden.

103 **2. Hilfe für Queere Menschen**

104 Queere Menschen sind in Afghanistan einer systematischen Verfolgung bis hin zur
105 Todesstrafe ausgesetzt. Viele leben versteckt und in permanenter Angst. Ihnen muss
106 eine sichere und schnelle Ausreise ermöglicht, sowie die Einreise und eine
107 Bleibeperspektive in Deutschland garantiert werden. Bisherige Wege über
108 Aufnahmeprogramme oder Visaanträge in Nachbarstaaten bergen für Queere Menschen
109 besondere Gefahren, da nach einem Outing keine Garantie auf Ausreise, auch aus einem
110 Nachbarstaat, und Einreise in Deutschland besteht, sollte eine Ausreise erfolgen, ist
111 mit monatelangen Wartezeiten zu rechnen.

112 **3. Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung sichern**

113 Viele Geflüchtete aus dem Taliban-Regime leiden unter Angstzuständen, Traumata oder
114 körperlichen Erkrankungen. Deshalb braucht es in Deutschland einen kostenlosen,
115 niedrigschwelligen und diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer und
116 psychologischer Versorgung.

117 Wegen dem Zusammenbruchs des Gesundheitssystems sind gerade FINTA* und vulnerable
118 Gruppen mit akuten oder chronischen Erkrankungen Afghanistan besonderen
119 gesundheitlichen Gefahren ausgesetzt. Für sie braucht es einen schnellen Zugang zur
120 medizinischen Versorgung in Deutschland – nach Vorbild der UNHCR-Resettlement-
121 Programme. Neben der Akutversorgung müssen psychologische Hilfen bereitgestellt
122 werden, um Traumata aufzuarbeiten und ihnen eine echte Perspektive zu eröffnen.

123 **4. Schutz gefährdeter Menschen insbesondere von FINTA*, Kindern und queeren Menschen**

124 Es dürfen keine Abschiebungen nach Afghanistan stattfinden oder in Drittstaaten
125 erfolgen. Wir lehnen Abschiebungen zu jedem Zeitpunkt ab und fordern die
126 Bundesregierung dazu auf, keine Menschen nach Afghanistan abzuschieben – kein Mensch

127 ist illegal!

128 **5. Kranke Menschen**

129 Frauen und vulnerable Gruppen mit akuten oder chronischen Erkrankungen haben in
130 Afghanistan kaum Überlebenschancen, da das Gesundheitssystem zusammengebrochen ist.
131 Für sie braucht es einen schnellen Zugang zur medizinischen Versorgung in Deutschland
132 – nach Vorbild der UNHCR-Resettlement-Programme. Neben der Akutversorgung müssen
133 psychologische Hilfen bereitgestellt werden, um Traumata aufzuarbeiten und ihnen eine
134 echte Perspektive zu eröffnen.

Antrag M01: Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes Syrien!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Titel Änderung: Lasst die syrische Diaspora nicht im Stich! Für ein freies, gerechtes
2 Syrien!
3 Der 8. Dezember 2024 markiert einen historischen Wendepunkt: Das autoritäre
4 Assad-Regime wurde gestürzt – ein Ereignis, das für Millionen Syrer*innen
5 weltweit ein Symbol der Hoffnung und des Aufbruchs ist. In zahlreichen deutschen
6 Städten wehten die grün-weiß-schwarzen Fahnen mit den drei roten Sternen – ein
7 Zeichen für die syrische Revolution und eines neuen, freien Syriens. Nach Jahren
8 systematischer Gewalt, Bombardierungen, Folter und Unterdrückung feierte das
9 syrische Volk seinen ersten Tag ohne Diktatur.
10 Doch während die syrische Diaspora diesen Moment der Befreiung feierte, erklärte
11 die deutsche Politik Syrien bereits am nächsten Tag pauschal für sicher. Erste
12 Stimmen forderten Rückführungen, und bereits in den Sondierungsgesprächen
13 zwischen SPD und CDU wurde die Absicht deutlich, Abschiebungen nach Syrien
14 künftig wieder zu ermöglichen. Unmittelbar wurden diplomatische Beziehungen
15 aufgenommen und Sanktionen fallen gelassen, trotz der Bekanntheit über den
16 islamistisch-terroristischen Hintergrund des jetzigen Machthabers Ahmed Al-Sharaa,
17 auch mit seinem aus der Al Qaida stammenden Kampfnamen „Al-Jolani“ bekannt.
18 Wir sagen deutlich: Wir lehnen Abschiebungen generell und immer ab – so auch nach
19 Syrien. Eine solche Politik ist ein folgenschwerer Irrweg. Denn die
20 Lage in Syrien ist nach wie vor instabil und gefährlich.
21 1. Der Umgang mit Minderheiten und Frauen ist ungeklärt.
22 Syrien ist ein Land der Vielfalt – ethnisch, religiös, kulturell. Doch seit dem 8.
23 Dezember 2024 kam es zu zahlreichen Angriffen auf Minderheiten wie Kurd*innen,
24 Christ*innen, Drus*innen oder Alawit*innen. Das Massaker vom 8. März 2025, bei dem
25 mehr als 1.000 Zivilpersonen brutal ermordet wurden sowie die Juli-Ereignisse von As-
26 Suwayda, bei denen Hunderte Drus*innen ermordet, und entführt wurden, stellen einen
27 tragischen Höhepunkt dar.
28 Die gezielten Angriffe auf drusische Städte und Dörfer im Gouvernement as-Suwayda
29 sind Ausdruck einer systematischen Politik der Einschüchterung, Vertreibung und
30 Vernichtung religiöser Minderheiten. Häuser wurden geplündert und verbrannt,
31 Zivilistinnen gefoltert, verschleppt oder vor den Augen ihrer Familien ermordet. Die
32 Täter agieren im Umfeld al-Scharas und seiner Verbündeten, oftmals unter dem
33 Deckmantel religiöser Parolen. Die Drusinnen verteidigen sich seit Jahren mit zivilen
34 Protesten und lokalen Schutzstrukturen gegen Regime, Dschihadisten und kriminelle
35 Milizen – und zahlen dafür einen hohen Preis. Wer heute von Stabilität in Syrien
36 spricht, ohne diese Massaker zu benennen, verharmlost die reale Gefahr für
37 Minderheiten.
38 Während sich die syrische Übergangsregierung öffentlich von diesen Massakern

39 distanzierte, stammen die mutmaßlichen Täter aus regierungsnahen Milizen wie der HTS
40 und der SNA. Bei der Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) handelt es sich um eine religiös
41 extremistische Gruppierung, die aus der al-Nusra-Front und damit direkt aus dem Al-
42 Qaida-Netzwerk hervorgegangen ist. Al-Scharaa war jahrelang führender Kopf der HTS –
43 als ehemaliger Kommandeur mitverantwortlich für Repression, Gewalt und
44 Menschenrechtsverletzungen in den von der Organisation kontrollierten Gebieten. Unter
45 anderem war er selbst Al-Qaida-Mitglied. Bei der SNA (Syrische Nationale Armee)
46 handelt es sich um eine antikurdische, von der Türkei unterstützte Miliz. Der
47 Interimspräsident al-Scharaa führte die HTS am 8. Dezember 2024 beim Sturz der Assad-
48 Regierung an. Sein heutiges Auftreten ist nichts weiter als eine inszenierte
49 Neuverpackung eines Ex-Terroristen. Deshalb ist auch die demokratische Ausrichtung
50 der Übergangsregierung höchst zweifelhaft. Die Sicherheit und Gleichberechtigung von
51 ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie Frauen in Syrien ist damit
52 nicht gewährleistet.

53 Abschiebungen dürfen unter keinen Umständen in Betracht gezogen werden.

54 2. Die fragile außenpolitische Situation Syriens

55 Die internationale Sicherheitslage in Syrien bleibt komplex. Schon unter dem
56 Assad-Regimes war Syrien Gegenstand umfangreicher ausländischer Einflussnahme
57 und Spielball politischer Interessen der Region. Als einer der wichtigsten
58 Verbündeten Irans, der über Jahre Assad und das syrische Regime gestützt und
59 stabilisiert hat, war Syrien Teil des Nahost-Konflikts und der Unterstützung von
60 Hamas und Hisbollah. Und auch der dauerhaft fragile Waffenstillstand auf den
61 Golanhöhen und die Militäraktionen Israels im Süden des Landes waren prägend für
62 die Sicherheitslage vor Ort. Auch nach dem Machtwechsel in Damaskus bleibt es
63 weiterhin ungewiss. Der iranische Kampf um den Erhalt des Einflusses, die
64 stärkere Einmischung der Türkei, der USA und Russlands und die Aufkündigung des
65 Waffenstillstandes

66 durch

67 Israel und darauf folgende Militäraktionen sowie die Forderung nach der
68 Demilitarisierung des Südens schafft eine schwer vorherzusagende Dynamik und
69 könnten das Land außen- und innenpolitisch weiter destabilisieren. Diese
70 Entwicklung muss genau beobachtet werden. Das Risiko eskalierender und neuer
71 Konflikte bleiben groß.

72 Auch Deutschland muss sich seiner Rolle bewusst werden. Die Stabilisierung der
73 Lebensverhältnisse in Syrien ist dringend nötig - doch sie darf nicht über Deals mit
74 einem Übergangsregime erkauft werden, das auf einem religiös-extremistischen
75 Gewaltapparat basiert. Jede Form von Kooperation muss sich an Menschenrechten,
76 Minderheitenschutz und der Stärkung demokratischer Kräfte orientieren. Für uns bleibt
77 der Interimspräsident Ahmed al-Scharaa eine Bedrohung für ein freies und
78 demokratisches Syrien. Daraus folgen klare Konsequenzen für die deutsche Außen-,
79 Asyl- und Menschenrechtspolitik.

80 3. Die wirtschaftliche und soziale Lage ist dramatisch.

81 Syrien steht heute vor den Trümmern von fünf Jahrzehnten autoritärer Herrschaft
82 und mehr als einem Jahrzehnt verheerender Bürgerkriege. Das Bildungssystem ist
83 weitgehend zusammengebrochen, für viele Kinder ist der reguläre Schulunterricht

84 bis heute keine Realität. Hunderttausende Menschen gelten nach wie vor als
85 verschwunden – insbesondere aus Gefängnissen wie Saydnaya, deren Gräueltaten
86 international dokumentiert sind. Die betroffenen Familien leben in ständiger
87 Ungewissheit über das Schicksal ihrer Angehörigen. Mehr als 90 Prozent der
88 syrischen Bevölkerung leben unterhalb der Armutsgrenze. Es fehlt an
89 grundlegender Infrastruktur, medizinischer Versorgung, sicheren Unterkünften und
90 öffentlichen Dienstleistungen.

91 Eine Rückkehr nach Syrien ist weder unter humanitären noch unter politischen oder
92 rechtlichen Gesichtspunkten zumutbar oder verantwortbar. Es ist nicht nur
93 fahrlässig, sondern menschenverachtend,
94 gezwungenermaßen zurückkehren zu müssen.

95 Die Wahlen am 05. Oktober 2025 in Syrien waren keineswegs freie und faire
96 demokratische Wahlen. Die breite Bevölkerung war von der Abstimmung faktisch
97 ausgeschlossen; lediglich etwa 6.000 vom Regime ernannte Wahlleute entschieden über
98 die Zusammensetzung des Parlaments. Regionen mit besonders hoher Konzentration von
99 Minderheiten, etwa as-Suwayda, Raqqa oder al-Hasakah, konnten nicht einmal mitwählen.
100 Übergangspräsident al-Scharaa hatte erheblichen Einfluss auf den Ausgang der Wahl: 70
101 der insgesamt 210 Parlamentssitze konnte er persönlich vergeben, während nur zwei
102 Drittel durch die Wahlgremien bestimmt wurden. Minderheiten sind dementsprechend kaum
103 im Parlament vertreten. Darüber hinaus verfügt das Parlament über kaum nennenswerte
104 Befugnisse, da es Entscheidungen des Präsidenten nur mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit
105 aufheben kann. Die Wahlen sind daher weniger ein Zeichen der Demokratie, sondern
106 dienen vor allem der Kontrolle und Stabilisierung der bestehenden Machtverhältnisse.

107 4. Die syrische Diaspora gehört zu Deutschland!

108 Hunderttausende Syrer*innen haben in Deutschland nicht nur Schutz gefunden – sie
109 haben sich hier ein neues Leben aufgebaut. Sie haben unsere Sprache gelernt,
110 Freundschaften geschlossen, Schul- und Berufsabschlüsse erworben, Familien
111 gegründet, studiert, gearbeitet und unsere Gesellschaft aktiv mitgestaltet. Viele
112 Syrer*innen, insbesondere Angehörige von Minderheiten, haben sich durch ihre
113 Einbürgerung und ihr gesellschaftliches Engagement klar gegen autoritäre Herrschaft
114 und religiösen Extremismus positioniert. Ihre Flucht war zugleich eine klare Absage
115 an das Assad-Regime – eine Entscheidung,
116 die sie in Syrien mit dem Leben hätten bezahlen müssen.

117 Eine Abschiebung wäre nicht nur ein Bruch dieses Lebensweges – es wäre ein doppelter
118 Verrat. Ein Verrat an Menschen, die bereits alles verloren haben und sich dennoch für
119 ein friedliches, demokratisches Leben entschieden haben.

120 Gleichzeitig sind syrische Minderheiten auch in Deutschland nicht vollständig sicher.
121 Drus*innen, Kurd*innen, Christ*innen, Alawit*innen, Jezid*innen und queer lebende
122 Menschen berichten von Bedrohungen, Hetzkampagnen und Einschüchterungsversuchen durch
123 Anhänger des Assad-Regimes, durch al-Scharaa-nahe Strukturen und andere
124 extremistische Netzwerke. Angriffe auf Demonstrationen, Online-Hass, Drohungen an
125 Familien in Syrien und direkte Einschüchterungen in Wohnvierteln, Gebetshäusern oder
126 am Arbeitsplatz sind Angriffe auf unsere demokratische Öffentlichkeit. Der Schutz
127 dieser Menschen ist Aufgabe des Rechtsstaats.

128 Die syrischen Menschen verdienen nicht nur Sicherheit – sie verdienen eine

129 Perspektive und unsere Unterstützung.

130 Unsere Forderung:

131 • Wir fordern einen sofortigen Stopp von Abschiebungen - so auch nach Syrien. Die
132 sicherheitspolitische, humanitäre und infrastrukturelle Lage in Syrien lässt
133 Abschiebungen ohnehin nicht zu. Das Land ist weder sicher noch institutionell in
134 der Lage, Rückkehrer*innen aufzunehmen und zu schützen. Abschiebungen sind
135 rechtlich und moralisch unverantwortlich.

136 • Angehörige syrischer Minderheiten, insbesondere Drus*innen, Kurd*innen,
137 Christ*innen, Jezid*innen, Alawit*innen sowie FINTA*-Personen, sind in Syrien
138 einer erhöhten Gefahr von Gewalt, Vertreibung und Verfolgung ausgesetzt. Wir
139 fordern, dass das BAMF diese Gruppen als besonders schutzbedürftig anerkennt.
140 Minderheitenzugehörigkeit muss als starker Hinweis auf einen Asylgrund gewertet
141 werden. Widerrufsverfahren und Rückkehrprüfungen für diese Gruppen sind
142 auszusetzen. Sie brauchen verlässliche, langfristige Bleibeperspektiven statt
143 politisch motivierter Abschiebe-Debatten.

144 • Bund und Länder müssen Minderheitenangehörige aus Syrien in Deutschland wirksam
145 vor Bedrohungen, Angriffen und Einschüchterung schützen, egal ob diese von
146 Regimeanhänger*innen, al-Scharaa-nahen Strukturen oder anderen extremistischen
147 Netzwerken ausgehen. Wir fordern u.a. eine konsequente Verfolgung von
148 Hasskriminalität, besseren Schutz für Versammlungen und Gebetshäuser,
149 Ansprechstellen bei Polizei und Staatsanwaltschaften sowie Programme politischer
150 Bildung gegen antidrusischen, antikurdischen, antichristlichen und anderen
151 rassistischen Hass.

152 • Weder direkt noch indirekt darf die Bundesregierung einem autoritären Ex-
153 Terroristen politische Legitimität verschaffen. Diplomatische Kontakte dürfen
154 nicht zur Normalisierung des Regimes führen. Kooperationen müssen klar begrenzt
155 und an menschenrechtliche Bedingungen geknüpft sein und insbesondere dem Schutz
156 von Minderheiten, der Stärkung der Zivilgesellschaft und der Vorbereitung
157 tatsächlich demokratischer Wahlen dienen.

158 • Die deutsche Syrien-Politik muss sich an Menschenrechten und am Schutz vor
159 Verfolgung orientieren, nicht an der Illusion, über Deals mit autoritären
160 Regimen Menschen auf der Flucht stoppen zu können.

161 • Deutschland muss sich konsequent für jene einsetzen, die unter al-Scharaa
162 besonders gefährdet sind: Alawit*innen, Kurd*innen, FINTA*-Personen, Drus*innen
163 und andere marginalisierte Gruppen brauchen international hörbare Solidarität,
164 Aufnahmeprogramme, Resettlement und Schutz, nicht neue Bedrohung durch
165 Abschiebung oder politische Instrumentalisierung.

166 • Wir fordern finanzielle und logistische Unterstützung für den Wiederaufbau
167 Syriens in den Bereichen Krankenhäuser, Wasser- und Energieversorgung sowie
168 soziale Wohnprojekte. Diese Unterstützung muss sich gezielt an Kommunen,
169 zivilgesellschaftliche Organisationen und UN-Strukturen richten und darf
170 autoritäre oder diskriminierende Strukturen der Übergangsregierung nicht
171 stabilisieren.

172 • Wir setzen uns für ein entwicklungspolitisches Sonderprogramm ein, das gezielt
173 Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und Aufbau von

- 174 Arbeitsplätze umfasst, mit klarem Fokus auf Menschenrechte, Gleichberechtigung
175 und Minderheitenschutz.
- 176 • Wir fordern Programme, die es syrischen Geflüchteten ermöglichen, vor einer
177 möglichen freiwilligen Rückkehr eine zeitlich befristete Erkundungsreise nach
178 Syrien anzutreten, etwa um den Zustand ihrer Häuser oder Familienangelegenheiten
179 zu klären, ohne dass sich dies negativ auf ihren Aufenthaltsstatus oder
180 Sozialleistungsanspruch in Deutschland auswirkt. Solche Programme müssen
181 rechtssicher, freiwillig und rückkehroffen gestaltet werden. Rückkehrer*innen
182 müssen das Recht behalten, nach Deutschland zurückzukehren, wenn eine dauerhafte
183 Rückkehr sich als nicht möglich oder unzumutbar herausstellt.
- 184 • Wir fordern den Einlass unabhängiger internationaler Journalist*innen nach
185 Syrien, um Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und Menschenrechte,
186 insbesondere gegen Minderheiten, zu dokumentieren.
- 187 • Wir fordern, die nationale, europäische und internationale Wiederaufnahme
188 beziehungsweise Ausweitung von Sanktionen gegen die syrische Übergangsregierung
189 zeitnah zu prüfen, solange al-Scharaa und mit ihm verbundene extremistische
190 Strukturen an der Macht sind.
- 191 • Wir fordern Ermittlungen des Internationalen Strafgerichtshofs zur Involvierung
192 der syrischen Übergangsregierung und ihr nahestehender Milizen in Massaker,
193 Vertreibungen, Folter und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit,
194 insbesondere an Minderheiten wie den Drus*innen in as-Suwayda. Die
195 Bundesregierung soll diese Ermittlungen politisch und materiell unterstützen.
- 196 • Wir fordern, dass die Bundesregierung klar anerkennt: Die Zugehörigkeit zu einer
197 syrischen Minderheit ist ein eigenständiger Flucht- und damit Asylgrund. Dies
198 muss sich in der Praxis der Asylbehörden, der Verwaltungsgerichte und in allen
199 politischen Stellungnahmen widerspiegeln.

Antrag M02: Das Recht auf Leben – klimabedingte Migration solidarisch gestalten

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Die katastrophalen Folgen der Klimakrise führen bereits jetzt zu massiven
2 Fluchtbewegungen, besonders im sogenannten Globalen Süden, nicht nur durch den
3 Wegfall von Lebensraum, sondern auch durch die lebensbedrohliche, klimabedingte
4 Nahrungsmittelknappheit und Wasserarmut.
5 Dabei kann zwischen zwei Arten von Migration unterschieden werden: der
6 intraregionalen (Binnenmigration) innerhalb eines Landes und der interregionalen
7 (grenzüberschreitenden) Migration zwischen verschiedenen Ländern. Schon im Jahr 2022
8 wurden weltweit rund 30 Millionen Menschen aufgrund von Wetterereignissen als
9 Binnenvertriebene angesehen, während es bei den Zahlen zur grenzüberschreitenden
10 Migration überhaupt noch erhebliche Datenlücken gibt.
11 Klimabedingte Migration geht mit einer Vielzahl von Problemen einher. Eine Studie aus
12 dem Jahr 2020 zeigt, dass das Risiko für bewaffnete Konflikte nach einer
13 Naturkatastrophe steigt, insbesondere in bevölkerungsreichen und ärmeren Ländern und
14 in Verbindung mit der Ausgrenzung ethnischer Gruppen. Außerdem sind Klimageflüchtete
15 oft auf unregulierte Migrationswege angewiesen, auf denen sie
16 Menschenrechtsverletzungen, Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung ausgesetzt sind.
17 Fest steht: Menschen verlieren schon heute ihr Zuhause durch Überschwemmungen,
18 Dürren, den Anstieg des Meeresspiegels und andere klimabedingte Extremereignisse.
19 Diese Verluste sind nicht abstrakt. Sie bedeuten: Vertreibung, Armut, Rechtlosigkeit
20 und in vielen Fällen auch den Tod. Laut Weltbank könnte dies bis 2050 über 216
21 Millionen Menschen betreffen.
22 Einmal mehr zeigt sich hier: **Wer am wenigsten zur Klimakrise beigetragen hat, leidet
am meisten unter ihren Folgen.** 75 % der weltweit Geflüchteten stammen aus besonders
24 klimavulnerablen Ländern wie Afghanistan, Syrien oder dem Jemen. Trotzdem gibt es bis
25 heute **keinen rechtlich bindenden Schutzstatus** für Menschen, die aufgrund der
26 Klimakrise zur Flucht gezwungen sind.
27 **Die Bundesregierung muss ihrer globalen Verantwortung für die Folgen der
Klimakatastrophe endlich gerecht werden.** Deutschland und andere europäische
29 Kolonialstaaten haben über Jahrhunderte, durch Ausbeutung von Land und Mensch, ihren
30 Reichtum auf dem Rücken des sogenannten Globalen Südens aufgebaut. Folgen davon sind
31 die strukturelle Armut, Ausbeutung des Bodens und der Menschen, von dem der
32 sogenannte Globale Norden bis heute profitiert."Deutschland nimmt, basierend auf den
33 kumulativen CO2-Emissionen, den vierten Platz unter den Emittenten weltweit ein –
34 hinter den USA, China und Russland, die allesamt deutlich mehr Menschen beherbergen.
35 Nicht nur deshalb ist ein echtes Bekenntnis zur Unterstützung von Klimageflüchteten
36 längst überfällig.
37 Insgesamt bleibt die Weltklimapolitik weit hinter den realen Bedarfen zurück: Die
38 aktuell international bereitgestellten Mittel zur Klimaanpassung betragen nur 15 %

39 des tatsächlichen Bedarfs. Der „Loss and Damage Fund“ ist mit 760 Millionen USD
40 dramatisch unterfinanziert, eigentlich wären 400 bis 900 Milliarden USD jährlich
41 nötig.

42 **Wir Jusos fordern deshalb:**

- 43 1. **Das Menschenrecht auf Leben, Wohnen und Migration muss auch im Kontext der**
44 **Klimakrise anerkannt werden.** Dazu gehört die Anerkennung der Klimakrise als
45 offiziellen Fluchtgrund im deutschen Recht sowie der Einsatz der Bundesregierung
46 zur Verankerung im internationalen Recht..”
- 47 2. Die Bundesregierung soll sich auf internationaler Ebene für die Einführung eines
48 „**Nansen-Klimapasses**“ einsetzen, wie vom WBGU vorgeschlagen. Dieser Pass soll
49 Menschen aus unbewohnbar gewordenen Regionen staatsbürgergleiche Rechte in
50 sicheren Staaten ermöglichen.
- 51 3. Die Bundesregierung soll sich für eine verbindliche und faire Finanzierung des
52 **Loss and Damage Fund** einsetzen. Deutschland muss seinen Beitrag deutlich
53 erhöhen.
- 54 4. Humanitäre Hilfe und Globale Partnerschaften dürfen nicht länger gekürzt oder
55 durch migrationspolitische Interessen konditioniert werden. Wir fordern eine
56 Rücknahme der Kürzungen und eine deutliche Erhöhung der Ausgaben für die
57 internationale Zusammenarbeit. Diese muss antikolonial, antirassistisch und
58 feministisch sein.
- 59 5. Die Bundesregierung soll eine **ressortübergreifende, kohärente Strategie zur**
60 **klimabedingten Mobilität** entwickeln, die einen menschenrechtsbasierten Ansatz
61 verfolgt. Dazu gehört auch der Ausbau sicherer Migrationswege.
- 62 6. Deutschland und die EU müssen ihre Klimaschutzmaßnahmen national und
63 international deutlich verstärken.

64 Klimabedingte Migration ist kein Zukunftsszenario, sondern Realität für
65 Millionen von Menschen. Die internationale und nationale Politik hinkt dieser
66 Realität Jahre hinterher. Wir Jusos stellen uns solidarisch an die Seite
67 derjenigen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind.
68 Klimagerechtigkeit bedeutet für uns, das Recht zu bleiben ebenso zu schützen wie
69 die Freiheit zu gehen. Der sogenannte globale Norden muss seiner Verantwortung
70 gerecht werden und alle notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit
71 Menschen in Sicherheit leben können.

Antrag M05: Seenotrettung als Pflicht - Weil Menschenrechte nicht verhandelbar sind!

Antragsteller*in:	Jusos Schleswig-Holstein (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

1 Das Sterben tausender Menschen im Mittelmeer ist kein "tragisches, aber
2 unvermeidbares Schicksal", sondern eine direkte Folge europäischer
3 Abschottungspolitik und politischer Fehlentscheidungen. Die aktuelle europäische
4 Migrationspolitik hebt Abschottungsinteressen über Menschenrechte.
5 Im ersten Halbjahr 2014, als die Operation Mare Nostrum der italienischen Marine und
6 Küstenwache noch in Betrieb war, starben 17 Menschen bei der Überquerung des
7 Mittelmeers. Im gleichen Zeitraum des darauffolgenden Jahres, nachdem das Programm
8 eingestellt wurde, lag die Zahl der Todesopfer bei mindestens 900. Dieses Programm
9 wurde von Italien mit Kosten von rund 9 Millionen Euro pro Monat finanziert und
10 betrieben, und wurde eingestellt, weil sich kein anderes EU-Land bereit erklärte,
11 einen finanziellen Beitrag zu leisten oder gerettete Menschen aufzunehmen. Die
12 Operation Mare Nostrum führte laut Daten der italienischen Marine in nur zehn Monaten
13 – vom 1. Januar bis zum 31. Oktober 2014 – 439 Such- und Rettungseinsätze (SAR) durch
14 und rettete mehr als 156.000 Menschen in Seenot. Dieses Beispiel zeigt, dass ein
15 Rettungsprogramm möglich ist und zu vertretbaren Kosten umgesetzt werden kann.
16 Seit dem Ende des italienischen Seenotrettungsprogramms Mare Nostrum im Oktober 2014
17 haben laut Sea-Watch und der Internationalen Organisation für Migration über 20.750
18 Menschen im zentralen Mittelmeer ihr Leben verloren – das sind mehr als 2.000 pro
19 Jahr.
20 Diese Zahlen stehen nicht für Einzelfälle, sondern für ein politisches System des
21 Wegschauens. Ein System, in dem sich Frontex an Pushbacks beteiligt. Frontex
22 dokumentiert nicht nur, sondern beteiligt sich aktiv an völkerrechtswidrigen
23 Pushbacks und Rückführungen, die Menschen in Folter, Haft oder den Tod
24 zurückschicken. Gleichzeitig kürzt die Bundesregierung die Förderung ziviler
25 Seenotrettungsorganisationen – von jährlich 2 Millionen Euro auf null. Seenotrettung
26 darf nicht länger als „humanitäres Zusatzprojekt“ betrachtet werden, sondern muss auf
27 staatlicher Ebene mit höchster Priorität verfolgt werden. Sie ist kein Akt der
28 Wohltätigkeit, sondern die konkrete Umsetzung des Völkerrechts und Ausdruck einer
29 Politik, die Menschenrechte über Grenzschutz stellt.
30 Seit dem Jahr 2015 haben die Schiffe von "Ärzte ohne Grenzen" und anderen zivilen
31 Organisationen über 94.000 Menschen aus Seenot gerettet. Laut dem Europäischen
32 Parlament sind allein im Jahr 2023 über 3.700 Menschen im Mittelmeer gestorben oder
33 werden vermisst. Damit war es das tödlichste Jahr seit 2017 mit einem Anstieg von
34 fast 40 Prozent im Vergleich zum Vorjahr wobei zu bedenken ist das die Dunkelziffer
35 sehr wahrscheinlich deutlich höher ist. Diese Zahlen zeigen: Die EU verfügt über alle
36 rechtlichen und operativen Mittel, um Leben zu retten.
37 Die Organisation Sea-Eye dokumentiert regelmäßig Fälle, in denen Boote tagelang ohne
38 Hilfe bleiben, weil EU-Mitgliedstaaten ihre Verantwortung abwälzen oder koordinierte

39 Rettungsmaßnahmen verweigern.
40 Der Programmentwurf Mare Solidale (2024) von SeaWatch belegt, dass ein staatlich
41 koordiniertes, europäisches Rettungsprogramm mit einem Jahresbudget von nur 240
42 Millionen Euro möglich wäre – das entspricht gerade einmal 0,13 % des EU-Haushalts
43 2023 und weniger als ein Drittel des Frontex-Budgets. Zum Vergleich: Das staatliche
44 Programm Mare Nostrum kostete Italien etwa 9 Millionen Euro pro Monat – und rettete
45 innerhalb eines Jahres über 150.000 Menschenleben.

46 Deshalb fordern wir von der SPD-Bundestagsfraktion, dem SPD-Parteivorstand, der
47 Bundesregierung und Lars Klingbeil als Vizekanzler, Finanzminister und
48 Parteivorsitzenden ein radikales Umdenken in der Migrations- und Fluchtpolitik. Er
49 und Bärbel Bas tragen gemeinsam die Verantwortung, diesen Politikwechsel in der SPD
50 herbeizuführen. Die SPD muss für eine Politik stehen, die Leben schützt, statt
51 Grenzen und die Solidarität zur europäischen Leitlinie zu machen.

52 **Wir fordern konkret:**

53 **Sicherheitspolitische Priorität für Seenotrettung:**

54 Seenotrettung ist keine freiwillige Geste der Humanität, sondern eine
55 völkerrechtliche Verpflichtung. Dieser Verpflichtung kommt die Europäische Union
56 nicht nur nicht nach, sondern sie erschwert und verhindert darüber hinaus aktiv
57 zivile Seenotrettung. Die Politiker*innen in den Institutionen der EU und der
58 Mitgliedsländer tragen die Verantwortung für zehntausende Tote im Mittelmeer und
59 unsägliches Leid durch Pushbacks, Folter und Vertreibung. Das müssen wir
60 schnellstmöglich ändern. Das Rückführungsverbesserungsgesetz muss abgeschafft werden.
61 Seenotretter*innen müssen sich sicher sein können, dass ihre Arbeit nicht
62 kriminalisiert wird.

63 Wir fordern von der Bundesregierung, dass sie Seenotrettung zur
64 sicherheitspolitischen Priorität erhebt. Menschenleben zu retten darf nicht vom
65 Zufall, von Spenden oder vom Mut einzelner NGO-Crews abhängen. Es ist unsere Pflicht,
66 dafür zu sorgen, dass kein Mensch an Europas Grenzen ertrinkt. Deutschland muss sich
67 deshalb auf internationaler und europäischer Ebene mit Nachdruck dafür einsetzen,
68 dass insbesondere die Mittelmeeranrainerstaaten ihren völkerrechtlichen
69 Verpflichtungen zur Seenotrettung nachkommen. Diese Staaten dürfen in dieser Aufgabe
70 nicht allein gelassen werden – vor allem dort, wo ihre Kapazitäten durch fehlende
71 Ausstattung oder politische Blockaden eingeschränkt sind.

72 Deutschland soll außerdem gezielt finanziell schwache Staaten dabei unterstützen,
73 eine leistungsfähige staatliche Seenotrettungsstruktur aufzubauen und dauerhaft zu
74 betreiben. Dazu gehören sowohl die Bereitstellung von Rettungsschiffen und
75 technischer Ausrüstung als auch die Ausbildung von Rettungspersonal,
76 Koordinierungsstellen und Funknetzwerken. Ziel ist eine gemeinsame europäische
77 Verantwortungsgemeinschaft, die Leben rettet, statt Grenzen zu verschließen.

78 Seenotrettung muss Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur werden – nicht als
79 militärische Aufgabe, sondern als humanitäre Verpflichtung. Sicherheit bedeutet nicht
80 die Absicherung von Grenzen, sondern die Sicherheit von Menschenleben.

81 **Finanzielle Absicherung auf Bundesebene:**

82 Während Milliarden in Rüstung, Grenzsicherung und Frontex fließen, heißt es

83 regelmäßig , dass für Rettungsmissionen „kein Geld da“ sei. Das offenbart, dass das
84 Problem nicht fehlende Haushaltmittel sind, sondern politischer Unwillen zur
85 verlässlichen Finanzierung. Diese politische Prioritätensetzung muss sich ändern.
86 Die Ampelregierung hat erstmals die humanitäre Arbeit ziviler
87 Seenotrettungsorganisationen mit jährlich zwei Millionen Euro gefördert. Diese
88 Unterstützung ermöglichte es Organisationen wie “Sea-Eye”, zusätzliche Missionen
89 durchzuführen und damit ganz konkret Menschenleben zu retten. Die nun gestrichenen
90 Mittel haben unmittelbare Folgen: weniger Rettungseinsätze und geringere
91 Überlebenschancen für Menschen in Seenot.
92 Wir fordern daher die Einrichtung eines gesetzlich verankerten Sonderfonds für
93 Seenotrettung auf Bundesebene, gespeist aus dem Bundeshaushalt. Dieser Fonds soll
94 gemeinsam mit der Zivilgesellschaft entwickelt werden. Der Bundesfinanzminister muss
95 dessen Finanzierung transparent, langfristig und unabhängig von jährlichen
96 Haushaltszyklen sicherstellen.

97 • Finanzielle Unterstützung und Absicherung ziviler Rettungsorganisationen, die
98 weiterhin unverzichtbar bleiben. Denn zivile Strukturen müssen erhalten bleiben,
99 damit Seenotrettung auch besteht, wenn die Regierung diese nicht mehr als
100 staatliche Aufgabe begreift.

101 • Ausstattung, Umrüstung und Wartung staatlicher Schiffe und Einheiten, die in der
102 Seenotrettung eingesetzt werden.

103 • Finanzierung von Aufnahme-, Unterbringungs- und Integrationsprogrammen für
104 Geflüchtete in Deutschland.

105 Die genaue Summe des Fonds kann später durch Expert*innen, das
106 Bundesfinanzministerium sowie NGO-Verbände konkretisiert werden. Entscheidend ist
107 jedoch die politische Aussage: Seenotrettung muss haushaltrechtlich denselben
108 Stellenwert haben wie jede andere staatliche Pflicht. Wir fordern Lars Klingbeil als
109 Finanzminister auf, den Bundeshaushalt so umzuschichten, dass die Mittel für
110 Seenotrettung und Integration gesichert sind - verlässlich und langfristig. Außerdem
111 müssen auch auf europäischer Ebene Wege geschaffen werden, um die Finanzierung der
112 Seenotrettung sicherzustellen. Deutschland soll dabei als Vorreiter agieren und die
113 Bedeutung sowie die Finanzierung der Seenotrettung aktiv vorantreiben. Aus dem
114 bestehenden EU-Fond für integriertes Grenzmanagement (BMVI/IBMF), welcher aktuell
115 stark auf Grenzschutz ausgelegt ist, soll Geld in die „humanitäre Unterstützung“
116 fließen und Seenotrettungsoperationen als Teil eines „integrierten
117 Sicherheitsansatzes“ beinhalten. Auch hier sollen Expert*innen und NGO-Verbände
118 befragt werden, um die genaue Summe zu konkretisieren.

119 Es geht hier nicht um symbolische Gesten, sondern um echte finanzielle Verantwortung.
120 Wenn der Staat bereit ist, Milliarden für Drohnen, Panzer und Überwachungssysteme
121 bereitzustellen, muss er erst recht bereit sein, Menschen zu retten, die an unseren
122 europäischen Grenzen um ihr Leben kämpfen.

123 **Europäische Humanität statt Frontex-Abschottung:**

124 Die Europäische Union hat sich in den letzten Jahren zur Hochsicherheitszone
125 entwickelt – mit Frontex als Symbol dieser Abschottungspolitik. Statt Leben zu
126 retten, beteiligt sich die EU-Grenzagentur an Pushbacks, also an völkerrechtswidrigen
127 Zurückweisungen von Schutzsuchenden, oft mit tödlichen Folgen. Das ist eine Schande

128 für ein Europa, das sich als Wertegemeinschaft versteht.

129 Deutschland muss innerhalb der EU entschieden darauf drängen, diese Praxis zu
130 beenden. Die Bundesregierung muss sich für eine grundlegende institutionelle Reform
131 einsetzen: Frontex die Grenzsicherung auf Kosten flüchtender Menschen betreibt, muss
132 abgeschafft werden. Es braucht eine neue Struktur – eine europäische
133 Koordinierungsstelle für Seenotrettung, die die nationalen Küstenwachen unterstützt,
134 Rettungseinsätze koordiniert und Standards für Menschenrechte und Transparenz
135 sichert. Sie muss in der Lage sein, Rettungseinsätze zu koordinieren, ohne dabei
136 politischen Blockaden einzelner Mitgliedstaaten ausgesetzt zu sein.

137 Diese europäische Behörde soll keine Abschottungsmaschinerie sein, sondern ein
138 Werkzeug zur Durchsetzung der elementarsten Menschenpflicht: Menschenleben zu retten.
139 Die EU hat jahrzehntelang Strukturen geschaffen, die Migration verhindern sollten.
140 Jetzt ist es Zeit, Strukturen zu schaffen, die Leben ermöglichen.

141 Ebenso dringend wie eine Abschaffung von Frontex ist das Ende der europäischen
142 Unterstützung für die sogenannte „libysche Küstenwache“. Seit Jahren finanziert und
143 rüstet die Europäische Union diese Milizstrukturen aus – unter dem Vorwand, „illegalen
144 Migration zu verhindern“ und „Menschenleben zu retten“. In Wahrheit werden damit
145 Menschenrechtsverbrechen systematisch mit europäischen Geldern ermöglicht. Zahlreiche
146 internationale Organisationen, darunter die UN und Amnesty International,
147 dokumentieren regelmäßig Folter, Vergewaltigungen, willkürliche Inhaftierungen und
148 Versklavung in den libyschen Lagern, in die Schutzsuchende von der „Küstenwache“
149 zurückgebracht werden. Außerdem häufen sich Vorfälle, in denen die „Küstenwache“ auf
150 Seenotrettungsschiffe wie z.B. die SeaWatch 5 schießt.

151 Wer in Libyen in die Hände dieser Kräfte fällt, verschwindet oft in einem System aus
152 Gewalt, Erpressung und Ausbeutung. Menschen werden dort nicht geschützt, sondern
153 misshandelt, verkauft oder getötet. Diese Zustände sind keine bedauerlichen
154 Einzelfälle, sondern das direkte Ergebnis einer europäischen Abschottungspolitik, die
155 Verantwortung auslagert, um sich selbst aus der moralischen Schusslinie zu bringen.

156 Deutschland und die EU dürfen diese Politik der schmutzigen Deals nicht länger
157 mittragen. Wir fordern, dass sämtliche EU-Mittel an Drittstaaten im Bereich der
158 Migrationskontrolle an klare menschenrechtliche, rechtsstaatliche und demokratische
159 Bedingungen geknüpft werden. Verstöße gegen diese Prinzipien müssen zu einem
160 sofortigen und konsequent durchgesetzten Förderstopp führen. Gleichzeitig fordern wir
161 vollständige Transparenz über die Verwendung dieser Gelder sowie eine
162 parlamentarische Kontrolle auf EU- und nationaler Ebene. Europäische Mittel dürfen
163 weder zur Finanzierung von Grenzgewalt noch zur Unterstützung repressiver
164 Sicherheitsapparate beitragen. Die Finanzierung und Kooperation mit der sogenannten
165 „libyschen Küstenwache“ muss umgehend beendet werden. Stattdessen braucht es legale
166 und sichere Fluchtwege, eine staatlich koordinierte zivile Seenotrettung und klare
167 menschenrechtliche Standards, die nicht verhandelbar sind.

168 Wenn Europa seiner eigenen Werteordnung treu bleiben will, darf es nicht länger
169 diejenigen unterstützen, die im Mittelmeer Gewalt ausüben, sondern muss diejenigen
170 stärken, die dort Leben retten. Humanität endet nicht an den europäischen
171 Außengrenzen – sie beginnt dort.

172 **Kommunale Aufnahme und globale Solidarität:**

173 Die Humanität eines Staates zeigt sich dort, wo Menschen ankommen. In Deutschland
174 haben sich über 300 Städte und Gemeinden als „Sichere Häfen“ erklärt. Sie wollen mehr
175 Geflüchtete aufnehmen, als der Bund ihnen zuteilt. Doch sie werden bislang durch
176 rechtliche und finanzielle Hürden daran gehindert. Das ist nicht nur unverständlich,
177 sondern widerspricht der kommunalen Selbstbestimmung und dem Willen der
178 Zivilgesellschaft.

179 Wir fordern daher, dass Kommunen, die sich als sichere Häfen deklarieren, sofortigen
180 Zugang zu Bundesmitteln erhalten. Sie müssen in die Lage versetzt werden, Geflüchtete
181 aufzunehmen, zu versorgen und in lokale Gemeinschaften zu integrieren –
182 unbürokratisch und planbar. Der Bund darf dieses Engagement nicht länger blockieren,
183 sondern muss es aktiv fördern.

184 Sie sollen sich bereit erklären dürfen, mehr Geflüchtete aufzunehmen als bundesweit
185 vorgeschrieben. Damit können sie zeigen, dass wenn der politische Wille da ist, ist
186 auch die Aufnahmefähigkeit da.

187 Deutschland darf sich nicht länger darauf verlassen, dass andere Länder an den
188 Außengrenzen die Hauptlast tragen. Solidarität beginnt vor Ort – in unseren Kommunen,
189 Schulen, Vereinen und Nachbarschaften.

190 Migration darf nicht länger als Bedrohung, sondern muss als Teil menschlicher
191 Zivilisationsgeschichte begriffen werden. Bewegungsfreiheit ist ein Menschenrecht,
192 kein Verbrechen. Niemandem in Deutschland oder der EU geht es besser, wenn wir
193 Menschen im Mittelmeer ertrinken lassen. Migration ist nicht der Grund für
194 Wohnraummangel, ist nicht der Grund für Altersarmut, ist nicht der Grund für ein
195 desolates Gesundheitssystem oder für sonstige soziale Probleme, die ihr zugeschrieben
196 werden. Die Ursachen dafür liegen im Versagen der Politik – in falschen
197 Entscheidungen und in falschen Prioritäten. Aber sie haben nichts mit Geflüchteten zu
198 tun. Die aktuelle Migrationsdebatte ist in weiten Teilen eine Nebelkerze, die
199 ablenken soll von der eigentlichen Wurzel dieser Krisen: der sozialen Ungleichheit.
200 Menschen sind zurecht wütend über die ungerechte Verteilung von Ressourcen, doch
201 diese Wut wird immer wieder über rassistische Stereotype auf Migration gelenkt.
202 Migration wird als Problem konstruiert, um vom eigentlichen Problem abzulenken. Und
203 um dieses von rechts getriebene Scheinproblem zu „lösen“, übernehmen demokratische
204 Kräfte immer wieder Scheinlösungen. Doch weil ein Scheinproblem nichts mit den
205 tatsächlichen sozialen Ursachen zu tun hat, lösen Scheinlösungen auch nichts.
206 Stattdessen wächst die Wut, die Spaltung nimmt zu – und echte Lösungen für die realen
207 sozialen Probleme geraten in immer weiter in die Ferne. So rückt die Gesellschaft
208 nach rechts.

209 Wir fordern einen grundlegenden Paradigmenwechsel: Weg von der Abwehr, hin zur
210 Gestaltung. Flucht und Migration sind Teil menschlicher Zivilisationsgeschichte, kein
211 Problem. Sie hört nicht auf, weil wir uns abschotten. Und so sind unser Sozialstaat
212 und die Seenotrettung auch keine sogenannten "Pull-Faktoren".

213 Die aktuelle europäische Fluchtpolitik beruht auf einem falschen Grundgedanken: dem
214 Glauben, dass Migration eine Krise sei, die es zu bekämpfen gilt. Doch Migration ist
215 kein Ausnahmezustand – sie ist ein fester Bestandteil menschlicher Geschichte.
216 Menschen werden immer aufbrechen: aus Hoffnung, aus Not, aus Mut.

217 Das bedeutet konkret: Das Asylrecht darf nicht durch Drittstaatenabkommen oder

218 bürokratische Hürden ausgehöhlt werden. Europa muss legale und sichere Zugangswege
219 schaffen – durch humanitäre Visa, Resettlement-Programme und faire Verfahren.
220 Gleichzeitig muss die EU endlich Verantwortung für die globalen
221 Ursachen von Flucht übernehmen: für Kriege, Armut, Ungleichheit und die Klimakrise,
222 die in weiten Teilen durch westliche Politik mitverursacht werden.
223 Seenotrettung darf nicht nur symbolisch unterstützt werden. Wir brauchen einen
224 radikalen Finanz-Shift: Wenn Geld für Aufrüstung da ist, muss es erst recht für das
225 Retten von Menschen da sein. Wir wollen die EU nicht nur kritisieren, sondern
226 grundlegend verändern: weg von Frontex-Abschottung, hin zu einer humanitären Union,
227 die Bewegungsfreiheit als Recht versteht.
228 Wir fordern die linke Vision einer europäischen Migrationspolitik, die nicht die
229 Logik von Grenzen reproduziert, sondern konsequent auf Solidarität, Humanität und
230 globale Gerechtigkeit setzt. Denn eine sozialdemokratische Antwort auf Migration kann
231 nur heißen: Schutz statt Zurückweisung, Rechte statt Repression, Solidarität statt
232 Zynismus. Eine mögliche Grundlage hierzu könnte das Konzept Mare Solidale von
233 SeaWatch und weiteren Hilfsorganisationen sein.
234 Die Europäische Union muss sofort aufhören, Grenzen zu verschließen, und anfangen,
235 Leben zu retten. Eine solidarische Antwort auf Flucht und Migration muss immer
236 lauten: Schutz statt Abwehr, Kooperation statt Abschottung. Wir brauchen eine
237 staatlich koordinierte, europäische Seenotrettungsmission unter ziviler Leitung, die
238 Menschenleben schützt, anstatt Fluchtrouten zu kriminalisieren. Die Unterstützung und
239 Entkriminalisierung zivilgesellschaftlicher Rettungsorganisationen ist dafür
240 unabdingbar. Eine glaubwürdige Migrationspolitik darf nicht auf Abschottung und
241 Abschreckung setzen, sondern muss auf Solidarität, Verantwortungsteilung und legalen
242 Zugangswegen aufbauen. Europa beweist seine Stärke nicht durch Grenzzäune, sondern
243 durch Menschlichkeit.

244

245

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag N08: Schluss mit Deepfake-Gewalt – her mit zeitgemäßem Opferschutz!

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

1 Künstliche Intelligenz (KI) hat in den letzten Jahren die Art und Weise, wie wir
2 Bilder, Stimmen und Bewegungen erzeugen und wahrnehmen, grundlegend verändert. Eine
3 der folgenreichsten Entwicklungen ist dabei die Entstehung sogenannter Deepfakes,
4 also durch KI generierte oder manipulierte Bild-, Ton- oder Videoinhalte, die
5 täuschend echt wirken. Dabei werden Gesichter, Körper oder Stimmen realer Menschen
6 mit digitalen Mitteln in Szenen eingesetzt, die so nie stattgefunden haben. Diese
7 Technologie kann harmlos eingesetzt werden, etwa in der Filmproduktion, für
8 satirische Inhalte oder kreative Kunstprojekte. Doch sie birgt auch erhebliche
9 Risiken: Deepfakes können gezielt zur Täuschung, zur Manipulation und zur gezielten
10 Rufschädigung missbraucht werden. Schon in Wahlkämpfen tauchten manipulierte Videos
11 auf, in denen Politiker*innen mit Aussagen dargestellt wurden, die sie nie getroffen
12 haben. Nach internationalen Auswertungen bestehen bis zu 93 Prozent aller im Internet
13 kursierenden Deepfakes aus sexualisierendem missbräulichem Material. Solche
14 Inhalte gefährden das Vertrauen in demokratische Prozesse, erschüttern die
15 Glaubwürdigkeit von Personen des öffentlichen Lebens und untergraben den
16 gesellschaftlichen und demokratischen Diskurs.

17 Während also unbedenkliche Deepfakes als Form digitaler Kreativität oder Satire
18 anerkannt werden können, entstehen enorme Probleme spätestens dort, wo sie bewusst
19 schädigend eingesetzt werden. Schädigende Deepfakes verletzen die Rechte und Würde
20 realer Personen, sei es durch gezielte Desinformation, politische Diffamierung oder,
21 in besonders gravierender Weise, durch sexualisierte und gewaltverherrlichende
22 Darstellungen. Diese Formen der digitalen Gewalt sind längst kein Randphänomen mehr.
23 Fast ausschließlich sind FINTA und mehrfach marginalisierte Personen betroffen,
24 insbesondere Journalist*innen, Politiker*innen, Aktivist*innen, Künstler*innen. Hier
25 geht es nicht um harmlose Fiktionen, sondern um schwerwiegende Angriffe auf die
26 sexuelle Selbstbestimmung, die Privatsphäre und die Menschenwürde. Die Betroffenen
27 werden in ihrer persönlichen Integrität verletzt, vielfach retraumatisiert und sozial
28 oder beruflich ausgegrenzt. Viele kämpfen jahrelang darum, die manipulierten Inhalte
29 aus dem Internet entfernen zu lassen, oft ohne Erfolg, da es keine klaren
30 Rechtsansprüche und keine ausreichenden Löschmechanismen gibt.

31 Diese Entwicklung zeigt: Technologie ist nie neutral. Sie entsteht in
32 gesellschaftlichen Machtverhältnissen und wird von ihnen geprägt. Wer hier von
33 Neutralität spricht, verschleiert die politischen und sozialen Folgen technologischer
34 Entscheidungen. Es liegt in der Verantwortung der Politik, klare Regeln zu schaffen,
35 die verhindern, dass technischer Fortschritt zur Waffe wird.

36 Die juristische Bewertung solcher Deepfakes ist komplex, da sich mehrere Grundrechte
37 gegenüberstehen. Auf der einen Seite schützt Artikel 5 Absatz 3 des Grundgesetzes die
38 Kunstfreiheit, und damit auch neue Formen künstlerischer oder satirischer
39 Ausdrucksweisen, die sich digitaler Technologien bedienen. Auf der anderen Seite

40 stehen die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) sowie das Recht auf informationelle
41 Selbstbestimmung und sexuelle Integrität (Art. 2 Abs. 1 GG). Diese Rechte dürfen
42 nicht gegeneinander ausgespielt werden, doch sie müssen in einer zeitgemäßen Weise
43 austariert werden. Die Kunstfreiheit endet dort, wo gezielte Täuschung, Erniedrigung
44 oder sexualisierte Gewalt beginnen. Während das Kunsturhebergesetz (§§ 22, 23 KUG)
45 und das Strafgesetzbuch (§§ 184, 201a, 185 ff. StGB) bisher Schutz vor der nicht-
46 einvernehmlichen Veröffentlichung realer Bildaufnahmen bieten, erfassen sie Deepfakes
47 oft nicht, da diese häufig vollständig ohne reales Ausgangsmaterial entstehen. Das
48 führt dazu, dass Täter*innen rechtlich kaum belangt werden können, obwohl der Schaden
49 für die Betroffenen gravierend ist. Auch der zivilrechtliche Weg über Unterlassung
50 und Schadensersatz bietet keinen effektiven Schutz, da solche Verfahren langwierig
51 und teuer sind, während die Verbreitung im Netz binnen Stunden Millionen Reichweiten
52 erzielt.

53 Auf europäischer Ebene existieren bereits Ansätze, um Missbrauch digitaler
54 Technologien zu regulieren. Der Digital Services Act (DSA) verpflichtet große
55 Plattformen dazu, illegale Inhalte „unverzüglich“ zu entfernen, sobald sie davon
56 Kenntnis erlangen. Diese Pflicht muss aber um konkrete Fristen und eine explizite
57 Einbeziehung manipulierter Deepfake-Inhalte ergänzt werden, um wirksam zu sein. Der
58 im August 2024 in Kraft getretene Artificial Intelligence Act (AI Act) definiert
59 Deepfakes in Artikel 3 Nummer 60 als durch „KI-generierte oder manipulierte Bild-,
60 Audio- oder Videoinhalte, die existierenden Personen, Objekten, Orten, Einrichtungen
61 oder Ereignissen ähneln und einer Person fälschlicherweise als authentisch oder
62 wahrheitsgemäß erscheinen würden“. Nach Artikel 50 Absatz 1 verpflichtet der AI Act
63 Anbieter dazu, die KI-Erzeugung solcher Inhalte offenzulegen. Zwar erlaubt Absatz 4
64 Satz 3 Ausnahmen für „offensichtlich künstlerische, kreative, satirische oder
65 fiktionale Werke“, doch diese Transparenzpflichten dürfen nicht so weit abgeschwächt
66 werden, dass gezielt schädigende Inhalte unmarkiert bleiben. Die Einordnung von
67 Deepfakes als Systeme „mit begrenztem Risiko“ im Sinne des AI Acts unterschätzt die
68 gesellschaftlichen und individuellen Gefahren, insbesondere bei sexualisierter
69 digitaler Gewalt.

70 Zusätzlich verpflichtet die EU-Richtlinie (EU) 2024/1385 „zur Bekämpfung von Gewalt
71 gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ die Mitgliedstaaten ausdrücklich dazu, die nicht-
72 einvernehmliche Weitergabe von intimen oder manipulierten Materialien unter Strafe zu
73 stellen. In Artikel 5 Absatz 1 heißt es konkret: Mitgliedstaaten stellen sicher, dass
74 die Zugänglichmachung für die Öffentlichkeit von Bildern, Videos oder vergleichbarem
75 Material mittels Informations- und Kommunikationstechnologien, das sexuelle
76 Handlungen oder intime Körperteile einer Person darstellt, ohne deren Einverständnis
77 - sofern diese Handlung wahrscheinlich schweren Schaden verursachen kann - strafbar
78 ist; ebenso die Herstellung, Manipulation oder Veränderung solcher Materialien, wenn
79 sie später ohne Zustimmung verbreitet werden. Deutschland ist verpflichtet, diese
80 Vorgaben bis zum 14. Juni 2027 vollständig umzusetzen. Damit ist klar: Der
81 europäische Rechtsrahmen fordert ausdrücklich, Deepfake-Missbrauch in Formen wie
82 nicht-einvernehmlicher und manipulierter Inhalte strafrechtlich zu erfassen, doch die
83 nationale Gesetzgebung hat bisher keine ausreichende Umsetzung geschaffen.
84 Das Problem liegt damit auf der Hand: Es gibt keine klare, umfassende Regelung, die
85 gezielt schädigende Deepfakes verbietet und Betroffene effektiv schützt. Die

86 bestehenden Vorschriften sind auf analoge Fälle zugeschnitten und werden der neuen
87 Realität digitaler Manipulation nicht gerecht. Es braucht eine gesetzliche Antwort,
88 die sowohl den Missbrauch sanktioniert als auch Rechtssicherheit für zulässige
89 Anwendungen schafft. Diese Regulierung muss den Schutz der Persönlichkeitsrechte, die
90 Verantwortung von Plattformen und KI-Anbietern sowie die Unterstützung der
91 Betroffenen zusammendenken.

92 Deepfakes sind Ausdruck einer neuen technologischen Realität und werden sogleich
93 systemisch für Diskriminierungen genutzt. Sie eröffnen kreative Potenziale, bergen
94 aber zugleich gravierende Gefahren für Selbstbestimmung, Demokratie und
95 Menschenwürde. Eine progressive Gesellschaft darf nicht zusehen, wie technologische
96 Möglichkeiten zur Waffe gegen Menschen werden. Es ist Aufgabe des Rechtsstaats,
97 digitale Freiheit und Verantwortung in Einklang zu bringen, durch klare Gesetze,
98 wirksame Schutzmechanismen und einen konsequenten Schutz vor digitaler Gewalt.

99 Kunstfreiheit endet dort, wo sie zur Demütigung anderer führt. Der Schutz der
100 Menschenwürde darf auch im digitalen Zeitalter keine Lücke kennen. Es braucht endlich
101 zeitgemäßen Opferschutz!

102 Wir fordern daher:

103 **1. Einführung eines eigenständigen Straftatbestands, der die Herstellung,
104 Verbreitung und Veröffentlichung von gezielt schädigende Deepfakes ohne
105 Zustimmung der dargestellten Person unter Strafe stellt.**
106 Dieser Straftatbestand muss gezielt schädigende, zum Beispiel sexualisierte,
107 diffamierende oder gewaltverherrlichende, Inhalte umfassen, unabhängig davon, ob
108 sie auf realem Material basieren. So wird eine eindeutige Rechtsgrundlage
109 geschaffen, die Strafverfolgung erleichtert und Schutzlücken schließt. Damit der
110 Straftatbestand auch reale Konsequenzen haben kann, müssen
111 Schwerpunktstaatsanwaltschaften für Internetkriminalität flächendeckend
112 geschaffen und bestehende Schwerpunktstaatsanwaltschaften personell wie
113 materiell gestärkt werden.

114 **2. Verbindliche Melde- und Löschpflichten für Plattformbetreibende bei
115 rechtswidrigen Deepfakes.**
116 Plattformen müssen verpflichtet werden, nach Meldung eines rechtswidrigen
117 Deepfakes binnen 24 Stunden zu reagieren, den Inhalt zu löschen und Betroffene
118 über getroffene Maßnahmen zu informieren. Die Entscheidung darüber, welche
119 Inhalte rechtswidrig sind und welche nicht, ist dabei durch Gerichte und nicht
120 durch kapitalistische Unternehmen, wie Social-Media-Plattformen zu treffen. Um
121 diese Entscheidungen zu beschleunigen, fordern wir neben den
122 Schwerpunktstaatsanwaltschaften niedrigschwellige Meldestellen für Online-
123 Delikte bei den LKAs. Das beugt einer weiteren Verbreitung vor und stärkt die
124 Rechte der Nutzer*innen. Das besondere Spannungsverhältnis mit der Kunstfreiheit
125 (gemäß Art. 5 Abs. 3 GG) muss dabei beachtet werden.

126 **3. Verpflichtung von KI-Anbieter*innen zur technischen Kennzeichnung generierter
127 Inhalte.**
128 KI-Anbieter*innen werden verpflichtet, den C2PA-Standard für Content Credentials
129 zu implementieren, der Informationen über Erstellungszeitpunkt, verwendete
130 Software und Bearbeitungshistorie in Metadaten speichert. Plattformen müssen
131

132 diese Metadaten auslesen und bei fehlendem oder manipuliertem Credential die
133 Nutzer*innen darauf hinweisen. Plattformen müssen diese Information, ob Inhalte
134 KI-generiert sind, bei der Darstellung der Inhalte auf eine für Nutzende
135 verständliche Art und Weise präsentieren. Diese Kennzeichnungspflicht schützt
136 Transparenz, ermöglicht Nachverfolgbarkeit und stärkt das Vertrauen in digitale
137 Inhalte, ohne die Kunstfreiheit unverhältnismäßig einzuschränken.

138 **4. Ausbau von Beratungs- und Hilfsangeboten für Betroffene von Deepfake-Missbrauch.**
139 Betroffene brauchen niedrigschwellige, kostenfreie Unterstützung in Form
140 psychosozialer Beratung, rechtlicher Hilfe und technischer Assistenz bei der
141 Beweissicherung und Löschung. Staatlich geförderte Kooperationen mit
spezialisierten Organisationen sollen diesen Schutz gewährleisten.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag O01: Marmor, Stein und Eisen bricht, aber unser Feminismus nicht! Für eine gerechte und inklusive Stadtentwicklung

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

1 Kommunen als Spiegel gesellschaftlicher Machtverhältnisse

2 Städte und Gemeinden sind keine neutralen Orte – sie sind Ausdruck gesellschaftlicher
3 Machtverhältnisse. Wer sich sicher fühlt, wer Wohnraum findet, wessen Bedürfnisse in
4 Planung, Verwaltung und Politik berücksichtigt werden – all das ist Ergebnis
5 politischer Entscheidungen. Feministische Stadtentwicklung erkennt: Der öffentliche
6 Raum entsteht nicht zufällig, er wird gemacht. Und er wird zu oft an den
7 Lebensrealitäten vorbeigeplant – meist nach dem Bild eines Menschen, der mobil,
8 männlich und ohne Sorgeverantwortung ist.
9 Feministische Stadtentwicklung setzt genau hier an. Sie fragt, wer in unseren Städten
10 sichtbar ist – und wer unsichtbar bleibt. Sie fordert, dass Räume, Wege, Beleuchtung,
11 Wohnformen und Entscheidungsprozesse die Vielfalt realer Lebenswelten widerspiegeln:
12 von FINTA, queeren Menschen, Menschen mit Behinderung, Älteren, Jugendlichen, BIPOC
13 und all jenen, die Care-Arbeit leisten.
14 Feminismus hört nicht an Stadtgrenzen auf - Feministische Stadtplanung darf sich
15 deshalb nicht nur auf urbane Räume beschränken, sondern muss gerade auch im
16 ländlichen Raum neue Antworten geben. Hier sind die Herausforderungen besonders groß:
17 weite Wege, kleine Dörfer mit oft fehlender Infrastruktur und eine sinkende und
18 alternde Bevölkerung erschweren den Zugang zu Daseinsvorsorge, Mobilität und
19 gesellschaftlicher Teilhabe. Aus diesem Grund denken wir die ländliche Perspektive im
20 Sinne einer feministischen Stadtplanung bei allen nun folgenden Forderungen mit.
21 Unser Ziel ist eine Kommune, in der Zugang, Teilhabe und Sicherheit keine
22 Privilegien, sondern Grundrechte sind. In der Planung nicht nur für, sondern mit
23 Menschen geschieht. Feministische Stadtentwicklung bedeutet, soziale, ökologische und
24 räumliche Gerechtigkeit zusammenzudenken – und sie praktisch umzusetzen: in der
25 Verwaltung, in der Bauleitplanung, in der Quartiersgestaltung und im öffentlichen
26 Raum.
27 Denn wer Städte und Gemeinden gerechter gestaltet, verändert Gesellschaft als Ganzes.
28 Eine feministische Stadtentwicklung ist deshalb kein Nischenthema, sondern
29 Voraussetzung für echte Gleichstellung.

30 Drei Prinzipien für eine Kommune, die niemanden zurücklässt

31 Feministische Stadtentwicklung beginnt mit einem klaren Anspruch: Unsere Kommunen
32 sollen allen gehören – nicht nur denen, die sie sich leisten können oder deren
33 Lebensrealitäten seit Jahrzehnten Maßstab der Planung sind.
34 Drei Prinzipien leiten uns dabei:
35 1. Zugänglichkeit: Öffentliche Räume, Mobilität, Bildung, digitale Infrastruktur

36 und Verwaltung müssen für alle Menschen offen, sicher und barrierefrei nutzbar
37 sein – unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Einkommen oder körperlichen
38 Voraussetzungen. Eine Stadt, die Angst macht oder ausschließt, ist keine
39 gerechte Stadt.

40 2. Bezahlbarkeit: Wohnen, Energie, Mobilität und digitale Teilhabe sind
41 Grundvoraussetzungen für ein selbstbestimmtes Leben. Sie dürfen kein Luxus sein,
42 sondern müssen für alle Menschen erschwinglich bleiben. Stadtentwicklung darf
43 keine soziale Spaltung zementieren – sie muss Lebensqualität für alle schaffen,
44 nicht nur für einige wenige.

45 3. Demokratische Beteiligung: Stadtentwicklung darf nicht über die Köpfe der
46 Menschen hinweg passieren. Planung ist keine Technokratie, sondern gelebte
47 Demokratie. Entscheidungen über Räume müssen gemeinsam, transparent und inklusiv
48 getroffen werden - mit echter Mitsprache statt Scheinbeteiligung. Hierbei
49 müssten Minderheitsrechte besonders berücksichtigt werden.

50 Feministische Stadtentwicklung macht Ungleichheiten sichtbar – und baut sie aktiv ab.
51 Sie schafft Städte und Gemeinden, in denen Sorgearbeit anerkannt, Umweltgerechtigkeit
52 gesichert und digitale Teilhabe selbstverständlich ist. Mit diesem Antrag setzen wir
53 die Vision einer fair geteilten, solidarischen Kommune in konkrete politische
54 Maßnahmen um – für eine Kommune, die wirklich allen gehört.

55 **Zugang ist ein Recht, keine Nettigkeit**

56 Eine feministische Kommune ist eine zugängliche Kommune. Sie eröffnet Räume, in denen
57 sich alle Menschen frei, sicher und selbstbestimmt bewegen – unabhängig von
58 Geschlecht, Herkunft, Einkommen, körperlicher Verfassung oder Lebenssituation. Städte
59 müssen Orte sein, in denen niemand durch enge Wege, fehlende Beleuchtung oder
60 mangelnde Barrierefreiheit ausgeschlossen wird.

61 Dazu braucht es gute Beleuchtung, klare Sichtachsen, vielfältige Nutzungen und
62 belebte öffentliche Räume. Sicherheit darf nicht über Kontrolle definiert werden,
63 sondern über Prävention, soziale Infrastruktur und Mitgestaltung. Barrierefreiheit
64 ist keine Ergänzung, sondern Grundvoraussetzung für Gerechtigkeit. Alle öffentlichen
65 Gebäude, Verkehrsmittel, Gehwege und digitalen Angebote müssen konsequent
66 barrierefrei gestaltet werden. Sorgearbeit und Care-Infrastruktur – von Kitas über
67 Pflege bis zu sicheren Wegen – gehören fest in Stadtplanung und Mobilitätskonzepte.

68 Zugänglichkeit heißt auch, dass öffentliche Räume die Vielfalt des kommunalen Lebens
69 widerspiegeln: Orte der Begegnung, Erholung, Kultur und politischen
70 Auseinandersetzung. Mehr nicht-kommerzielle Räume wie Stadtteilzentren, Bibliotheken
71 und selbstorganisierte Freiflächen müssen geschaffen und langfristig gesichert
72 werden.

73 Deshalb fordern wir, dass Barrierefreiheit und Zugänglichkeit verbindliche Kriterien
74 in allen kommunalen Planungs- und Förderverfahren werden und Kommunen gezielt in
75 soziale Infrastruktur und nicht-kommerzielle Räume investieren.

76 **Sicherheit im öffentlichen Raum**

77 Sicherheit ist kein Luxus, sondern Voraussetzung für Freiheit. Und sie darf nicht

78 bedeuten, dass Menschen sich anpassen müssen, um sicher zu sein. Eine feministische
79 Stadtentwicklung schafft Räume, in denen sich alle Menschen, insbesondere FINTA,
80 frei, sichtbar und angstfrei bewegen können.

81 Ein zentrales Element urbaner Sicherheit ist die Beleuchtung. Zu viel grelles Licht
82 blendet, schafft harte Schatten und verlagert Angsträume, statt sie aufzulösen. Zu
83 wenig Licht lässt ganze Wege verschwinden. Es geht also nicht nur um mehr Licht,
84 sondern um kluge Beleuchtung: Systeme, die Orientierung geben, Sicherheit fördern und
85 Energie sparen. Projekte wie die Berliner „Night Caps“, bei denen das Licht gezielt
86 auf Straßen und Wege gelenkt wird, zeigen, wie Sicherheit und Nachhaltigkeit zusammen
87 gedacht werden können. Intelligente, energieeffiziente Anlagen reagieren auf Bewegung
88 und Umgebungshelligkeit – sie leuchten dort, wo Menschen sie brauchen, und bleiben
89 aus, wo sie niemandem dienen.

90 Doch Sicherheit entsteht nicht durch Überwachung oder Kontrolle, sondern durch
91 Bewusstsein, Solidarität und Struktur. Deshalb setzen wir auf Sensibilisierung und
92 Awareness statt auf reine Repression. Beschäftigte von Polizei und Ordnungsbehörden
93 sollen regelmäßig zu Prävention sexualisierter Gewalt, diskriminierungsfreiem Handeln
94 und dem Umgang mit Betroffenen geschult werden. Divers besetzte Awarenessteams
95 bestehend aus z.B. Sozialarbeiter*innen oder Psycholog*innen, besonders an stark
96 frequentierten Orten und im öffentlichen Nahverkehr, bieten Ansprechpersonen, die
97 Betroffenen Schutz und Unterstützung ermöglichen. Sicherheit heißt auch, dass
98 Menschen wissen, wohin sie sich wenden können. Ebenso stärkt ein starkes
99 Gemeinschaftsgefühl innerhalb von Quartieren das Sicherheitsgefühl vor Ort. Wir
100 wollen Nachbarschaft und Zusammenhalt fördern, etwa durch Quartiers- oder
101 Bürger*innenhaushalte, die Beteiligung und Verantwortung im direkten Umfeld
102 ermöglichen.

103 Prävention darf nicht an den Ortsgruppen enden. Auch Schulen, Kitas, Vereine und
104 Ehrenamtsstrukturen müssen aktiv in Schutz- und Aufklärungsarbeit einbezogen werden.
105 Kommunen sollen hierfür Schulungen, Fachkräfte und Förderung bereitstellen – in enger
106 Zusammenarbeit mit feministischen und zivilgesellschaftlichen Organisationen.

107 Echte Sicherheit entsteht, wenn Angst kein Alltagsgefühl mehr ist. Nicht durch
108 Kameras, sondern durch Vertrauen, Begegnung und Verantwortung füreinander.

109 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen Sicherheitskonzepte unter feministischer
110 Perspektive erarbeiten, Awareness-Strukturen aufbauen und Präventionsarbeit dauerhaft
111 finanzieren.

112 **Abbau von Angsträumen**

113 Eine gerechte Gemeinde ist eine Gemeinde, in der niemand Angst haben muss, sich zu
114 bewegen, zu verweilen oder sichtbar zu sein. Doch viele Orte erzählen eine andere
115 Geschichte. Dunkle Unterführungen, schlecht einsehbare Parks, leergefegte Plätze oder
116 verlassene Haltestellen werden zu Räumen der Unsicherheit. Besonders FINTA, queere
117 Menschen, Jugendliche und Menschen mit Rassismuserfahrungen erleben diese Orte als
118 Bedrohung. Diese Räume entstehen nicht zufällig, sie sind das Ergebnis von
119 Entscheidungen, Prioritäten und Vernachlässigung.

120 Feministische Stadtentwicklung bedeutet, solche Angsträume nicht hinzunehmen, sondern
121 gezielt abzubauen. Das beginnt bereits bei der Planung. Sicherheit und Wohlbefinden

122 müssen von Anfang an als feste Kriterien in jede Bauleitplanung, Verkehrsplanung und
123 Quartiersentwicklung aufgenommen werden. Dafür braucht es eine konsequente Gender-
124 und Diversity-Perspektive in allen städtebaulichen Prozessen.

125 Der Abbau von Angsträumen ist mehr als eine Frage der Beleuchtung. Es geht darum,
126 Räume zu beleben, statt sie zu überwachen. Angsträume entstehen dort, wo Dunkelheit,
127 Monotonie oder soziale Isolation vorherrschen. Sie verschwinden, wenn Begegnung,
128 Kultur, Sport und soziale Nutzung Platz finden. Offene Flächen, Sitzgelegenheiten,
129 öffentliche Toiletten, Grünanlagen und gute Sichtbeziehungen sind zentrale Elemente
130 einer feministischen Sicherheitsarchitektur.

131 Auch Sprache und Kommunikation prägen das Sicherheitsempfinden. Informationen über
132 Notrufe, Busverbindungen oder Hilfsangebote müssen barrierefrei, mehrsprachig und
133 leicht verständlich zugänglich sein. Stadtentwicklung kann Unsicherheit nur abbauen,
134 wenn sie Menschen in ihrer Vielfalt anspricht und ihnen konkrete Handlungsoptionen
135 gibt.

136 Sicherheit entsteht dort, wo Vertrauen wächst, wo Menschen sich begegnen,
137 Verantwortung für einander übernehmen und Stadt als gemeinsamer Raum erlebbar wird.

138 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen systematisch Angsträume erfassen und gemeinsam mit
139 Anwohner*innen, feministischen Initiativen und Expert*innen konkrete Maßnahmen zu
140 deren Abbau erarbeiten. Stadtplanung, Verkehrsmanagement und Sicherheitskonzepte
141 sollen dabei verpflichtend unter feministischer Perspektive geprüft und umgesetzt
142 werden. Dazu müssen insbesondere kleine Kommunen finanziell und personell ermächtigt
143 werden

144 **Kommune der kurzen Wege, Kommune der Fürsorge**

145 Eine feministische, care-orientierte Stadtentwicklung setzt auf lebenswerte
146 Quartiere, in denen Wohnen, Versorgung, Betreuung, Arbeit und Freizeit eng
147 miteinander verbunden sind. Sie folgt dem Leitbild der 15-Minuten-Versorgung: Alle
148 wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens sollen innerhalb von 15 Minuten
149 erreichbar sein, zu Fuß, mit dem Fahrrad oder mit dem öffentlichen Nahverkehr. Dieses
150 Leitbild entlastet Sorgearbeitende, reduziert Wegezeiten und stärkt Nachbarschaften.
151 Es ist damit nicht nur eine Frage der Stadtplanung, sondern eine der sozialen
152 Gerechtigkeit.

153 Mit dem Leitbild der 15-Minuten-Versorgung trennen wir uns bewusst von der 15-Minuten
154 -Stadt ab, denn gerade in ländlichen Räumen ist die wohnortnahe Versorgung nur durch
155 mehrere Gebietskörperschaften zu leisten. Während das Prinzip der 15-Minuten-Stadt
156 den motorisierten Individualverkehr bewusst nicht in den Fokus nimmt, um diesen zu
157 verringern, möchten wir auch die Gegebenheiten in nicht urbanen Strukturen
158 berücksichtigen. Wir setzen hier neben dem ÖPNV auf Radverkehr und Car-Sharing,
159 erkennen aber Lebensrealitäten an und nehmen deshalb hier den Individualverkehr auch
160 in den Fokus.

161 Eine Stadt, die Care-Arbeit ernst nimmt, erkennt die alltägliche Realität vieler
162 Menschen an. Wer Kinder bringt, Angehörige pflegt, Einkäufe erledigt oder Freizeit
163 organisiert, braucht sichere Wege, wohnortnahe Infrastruktur und eine Planung, die
164 Zeit als politische Ressource versteht. Öffentliche Infrastrukturen wie barrierefreie
165 Toiletten, Wickel- und Stillräume, Begegnungsorte, ausreichend Sitzmöglichkeiten,

166 Schatten und Trinkbrunnen sind keine Details, sondern zentrale Voraussetzungen für
167 gleichberechtigte Teilhabe.

168 Mobilität muss aus einer Care-Perspektive gedacht werden. Viele kurze Wege, häufige
169 Wechsel zwischen Verkehrsmitteln und das Tragen von Lasten erfordern einen
170 verlässlichen, barrierefreien und eng getakteten ÖPNV. Sichere Fuß- und Radwege,
171 Heimwegtelefone, Nachtbusse, Ruftaxis und digitale Tools zur Markierung von
172 Unsicherheitsorten sind unverzichtbare Bestandteile einer feministischen
173 Mobilitätsplanung. Die Instandhaltung von Geh- und Radwegen muss mindestens dieselbe
174 Priorität haben wie die von Straßen für Autos. Zusammenhängende Radwegenetze und
175 sichere, kostenlose Abstellmöglichkeiten für Fahrräder sind auszubauen. Der
176 öffentliche Nahverkehr wird flächendeckend ausgebaut, mit besonderem Fokus auf
177 Querverbindungen zwischen Stadtteilen und ländlichen Gemeinden. Ziel ist ein
178 ticketloser ÖPNV, der Mobilität als öffentliches Gut versteht. Carsharing-Angebote an
179 Stadträndern und in ländlichen Regionen helfen, den Platzbedarf parkender Autos zu
180 reduzieren.

181 Wohnen und Sorgearbeit gehören zusammen. Gemeinschaftsorientierte Wohnformen mit
182 geteilten Betreuungsräumen und kollektiven Care-Flächen erleichtern die Vereinbarkeit
183 von Erwerbsarbeit, Freizeit und Sorgearbeit. Flexible Grundrisse und
184 gemeinschaftliche Infrastrukturen fördern gegenseitige Unterstützung und stärken
185 soziale Netze. Kooperationen mit Schutz- und Beratungsstellen, insbesondere für
186 FINTA, müssen fester Bestandteil kommunaler Projekte sein.

187 Gesundheit und Resilienz stehen im Zentrum feministischer Stadtentwicklung.
188 Wohnortnahe Pflege- und Gesundheitsangebote, Apotheken, Praxen und frei zugängliche
189 Grün- und Bewegungsflächen sind essenziell für ein gesundes und selbstbestimmtes
190 Leben.

191 Neue Quartiere müssen von Beginn an Kitas, Schulen und medizinische Einrichtungen
192 mitplanen. Jede Siedlung braucht wohnortnahe Grünflächen, Sportanlagen und
193 Spielplätze. Einkaufs- und Freizeitmöglichkeiten, sanitäre Anlagen, konsumfreie
194 Aufenthaltsräume, Bibliotheken, Jugend- und Kulturangebote gehören zur
195 Grundausrüstung lebenswerter Quartiere. Auch in ländlichen Regionen braucht es
196 wohnortnahe Versorgung durch mobile Angebote, Abholboxen, Wochenmärkte oder fahrende
197 Bibliotheken.

198 Die räumliche Trennung von Wohnen und Arbeit hat patriarchale Rollenbilder
199 verfestigt. Feministische Stadtentwicklung stellt diese Trennung in Frage. Gewerbe,
200 Schulen, Kitas und Nahversorgung sollen fußläufig erreichbar sein, um Erwerbs- und
201 Carearbeit gerechter zu verteilen. Kommunen fördern gezielt Teilzeitmodelle für
202 Männer und wohnortnahe Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen. Der Ausbau von
203 Homeoffice-Möglichkeiten, digitaler Infrastruktur und Gründer*innenförderung stärkt
204 Selbstständigkeit und reduziert Pendelzeiten. Dieser Homeoffice-Ausbau ist eine
205 Erweiterung zu den bestehenden Büroangeboten durch Arbeitgeber und ersetzt diese
206 nicht.

207 Care-orientierte Stadtentwicklung bedeutet auch, patriarchale und ausschließende
208 Strukturen aktiv zurückzubauen. Dunkle Unterführungen, Hochstraßen, abweisende
209 Gebäudefronten oder fehlende Geh- und Radwege müssen umgestaltet werden. Sanierungs-
210 und Förderprogramme dürfen nicht geschlechtsneutral wirken, sondern müssen
211 feministische Prinzipien verbindlich umsetzen. Innenstädte dürfen nicht länger primär

212 autogerecht geplant sein, sondern müssen auf die Nutzbarkeit und Sicherheit aller
213 Menschen ausgerichtet werden. Wohnraum im Zentrum muss bezahlbar bleiben, um soziale
214 Mischung und Sicherheit – insbesondere für FINTA – zu gewährleisten.
215 Eine lebendige Innenstadt braucht mindestes einen Mittelpunkt für ein gemeinsames
216 Miteinander. Diese sollen konsumfreie Orte, frei zugängliche Grün- und Wasserflächen,
217 Spielplätze, Begegnungsräume und kulturelle Angebote für alle bieten können.
218 Bibliotheken, Foyers öffentlicher Gebäude oder Verwaltungsräume sollen als
219 wetterunabhängige Aufenthaltsorte dienen und von geschultem Personal betreut werden.
220 Das Nachtleben muss für FINTA sicher und zugänglich gestaltet sein – durch Awareness-
221 Arbeit, Rückzugsräume und Kooperation mit Betreiber*innen.
222 Soziale Durchmischung ist in Innenstädten notwendig - die Lage des Stadtviertels darf
223 kein Mittel zur Ausgrenzung bleiben. Stadtteile, an denen die finanziellen Mittel der
224 Bewohner*innen sichtbar sind, sind eine Gefahr für eine lebenswerte und gerechte
225 Stadt. "Reichenviertel" im Zentrum, die in Stand gehalten und deren Infrastruktur
226 ausgebaut wird und auf der anderen Seite Wohngegenden am Stadtrand für
227 Arbeiter*innen, die von der Kommune als reine Wohnviertel vernachlässigt werden.
228 Feministische Quartiersplanung bedeutet auch, dass Stadtviertel sozial durchmischt
229 werden und Mobilität gefördert wird.
230 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen care-orientierte Stadtentwicklung als
231 verbindliches Leitprinzip verankern und die 15-Minuten-Versorgung zu einem Maßstab
232 kommunaler Planung machen. Öffentliche Daseinsvorsorge, Nahversorgung und Mobilität
233 müssen als zusammenhängendes System gedacht werden. Förderprogramme des Bundes und
234 der Länder sollen entsprechend angepasst und auf die Bedürfnisse von Care-
235 Arbeitenden, FINTA und marginalisierten Gruppen ausgerichtet werden.

236 **Feminismus gehört in den Bebauungsplan**

237 Feministische Stadtplanung darf kein wohlklingendes Leitbild bleiben – sie muss sich
238 in Verwaltung, Gesetzen und konkreten Verfahren widerspiegeln. Denn ob Kommunen
239 gerecht, zugänglich und sicher sind, entscheidet sich nicht in Reden, sondern in
240 Bebauungsplänen, Sitzungsvorlagen und Förderbescheiden.
241 Deshalb braucht es eine verbindliche Verankerung feministischer Perspektiven im
242 Bauplanungsrecht und auf Verwaltungsebene. Wir fordern, dass in jeder kommunalen
243 Bauverwaltung eine feste Stabsstelle „Feministische Stadtplanung“ eingerichtet und
244 immer durch ausreichend finanzielle Bundesmittel ausgestattet ist. Es soll die
245 freiwillige Möglichkeit bestehen, die jeweilige obere Planungsbehörde einzubeziehen.
246 Diese muss mit klarer Querschnittszuständigkeit ausgestattet sein und als
247 Schnittstelle zwischen Bauverwaltung, Sozialamt, Verkehrsbehörde,
248 Gleichstellungsstelle, Integrations- und Queerbeauftragten fungieren. So wird
249 gewährleistet, dass feministische Perspektiven in allen Phasen der Planung – von der
250 Konzeption bis zur Umsetzung – berücksichtigt werden.
251 Kein Bebauungsplan darf künftig ohne die Anhörung der Gleichstellungsstelle in den
252 zuständigen Ausschuss gelangen. Gleichstellungsbeauftragte müssen frühzeitig und
253 regelmäßig in Planungsrunden eingebunden werden. Die Gleichstellungsstellen sind
254 entsprechend personell auszustatten. Gemeinsam mit Politik und Verwaltung sollen sie
255 Indikatoren festlegen, die den Fortschritt feministischer Stadtentwicklung messbar

256 machen. Dabei sollen sowohl objektive als auch subjektive Indikatoren
257 Berücksichtigung finden: etwa die Nutzung des ÖPNV in den Abendstunden, das
258 Sicherheitsempfinden in Parks und auf Straßen, die Zahl konsumfreier Aufenthaltsräume
259 oder die Zufriedenheit mit öffentlicher Infrastruktur.

260 Auch in der internen Verwaltungskultur muss sich feministische Stadtplanung
261 widerspiegeln. Beschlussvorlagen, Gutachten und interne Dokumente sind konsequent in
262 geschlechtersensibler Sprache zu verfassen. Visualisierungen, Karten und Broschüren
263 müssen Vielfalt zeigen. Planungs- und Projektteams sollen divers besetzt sein; ein
264 verpflichtender Gender-Balance-Check stellt sicher, dass FINTA Personen mit
265 gleichstellungsfachlicher Kompetenz Teil jedes Teams sind. Beteiligungsverfahren
266 dürfen keine reine Formalie bleiben – sie müssen als echte Gestaltungsprozesse
267 verstanden werden, deren Ergebnisse transparent zurückgespielt werden.

268 Um den Anforderungen einer modernen, gerechten und inklusiven Stadtentwicklung
269 gerecht zu werden, müssen feministische Inhalte und Methoden systematisch und
270 verpflichtend in alle mit Stadtplanung und Verwaltungsrecht befassten Studiengänge
271 und Ausbildungsberufe integriert werden. Ziel ist es, künftige Fachkräfte für die
272 vielfältigen Lebensrealitäten und Bedürfnisse aller gesellschaftlichen Gruppen zu
273 sensibilisieren und ihnen die Werkzeuge an die Hand zu geben, feministische
274 Stadtplanung aktiv und reflektiert umzusetzen. Mieter*innen müssen geschützt werden.
275 Besonders FINTA leiden unter dem Druck auf dem Wohnungsmarkt und können prekäre
276 Wohnsituationen oft nicht zeitnah verlassen, weil sie keine bezahlbare neue Wohnung
277 finden, ohne mit einem größeren Umzug ihr Umfeld aufzugeben. Es braucht deshalb mehr
278 Beratungs- und Unterstützungsangebote für FINTA durch die Kommunen.

279 Auch für bereits tätige Fachkräfte in Verwaltung und Stadtplanung sollen regelmäßige
280 Fort- und Weiterbildungsangebote zu feministischer Stadtplanung verpflichtend
281 eingeführt werden, um bestehendes Wissen zu vertiefen und neue Perspektiven
282 kontinuierlich in die Praxis zu integrieren. Bei der inhaltlichen-organisatorischen
283 Umsetzung soll dabei die Freiheit der Lehre gewahrt bleiben, worunter wir verstehen,
284 dass Lehrende weiterhin Gestaltungsspielraum für eigene Akzente und
285 Schwerpunktsetzungen in ihren Veranstaltungen behalten.

286 Um die Wirksamkeit sicherzustellen, braucht es klare Kontroll- und
287 Steuerungsmechanismen. Ein Gender-Controlling mit jährlichem Bericht an den
288 Gemeinderat soll erfassen, in welchem Umfang Gleichstellungsaspekte in Plänen
289 berücksichtigt wurden. Diese Ergebnisse sind öffentlich zu machen und mit
290 Zivilgesellschaft und Interessenvertretungen zu diskutieren.

291 Feministische Stadtplanung bedeutet auch, profitorientierte Strukturen zu
292 hinterfragen. In vielen Städten werden Grundstücke an Investor*innen verkauft, die
293 dort Luxuswohnungen oder renditeorientierte Projekte errichten. Diese Vorhaben
294 verdrängen bestehende Bewohner*innen und schaffen exklusive Räume, die nichts zur
295 Daseinsvorsorge beitragen. Sie stehen damit im Widerspruch zu feministischen
296 Prinzipien, die auf Sicherheit, Teilhabe und Gemeinwohl zielen.

297 **Deshalb fordern wir** dass bei Bauvorhaben nach § 34 und 35 BauGB eine verpflichtende
298 Kurzprüfung eingeführt wird, die mögliche Auswirkungen auf Gleichstellung, soziale
299 Teilhabe und Sicherheit berücksichtigt. Diese Prüfung soll im Rahmen bestehender
300 Verfahren erfolgen und keine zusätzlichen Fristen verursachen. Werden negative

301 Effekte festgestellt - etwa durch Verdrängung oder den Abbau sozialer Infrastruktur -
302 soll Kommunen ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden. Solange noch kein Vorkaufsrecht
303 besteht, soll in diesen Fällen ein verbindlicher Bebauungsplan erlassen werden.

304

305 In allen Aufstellungsverfahren zum Erlass von Bebauungsplänen soll künftig ein
306 verpflichtender Gender-Check durchgeführt werden. Dafür ist §1 Absatz 6 BauGB zu
307 erweitern. Dieser Gender-Check – analog zum Umweltbericht – macht Gleichstellung
308 prüfbar und abwägungsrelevant. Er muss mindestens die Erreichbarkeit von
309 Gemeinbedarfseinrichtungen, die Aufenthaltsqualität im Wohnumfeld,
310 Sicherheitsaspekte, Nutzungsvielfalt in Grün- und Spielbereichen sowie die aktive
311 Reduzierung von Angsträumen erfassen.

312 Auch Beteiligung muss feministisch gedacht werden. Gleichstellungsbeauftragte, Queer-
313 und Migrationsgremien sind verpflichtend als Träger öffentlicher Belange zu
314 beteiligen. Sitzungszeiten sollen zur besseren Planbarkeit beschränkt werden.
315 Beteiligungsformate müssen barrierefrei, digital zugänglich und mehrsprachig
316 gestaltet sein. Nur wenn alle Perspektiven gehört werden, entsteht eine Stadt, die
317 allen gehört.

318 **Deshalb fordern wir**, dass feministische Stadtplanung als verbindliches
319 Planungsprinzip im Baugesetzbuch verankert und vom Bund ausreichend finanziert wird.
320 Gleichstellungsstellen und Gender-Checks müssen gesetzlich vorgeschrieben sein,
321 kommunale Verwaltungen müssen divers aufgestellt und regelmäßig geschult werden.
322 Hierzu zählt die Integration von feministischer Stadtplanung in die damit befassten
323 Studiengänge und Ausbildungsberufe. Bauleitplanung darf kein neutrales
324 Verwaltungsverfahren bleiben, sondern muss ein Werkzeug für Gleichstellung,
325 Gerechtigkeit und demokratische Teilhabe werden. Der dadurch entstehende personelle
326 Mehrbedarf der Gleichstellungsbüros ist durch den Bund gegenzufinanzieren.

327 Die Perspektive ländlicher Räume stellt eine besondere Herausforderung dar. Kleine
328 Kommunen sind finanziell und personell schlecht bis in Teilen gar nicht aufgestellt.
329 Deshalb ist es ihnen nicht möglich, die Aufgaben, die sich aus einer feministischen
330 Kommunalentwicklung ergeben, alleine zu erfüllen. Der Bund bestellt - bezahlt aber
331 mind. Mäßig bis zu gar nicht. Im ländlichen Raum werden diese finanziellen Belastungen
332 über die Landkreise nach unten durchgereicht. Mit dem Ergebnis, dass kleine Kommunen
333 keine Handlungsspielräume für ihre eigenen Aufgaben haben. Deshalb sind die
334 Landkreise und der Bund in der Verantwortung, finanzielle Unterstützung zu bieten die
335 auch in den kleinen Kommunen im ländlichen Raum ankommen.

336 Deshalb fordern wir:

337 -Strukturelle finanzielle Entlastung für kleine Kommunen im ländlichen Raum
338 -Konsequente Einhaltung des Konnexitätsprinzips

339 **Gerechtigkeit gibt's nicht zum Nulltarif**

340 Feministische Stadtentwicklung braucht mehr als gute Ideen – sie braucht Geld,
341 Personal und politische Priorität. Die strukturelle Unterfinanzierung vieler Kommunen
342 ist ein zentrales Hindernis auf dem Weg zu gleichberechtigten Städten. Wenn Budgets
343 knapp sind, wird ausgerechnet bei jenen Projekten gespart, die Räume öffnen,
344 Sicherheit schaffen oder Care-Infrastruktur stärken. Feministische Stadtpolitik darf

345 aber keine „freiwillige Leistung“ sein, die im Haushalt als Erstes gestrichen wird.

346 Sie ist Daseinsvorsorge – und damit Pflichtaufgabe.

347 Wir fordern, dass feministische Kommunalentwicklung nicht nur ideell, sondern
348 finanziell abgesichert wird. Dafür braucht es zwei Dinge: gezielte Förderprogramme
349 und verbindliche Verankerung in bestehenden Strukturen. Im Mittelpunkt steht das
350 Städtebauförderungsprogramm des Bundes. Künftig muss bei jeder Beantragung
351 nachgewiesen werden, inwiefern eine Maßnahme feministische Prinzipien erfüllt oder
352 bestehende Strukturen in Richtung Gleichstellung verbessert. Diese Prüfung darf keine
353 Symbolik bleiben – sie muss Fördervoraussetzung werden.

354 Auch andere Programme, etwa zur Mobilitäts- oder Quartiersentwicklung, müssen
355 verpflichtende Gender-Checks enthalten. So wird verhindert, dass Fördermittel
356 Projekte stützen, die Diskriminierung fortschreiben oder Teilhabe behindern.
357 Stattdessen sollen Gelder gezielt dort ankommen, wo sie Diversität, Inklusion und
358 Sicherheit fördern.

359 Kommunen müssen zudem die Möglichkeit erhalten, eigene Stellen für feministische
360 Stadtplanung zu schaffen – dauerhaft, nicht befristet. Wir fordern ein
361 Bundesprogramm, das die Finanzierung dieser Stellen gewährleistet und ihre
362 Ausstattung mit klaren Kompetenzen sichert. Nur so können Städte und Gemeinden
363 tatsächlich handeln, statt auf den nächsten Haushaltspuffer zu warten.

364 Feministische Stadtentwicklung ist keine Zusatzaufgabe, sie verändert die Logik
365 kommunaler Ausgaben insgesamt. Es geht darum, Mittel gerecht zu verteilen – nach
366 Bedürfnissen, nicht nach Machtverhältnissen. Das heißt auch: Ressourcen für
367 Awarenessarbeit, Prävention, Barrierefreiheit oder Care-Infrastruktur dürfen nicht in
368 Konkurrenz zu Straßenbau und Gewerbeansiedlung stehen. Gleichstellung kostet Geld,
369 aber Ungleichheit kostet Gesellschaft.

370 **Deshalb fordern wir**, dass feministische Stadt- und Kommunalentwicklung als
371 verbindliches Förderkriterium in allen Programmen von Bund und Ländern verankert
372 wird. Kommunen sollen einen Rechtsanspruch auf finanzielle Unterstützung für
373 entsprechende Stellen und Projekte erhalten. Fördergelder müssen gerecht verteilt,
374 Gender-Checks verpflichtend und Gleichstellung als Haushaltziel festgeschrieben
375 werden.

376 **Nur wer zahlt, darf leben? – Bezahlbarkeit als Voraussetzung für 377 Teilhabe**

378 Städte erzählen immer auch Geschichten von Macht und Ausschluss. Wer sich ein Zuhause
379 leisten kann, wer verdrängt wird, wer in den Zentren lebt und wer an den Rand
380 gedrängt wird, ist Ausdruck sozialer Realität und politischer Verantwortung. Wenn
381 Wohnen zur Ware wird, verliert die Stadt ihr Versprechen auf Gemeinschaft.

382 Feministische Stadtentwicklung stellt sich dieser Entwicklung entgegen und kämpft für
383 eine Stadt, in der alle Menschen wohnen, bleiben und leben können – unabhängig von
384 Einkommen, Herkunft oder Lebensform.

385 Wohnen ist kein Konsumgut, sondern ein Menschenrecht. Trotzdem werden Mieten
386 vielerorts zur existentiellen Bedrohung. Steigende Bodenpreise, Spekulation,
387 Ferienwohnungen und renditegetriebene Umwandlungen entziehen sich jeder sozialen

388 Logik. Sie verschärfen Ungleichheit und treffen besonders jene, die ohnehin weniger
389 verdienen oder Care-Arbeit leisten. Wer pflegt, erzieht, betreut oder ehrenamtlich
390 tätig ist, kann sich oft genau dort keine Wohnung leisten, wo diese Arbeit gebraucht
391 wird. Eine feministische Wohnungspolitik muss das ändern.

392 Wir brauchen eine Boden- und Wohnungspolitik, die soziale und geschlechtergerechte
393 Kriterien in den Mittelpunkt stellt. Das beginnt mit dem Boden selbst. Grundstücke
394 dürfen nicht länger verkauft, sondern müssen in Erbpacht vergeben oder
395 gemeinwohlorientiert verwaltet werden. Kommunen brauchen ein umfassendes
396 Vorkaufsrecht für Grundstücke und Immobilien, um sozial gemischte Quartiere zu
397 sichern und Spekulation zu verhindern. Wohnraum darf nicht dem Markt überlassen
398 werden, sondern muss als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden werden.

399 Sozialer Wohnungsbau muss massiv ausgeweitet werden und dauerhaft Bestand haben.
400 Wohnungen dürfen nach Ablauf der Bindung nicht wieder in den freien Markt übergehen.
401 Stattdessen braucht es kommunale und genossenschaftliche Träger, die langfristig
402 bezahlbaren Wohnraum sichern. Förderprogramme müssen feministische Kriterien
403 berücksichtigen, etwa familiengerechte Grundrisse, barrierefreie Zugänge, Schutzräume
404 für FINTA, gemeinschaftliche Flächen und Räume für Care-Arbeit. Kommunen müssen beim
405 Neubau von Wohnungen architektonische und soziale Aspekte berücksichtigen, um das
406 Risiko häuslicher Gewalt zu verringern oder Betroffenen den Schutz zu erleichtern.

407 Die Förderung von selbst bewohntem Wohneigentum kommt denen zugute, die nicht
408 Immobilien oder Vermögen erben. Immobilienbesitz ist in Deutschland meist in
409 männlichen, westdeutschen und weißen Händen - einige wenige profitieren ein Leben
410 lang, während die allermeisten einen großen Teil des Einkommens für die Miete
411 ausgeben. Förderprogramm müssen sicherstellen, dass die Eigentumsquote erhöht wird
412 und davon besonders marginalisierte Gruppen profitieren.

413 Eine feministische Wohnungspolitik denkt auch an jene, die auf den ersten Blick
414 unsichtbar bleiben. Auszubildende, Studierende, Alleinerziehende, Menschen mit
415 Behinderung, Pflegekräfte oder Saisonarbeiter*innen brauchen gezielte Unterstützung.
416 Notunterkünfte, Frauenhäuser, queere Schutzräume und niedrigschwellige
417 Übergangswohnungen müssen Teil einer umfassenden städtischen Wohnstrategie sein und
418 dürfen kein Randthema bleiben.

419 In größeren Kommunen bieten Studi- und Azubi-Wohnheime Möglichkeiten direkt Wohnraum
420 für junge Menschen zu schaffen und durch sozialpädagogische Begleitung ein sicheres
421 Umfeld für die Bewohner*innen zu schaffen. Kommunen müssen diese Möglichkeiten mehr
422 nutzen und darin finanziell durch Förderprogramme unterstützt werden. In kleineren
423 Kommunen fehlt es in vielen Fällen an Wohnraum für Azubis und Studierende, die von
424 zuhause ausziehen wollen. Es braucht daher mehr Single-Wohnungen und Wohnraum für
425 junge Menschen im ländlichen Raum.

426 Bezahlbarkeit bedeutet auch Energie- und Nebenkosten-Gerechtigkeit. Feministische
427 Stadtentwicklung fordert eine sozial-ökologische Wende in der Gebäudeförderung.
428 Förderungen dürfen nicht allein zur Wertsteigerung der Eigentumsobjekte genutzt
429 werden, sondern müssen den Menschen zugute kommen, die in den Wohnungen leben.
430 Gleichzeitig müssen Kommunen sicherstellen, dass auch Innenstädte bezahlbar bleiben.
431 Wenn Stadtzentren nur noch Orte für Konsum und Kapital sind, verlieren sie ihre
432 demokratische und soziale Funktion. Eine lebendige Innenstadt braucht Wohnraum für

433 alle: für Studierende, Rentner*innen, Alleinerziehende und Auszubildende genauso wie
434 für Familien und Beschäftigte im öffentlichen Dienst.

435 Feministische Stadtplanung bedeutet auch proaktiv die Menschen zu unterstützen und in
436 den Fokus zu nehmen, die generell in der Stadtentwicklung außen vor bleiben.

437 Obdachlose Menschen werden aus den Innenstädten und Ortskernen verdrängt und
438 Schlafplätze durch defensive Architektur vernichtet oder die Personen von der Polizei
439 vertrieben. Das löst kein Problem, sondern verdrängt Obdachlosigkeit nur an andere
440 Orte der Kommunen. Besonders FINTA sind in den uneinsehbaren Ecken oder
441 Notbehausungen von Gewalt betroffen. Es braucht mehr nach dem Ansatz "housing first"
442 gedachte Hilfsangebote und niedrigschwellige Unterkünfte besonders für wohnungslose
443 FINTA*. Defensive Architektur darf nicht Teil der Strategie gegen Obdachlosigkeit
444 sein.

445 **Deshalb fordern wir**, dass Wohnen als Menschenrecht gesetzlich verankert und die
446 Bodenpolitik konsequent am Gemeinwohl ausgerichtet wird. Kommunen sollen ein
447 Vorkaufsrecht bei spekulativen Verkäufen erhalten, die öffentliche Hand muss
448 dauerhaft in sozialen und feministischen Wohnungsbau investieren. Mietpreisbremsen,
449 Milieuschutz und Belegungsrechte sind auszuweiten, um Verdrängung zu verhindern.
450 Wohnraum ist die Grundlage für Teilhabe und darf niemals ein Luxus sein.

451 **Ohne Moos kein Bus? Nicht mit uns!**

452 Mobilität ist mehr als Fortbewegung. Sie bedeutet Freiheit, Zugang, Selbstbestimmung
453 und gesellschaftliche Teilhabe. Doch für viele Menschen ist genau diese Freiheit
454 längst zur Kostenfrage geworden. Wer sich Tickets nicht leisten kann, bleibt zurück.
455 Wer auf ein Auto verzichten muss, wird vom Alltag abgeschnitten. Wer auf Barrieren
456 stößt, bleibt außen vor. Eine feministische Stadt stellt sich gegen diese
457 Ungleichheit, weil sie weiß: Bewegung darf kein Privileg sein.

458 In der Realität sieht das anders aus. Öffentliche Verkehrsmittel werden teurer,
459 Strecken im ländlichen Raum werden ausgedünnt, Nachtverbindungen gestrichen. Das
460 trifft besonders Menschen mit geringem Einkommen, FINTA, Jugendliche, Senior*innen
461 und Menschen mit Behinderung. Während in Innenstädten Parkhäuser wachsen, warten
462 viele Stadtteile auf eine verlässliche Buslinie. Wer in Schichtarbeit tätig ist, wer
463 Care-Arbeit leistet oder spät abends nach Hause fährt, hat oft keine sichere und
464 bezahlbare Option. Diese Mobilitätsarmut ist kein Zufall, sondern das Ergebnis
465 politischer Entscheidungen.

466 Feministische Mobilitätspolitik denkt Alltagsrealitäten mit. Sie schafft Strukturen,
467 die Sorgearbeit, Familie, Freizeit und Beruf zusammenbringen. Das heißt: kurze Wege,
468 dichte Takte, sichere Haltestellen und echte Alternativen zum Auto. Wenn Mobilität
469 gerecht organisiert ist, spart sie Zeit, Nerven und Geld. Sie entlastet Menschen, die
470 ohnehin viel tragen – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn.

471 Dazu gehört auch, dass Mobilität barrierefrei gedacht wird. Menschen mit Rollstuhl,
472 Kinderwagen, Rollator oder Gepäck dürfen nicht länger auf Rampen, Aufzüge oder
473 funktionierende Automaten hoffen müssen. Barrierefreiheit ist keine Sonderleistung,
474 sondern eine Grundvoraussetzung für Gleichberechtigung im öffentlichen Raum.

475 Der öffentliche Nahverkehr muss so organisiert sein, dass er für alle funktioniert –
476 verlässlich, sicher und bezahlbar. Unser Ziel ist ein bundesweites,

477 sozialgestaffeltes Ticket, das niemanden ausschließt. Langfristig ist das Ziel ein
478 ticketloser ÖPNV, der solidarisch finanziert wird. Bis dahin brauchen Kommunen
479 Mittel, um ihre Verkehrsbetriebe zu stärken, Personal fair zu bezahlen und Angebote
480 auszubauen. Auch Rad- und Fußverkehr müssen systematisch gefördert werden, damit alle
481 Menschen mobil sein können, ohne auf das Auto angewiesen zu sein.

482 Feministische Mobilität bedeutet auch Sicherheit. Wer nachts unterwegs ist, soll sich
483 sicher fühlen können – unabhängig von Geschlecht, Uhrzeit oder Wohnort. Dafür braucht
484 es gute Beleuchtung, Awareness-Teams, Nachtbusse und verlässliche Heimwegangebote.
485 Öffentlicher Raum endet nicht an der Haltestelle, er beginnt dort.

486 Gerade im ländlichen Raum sind mehr Buslinien oder engere Taktung nicht immer eine
487 umsetzbare Lösung. Angebote wie FINTA-Nachttaxen und ein verlässliches Ruftaxisystem
488 oder andere individuelle Konzepte müssen stärker mitgedacht und gefördert werden.

489 Auf dem Land wird der ÖPNV den Individualverkehr nicht komplett ersetzen können.
490 Nachhaltige Lösungen müssen weiterentwickelt werden, bezahlbar sein und Förderungen
491 ausgebaut werden

492 Bewegung darf kein Luxusgut sein. Eine gerechte Mobilitätspolitik ist eine
493 Investition in Freiheit, Klima und Demokratie. Sie sorgt dafür, dass niemand auf der
494 Strecke bleibt – im übertragenen wie im echten Sinn.

495 **Deshalb fordern wir**, dass Mobilität als Teil öffentlicher Daseinsvorsorge verstanden
496 und solidarisch finanziert wird. Der ÖPNV muss flächendeckend, barrierefrei, sicher
497 und dauerhaft bezahlbar sein. Fördermittel sind nach sozialen Kriterien zu vergeben,
498 der Autoverkehr darf nicht länger das Maß aller Dinge sein. Nur so entsteht eine
499 Kommune, die in Bewegung bleibt, weil alle mitkommen.

500 **Gemeinwohl statt Geschäft – Infrastruktur gehört uns allen**

501 Eine Kommune, die gerecht sein will, muss funktionieren – und zwar für alle. Wasser,
502 Energie, Abfallentsorgung, Bildung, Gesundheitsversorgung, Kultur und digitale
503 Teilhabe sind keine Luxusgüter, sondern Grundrechte. Wenn öffentliche Infrastruktur
504 privatisiert, vernachlässigt oder zu teuer wird, zerbricht das Versprechen der
505 sozialen Stadt. Bezahlbare Infrastruktur ist die Grundlage für Teilhabe,
506 Selbstbestimmung und ein gutes Leben im Alltag.

507 Feministische Stadtentwicklung begreift Infrastruktur als soziales Netz, das alle
508 Lebensbereiche miteinander verbindet. Sie stellt die Bedürfnisse der Menschen über
509 Profitinteressen und setzt auf Gemeinwohl statt Rendite. Eine feministische Kommune
510 fragt nicht, wie viel Gewinn ein Projekt abwirft, sondern wem es nützt und wer Zugang
511 dazu hat. Ob Stromversorgung, Nahverkehr, Kitas, Pflege oder Bibliotheken – überall
512 gilt: Daseinsvorsorge gehört in öffentliche Hand.

513 In vielen Städten und Gemeinden werden jedoch zentrale Dienstleistungen zunehmend
514 ausgelagert, privatisiert oder digitalisiert, ohne soziale Folgen abzuschätzen. Die
515 Folge ist ein Zwei-Klassen-System, in dem sich Wohlhabende Qualität leisten können,
516 während andere mit Kürzungen, Wartezeiten und schlechterer Versorgung leben müssen.
517 Diese Entwicklung trifft besonders FINTA, Familien, Alleinerziehende und Menschen mit
518 geringem Einkommen. Sie sind auf verlässliche, wohnortnahe Angebote angewiesen – von
519 der Kita bis zur Arztpraxis, vom Schwimmbad bis zur Energieversorgung.

520 Eine gerechte Infrastrukturpolitik muss diese Schieflage korrigieren. Öffentliche

521 Dienstleistungen dürfen nicht länger von Marktlogiken bestimmt werden, sondern müssen
522 sich an Bedürfnissen orientieren. Energie- und Wasserversorgung gehören in kommunale
523 Verantwortung, ihre Preise müssen sozial gestaltet und transparent kontrolliert
524 werden. Bildungseinrichtungen, Gesundheitszentren und Pflegeangebote müssen
525 wohnortnah, barrierefrei und bezahlbar sein. Gerade in Zeiten steigender
526 Lebenshaltungskosten brauchen Kommunen finanzielle Spielräume, um soziale
527 Infrastruktur auszubauen, nicht abzubauen.

528 Feministische Stadtentwicklung fordert, dass Care-Arbeit und Daseinsvorsorge in der
529 kommunalen Haushaltsplanung denselben Stellenwert erhalten wie Straßen,
530 Gewerbegebiete oder Neubauten. Wo investiert wird, darf nicht nur Beton wachsen,
531 sondern soziale Gerechtigkeit. Kommunale Energie- und Verkehrsbetriebe, Stadtwerke
532 und öffentliche Einrichtungen sind die Orte, an denen demokratische Kontrolle,
533 Nachhaltigkeit und Gleichstellung konkret werden.

534 Öffentliche Dienstleistungen sind auch Orte des Miteinanders. Sie schaffen Begegnung,
535 Nähe und Vertrauen. Wenn das Hallenbad schließt, die Bibliothek verkleinert oder das
536 Jugendzentrum gestrichen wird, verschwinden nicht nur Angebote, sondern auch soziale
537 Räume. Eine feministische Kommune versteht diese Orte als Rückgrat gesellschaftlicher
538 Solidarität.

539 Öffentliche Veranstaltungen ermöglichen kulturelle Teilhabe durch Begegnung und
540 Austausch. Sie müssen inklusiv gestaltet sein und unterschiedliche Lebensrealitäten
541 berücksichtigen. Öffentliche Räume dürfen keine Angsträume sein, Sicherheit und
542 Wohlbefinden sind Voraussetzung für Teilhabe. Städtische Veranstaltungen enthalten
543 verbindliche Awareness-Konzepte, die Diskriminierung und Übergriffe präventiv
544 verhindern. Auch kommerzielle Veranstaltungen mit städtischer Förderung sind daran
545 gebunden. An- und Abreisewege werden in der Planung berücksichtigt.

546 Kostenfreie Veranstaltungen fördern gesellschaftlichen Zusammenhalt, unabhängig vom
547 Einkommen. Kommunen tragen Verantwortung und sollen solche Veranstaltungen fördern
548 und selbst organisieren. Eintrittspreise werden sozial gerecht gestaltet, öffentliche
549 Mittel subventionieren Tickets gezielt. Programme wie Kulturtickets oder Sozialpässe
550 werden flächendeckend ausgebaut.

551 **Deshalb fordern wir**, dass Bund und Länder die Kommunen finanziell so ausstatten, dass
552 sie öffentliche Dienstleistungen in eigener Verantwortung sichern und ausbauen
553 können. Daseinsvorsorge muss öffentlich, bezahlbar und geschlechtergerecht
554 organisiert werden. Privatisierungen öffentlicher Infrastruktur sind zu stoppen und
555 dort, wo sie soziale Ungleichheit verschärfen, rückgängig zu machen. Bezahlbare
556 Infrastruktur ist kein Kostenfaktor, sondern die Grundlage für Freiheit, Würde und
557 Gerechtigkeit.

558 Demokratie hört nicht am Rathaus auf

559 Feministische Stadtentwicklung bedeutet, Menschen nicht nur als Bewohner*innen zu
560 sehen, sondern als Mitgestalter*innen ihres Lebensumfelds. Wer von Entscheidungen
561 betroffen ist, muss an ihnen beteiligt sein. Doch oft ist genau das Gegenteil der
562 Fall: Beteiligung findet zu spät, zu kompliziert oder gar nicht statt. Beteiligung
563 muss zugänglich und inklusiv gestaltet werden und darf nicht hinter den gesetzlichen
564 Mindestanforderungen zurückbleiben. Pläne werden vorgestellt, wenn sie längst

565 beschlossen sind, und Mitsprache wird zum Feigenblatt. Eine gerechte Stadt entsteht
566 aber nicht im Hinterzimmer, sondern im Dialog.

567 Mitbestimmung ist kein Extra, sie ist demokratische Pflicht. Stadtplanung darf nicht
568 über Menschen hinweg entscheiden, sondern muss gemeinsam mit ihnen gestaltet werden.
569 Dabei geht es nicht um symbolische Beteiligung, sondern um echte
570 Einflussmöglichkeiten. Bürger*innenbeiräte mit bestimmten Aufgaben (Kinder- und
571 Jugendbeiräte, FINTA*-Beiräte, etc.) und digitale Plattformen können Räume schaffen,
572 in denen Menschen tatsächlich mitentscheiden. Diese sind mit entsprechenden
573 finanziellen Mitteln auszustatten.

574 Besonders wichtig ist, dass Beteiligung inklusiv gedacht wird. FINTA, Kinder,
575 Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Migrant*innen, queere Communities und Senior*
576 innen werden in klassischen Beteiligungsformaten oft übersehen. Ihre Perspektiven müssen
systematisch einbezogen werden – von Anfang an, nicht erst zur Legitimation. Dazu braucht es
barrierefreie Formate, flexible Zeiten, Kinderbetreuung
577 und mehrsprachige Informationen. Beteiligung darf keine Frage von Zeit, Bildung oder
578 Zugang sein.

579 Feministische Stadtentwicklung versteht Mitbestimmung als kollektiven Lernprozess.
580 Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft müssen neue Formen der Zusammenarbeit
581 erproben. Das heißt auch: Macht teilen, Fehler aushalten und Vertrauen schaffen. Wer
582 die Kommune mitgestaltet, fühlt sich verantwortlich für sie – und stärkt so die
583 demokratische Kultur vor Ort.

584 Echte Mitgestaltung braucht Transparenz. Planungsprozesse müssen nachvollziehbar,
585 Daten offen und Entscheidungen begründet sein. Nur wenn Menschen wissen, warum etwas
586 geschieht, können sie sich konstruktiv einbringen. Eine feministische Kommune setzt
587 auf klare Kommunikation, offene Verfahren und verbindliche Rückmeldungen. Beteiligung
588 darf keine Einbahnstraße sein.

589 **Deshalb fordern wir**, dass Kommunen Beteiligung als festen Bestandteil jeder Planungs-
590 und Entscheidungsstruktur verankern. Beteiligungshaushalte sollen gesetzlich
591 ermöglicht werden. Überall wo es Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürger*innenräte oder
592 Stadtteilforen gibt, sollen diese finanzielle Unterstützung erfahren. Alle
593 Planungsverfahren müssen verbindlich barrierefrei, mehrsprachig und
594 geschlechtergerecht gestaltet werden. Mitbestimmung heißt Mitgestaltung – und nur
595 eine Kommune, die alle hört, kann allen gehören.

596 **Kommune ist Machtfrage – Feminismus ist unsere Antwort**

597 Wer feministische Stadtpolitik denkt, denkt Machtverhältnisse neu. Feministische
598 Stadtentwicklung ist keine Randnotiz, sondern Kern jungsozialistischer Politik. Sie
599 vereint, was uns als Jusos ausmacht: den Kampf für Gleichstellung, soziale
600 Gerechtigkeit und echte Demokratie – konkret, spürbar und vor Ort. Sie verbindet
601 große politische Ideen mit dem Alltag der Menschen, mit dem Bus, der fährt, dem
602 Platz, auf dem man sich sicher fühlt, und der Wohnung, die man sich leisten kann.

603 Für uns Jusos ist das nicht bloß Planung, sondern Umverteilung von Ressourcen,
604 Aufmerksamkeit und Macht. Wir kämpfen für Kommunen, die nicht Profit, sondern
605 Menschen dienen, für Kommunen, in denen Solidarität, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit
606 Leitprinzipien sind. Feministische Stadtentwicklung bedeutet auch, dass ökologische

607 Transformation und soziale Gleichstellung zusammen gedacht werden. Eine klimagerechte
608 Kommune ist immer auch eine feministische Kommune.

609 Als Jungsozialist*innen wollen wir Kommunalpolitik aus dem Kern der Gesellschaft
610 denken, mit Beteiligung statt Bevormundung, mit offenen Räumen statt geschlossenen
611 Türen, mit Vertrauen in die Menschen, die dort leben. Wir wissen, dass die gerechte
612 Kommune nicht durch Investoren entsteht, sondern durch Gemeinwohl, Mut und politische
613 Haltung.

614 **Deshalb fordern wir**, feministische Stadt- und Kommunalentwicklung als
615 Querschnittsaufgabe jungsozialistischer Politik zu verankern, in der Programmatik, in
616 der Bildungsarbeit und in den kommunalen Strukturen. Sie ist kein Spezialthema,
617 sondern Ausdruck unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Solidarität.
618 Eine feministische Kommune ist kein Traum. Sie ist der Ort, an dem unsere Ideen
619 Wirklichkeit werden.

620

Antrag P01: Unser Sozialleistungskonzept - einmal hin, alles drin

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Die deutschen Sozialversicherungen stehen vor großen Herausforderungen:
2 Demografischer Wandel, veränderte Arbeitsformen, zunehmende Prekarisierung, wachsende
3 Ungleichheit und eine fragile Finanzierung bedrohen die Stabilität unserer sozialen
4 Sicherungssysteme. Als Jusos fordern wir eine grundlegende Reform, die das Prinzip
5 der Solidarität stärkt und allen Menschen in Deutschland ein würdevolles Leben
6 ermöglicht. Wir stellen uns politischen Angriffen auf Sozialleistungen entgegen und
7 fordern auch von der SPD ein klares Bekenntnis zu einem starken Sozialstaat.
8 Für uns ist der Sozialstaat ein Instrument, um gesellschaftliche Macht neu zu ordnen:
9 Er schützt nicht nur vor Armut, sondern gibt Menschen die Freiheit, ihr Leben
10 selbstbestimmt zu gestalten. Unser Verständnis von Sozialleistungen leitet sich aus
11 einem sozialistischen Grundgedanken ab: Der Reichtum, den wir gemeinsam
12 erwirtschaften, muss allen zugutekommen. Deshalb wollen wir Sozialleistungen so
13 gestalten, dass er nicht nur absichert, sondern neue Spielräume für ein gutes Leben
14 eröffnet.
15 Unsere Vorstellung der Sozialleistungen sollen das sozioökonomische und
16 soziokulturelle Minimum garantieren und darüber hinaus ein würdevolles Leben für alle
17 Menschen sicherstellen. Der Anspruch auf ein menschenwürdiges Leben ist nicht nur für
18 uns unverhandelbar, sondern ist fest in unserem Grundgesetz verankert und muss
19 verteidigt werden. Solidarität und ein Bewusstsein für die gesellschaftliche
20 (Mit)verantwortung muss im Zentrum staatlicher Absicherung stehen.
21 Wir lehnen das bedingungslose Grundeinkommen wie schon in unserer bisherigen
22 Beschlusslage ab, weil es nicht nach Bedürftigkeit unterscheidet und dadurch
23 gesellschaftliche Ungleichheiten eher zementiert als abgebaut werden.
24 Dieses Konzept beruht auf der Annahme, dass in unserer Utopie Arbeit der Schlüssel zu
25 gesellschaftlicher Teilhabe und gesellschaftlichem Fortschritt ist. Arbeit soll
26 identitätsstiftend sein und ist zentraler Bestandteil des Lebens. Es ist weiterhin
27 unser Ziel, Menschen in den Arbeitsmarkt zu integrieren, da wir dies als Mittel der
28 Ermöglichung zur Selbstverwirklichung jeder einzelnen Person verstehen. Jene dazu
29 angewandte Maßnahmen dürfen jedoch nie als Mittel des Zwangs zweckentfremdet werden.
30 Stattdessen soll ein sicheres Netz aus Sozialleistungen Menschen dazu befähigen,
31 selbstbestimmter in der Wahl ihrer Arbeit und Arbeitsbedingungen zu sein, um das
32 Ideal der Selbstverwirklichung durch Arbeit zu erreichen.
33 Im Folgenden soll keine umfassende Analyse der Probleme des Sozialstaats
34 durchgeführt, sondern unsere Visionen der Sozialleistungen skizziert werden.
35 **I. Grundprinzipien unserer Sozialleistungen**
36 Unser sozialstaatliches Ideal basiert einerseits auf Transferleistungen, welche einen
37 Mindeststandard des Lebens sicherstellen. Andererseits setzen wir auf eine
38 Sozialversicherung für Menschen, welche begründet keiner Arbeit nachgehen können. Die
39 Gründe, warum Menschen nicht (mehr) in der Lage sind, einer Arbeit nachzugehen, sind

40 vielfältig. Dazu gehören die unfreiwillige Erwerbsarbeitslosigkeit, die Pflege und
41 Erziehung von Kindern, der Fall von Krankheit und Pflege, Einschränkungen durch
42 Behinderung oder Unfall sowie das Älterwerden. Die Sozialversicherung soll diese
43 Lebenssituationen abfedern und den Lebensstandard sichern. Bei Wegfall einer dieser
44 Begründungen ist es das Ziel, dass die betroffenen Menschen wieder Erwerbsarbeit
45 aufnehmen können.

46 Eines der zentralen Probleme unseres derzeitigen Systems ist, dass Personen, die
47 eigentlich durch eine Sozialversicherung gefördert werden könnten, Bürgergeld
48 beziehen müssen. Unser Anspruch ist, dass ein Aufstocken durch Transferleistungen
49 nicht notwendig ist.

50 Gleichzeitig ist es unsere Überzeugung, dass alle Menschen einen Anspruch auf einen
51 Mindestlebensstandard haben, ganz gleich ob sie eine Begründung der
52 Arbeitsunfähigkeit nachweisen können oder nicht. Dieser Mindeststandard muss
53 sicherstellen, dass ein Mensch nicht nur überlebt, sondern am gesellschaftlichen
54 Leben teilhaben kann und darf durch keinerlei Sanktionen angegriffen werden.

55 **1.2 Zur Finanzierung der neuen Sozialversicherung und der Mindestsicherung**

56 Unser neues Konzept soll aus zwei zentralen Säulen bestehen.

57 Die erste Säule, die Transferleistungen zur Sicherung des sozioökonomischen und
58 soziokulturellen Minimums, soll vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.
59 Transferleistungen sind keine Ansprüche, die man durch vorherige Arbeit rechtfertigt,
60 sondern ein garantierter sozialer Mindeststandard.

61 Die zweite Säule ist die neue, einheitliche Sozialversicherung. Um sie zu
62 finanzieren, stützen wir uns darauf, dass in Zukunft alle Berufstätigen in die
63 Sozialversicherung einzahlen, sowie eine vollständige Abschaffung der
64 Beitragsbemessungsgrenze. Die bisherigen Arbeitgeber*innenbeiträge sollen reformiert
65 und von einer, dem Bruttolohn anteiligen, Zahlung hin zu einer
66 Bruttowertschöpfungsabgabe entwickelt werden. Eine Bruttowertschöpfungsabgabe macht
67 den Arbeitgeber*innenbeitrag an der gesamten Wertschöpfung des Unternehmens fest.
68 Bisher haben Unternehmen mit einem hohen Kapitalanteil an der Wertschöpfung einen
69 Vorteil gegenüber Unternehmen mit einem hohen Anteil an Arbeit, da für Maschinen
70 keine Sozialbeiträge gezahlt werden. Eine Bruttowertschöpfungsabgabe führt also,
71 zusätzlich zu potenziellen Mehreinnahmen für die Sozialkasse, zu einem fairen
72 Spielfeld für Unternehmen mit geringerer Automatisierung. Im öffentlichen Dienst muss
73 die Bruttowertschöpfung entsprechend geschätzt werden. In Situationen, in welchen die
74 Stabilität der Sozialversicherung über Beiträge nicht gewährleistet werden kann, wird
75 durch Haushaltssmittel aufgestockt. Diese Anpassung der Finanzierung unserer
76 Sozialversicherung trägt darüber hinaus der zunehmenden Automatisierung in der
77 Wirtschaft Rechnung, die längst nicht mehr nur das produzierende Gewerbe betrifft.
78 Die Beitragsfinanzierung gewährleistet die rechtliche Absicherung der individuellen
79 Ansprüche gegenüber der Sozialversicherung.

80 **II. Transferleistungen**

81 **2.1 Mindestsicherung**

82 Wir sind der Überzeugung, dass jeder Mensch ein Recht auf einen gesicherten
83 Mindeststandard hat. Menschen, die keinen Anspruch auf eine Zahlung aus der

84 Sozialversicherung haben, soll eine sanktionsfreie Mindestsicherung ausbezahlt
85 werden. Wir wollen, dass die Mindestsicherung sich bedarfsgerecht am tatsächlichen
86 lokalen soziokulturellen Minimum und persönlichen Mehrbedarfen (z.B. bei Krankheit,
87 Behinderung, Schwangerschaft oder Alleinerziehen) orientiert, was heißt, dass ein
88 Zugang zum öffentlichen Leben sichergestellt wird.
89 Bei der Auszahlung der Mindestsicherung fordern wir zunächst eine Karenzzeit von zwei
90 Jahren, in welcher keine Vermögensprüfung stattfindet. Danach soll ein angemessenes
91 Schonvermögen bestehen. Zur Regelung des Besitzes von Wohneigentum während des Bezugs
92 der Mindestsicherung sehen wir vor, dass selbstgenutztes Wohneigentum nicht als
93 Vermögen angesehen wird. Ausgenommen davon ist selbst genutztes Wohneigentum, das
94 deutlich mehr Fläche umfasst als die darin lebenden Menschen benötigen. In diesem
95 Fall soll geprüft werden, ob Teile des Wohneigentums zur Untervermietung zur
96 Verfügung stehen könnten.
97 Viele Menschen in der Mindestsicherung kämpfen mit unbehandelten gesundheitlichen
98 Problemen. Der Sozialstaat darf sie damit nicht allein lassen, sondern muss ihnen mit
99 solidarischer Unterstützung den Weg in ein selbstbestimmtes Leben öffnen.
100 Wir setzen uns außerdem für das Angebot eines deutlich spürbaren Weiterbildungsgeldes
101 ein. Die beschriebenen Maßnahmen sollen in ihrer Höhe so aufeinander abgestimmt sein,
102 dass für alle Einkommensgruppen ein Anreiz besteht, Erwerbsarbeit aufzunehmen.

103 **2.2 Weitere Transferleistungen**

104 Neben der Mindestsicherung existieren weitere staatliche Transferleistungen.
105 Erwerbseinbußen von Eltern und Pflegenden, welche durch die Pflege von
106 anderen/nahestehenden Personen bedingt wird, wollen wir abfedern. Wir fordern, dass
107 das Elterngeld armutsfest angehoben und auf 18 Monate verlängert wird, aber nur dann
108 abgerufen werden darf, wenn es gerecht zwischen den Partner*innen aufgeteilt wird.
109 Alleinerziehende sollen Anrecht auf das volle Elterngeld haben.
110 Auch bei der Pflege brauchen wir eine Transferleistung, damit pflegende Angehörige
111 keine Lohneinbußen hinnehmen müssen, wenn sie ihre Angehörigen pflegen. Wir fordern
112 daher ein Angehörigenpflegegeld, das so lange bezogen werden kann, wie Bedarf besteht
113 und für bis zu vier Wochen über das Ende des Pflegebedarfs hinaus weitergezahlt wird,
114 um pflegenden Angehörigen eine angemessene Trauer- und Erholungszeit zu ermöglichen.
115 Dabei kann das Angehörigenpflegegeld auch in geteilten Zeitabschnitten genommen
116 werden. Während dieser Zeit haben die Pflegenden Anspruch auf Freistellung und
117 Anrecht auf eine Transferleistung in Höhe von 80 Prozent des letzten Nettogehalts.
118 Unsere Vision ist, dass die Pflege vollständig professionalisiert wird.
119 Während der Eltern- und Pflegezeit werden weiterhin, entsprechend dem Betrag, der in
120 der Zeit verdient worden wäre, Rentenpunkte gesammelt. In die Logik der
121 Mindestsicherung sind Forderungen des elternunabhängigen BAföG als Vollzuschuss und
122 der Kindergrundsicherung integrierbar. Diese stellen auch eine bedarfsgerechte, nicht
123 sanktionierbare Transferleistung dar, um nicht nur das bloße Überleben, sondern auch
124 die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

125 **III. Leistungen der Sozialversicherung**

126 Im Folgenden wird abgeleitet, wann, für wen welche Leistungen aus der
127 Sozialversicherung entstehen. Leistungen, die über mehrere Jahre hinweg ausgezahlt
128 werden und sich auf einen Festbetrag (meistens den letzten Nettolohn) beziehen,

129 sollen jährlich an die Inflationsentwicklung angepasst werden.

130 **3.1 Erwerbsarbeitslosengeld**

131 Bei Eintreten einer Erwerbsarbeitslosigkeit soll für die Dauer von zwei Jahren ein
132 Erwerbsarbeitslosengeld in Höhe von 80 Prozent des letzten Nettolohns gezahlt werden.
133 Gleichzeitig sollen Menschen in dieser Zeit aktiv unterstützt werden, um eine neue,
134 den individuellen Lebensumständen angemessene Erwerbsarbeit zu finden.

135 **3.2 Absicherung gegen langfristige, gesundheitsbedingte Einschränkung der Fähigkeit zur Erwerbsarbeit**

137 Die derzeitige gesetzliche Unfallversicherung wird, zusammen mit dem Krankengeld, zu
138 einer umfassenden Absicherung gegen Berufsunfähigkeit weiterentwickelt, welche
139 Unfälle, Krankheit, Berufs- und Erwerbsunfähigkeit umfasst. Diese soll nicht nur
140 Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten abdecken, sondern alle Formen der
141 Berufsunfähigkeit unabhängig von ihrer physischen oder psychischen Ursache und ob ein
142 Unfall im privaten oder beruflichen Kontext passiert ist. Wenn durch eine
143 durchgeführte ärztliche Untersuchung festgestellt wird, dass die vorherige
144 Beschäftigung oder eine dieser ähnelnden Beschäftigung, nicht ausgeübt werden kann,
145 sollen für die ganze Zeit der Berufsunfähigkeit 80 Prozent des letzten Nettolohns
146 ausgezahlt werden. Gleichzeitig sollen die Menschen ermutigt und unterstützt werden,
147 sich neu zu orientieren, zu qualifizieren und eine neue, ihren Fähigkeiten
148 entsprechende Beschäftigung zu finden.

149 **3.3 Absicherung für den Fall von Krankheit und Pflege**

150 Wir sind überzeugt, dass die Zwei-Klassen-Medizin ungerecht ist. Deswegen fordern wir
151 mit unserer Sozialversicherung eine Krankenkasse für Angestellte, Selbstständige und
152 Beamte*innen. Wir wollen eine einheitliche, alle einschließende Kranken- und
153 Pflegeversicherung, welche alle medizinisch empfohlenen Leistungen in hoher Qualität
154 volumäglich abdeckt. Dabei sind präventive Maßnahmen ausdrücklich eingeschlossen.
155 Die Absicherung erfolgt unabhängig davon, ob vorher in die Sozialversicherung
156 eingezahlt wurde. Zusatzversicherungen und freiwillige Leistungen wollen wir nicht
157 verbieten. Sie müssen jedoch dort ihre Grenze finden, wo sie die Qualität der
158 allgemeinen Versorgung einschränken oder den gleichberechtigten Zugang aller
159 gefährden würden. Unser Ziel ist ein System, in dem private Absicherung überflüssig
160 wird, weil die allgemeine Versorgung bereits so hochwertig ist, dass niemand auf sie
161 angewiesen ist.

162 **3.4 Erwerbstätigenrente für alle**

163 Wir halten weiterhin an einem festgelegten Renteneintrittsalter fest, mit dessen
164 Erreichen alle Menschen ohne Abschläge in Rente gehen können. Gleichzeitig etablieren
165 wir ein System, das Menschen aus besonders belastenden Berufen einen früheren
166 Renteneintritt ermöglicht. Die Dauer der vorgezogenen Rente orientiert sich dabei
167 anteilig an der Zeit, die in belastenden Tätigkeiten verbracht wurde. Kriterien für
168 unter anderem belastende Tätigkeiten sind dabei schwere körperliche Belastung,
169 Arbeiten mit Gesundheitsrisiken, Schichtarbeit und Nachtarbeit sowie hohe psychische
170 Belastung. Diese Regelung erkennt an, dass nicht alle Menschen gleich lange arbeiten
171 können und schafft gerechte Übergänge in die Rente.

172 Wir bekennen uns klar zur umlagefinanzierten Rente, welche sich über Jahrzehnte durch

173 verschiedene Krisen hindurch bewährt hat. Das System des Erwerbs von Rentenpunkten
174 wollen wir beibehalten, das Rentenniveau auf perspektivisch 53 Prozent des
175 Durchschnittseinkommens anheben, dabei muss die generationsgerechte Gegenfinanzierung
176 sichergestellt sein. Im Falle von unverschuldeter Erwerbsarbeitslosigkeit erfolgt die
177 Berechnung der Rentenpunkte anteilig auf das ausgezahlte Erwerbsarbeitslosengeld in
178 Höhe von 80 Prozent. Die Mindestrente soll außerdem über der im vorherigen Kapitel
179 beschriebenen Mindestsicherung liegen.

180 Die Finanzierung der gesetzlichen Rente ist heute durch den demografischen Wandel
181 gefährdet wie nie. Gleichzeitig ist sie deutlich schlechter gestellt als die Pension
182 für Beamt*innen oder die Renten der Berufsgenossenschaften. Wir fordern eine Rente
183 für alle, in die Beschäftigte, Selbstständige und Beamt*innen einzahlen.

184 Wir erkennen an, dass viele Menschen auch im hohen Alter weiterhin einer
185 identitätsstiftenden Tätigkeit nachgehen wollen, ihnen aber derzeit verschiedene
186 gesetzliche Hindernisse im Weg stehen. Ältere Menschen sollen ermutigt werden, auch
187 nach Renteneintrittsalter aktiver Teil des gesellschaftlichen Lebens zu sein und
188 können sich durch Erwerbsarbeit oder ehrenamtliche Arbeit weiterhin selbst
189 verwirklichen. Diese Weiterarbeit soll aber nicht aus materieller Notwendigkeit
190 erfolgen.

191 **IV. Fazit**

192 Die vorgeschlagene Reform der deutschen Sozialversicherungen und Transferleistungen
193 ist ambitioniert und soll unser langfristiges Ziel beschreiben, aus welchem heraus
194 wir konkrete Forderungen der Tagespolitik ableiten. Sie macht unser soziales
195 Sicherungssystem gerecht, solidarisch und zukunftsfähig. Alle Menschen profitieren
196 von dieser Reform, während die Finanzierung auf breitere und gerechtere Schultern
197 gestellt wird.

198 Wir fordern die SPD auf, diese Forderungen umzusetzen und in der politischen
199 Auseinandersetzung für ihre Umsetzung zu kämpfen. Die Zeit für halbherzige Reformen
200 ist vorbei.

201

Antrag P02: Den Sozialstaat abbauen? - Nicht mit uns!

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 In den vergangenen Wochen und Monaten hören wir immer wieder vom sogenannten „Herbst
2 der Reformen“. Richtig wäre es aber, vom Herbst der sozialen Kälte, vom Herbst des
3 sozialen Rückschritts oder von dem Herbst zu sprechen, in dem die SPD ihre Werte
4 vollends über Bord geworfen hat.

5 Schon seit langem verbreitet die Union evidenzlose Narrative, die eine Schwächung des
6 Sozialstaats legitimieren. Merz Aussage, der Sozialstaat sei nicht mehr finanziert,
7 obwohl die Kosten prozentual gemessen am Bruttoinlandsprodukt vergleichbar sind mit
8 denen von vor einem Jahrzehnt, ist nur ein Beispiel des sozialpolitisch verschärften
9 Kurses der Unionsfraktion und ihrer Regierungsmitsglieder. Sie will die kriselnde
10 Wirtschaft neben Steuergeschenken an Superreiche und Unternehmen, insbesondere durch
11 erhöhten Druck auf bedürftige Menschen und weite Teile der Arbeitnehmerschaft, die
12 als zu faul oder zu wenig leistungsbereit dargestellt werden, beleben. Auch unsere
13 Mutterpartei folgt wieder wie in Zeiten der rot-grünen Bundesregierung diesem Weg der
14 sozialen Kälte und ist bereit, erkämpfte Verbesserungen, wie das Bürgergeld und die
15 damit versuchte Überwindung von Hartz4, aufzugeben. Die SPD macht sich damit das
16 Einsparungsrezept der Union zu eigen: Keine gezielten Steuererhöhungen, stattdessen
17 Einsparungen bei den Sozialleistungen.

18 Konkret hat der Koitionsausschuss der Bundesregierung aus SPD und Union
19 beschlossen, dass mit härteren Sanktionen belegt werden soll, wer gegen die Regeln
20 der Jobcenter verstößt, etwa bei Terminen oder der Arbeitsaufnahme. Wer als Empfänger
21 von Grundsicherung einen ersten Termin im Jobcenter versäumt, soll sofort zu einem
22 zweiten Termin eingeladen werden. Wer diesen Termin ebenfalls nicht wahrnimmt, dem
23 soll die monatliche Überweisung um 30 Prozent gekürzt werden. Bleibt auch ein dritter
24 Termin ungenutzt, sollen die Geldleistungen komplett eingestellt werden. Alle
25 Leistungen inklusive der Unterstützung zur Unterkunft sollen für diejenigen
26 gestrichen werden, die auch im Monat darauf nicht erscheinen. Die Sozialstaatspolitik
27 konservativer und rechter Kräfte basiert auf der Annahme, dass sich Arbeit gegenüber
28 dem Bezug von Sozialleistungen nicht mehr lohnen würde. Diese Annahme ist faktisch
29 falsch und wird von den Jusos entschieden abgelehnt. Die daraus abgeleitete Forderung
30 nach härteren Sanktionen, um Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen, verliert somit
31 ihren Sinn.

32 Die Gerechtigkeitsfrage unserer Zeit ist nicht, ob Menschen entweder Bürgergeld
33 beziehen oder in einem prekären Beschäftigungsverhältnis, in welches sie aus Angst
34 vor Kürzungen ihrer Bezüge getrieben wurden, arbeiten. Wenn wir über Gerechtigkeit
35 sprechen, müssen wir über Umverteilung sprechen. In kaum einem anderen Land ist das
36 Vermögen so ungleich verteilt wie in Deutschland. Während das reichste Prozent der
37 Bevölkerung fast 30% des gesamten deutschen Vermögens besitzt, gehören der ärmeren
38 Hälfte nur 3% daran. Aus der ungleichen Vermögensverteilung resultiert auch eine hohe
39 Einkommenskonzentration in Deutschland: 0,1% der Bevölkerung erhält jährlich 7% des
40 Nationaleinkommens. Diese Ungleichheit ist keinesfalls neu. Sie bleibt seit vielen

41 Jahren stabil und verschärft sich in der Tendenz noch.

42 Für uns ist es deshalb völlig unbegreiflich, dass unsere Mutterpartei diesen Kurs der
43 sozialen Kälte mitträgt und in der aktuellen Bundesregierung vielmehr aktiv
44 vorantreibt. Denn was als Maßnahme zur Eigenverantwortung verkauft wird, ist in
45 Wahrheit ein gefährlicher sozialpolitischer Dammbrock. Hier werden ganz existenzielle
46 Güter, wie das Dach über dem Kopf und das Grundrecht auf ein menschenwürdiges
47 Existenzminimum, zum Druckmittel gegenüber den Menschen in unserer Gesellschaft, die
48 den Schutz und die Unterstützung des Staates brauchen. Zudem verschärft die SPD als
49 vermeintliche Partei der Arbeitnehmer*innen ganz massiv die Situation der
50 Arbeitnehmenden. Zum einen sorgt der Kompromiss der Koalition dafür, dass Menschen
51 viel häufiger in prekäre Arbeitsverhältnisse eintreten müssen, um den harten Folgen
52 des Sanktionsregimes zu entgehen. Zugleich werden Beschäftigte viel häufiger in
53 Arbeitsverhältnissen mit schlechten Bedingungen verbleiben, weil eine Grundsicherung,
54 die mit massiven Sanktionen droht, die Verunsicherungen, die bei einer Kündigung
55 erwartbar sind, weiter verschärft.

56 Dieser Weg ist dabei nicht nur unsozial, er täuscht auch über die wirklichen Probleme
57 hinweg: Fehlende Weiterbildungsmöglichkeiten, mangelnde Jobperspektiven für
58 Geringqualifizierte und eine Arbeitsmarktintegration, die Geflüchtete wie auch
59 Langzeitarbeitslose im Stich lässt. Diese Probleme müssen, frei von Stigmatisierung
60 und mit den betroffenen Personen im Blick, angegangen werden.

61 Seit der Einführung des Bürger*innengeldes kursieren jedoch zahlreiche falsche
62 Behauptungen. Entgegen der populistischen Töne ist das Bürger*innengeld weder zu
63 teuer noch hält es Menschen vom Arbeiten ab. Die überwiegende Mehrheit der
64 Bürger*innengeld-Beziehenden sind Alleinerziehende, Personen mit erheblichen
65 gesundheitlichen Einschränkungen und in großer Zahl Kinder. Zudem verdient niemand
66 mehr durch Bürger*innengeld als durch Arbeit, etwa 20% der Empfänger*innen sind
67 Arbeiter*innen, die ihr Einkommen mit dem Bürger*innengeld aufstocken. Zudem hat das
68 Bürger*innengeld Menschen in gute Arbeit gebracht: Im letzten Jahr meldeten sich
69 monatlich durchschnittlich 5,64 Prozent der Arbeitslosen aus der Arbeitslosigkeit ab,
70 weil sie eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt oder eine Ausbildung
71 aufgenommen hatten.

72 Dass eine grundlose Vollsanktionierung nicht tragbar ist, hat das
73 Bundesverfassungsgericht bereits 2019 klargestellt: Sanktionen von mehr als 30%
74 wurden als verfassungswidrig erklärt, außer Personen lehnten "zumutbare Arbeit"
75 grundlos ab. Die geplanten Kürzungen der Bundesregierung - Leistungen schon nach drei
76 verpassten Terminen um bis zu 100% zu streichen und sogar Mietzahlungen einzustellen
77 - bedeuten, dass Menschen bewusst in Wohnungs- und Mittellosigkeit getrieben werden.
78 Sanktionen führen dazu, dass Betroffene sich aus dem Arbeitsmarkt und dem
79 Leistungsbezug zurückziehen, Familien zusätzlich belastet werden und der Weg in
80 ungeschützte Schwarzarbeit sowie prekäre Beschäftigung vorgezeichnet ist. Sie treffen
81 die Schwächsten in unserer Gesellschaft, insbesondere jene mit wenig Bildungschancen
82 und Barrieren im Umgang mit Behörden. Zudem schwächen Leistungskürzungen
83 Beschäftigte, deren Verhandlungsmacht gegenüber ihren Arbeitgeber*innen angesichts
84 eines nicht verlässlichen Sozialstaats weiter sinkt. Eine stabile Grundsicherung ist
85 auch deshalb wichtig, weil sie Leute davor bewahrt, schlechte Jobs anzunehmen und dem
86 Druck von Arbeitgeber*innen nachzugeben.

87 Deshalb fordern wir:

- 88 • Dass die Ministerinnen und Minister der SPD in der Bundesregierung keinen
89 Kürzungen an unserem Sozialstaat, die Menschen, die auf die Unterstützung des
90 Staates angewiesen sind, in prekäre Arbeitsverhältnisse und im schlimmsten Fall
91 bis in die Wohnungslosigkeit treiben, zustimmen und solche Vorhaben aktiv
92 bekämpfen.
- 93 • Dass die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sich aktiv gegen die Vorschläge
94 der Bundesregierung stellen, die auf Stigmatisierung beruhen, gesellschaftliche
95 Ungleichheiten zementieren und soziale Kälte schüren. Jede*r Abgeordnete ist in
96 erster Linie ihrem und seinem Gewissen verpflichtet. Es sollte Konsens in der
97 Sozialdemokratie sein, dass soziale Standards nicht aus politischem
98 Opportunismus verwässert werden. Zu oft trägt die SPD „Kompromisse“ mit, die
99 keine sind. Dass kein Untersuchungsausschuss gegen Jens Spahn eingesetzt wird,
100 ist nur ein Beispiel von vielen. Stattdessen erwarten wir von unseren
101 Genoss*innen im Deutschen Bundestag, dass sie im parlamentarischen Verfahren
102 einen sozialen Gegenentwurf entwickeln, der nicht nach unten tritt, sondern die
103 Vermögensungleichheit in den Fokus nimmt und aufbricht.
- 104 • Dass die Landesregierungen, an denen die SPD beteiligt ist, sich im Rahmen der
105 durch den Bundesrat gegebenen Möglichkeiten zur Mitwirkung am
106 Gesetzgebungsverfahren gegen den Kompromiss der Koalition stellen und sich aktiv
107 für Verbesserungen, die den unsozialen Charakter der aktuell diskutierten
108 Vorschläge verändern, im parlamentarischen Prozess einsetzen.
- 109 • Dass die SPD im Rahmen des anstehenden Grundsatzprogrammprozesses die extreme
110 Vermögensungleichheit in Deutschland in den Fokus rückt und klare Antworten
111 darauf formuliert, wie diese aufgebrochen werden kann. Es braucht dieses klare
112 Bekenntnis unserer Mutterpartei, keine Partei der sozialen Kälte, sondern der
113 gesamtgesellschaftlich relevanten Reformen zu sein.

Begründung

Mit unserem Antrag wollen wir kein neues Konzept für einen funktionierenden Sozialstaat vorlegen. Wir wollen auch die guten Beschlusslagen, die wir in den vergangenen Jahren auf Bundeskongressen und an vielen anderen Stellen immer wieder diskutiert und beschlossen haben, nicht ersetzen. Denn wir sind überzeugt, dass wir als Jusos, auf Basis unserer Grundwerte und Beschlüsse, die richtigen Antworten auf die Fragen nach der Zukunft unseres Sozialstaates und nach der richtigen Ausgestaltung eines Sicherungssystems für Menschen, die den Schutz des Staates brauchen, geben können.

Wir wollen die SPD vielmehr an ihre Rolle als Partei erinnern, die links der Mitte stehen müsste. Sie erinnern daran, dass soziale Politik und das Streichen aller Leistungen, inklusive der Unterstützung zur Bezahlung der Unterkunft, sich gegenseitig ausschließen. Das harte Sanktionen in einer neuen Grundsicherung nicht den Arbeitssuchenden nützen oder Menschen schützen, die auf den Staat angewiesen sind, sondern lediglich den Arbeitgeber*innen in die Karten spielen. Dass die Narrative von konservativen und rechtsextremen Kräften niemals zu unseren Narrativen werden dürfen. Und zugleich klar und deutlich sagen: Euren Kurs der sozialen Kälte tragen wir nicht mit. Der Weg, den ihr geht, ist ein Weg ohne uns.

Kompromisse können nochmal aufgemacht werden. Kompromisse wie der im Koalitionsausschuss zum Bürgergeld gefundene müssen nochmal aufgemacht werden. Unsere Forderung an die Mutterpartei ist klar

und aus unserer Sicht alternativlos. Wir erwarten, dass die SPD endlich über die ungleiche Verteilung von Vermögen spricht und wirksame Lösungen vorschlägt, statt mit den Konservativen in der Bundesregierung immer weiter nach unten zu treten. Für diese Kurskorrektur ist es nicht zu spät und sie ist bitter nötig.

Antrag P03neu: Psychische Gesundheit ist kein Luxus – Versorgungslücken für Geflüchtete schließen, Teilhabe sichern!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg (Gliederung)
Status:	angenommen
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

1 Psychologische Perspektiven müssen in der Geflüchtetenpolitik deutlich stärker
2 berücksichtigt werden. Eine bedarfsgerechte psychische Versorgung ist unerlässlich,
3 um den gesundheitlichen Herausforderungen nach der Flucht wirksam zu begegnen
4 Deutschland trägt eine besondere Verantwortung für globale Fluchtursachen. Als
5 Waffenexporteur, Industrieland und Umweltverschmutzer ist die Bundesrepublik an
6 internationalen Konflikten und Klimafolgen beteiligt, die weltweit Lebensgrundlagen
7 zerstören und Menschen indirekt zur Flucht zwingen. Daraus erwächst eine politische
8 und moralische Pflicht, diese Mitverantwortung anzuerkennen und konsequent zu
9 handeln.
10 Insbesondere aufgrund der teils traumatisierenden Erfahrungen, die Geflüchtete auch
11 durch europäische und deutsche Behörden machen, trifft den Staat eine besondere
12 Schutzwichtpflicht gegenüber geflüchteten Menschen. Fluchtursachen, Fluchterfahrungen und
13 die häufig belastende Behandlung von Geflüchteten in Deutschland führen regelmäßig zu
14 psychischen Erkrankungen. Studien zeigen, dass rund 30 Prozent der Geflüchteten an
15 psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen
16 leiden. Gleichzeitig ist der Zugang zu therapeutischer Unterstützung für Geflüchtete
17 stark eingeschränkt. In der Praxis werden psychotherapeutische Behandlungen für
18 volljährige Geflüchtete nur in Ausnahmefällen bewilligt. Ohne frühzeitige
19 Unterstützung können sich psychische Probleme weiter verschlechtern und sich damit
20 negativ auf die Integration auswirken. Dies erhöht das Risiko sozialer Isolation
21 sowie weiterer gesundheitlicher Folgeerkrankungen.
22 Mit einer gezielten psychologischen Betreuung und frühzeitigen Interventionen können
23 psychische Krisen verhindert und die Integration nachhaltig gefördert werden.
24 Langfristig leistet dies einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden und stabilen
25 Gesellschaft.
26 Obwohl das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft werden muss, um für
27 Geflüchtete ernsthafte und gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu
28 ermöglichen, stellen wir fest, dass unter § 4 Abs. 1 ein klarer Rechtsanspruch auf
29 die Versorgung geflüchteter Menschen im akuten Krankheitsfall besteht. Dennoch
30 scheitert die psychische Gesundheitsversorgung in der Praxis häufig an strukturellen
31 Defiziten.
32 Daher fordern wir:
33 • Ein niedrigschwelliger Zugang, insbesondere für geflüchtete Menschen, in das
34 Gesundheitssystem. Geflüchtete müssen über ihren Rechtsanspruch [in eigener
35 Sprache] aufgeklärt und für Themen der psychischen Gesundheit mehrsprachig
36 informiert und sensibilisiert werden.
37 • Dass es ein verpflichtendes Angebot für eine psychologische Erstuntersuchung
38 geben muss für Geflüchtete, welches sie freiwillig in Anspruch nehmen können.

- 39 • Im § 4 Abs. 1 AsylbLG muss die Inanspruchnahme aller gesundheitsbezogener
40 Leistungen auch außerhalb akuter Krankheitsfälle ermöglicht werden, sodass auch
41 psychische Erkrankungen miteingeschlossen sind.
- 42 • Nach Ankunft in Deutschland sollen somit allen psychisch belasteten und
43 erkrankten Geflüchteten akute Psychotherapien ermöglicht werden, um
44 traumatisierende Erfahrungen adäquat verarbeiten zu können.
- 45 • Bereits bestehende Einrichtungen zur gesundheitsbezogenen Versorgung
46 geflüchteter Menschen müssen auskömmlich und langfristig finanziert werden.
- 47 • Um sprachliche Barrieren im Zugang zu psychotherapeutischer Unterstützung
48 abzubauen, sollen Geflüchteten Sprachmittler*innen zur Seite gestellt werden,
49 die speziell für die Kommunikation im Bereich der psychischen Gesundheit
50 ausgebildet sind. Die Beantragung solcher Sprachmittler*innen muss deutlich
51 vereinfacht und ihre Arbeit fair vergütet werden.
- 52 • Wir fordern den Ausbau psychosozialer Zentren, deren Kapazitäten den Bedarf an
53 der Versorgung aktuell nicht decken können und eine verbesserte finanzielle
54 Förderung durch den Bund, um Länder und Kommunen zu entlasten. Denn
55 psychosoziale Zentren bieten asylrechtliche Beratung, Hilfe bei der
56 Wohnungssuche und auch Psychotherapie für Geflüchtete an.

Begründung

Fluchtursachen, Fluchterfahrungen und die häufig belastende Behandlung von Geflüchteten in Deutschland führen regelmäßig zu psychischen Erkrankungen. So zeigen Studien, dass rund 30 Prozent der Geflüchteten an psychischen Erkrankungen wie Depressionen oder posttraumatischen Belastungsstörungen leiden.

Gleichzeitig ist der Zugang zu therapeutischer Unterstützung für Geflüchtete stark eingeschränkt. In der Praxis werden psychotherapeutische Behandlungen für volljährige Geflüchtete nur in Ausnahmefällen bewilligt.

Ohne frühzeitige Unterstützung können sich psychische Probleme jedoch noch weiter verschlechtern und sich damit negativ auf die Integration von Geflüchteten auswirken und das Risiko von sozialer Isolation sowie weiteren gesundheitlichen Folgeerkrankungen erhöhen.

Mit einer gezielten psychologische Betreuung und frühzeitigen Interventionen können psychische Krisen verhindert und die Integration nachhaltig gefördert werden. Langfristig leistet dies einen wichtigen Beitrag zu einer gesunden und stabilen Gesellschaft.

Daher sind Maßnahmen wie eine erste psychologische Einschätzung unmittelbar nach der Ankunft sowie Sensibilisierungskampagnen von großer Bedeutung. Sie unterstützen die psychische Gesundheit Geflüchteter und erleichtern den Zugang zu bestehenden Hilfsangeboten.

Antrag R01: Inklusive Jugendhilfe - Hilfen aus einer Hand für junge Menschen mit und ohne Behinderung

Antragsteller*in:	Jusos Bayern (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 Seit 2021 wurde der lang ersehnte Reformprozess des Kinder- und Jugendhilfegesetzes
2 angestoßen (durch das „Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz“). Dieses sieht neben
3 der Verbesserung des Kinderschutzes, der Stärkung junger Menschen in stationären
4 Wohnformen und Pflegefamilien, dem Ausbau von Präventionsangeboten und einer höheren
5 Beteiligung der jungen Menschen und ihrer Familien vor allem auch bis 2028 Hilfen
6 „aus einer Hand“ für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung vor.

7 Bisher unterscheidet sich die Zuständigkeit je nach Behinderungsart: Für die
8 Versorgung junger Menschen mit seelischer Behinderung sind ab dem Schuleintritt und
9 bis zum 21. Lebensjahr derzeit die Jugendämter (Landkreise/kreisfreie Städte)
10 zuständig. Dies ist in § 35a SGB VIII und § 69 SGB VIII geregelt. Die Zuständigkeit
11 für junge Menschen mit körperlicher, geistiger oder Mehrfachbehinderung sowie für
12 Kinder mit seelischer Behinderung im Vorschulalter oder über 21 Jahre wird hingegen
13 im SGB IX geregelt. Die zuständigen Behörden für Leistungen nach dem SGB IX
14 unterscheiden sich je nach Bundesland: In Bayern sind beispielsweise die Bezirke und
15 in Baden-Württemberg die Sozialämter der Kommunen zuständig. Damit ist die
16 Zuständigkeit für Kinder und Jugendliche mit bestimmten Behinderungen getrennt von
17 vielen anderen Leistungen für junge Menschen und deren Familien, die bei den
18 Jugendämtern liegen. Dadurch fehlen zum Beispiel Schnittstellen zum Kinderschutz.
19 Durch die Reform des SGB VIII hin zu einer inklusiven Jugendhilfe sollen alle Hilfen
20 für junge Menschen künftig durch einen öffentlichen Träger gewährt werden.

21 Das Kinder- und Jugendhilfestärkungsgesetz sieht vor, durch weitere Gesetzesreformen
22 alle Leistungen der Eingliederungshilfe für junge Menschen auf die örtlichen Träger
23 der Jugendhilfe (Jugendämter) zu verschieben, das heißt aus dem SGB IX in das SGB
24 VIII. Ein Projekt, das in den letzten Jahren maßgeblich und bis zu einem konkreten
25 Gesetzesentwurf durch die Ampel-Regierung vorangetrieben wurde, wird nun trotz des
26 großen Zeitdrucks ignoriert. Zwar wird die Reform im Koalitionsvertrag 2025 zwischen
27 SPD und CDU erwähnt, jedoch gibt es derzeit weder aus der SPD noch aus den
28 zuständigen Ministerien (BMAS, BMFSFJ) eine klare Positionierung, wie es konkret
29 weitergehen soll.

30

31

32 Die aktuell bestehende strukturelle Trennung von Leistungen der Kinder- und
33 Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe ist problematisch, weil die Versorgung und
34 Teilhabe junger Menschen mit Behinderung darunter leidet. Es fehlen geeignete
35 Strukturen, die einen inklusiven Kinderschutz sicherstellen und vermeiden, dass
36 Kindeswohlgefährdungen bei besonders vulnerablen Gruppen durch strukturelle
37 Missstände übersehen werden. Des Weiteren unterscheidet sich das Selbstverständnis
38 der Träger von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe erheblich und kann schlechter

39 ineinandergreifen, wenn unterschiedliche Stellen zuständig sind. So verfolgt die
40 Jugendhilfe einen sozialraumorientierten und generalistischen Ansatz durch die
41 „Allzuständigkeit“ der Allgemeinen Sozialen Dienste. Gleichzeitig bündeln die
42 öffentlichen Träger der Eingliederungshilfe das Fachwissen zum Thema Behinderung.
43 Beide Ansätze haben ihre Berechtigung und müssen bei der Reform des SGB VIII zu einem
44 inklusiven Kinder- und Jugendhilfegesetz berücksichtigt werden. Nichtsdestotrotz wird
45 die Versorgung und Teilhabe junger Menschen mit Behinderung durch bürokratische
46 Hürden wie aufwendige Antragsverfahren und vor allem Zuständigkeitsübergänge
47 erschwert. Durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten je nach Behinderungsart kann
48 mit einem neuen Gutachten schnell eine andere Behörde zuständig sein - wo dann der
49 ganze Fall neu geprüft wird, als hätte man ihn noch nie gesehen. Gerade bei jungen
50 Menschen passiert das in manchen Fällen alle paar Jahre, und kostet Zeit und Energie.
51 Weil so nicht alle jungen Menschen die gleichen Rechte haben, widerspricht die
52 deutsche Gesetzgebung in ihrer jetzigen Form weiterhin der UN-
53 Behindertenrechtskonvention – trotz ihrer Ratifizierung durch Deutschland im Jahr
54 2009.

55 Als Jusos unterstützen wir eine Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und
56 Jugendliche mit (drohender) Behinderung im Rahmen einer inklusiven Kinder- und
57 Jugendhilfe im SGB VIII. Als Jusos fordern wir jedoch eine Reform, die nicht nur die
58 im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz vorgesehene Zusammenführung im Gesetz und als
59 Verwaltungsreform umsetzt, sondern auch einen grundlegenden Wandel hin zu einer
60 wirklich inklusiven und auf Teilhabe ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe schafft.
61 Dazu gehören für uns insbesondere: gesellschaftliche Teilhabe als Leitbild neben
62 Erziehung und Entwicklung im SGB VIII zu verankern, die Beseitigung bürokratischer
63 Hürden, das immer wieder kritische Hinterfragen der Kategorien von „Behinderung“, die
64 selbst als Exklusionsmechanismus wirken, eine Stärkung der Selbstvertretung von
65 jungen Menschen mit Behinderung sowie eine feministische Perspektive auf die
66 Fürsorgearbeit von und für Menschen mit Behinderung.

67 Deshalb fordern wir:

- 68 • die Zusammenführung aller Leistungen für Kinder und Jugendliche mit (drohender)
69 Behinderung im SGB VIII. Diese Zusammenführung darf nicht nur im Gesetz
70 passieren, sondern muss letztendlich auch dazu führen, dass in der Verwaltung
71 vor Ort aus Perspektive der Nutzenden eine einzelne Stelle verantwortlich ist
72 oder zumindest alle beteiligten Stellen gut zusammenarbeiten.
73 Zuständigkeitsübergänge müssen reibungslos funktionieren und keine zeitliche
74 Verzögerung oder zusätzliche Aufwände für die Leistungsberechtigen mit sich
75 bringen. Dabei darf es in den Leistungsansprüchen und der Betreuung vor Ort
76 keine Verschlechterung zum Status quo geben.
- 77 • eine SGB-VIII-Reform, die „vom Menschen her“ gedacht ist. Dafür werden Angebote
78 vor Ort benötigt, um das Prinzip „ambulant vor stationär“ auch in einer
79 inklusiven Jugendhilfe umsetzen zu können. Um eine inklusive Jugendhilfe „vom
80 Menschen her“ zu gestalten, fordern wir die Förderung flexibler und
81 individueller Angebotsstrukturen, die in partnerschaftlicher Zusammenarbeit
82 zwischen öffentlichen und freien Trägern erarbeitet werden sollen.
- 83 • eine Weiterentwicklung der Angebote von Jugendhilfe und Eingliederungshilfe, die
84 geeignete und spezifische Schutzzräume bieten, jedoch anhand des individuellen

85 Bedarfs sektorenübergreifend durchlässiger ist – insbesondere im Hinblick auf
86 Selbstbestimmung und Partizipation junger Menschen mit Behinderung.

87 • Einen Schwerpunkt Prävention im Interesse der anspruchsberechtigen Kinder und
88 Jugendlichen, und niedrigschwolligen Hilfen, um eine selbstbestimmte Entwicklung
89 zu unterstützen und spätere Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern.

90 • die Abschaffung von langen, komplizierten Anträgen. Alle Formulare und
91 Informationen müssen in leichter Sprache vorliegen. Auch muss die Option
92 bestehen, diese in weiteren Sprachen zu erhalten. Leistungen der
93 Eingliederungshilfe müssen formlos beantragt werden können, um jungen Menschen
94 mit Behinderung mehr Selbstbestimmung zu ermöglichen und zugleich Eltern und
95 andere Fürsorgepersonen zu entlasten. Die Entlastung von Personen, die
96 Fürsorgearbeit leisten, hat dabei auch eine feministische Dimension.

97 • die konsequente Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention und der
98 Behindertenrechtskonvention

99 Das Leitbild aller dieser Reformen muss Inklusion und volle Teilhabe in allen
100 Lebensbereichen nach der UN-Behindertenrechtskonvention und zugleich die Erfüllung
101 von Kinderrechten nach der UN-Kinderrechtskonvention sein. Dazu gehört auch, bei den
102 gesetzlich und festgelegten Behinderungsarten immer wieder kritisch zu prüfen, ob sie
103 tatsächlich zu einer besseren Förderung und mehr Inklusion von Kindern und
104 Jugendlichen mit Behinderungen und der Rechtfertigung von wichtigen
105 Leistungsansprüchen beitragen, oder ob sie stattdessen vielmehr zu strukturellen
106 Nachteilen und Diskriminierung, bürokratischen Hürden und willkürlichen Trennlinien
107 gerade im Bildungsbereich führen. .

108

109 Zur Bündelung von Ressourcen und um gleiche Teilhabe unabhängig vom Wohnort zu
110 schaffen, soll im Rahmen der Reform eine bundesweite wissenschaftliche Evaluation und
111 Standardisierung grundlegender Abläufe erfolgen. Dabei sind auch die Unterschiede
112 zwischen den Bundesländern in der Versorgung junger Menschen mit und ohne Behinderung
113 zu überprüfen. Die praktische Erfahrung der Verfahrenslots*innen in den Kommunen muss
114 genutzt werden, um bestehende Hürden zu beseitigen. Die Reform muss unter
115 Einbeziehung der Expertise der Fachkräfte und Fachverbände der Kinder- und
116 Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe, genauso aber mit Beteiligung von
117 Selbstvertretungsorganisationen von Menschen mit Behinderung stattfinden.

118

119 Die Kommunen dürfen mit dem Umbau nicht allein gelassen werden. Angesichts der
120 bereits jetzt extrem angespannten finanziellen und personellen Situation vieler
121 Jugendämter und kommunaler Träger müssen Bund und Länder verbindlich sicherstellen,
122 dass der Reformprozess mit ausreichenden Mitteln und zusätzlichem qualifiziertem
123 Personal unterlegt wird. Für den Umbau der Verwaltungsstrukturen sowie für die
124 Schaffung neuer inklusiver Angebote sind dauerhafte Finanzierungszusagen
125 erforderlich.

126 Entsprechend dem Konnektivitätsprinzip gilt weiterhin: Wer Aufgaben überträgt, muss auch
127 für deren vollständige Finanzierung sorgen.

128 Darüber hinaus fordern wir unverändert eine strukturelle Verbesserung der kommunalen

- 129 Finanzausstattung, damit die Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe nicht am
- 130 Haushaltsdruck scheitert.

Antrag R02: Kinderschutz ist Pflicht – für starke Strukturen, verbindliche Rechte und echte Prävention

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	R - Rente, Generationen & Familie

1 *Triggerwarnung: körperliche, psychische & sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen*
2 Kinderschutz ist Kern staatlicher Glaubwürdigkeit - wer Kinder und Jugendliche nicht
3 schützt, verliert sein moralisches Fundament. Kinder und Jugendliche verdienen
4 Schutz, Sicherheit und Teilhabe. Doch noch immer erleben zu viele von ihnen in
5 Deutschland Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung – oft, weil staatliche Strukturen
6 überlastet, unterfinanziert oder unklar geregelt sind. Ein wirksamer Kinderschutz
7 darf jedoch nicht vom Zufall, vom Wohnort oder von den verfügbaren finanziellen
8 Ressourcen abhängen. Wir Jusos fordern deshalb, Kinderschutz als gesamtstaatliche
9 Kernaufgabe zu begreifen und die Kinder- und Jugendhilfe so auszustatten, dass sie
10 ihrem Auftrag gerecht werden kann. **Dazu bekräftigen wir die Forderung, Kinderrechte**
11 **explizit im Grundgesetz zu verankern.** Die SPD wird aufgefordert, hierzu einen
12 rechtssicheren, wirksamen Formulierungsvorschlag einzubringen und parlamentarische
13 Mehrheiten zu organisieren.

14 **Stärkung der Jugendämter und einheitliche Strukturen**

15 Die Jugendämter sollen das Rückgrat des Kinderschutzes sein. Sie brauchen bundesweit
16 einheitliche Rahmenbedingungen, klare Verfahren und moderne Strukturen, um jedes
17 gefährdete Kind wirksam zu schützen. Damit Schutz überall gleich wirksam ist, braucht
18 es gemeinsame Standards. **Dafür soll der Bund mit Ländern, Kommunen und Fachpraxis**
19 **einheitliche, verbindliche Leitlinien für Risikoabschätzung (nach §8a SGB VIII) und**
20 **Eingriffe schaffen, um kommunale Ungleichheiten zu reduzieren. Es muss ein bundesweit**
21 **kompatibles, sicheres digitales Fallmanagement etabliert werden, damit Informationen**
22 **zwischen Behörden rechtssicher, unkompliziert und zeitnah verfügbar sind.** Jede
23 Meldung zu einer möglichen Kindeswohlgefährdung muss bundesweit binnen 24 Stunden,
24 wie beispielsweise in Bremen, einer qualifizierten Erstprüfung unterzogen werden und
25 Priorisierungen sollten ausschließlich nach fachlichen Gefährdungskriterien erfolgen,
26 nicht aufgrund von Ressourcenknappheit. Wichtig ist auch die Früherkennung, denn sie
27 rettet Leben – aber nur, wenn Signale nicht verloren gehen und die entsprechenden
28 Akteur*innen effektiv und verlässlich zusammenarbeiten. **Frühwarnsysteme und**
29 **Meldeketten aus Kita, Schule, Gesundheitswesen, Polizei etc. müssen bundesweit**
30 **standardisiert werden.** Verbindliche Informationspflichten und einheitliche
31 Dokumentationsstandards für alle beteiligten Stellen sind dabei entscheidend. **Die**
32 **Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (KJSG) soll bundesweit**
33 **vereinheitlicht angewendet werden; § 8a Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) soll als**
34 **Muss-Aufgabe eindeutig verstanden und ausgestaltet werden.** Damit ist sicherzustellen,
35 dass Verfahren zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung überall nach denselben
36 fachlichen Kriterien erfolgen.
37 Zudem müssen ausreichend qualifizierte Inobhutnahmestellen bundesweit sichergestellt

38 werden. Jeder Landkreis und jede kreisfreie Stadt soll verpflichtet werden, auf Basis
39 nachvollziehbarer Bedarfsberechnungen genügend Plätze vorzuhalten und diese
40 bedarfsgerecht auszubauen.

41 **Zudem müssen Bund und Länder verbindliche Qualitätsstandards und regelmäßige**
42 **Evaluationen etablieren, um die Einhaltung dieser Vorgaben zu gewährleisten.**
43 **Ergänzend sollen bundesweit einheitliche § 8a-Meldebögen zur Orientierung bei der**
44 **Einschätzung einer möglichen Kindeswohlgefährdung eingeführt werden.** Einheitliche
45 Vorgehensweisen und eine festgelegte methodische Grundlage sind notwendig, um
46 Fachkräften eine klare und vergleichbare Handlungsorientierung zu geben.

47 **Personal, Qualifikation und Arbeitsbedingungen**

48 Außerdem braucht guter Kinderschutz ausreichend Personal, Zeit und Qualifikation.
49 Überlastete Fachkräfte können Kinder und Jugendliche nicht sicher schützen – das ist
50 eine Frage der politischen Priorität. **Wir brauchen also mehr Personal in den**
51 **Jugendämtern, um so, langfristig die Fallzahlen pro Fachkraft deutlich abzusenken.** Um
52 die Fallzahlen pro Fachkraft langfristig deutlich zu senken, braucht es mehr
53 Fachkräfte in den Jugendämtern. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Allgemeiner Sozialer
54 Dienst (BAG ASD) empfiehlt maximal 35 Fälle pro Vollzeitkraft; wir fordern eine
55 maximale Obergrenze von 30 Fällen pro Fachkraft. Bei einer deutlichen Überschreitung
56 (über 40 Fälle) soll eine automatische Gefährdungsanzeige gestellt werden. Damit
57 einhergehend muss eine neue Stellenbewertung stattfinden, um den ASD so gut wie
58 möglich zu stärken. Das ist besonders wichtig im Hinblick auf präventive Arbeit.
59 Fachkräfte müssen die Zeit haben, sich Familien langfristig und präventiv zu widmen,
60 damit Kinderschutz schon vor der akuten Gefährdung beginnen kann. **Zusätzlich müssen**
61 **Fachkräfte kontinuierlich fortgebildet sowie infolge der psychischen Belastung besser**
62 **unterstützt werden.** Verbindliche Fortbildungspflichten (zum Beispiel in Bereichen wie
63 Kinderschutzrecht, Trauma, Gesprächsführung, interkulturelle Kompetenz) und
64 regelmäßige Supervision sollen bundesweit verankert und finanziert werden. **Darüber**
65 **hinaus braucht es multiprofessionelle Teams aus Sozialpädagogik, Psychologie, Medizin**
66 **und Rechtswissenschaft, damit komplexe Fälle aus verschiedenen Perspektiven gemeinsam**
67 **bewertet werden können.**

68 **Auch der frühkindliche Bereich muss systematisch in den Kinderschutz einbezogen**
69 **werden.** Dazu gehören eine flächendeckende Stärkung der frühen Hilfen, verbindliche
70 Kinderschutz-Fortbildungen für medizinisches Personal und eine enge Verzahnung
71 zwischen Gesundheitswesen, Jugendhilfe und Familienhilfe. Besonders Kinderärzt*innen,
72 Hebamm*innen und Fachkräfte der Geburtshilfe müssen klar definierte Meldewege und
73 Ansprechstellen kennen.

74 Daneben müssen auch die Kapazitäten in der mobilen sowie offenen Kinder- und
75 Jugendarbeit drastisch ausgebaut werden. Dazu gehört die Schaffung weiterer Stellen
76 und Einrichtungen, insbesondere in der mobilen Jugendarbeit und der Streetwork aber
77 auch in den Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Einrichtungen, in
78 denen nur ein*e Sozialarbeiter*in beschäftigt ist, können ihrem pädagogischen Auftrag
79 nicht nachkommen - so sind sie nur Kinderverwahranstalten. An den Mehrkosten der
80 Kommunen müssen sich Länder und Kommunen beteiligen.

81 **Datenschutz und Informationssicherheit im Kinderschutz**

82 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Schutz, Sicherheit und die Wahrung ihrer
83 Privatsphäre. Datenschutz ist dabei keine bürokratische Last, sondern eine
84 Voraussetzung für wirksamen Kinderschutz. Nach Artikel 8 der Datenschutz-
85 Grundverordnung der Europäischen Union (DSGVO) und § 12 Bundesdatenschutzgesetz
86 (BDSG) müssen Kinder bei der Verarbeitung ihrer Daten besonders geschützt werden.
87 In der Praxis bestehen jedoch häufig Unsicherheiten, wann und in welchem Umfang Daten
88 zwischen Fachkräften, Institutionen und Behörden ausgetauscht werden dürfen. Diese
89 Unklarheiten führen nicht selten zu Verzögerungen oder zu einer Unterlassung
90 notwendiger Schutzmaßnahmen. Um das zu verhindern, braucht es bundeseinheitliche und
91 praxisnahe Leitlinien, die Datenschutz und Kinderschutz gleichermaßen gewährleisten.
92 Wir Jusos fordern daher:

- 93 • **Bundeseinheitliche Regelungen und klare Rechtsgrundlagen für den Datenaustausch
bei Kindeswohlgefährdung** – insbesondere im Rahmen des § 8a SGB VIII und § 4 der
95 Kirchlichen Datenschutzordnung (KDO).
- 96 • **Verbindliche Schulungen und Fortbildungen** für alle Fachkräfte im Kinderschutz
(Jugendhilfe, Schule, Polizei, Gesundheitssystem etc.) zu Datenschutz,
Schweigepflichtentbindung und Informationspflichten. Datenschutz darf nicht zur
99 Hemmschwelle werden, weil Handlungssicherheit fehlt.
- 100 • **Ein sicheres, standardisiertes, digitales Fallmanagementsystem** in allen
101 Jugendämtern, das datenschutzkonform, interoperabel und länderübergreifend
102 kompatibel ist. So wird gewährleistet, dass relevante Informationen
103 rechtssicher, verschlüsselt und schnell zwischen den beteiligten Stellen
104 fließen. Dabei muss gewährleistet werden, dass ein Datenaustausch nur bei akuter
105 Kindeswohlgefährdung oder mit Zustimmung der Personensorgeberechtigten erfolgt.
- 106 • **Kindgerechte Datensparsamkeit und Zweckbindung:** Daten von Kindern und
107 Jugendlichen dürfen nur in dem Umfang verarbeitet werden, der für Schutz,
Hilfeplanung und Betreuung zwingend erforderlich ist. Jede Nutzung muss sich am
108 Kindeswohl orientieren.
- 109 • **Verbindliche Datenschutzkonzepte und Informationssicherheitsrichtlinien** für alle
110 Einrichtungen, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten - von Kitas und Schulen
111 über kirchliche Einrichtungen bis hin zu freien Trägern. Datenschutz muss Teil
112 der institutionellen Kinderschutzkonzepte sein.
- 113 • **Einheitliche Aufsicht und Beratung:** Die Datenschutzaufsichtsbehörden sollen in
114 enger Kooperation mit Jugend- und Familienministerin verbindliche
115 Auslegungshilfen und Beratungskonzepte entwickeln, damit Fachkräfte rechtssicher
116 handeln können.
- 117 • **Recht auf digitale Sicherheit für Kinder:** Der Staat muss gewährleisten, dass
118 Kinder und Jugendliche auch in digitalen Räumen geschützt werden – durch klare
119 Altersgrenzen, transparente Einwilligungs-Regelungen und verpflichtende
120 kindgerechte Datenschutzerklärungen gemäß Art. 8 DSGVO.
- 121 • **Möglichkeit der Weitergabe bekannt gewordenem Fehlverhalten von Trainer*innen in
Sportvereinen und -verbänden:** In den letzten Monaten und Jahren werden immer
123 mehr Missbrauchsvorfälle bzw. -verdachtsfälle von sexualisierter und psychischer
124 Gewalt sowie von Machtmissbrauch in verschiedenen Strukturen des Breiten- und

125 Spitzensports vieler Sportarten bekannt. Betroffen sind zumeist Kinder,
126 Jugendliche und junge Erwachsene, die Trainer*innen (und anderen sportlichen
127 Betreuungspersonen) sind ihre Schutzbefohlenen. Es besteht ein Machtgefälle,
128 welches von Einzelpersonen ausgenutzt wird. Nach schwerwiegenden oder sich
129 häufigen Vorwürfen von Athlet*innen gegenüber ihren Trainer*innen, werden diese
130 als Reaktion des Vereins oder Verbands häufig entlassen, wenn sie Kenntnis davon
131 erhalten. Die Trainer*innen suchen sich oft einen neuen Verein oder Verband in
132 einem anderen Bundesland. Hier werden sie aufgrund ihrer Arbeitserfahrung
133 eingestellt, ohne dass die neuen Arbeitgeber*innen vom Fehlverhalten erfahren.
134 Bisher enthält das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis nur bereits
135 strafrechtlich relevantes und verurteiltes Fehlverhalten (Sexualdelikte etc.).
136 Andere Formen des grenzüberschreitenden Verhaltens (psychische Gewalt,
137 Demütigungen, nicht-strafrechtlich relevante Grenzverletzungen) oder laufende
138 Verfahren werden nicht aufgeführt. Der Abschluss von Verfahren erfolgt häufig
139 erst nach einer Neueinstellung. Anderes Fehlverhalten, welches keinen
140 Straftatbestand erfüllt oder von den Betroffenen nicht angezeigt wird, wird den
141 neuen Arbeitgeber*innen nicht bekannt. Investigativrecherchen belegen, dass
142 auffällig gewordene Trainer*innen regelmäßig auch in neuen Arbeitsverhältnissen
143 grenzüberschreitendes Verhalten ihren häufig minderjährigen Athlet*innen
144 gegenüber zeigen. Die neuen Sportvereine und -verbände benötigen Hinweise im
145 Vorfeld der Neuanstellung, um ein besonderes Augenmerk auf die betreuten
146 Athlet*innen zu haben und bei Bedarf frühzeitig einschreiten zu können. Daher
147 fordern wir ein bundesweites Trainer*innenregister, indem nicht-strafrechtlich
148 relevantes Fehlverhalten in Bezug auf (Macht-) Missbrauchsvorwürfe weitergegeben
149 werden können, ohne gegen die DS-GVO zu verstößen.

150

151 Datenschutz im Kinderschutz braucht Klarheit, Mut und Vertrauen in die Fachpraxis.
152 Nur wenn Fachkräfte rechtssicher handeln können, gelingt es, Kinder und Jugendliche
153 wirksam zu schützen und ihre Rechte auf Privatsphäre und Sicherheit gleichermaßen zu
154 wahren.

155 **Schutz vor sexualisierter und psychischer Gewalt**

156 Gerade sexualisierte und psychische Gewalt an Kindern und Jugendlichen sind
157 schwerwiegende und folgenreiche Formen von Missbrauch, doch zu oft fallen sie durch
158 das Raster. Der Staat muss dafür sorgen, dass Schutz, Prävention und Aufarbeitung
159 dauerhaft gesichert sind. **Das Gesetz zur Stärkung der Strukturen gegen sexuelle**
160 **Gewalt an Kindern und Jugendlichen (UBKSM-Gesetz) muss also schnell und unkompliziert**
161 **umgesetzt werden:** Die*der Unabhängige Bundesbeauftragte (UBSKM) erhält ausreichende
162 Mittel und einen klaren Koordinationsauftrag gegenüber Ressorts, Ländern, Kommunen
163 und Zivilgesellschaft, inkl. regelmäßiger Berichte an den Bundestag. Es muss zudem
164 geprüft werden, ob die Kompetenzen ausgebaut werden sollten. Um Kinder und
165 Jugendliche in allen Lebensbereichen zu schützen, reicht es nicht, nur in
166 Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe anzusetzen. Damit auch andere
167 Organisationen wie Vereine, gemeinnützige und kirchliche Anbieter Schutzstandards
168 gewährleisten und diese verbessern können, sollen Ehrenamtliche verpflichtend eine
169 Juleica oder eine vergleichbare Schulung ablegen müssen. Für Betroffene muss Hilfe
170 zudem verlässlich bleiben. Übergangslücken sind untragbar und widersprechen der

171 Realität. Der Fonds Sexueller Missbrauch (FSM) muss daher fortgeführt, gesetzlich
172 verankert und finanziell aufgestockt werden.

173 **Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung**

174 Wir halten es für unverzichtbar, mehr Öffentlichkeit und Aufklärung zum Thema
175 Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung zu schaffen, da es leider noch immer stark
176 tabuisiert wird.

177 Betroffenen muss zugehört werden, sie müssen sich ernst genommen fühlen und ihnen
178 muss Schutz und Solidarität ermöglicht werden.

179 **Daher fordern wir:**

180 • **Bundesweit koordinierte Aufklärungskampagnen** unter Federführung des
181 Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), in
182 Kooperation mit dem Deutschen Kinderschutzbund, des Bundesinstituts für
183 Öffentliche Gesundheit (BiÖG) und der Bundesarbeitsgemeinschaft der
184 Landesjugendämter. Diese Kampagnen sollen zielgruppenorientiert (Kinder,
185 Jugendliche, Eltern, Fachkräfte) über Anzeichen von Kindeswohlgefährdung,
186 Hilfesstrukturen und Präventionsangebote informieren.

187 • **Dauerhafte Bundesfinanzierung dieser Programme**, verankert im Haushaltstitel
188 „Kinderschutz“, um verlässliche und langfristige Öffentlichkeitsarbeit
189 sicherzustellen. Kampagnen dürfen nicht von Projektmitteln abhängen, sondern
190 müssen Teil einer gesamtstaatlichen Präventionsstrategie sein.

191 • **Ein Förderprogramm „Kommunale Prävention Kinderschutz“**, mit dem der Bund Länder
192 und Kommunen beim Aufbau lokaler Präventionsnetzwerke und Öffentlichkeitsarbeit
193 unterstützt. So wird gewährleistet, dass Kinderschutz-Kampagnen nicht nur
194 bundesweit sichtbar, sondern auch regional verankert sind.

195 • **Gezielte Öffentlichkeitsarbeit zur Stärkung des Vertrauens in Jugendämter:** Das
196 Jugendamt muss als Partner und Schutzinstanz gelten - nicht als reine
197 Kontrollbehörde, sondern als unterstützende Hilfe für Kinder, Jugendliche und
198 Familien. Dabei muss auch aktiv auf die Leistungen der Jugendhilfe hingewiesen
199 und über die Unterstützungsmöglichkeiten aufgeklärt werden.

200 **Darüber hinaus braucht es neben bereits existierenden technischen Schutzmaßnahmen**
201 **umfassende Programme zur Stärkung der digitalen Medienkompetenz und der digitalen**
202 **Resilienz – also der Fähigkeit von Kindern, Jugendlichen, Eltern und Fachkräften,**
203 **sich sicher, kritisch und selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen.**

204 **Digitale Aufklärung ist Teil moderner Prävention gegen Gewalt, Missbrauch und**
205 **Manipulation im Netz.**

206 **Hierfür soll der Bund in Kooperation mit Initiativen wie „Gutes Aufwachsen mit**
207 **Medien“, dem Bundesjugendkuratorium, den Landesmedienanstalten und Fachverbänden wie**
208 **z.B. der Nummer gegen Kummer e.V. oder Jugendschutz.net, zielgerichtete**
209 **Förderprogramme auflegen und dauerhaft finanzieren.**

210 Diese Programme sollen Schulen, Jugendämter und Träger der Jugendhilfe und
211 außerschulische Bildungsträger dabei unterstützen, digitale Resilienz zu vermitteln
212 und Kinder wie Eltern im sicheren Umgang mit digitalen Medien zu stärken.
213 Gleichzeitig müssen sie niedrigschwellige Beratungs- und Meldewege für Kinder und

214 Jugendliche schaffen, um Hilfe bei digitalen Übergriffen oder Missbrauch schnell und
215 unkompliziert zu ermöglichen. Ebenso sollen Fortbildungen für Fachkräfte angeboten
216 werden, um die Erkennung und Prävention digitaler Gewalt zu verbessern. Ergänzend
217 dazu ist eine bundesweite, verlässliche Kommunikationsplattform einzurichten, auf der
218 Kinder, Jugendliche und Eltern verständliche Informationen, Unterstützung und
219 Hilfsangebote finden können.

220 Digitale Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung sind Kernbestandteile
221 eines wirksamen Kinderschutzes im 21. Jahrhundert – und sie müssen als solche
222 dauerhaft durch den Bund finanziert und koordiniert werden.

223 **Finanzierung und politische Verantwortung**

224 Abschließend bleibt festzuhalten, dass ein Staat, der Kinder und Jugendliche nicht
225 schützt, seine moralische Glaubwürdigkeit verliert. Kinderschutz braucht Geld. Er
226 muss ein Versprechen des Rechtsstaats sein – dauerhaft, verbindlich und unabhängig
227 von Haushaltsslagen. Nur mit verlässlicher Finanzierung kann der Schutz von Kindern
228 und Jugendlichen gelingen. **Der Bund muss dafür dauerhaft die Mittel für Kinderschutz,**
229 **Prävention von Gewalt, Missbrauch und Vernachlässigung, Krisenunterbringung, Personal**
230 **und Therapien erhöhen.** Außerdem gilt: Nur wenn alle Ebenen Verantwortung tragen, kann
231 Schutz überall gelingen. **Es muss eine verbindliche, mitwachsende Bundesbeteiligung an**
232 **Kernleistungen der Kinder- und Jugendhilfe geschaffen werden; der Bund soll Länder**
233 **und Kommunen bei der Finanzierung und strukturellen Umsetzung des Kinderschutzes**
234 **entlasten, um insb. finanzschwache Kommunen zu unterstützen und gleichwertige**
235 **Lebensverhältnisse zu sichern.**

236 **Zudem fordern wir ein dauerhaftes Bundesförderprogramm „Kommunale Prävention**
237 **Kinderschutz“, mit dem der Bund Länder und Kommunen beim Aufbau lokaler**
238 **Präventionsnetzwerke, bei Öffentlichkeitsarbeit und beim Ausbau von Schutzkonzepten**
239 **unterstützt.** So wird gewährleistet, dass Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen nicht
240 nur bundesweit sichtbar, sondern auch in den Regionen fest verankert sind.

241 Projektförderungen, die dem Kinderschutz und der Aufklärung und Prävention dienen,
242 sollen (wo sinnvoll) in die Regelfinanzierung überführt werden. Um Maßnahmen des
243 Kinderschutzes – insbesondere Präventionsprogramme, Schutzkonzepte,
244 Fachkräfteamqualifizierung und Hilfsangebote – langfristig wirksam zu gestalten,
245 braucht es eine systematische wissenschaftliche Begleitung. **Der Bund soll daher ein**
246 **nationales Forschungs- und Evaluationsprogramm zum Kinderschutz auflegen, das**
247 **Datenlücken schließt, Handlungsempfehlungen entwickelt und den Wissenstransfer in die**
248 **Praxis sicherstellt.**

249 **Darüber hinaus setzen wir uns auch in Zukunft für eine echte Kindergrundsicherung**
250 **ein, wie sie bereits in der Beschlusslage der Jusos zu finden ist.** Wir halten daran
251 fest, dass diese deutliche finanzielle Verbesserungen bringen muss, etwa mit einem
252 Grundbetrag sowie einem Zusatzbetrag für finanziell schwächere Familien.

Begründung

Kinderschutz ist eine gesamtstaatliche Daueraufgabe. Die polizeilich registrierten Fälle sexualisierter Gewalt gegen Kinder und Jugendliche lagen 2024 laut Bundeskriminalamt (BKA) weiter auf hohem Niveau.

Das Bundeslagebild „Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche 2024“ (BKA, 2024) zeigt zugleich die Notwendigkeit effektiver Prävention, schneller Ermittlungen und verlässlicher Hilfen für Betroffene.

Bis heute fehlt eine explizite Verankerung kindeswohlzentrierter Prinzipien. Zivilgesellschaft und Fachwelt fordern dies seit Jahren; die aktuelle Koalition sieht das nicht vor. Angesichts wachsender Belastungen durch Gewalt, Armut und Krisen braucht es klare Verfassungsnormen, die den Staat in die Pflicht nehmen.

Mit dem UBSKM- Gesetz hat der Bund 2025 wichtige Grundlagen geschaffen: Die*der Beauftragte informiert, koordiniert und identifiziert Gesetzes- und Forschungsbedarfe und berichtet an den Bundestag. Damit diese Rolle wirksam wird, braucht es auskömmliche Finanzierung, klare Kooperationsbeziehungen in den föderalen Raum und eine systematische Verankerung von Schutzkonzepten in allen kinder- und jugendrelevanten Angeboten. Gerade Jugendreisen, Musikschulen, Sport- und Freizeitangebote sind relevante Kontaktpunkte und müssen Mindeststandards, wie Prävention, Meldewege, Ansprechpersonen, Schulungen und Beschwerdestrukturen verbindlich umsetzen.

Die rechtlichen Leitplanken für den operativen Kinderschutz sind vorhanden und müssen überall greifen. Einheitliche, praxistaugliche Standards und standardisierte Meldeketten würden dafür sorgen, dass Signale nicht untergehen und Fälle zeitnah bearbeitet werden. Gleichzeitig kämpfen viele Jugendämter – insbesondere im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) – mit Fachkräftemangel und hoher Fluktuation. Untersuchungen und Studien belegen Unterbesetzungen und dadurch erzwungene Schwerpunktsetzungen zu lasten präventiver Arbeit. Deshalb braucht es gezielte Personalprogramme, attraktive Rahmenbedingungen und verbindliche Zielgrößen beim Betreuungsschlüssel. Als Orientierung werden seit Jahren Obergrenzen im Bereich von ca. 35 Fällen je Vollzeitkraft genannt; eine ambitionierte Zielgröße von etwa 30 Fällen ist fachlich begründbar, wenn gleichzeitig Supervision, Fortbildung und Multiprofessionalität gesichert werden. Datenschutz muss dabei als Schutzrecht verstanden werden, nicht als Hemmnis.

Außerdem wird Kinderschutz vor allem kommunal umgesetzt, aber gesamtgesellschaftlich verantwortet. Es ist wichtig, dass Lücken in der Kommunikation zwischen Bund, Ländern und Kommunen geschlossen werden und die rechtlichen Rahmenbedingungen einheitlich geregelt sind. Die Kommunen melden seit Jahren hohe Defizite und stark steigende Ausgaben, tragen aber den größten Teil der Kosten beim Thema Kinderschutz. Ohne mitwachsende Bundesbeteiligung und Regelfinanzierung anstelle kleinteiliger Projektförderung droht die Qualität zu erodieren und der Zugang ungleicher zu werden. Kinderschutz muss Kernauftrag bleiben – mit verlässlichen Mitteln für Prävention, Krisenintervention, Unterbringung, Personal und Therapie.

Wir sind überzeugt: Kinderschutz ist kein Randthema, keine Nische und kein Fachgespräch unter Expert*innen. Jedes Kind, das Gewalt erfährt oder ohne Hilfe bleibt, ist ein Versagen des Staates und der Gesellschaft. Wir dürfen nicht länger akzeptieren, dass Hilferufe überlasteter Jugendämter verhallen, dass Prävention und Schutz am Geld scheitern oder dass Kinderrechte immer wieder dem politischen Alltagsgeschäft geopfert werden. Wer von sozialer Gerechtigkeit spricht, darf die Jüngsten nicht übersehen. Wir brauchen deshalb eine Politik, die Kinder wirklich in den Blick nimmt – mit klaren Rechten, starken Strukturen und verbindlichem Handeln.

Kinderschutz ist eine Frage der Menschlichkeit und politischen Haltung.

Ein Land, das seine Kinder nicht schützt, verliert seine moralische Glaubwürdigkeit.

Kinderschutz ist keine Option – er ist Pflicht.

Antrag U01: Für eine entschlossene internationale Klimapolitik - globale Klimagerechtigkeit jetzt!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

1 2024 war das wärmste Jahr seit Beginn der Temperaturaufzeichnungen in 1850. Erstmals
2 lag die globale Durchschnittstemperatur 1,6 Grad über dem vorindustriellen Niveau -
3 und übertraf damit das anvisierte 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens. Auch wenn
4 einzelne Jahre mit höheren Temperaturen nicht automatisch bedeuten, dass das Ziel
5 dauerhaft verfehlt ist, zeigt dieser historische Wert eines ganz deutlich: Ohne
6 höchste politische Anstrengungen drohen immer mehr kritische Klimakipppunkte und
7 planetare Grenzen, also irreversible Veränderungen im Klimagesystem der Erde,
8 überschritten zu werden. Dies zu verhindern erfordert internationale Zusammenarbeit,
9 globale Solidarität und handlungsfähige Bündnisse. Gesundheit, Lebensraum und
10 Zukunftsperspektiven von Millionen Menschen weltweit sind bereits heute bedroht -
11 besonders im globalen Süden, wo die Folgen der Klimakrise längst brutale Realität
12 sind.

13 Gleichzeitig ist das Vertrauen in multilaterale Klimagesprozesse angeschlagen.
14 Rückschritte wie der erneute Ausstieg der USA aus dem Pariser Klimaabkommen belasten
15 die Klimadiplomatie im Allgemeinen. Als Jusos sind wir überzeugt von der Wichtigkeit
16 internationaler Verständigung und wollen vor dem Hintergrund der rasant
17 voranschreitenden Erderhitzung auch bilaterale sowie plurilaterale Bündnisse stärken,
18 um schnellere klimapolitische Fortschritte zu ermöglichen.

19 Wir Jusos tragen Verantwortung, solche Bündnisse auf zivilgesellschaftlicher Ebene
20 mitzugestalten, Betroffene von Klimaschäden in politische Prozesse einzubinden und
21 sozialdemokratische Antworten auf globale Krisen zu entwickeln. Ein zentrales Element
22 dabei war eine Delegationsreise von Mitgliedern des Juso-Bundesvorstands nach
23 Brasilien im Frühjahr 2025, bei der wir uns mit progressiven Kräften und befreundeten
24 Organisationen vor Ort austauschen konnten.

25 Die Erkenntnisse und Impulse dieser Reise fließen direkt in diesen Antrag ein. Unser
26 Ziel: Internationale Klimapolitik als gelebte Solidarität begreifen - und als
27 jungsozialistisches Versprechen für eine gerechte Zukunft.

Der Amazonas kippt nicht! Naturschutz als Fundament der Klimapolitik

29 Natur- und Klimaschutz sind untrennbar miteinander verbunden. Ohne den Erhalt und die
30 Wiederherstellung intakter Ökosysteme kann keine wirksame Klimapolitik gelingen.
31 Wälder, Moore, Mangroven und Savannen sind zentrale Kohlenstoffspeicher, Lebensräume
32 und Wasserquellen. Sie zu schützen bedeutet, Leben zu schützen - lokal wie global.
33 Deutschland muss die EU-Renaturierungsverordnung konsequent umsetzen und sich darüber
34 hinaus für eine globale Strategie zur Wiederherstellung natürlicher Ökosysteme
35 einsetzen. Doch Renaturierung darf nicht an nationalen Grenzen enden: Insbesondere
36 die Bedingungen im Amazonasgebiet als "Lunge der Erde" müssen daher globale
37 Aufmerksamkeit erhalten. Ihn als wichtige Biosphäre und als Lebensraum für
38 insbesondere indigene Bevölkerung zu erhalten, ist eine globale gemeinschaftliche

39 Aufgabe! Der Erhalt des Amazonas ist untrennbar mit den Rechten der indigenen
40 Bevölkerung verbunden. Indigene Völker sind nicht nur Bewohner*innen des Amazonas,
41 sondern gleichzeitig seine aktivsten Beschützer*innen, ihnen steht der Amazonas
42 rechtlich, kulturell und historisch zu. Durch ihren jahrhundertelangen Einsatz sowie
43 den Kampf gegen Kolonialisierung und Ausbeutung haben sie in vielen Regionen
44 Gerichtsentscheidungen erwirkt, die ihre traditionellen Territorien rechtlich
45 absichern - ein zentraler Schritt im Schutz vor Abholzung, Landraub und
46 ausbeuterischen Wirtschaftsformen. Studien zeigen ganz klar: Dort, wo indigene
47 Gebiete anerkannt, respektiert und geschützt werden, bleiben Wälder intakt,
48 Biodiversität geschützt und ökologische Kreisläufe stabil. Indigene Selbstbestimmung
49 und territoriale Rechte sind daher keine symbolischen Forderungen, sondern die
50 Voraussetzung für ein gesundes Ökosystem im Amazonasraum - und damit für globalen
51 Klima- und Artenschutz. Auch der Schutz der Regenwälder in Zentralafrika und
52 Südostasien erfordert eine besondere globale Aufmerksamkeit.

53 Trotz politischer Bekenntnisse geht die Zerstörung des Amazonas weiter. Der Ausbau
54 von Straßen, Energieinfrastruktur und Bergbauprojekten treibt Entwaldung und
55 Zersiedelung massiv voran. Diese "Entwicklung" ist keine Lösung, sondern eine neue
56 Form ökologischer Gewalt. Deutschland und die EU dürfen solche Projekte weder direkt
57 noch indirekt durch öffentliche Entwicklungsbanken oder Investitionsgarantien
58 unterstützen.

59 Stattdessen muss Deutschland gezielt Projekte fördern, die Renaturierung, Waldschutz
60 und soziale Teilhabe miteinander verbinden. Dazu gehören direkte Finanzierungen für
61 indigene und lokale Gemeinschaften, die den Regenwald schützen, sowie die
62 Unterstützung von Projekten, die auf traditionelle, nachhaltige
63 Bewirtschaftungsformen setzen.

64 Besonders besorgnisregend waren hierbei die Vorbereitungen zur COP 30, die im
65 November in Belém mitten im Amazonas stattgefunden hat. Ein Ort, der für seine
66 Symbolträchtigkeit ausgewählt wurde, wird nun zur Falle; denn zur Durchführung der
67 Konferenz wurden in der Vorbereitung massive Infrastrukturprojekte mit schädlichen
68 Auswirkungen auf den Regenwald in der Region umgesetzt. Derartig sinnlose
69 Symbolpolitik muss kritisiert und zukünftig verhindert werden.

70 Renaturierung und Naturerhalt brauchen Gerechtigkeit: Länder, die durch den Schutz
71 von Wäldern, Mooren oder anderen Ökosystemen einen messbaren Beitrag zum globalen
72 Klimaschutz leisten, müssen dafür entschädigt werden. Wir fordern die Schaffung eines
73 internationalen "Ökosystem-Dienstleistungsfonds", der Zahlungen an Staaten und
74 Gemeinschaften im globalen Süden leistet, die ihre natürlichen Lebensräume bewahren
75 und wiederherstellen. Die Finanzierung dieses Fonds erfolgt über die Abgaben von
76 großen Unternehmen mit hohen CO₂ Emissionen, zum Beispiel durch Mechanismen wie den
77 Europäischen Emissionshandel (ETS).

78 Wissenschaftliche Kooperationen, insbesondere mit Brasilien, sollen gestärkt werden.
79 Forschung zu CO₂-Flüssen, Waldgesundheit und Biodiversität im Amazonasgebiet muss
80 international koordiniert und offen zugänglich gemacht werden. Nur so kann die
81 Zivilgesellschaft wirksam kontrollieren, ob Staaten ihre Klimaversprechen einhalten.

82 Renaturierung und Naturerhalt sind kein "Add-on" der Klimapolitik - sie sind ihr
83 Fundament. Ohne gesunde Ökosysteme gibt es keine Zukunft. Deutschland muss diese
84 Wahrheit zur Leitlinie seiner nationalen und internationalen Umweltpolitik machen.

85 **Die historische Schuld begleichen! Anti-koloniale Klimagerechtigkeit**

86 Die Klimakrise ist nicht nur eine ökologische, sondern in besonderem Maße auch eine
87 soziale und internationale Gerechtigkeitsfrage. Ihre Ursachen und ihre Auswirkungen
88 sind global höchst ungleich verteilt: Während der globale Norden durch
89 Industrialisierung und jahrhundertlange Ausbeutung enormen Wohlstand erwirtschaftet
90 hat, tragen die Länder des globalen Südens die schwersten Lasten - sowohl ökonomisch
91 als auch ökologisch.

92 Dieser Wohlstand des Nordens gründet auf kolonialer Unterdrückung, gewaltsamer
93 Aneignung und unstillbarer Ressourcenausbeutung, deren historische Verantwortung in
94 europäischen Staaten, auch in Deutschland, bis heute kaum aufgearbeitet wurde.
95 Reparationen oder umfassende Formen der Entschuldigung sind weitgehend ausgeblieben.
96 Stattdessen verschärft sich die Ungerechtigkeit: Jene Staaten, die bereits unter den
97 Folgen kolonialer Ausbeutung leiden, sind nun am stärksten von den Auswirkungen der
98 menschengemachten Klimakrise betroffen - einer Krise, die vor allem durch den
99 globalen Norden verursacht wurde und den Preis seiner Industrialisierung darstellt.

100 Der rote Faden von Rassismus, Kolonialismus und der ungleichen Verteilung der Folgen
101 der Klimakrise zieht sich klar durch die Weltgeschichte. Dies anzuerkennen bedeutet
102 auch, Verantwortung klar zu benennen: Der globale Norden trägt demnach historisch und
103 aktuell die Hauptverantwortung. Für die Bekämpfung und Bewältigung der Klimakrise
104 denken wir hingegen global und ziehen alle Staaten in die Pflicht, insbesondere die
105 Hauptverursacher*innen, der Klimakrise entgegenzutreten. Es ist daher unsere Aufgabe,
106 die spezifischen Auswirkungen im globalen Süden sichtbar zu machen und konsequent in
107 den Mittelpunkt der politischen Diskussion und des Handelns zu stellen.

108 **Verursacher*innen zahlen! Klimafinanzierung als Gerechtigkeitsfrage**

109 Da der globale Norden -und damit auch Deutschland- den maßgeblichen Anteil an den
110 historischen und aktuellen Emissionen hat, ist es unsere Aufgabe, die ökonomischen
111 Lasten der Krisenbewältigung zu übernehmen. Klimafinanzierung ist dabei nicht nur ein
112 Akt der Solidarität, sondern eine Frage von historischer Gerechtigkeit und globaler
113 Verantwortung.

114 Während unbestritten ist, dass die Staaten des globalen Südens unverhältnismäßig
115 stark unter den Folgen der Klimakrise leiden, muss zugleich festgehalten werden: Auch
116 innerhalb dieser Länder sind die Lasten ungleich verteilt. Besonders FINTA-Personen,
117 Kinder sowie indigene Bevölkerungsgruppen sind in hohem Maße gefährdet. Sie erfahren
118 die Klimakrise nicht nur als ökologische Katastrophe, sondern als existentielle
119 Bedrohung für ihre Lebensgrundlagen, ihre kulturelle Identität und ihre Zukunft.
120 Diese Perspektiven müssen in der Klimafinanzierung sichtbar gemacht und in den
121 Mittelpunkt gestellt werden.

122 Für uns folgt daraus, dass Deutschland seine Verantwortung nicht länger halbherzig
123 wahrnehmen darf. Es braucht eine klare Strategie, die über bisherige, oftmals
124 unzureichende Zusagen hinausgeht und die Finanzierung von Klimagerechtigkeit
125 verbindlich absichert.

126 Deutschland muss sich deshalb verbindlich an der Finanzierung des internationalen
127 "Loss and Damage"-Fonds beteiligen, der auf UN-Ebene beschlossen wurde, um
128 klimabedingte Schäden und Verluste im globalen Süden auszugleichen. Dabei reicht es
129 nicht, sich auf symbolische Einzahlungen zu beschränken: Es braucht eine langfristige

130 und substanzielle Finanzierung, die der historischen Verantwortung gerecht wird.
131 Daher fordern wir, dass Deutschland sich dafür einsetzt, dass alle UN-
132 Mitgliedsstaaten sich verbindlich an der Finanzierung beteiligen.
133 Darüber hinaus ist eine deutliche Aufstockung der deutschen Beiträge zur
134 internationalen Klimafinanzierung dringend erforderlich. Die bisher zugesagten sechs
135 Milliarden Euro jährlich sind bei Weitem nicht ausreichend. Entscheidend ist dabei,
136 dass diese Mittel zusätzlich zu bestehenden Geldern für globale Partnerschaften
137 bereitgestellt werden und nicht zu Lasten anderer wichtiger Projekte gehen. Allgemein
138 müssen die Gelder für Projekte der globalen Partnerschaft steigen. Um diese
139 Finanzierung dauerhaft sicherzustellen, braucht es eine gerechte Verteilungsbasis.
140 Hierzu gehört eine stärkere Heranziehung derjenigen, die am meisten von fossilem
141 Reichtum profitiert haben und immer noch profitieren - etwa durch Abgaben auf
142 besonders klimaschädliche Unternehmen oder auf Vermögen der Superreichen.
143 Klimafinanzierung muss außerdem die wirtschaftlichen Strukturen im globalen Süden
144 entlasten. Deshalb ist es notwendig, Schuldenerlasse und Schuldumwandlungen für jene
145 Staaten zu unterstützen, die besonders unter den Folgen der Klimakrise leiden. Nur so
146 können diese Länder die dringend notwendigen Investitionen in Anpassung, Klimaschutz
147 und nachhaltige Transformation tätigen, ohne in eine neue Spirale aus Abhängigkeit
148 und Verschuldung zu geraten.
149 Besonders wichtig ist auch, dass die Finanzierung nicht nur Staaten und Institutionen
150 erreicht, sondern gezielt denjenigen zugutekommt, die in den betroffenen
151 Gesellschaften am stärksten betroffen sind. FINTA-Personen, Kinder und indigene
152 Bevölkerungen sind in vielen Regionen den Folgen der Klimakrise in
153 unverhältnismäßigem Maß ausgesetzt - sei es durch den Verlust von Lebensgrundlagen,
154 durch höhere Verwundbarkeit in Katastrophensituationen oder durch die Zerstörung
155 kultureller Räume. Klimafinanzierung muss daher so ausgestaltet sein, dass sie diesen
156 Gruppen direkte Unterstützung und Handlungsspielräume eröffnet.
157 Nur durch eine solche umfassende und gerechte Gestaltung der Klimafinanzierung kann
158 Deutschland seiner besonderen Verantwortung gerecht werden. Es geht nicht um Almosen
159 oder symbolische Gesten, sondern um konkrete Schritte, die koloniale Kontinuitäten
160 durchbrechen und internationale Solidarität in praktische Politik übersetzen.
161 **Klimaneutraler Strom für alle! Ausbau erneuerbarer Energien und Energiesysteme**
162 Der Zugang zu Energie ist nicht nur eine technische, wirtschaftliche und
163 klimapolitische Frage, sondern entscheidet über Teilhabe, Gesundheit, Bildung,
164 Mobilität und Produktion - und ist damit nicht weniger als ein Menschenrecht. Im Jahr
165 2023 lebten etwa 675 Millionen Menschen weltweit, vor allem in ländlichen Regionen
166 des globalen Südens, noch immer ohne gesicherten Zugang zu elektrischem Strom.
167 Energiearmut vertieft bestehende soziale Ungleichheiten und erschwert die Überwindung
168 extremer Armut.
169 Wir setzen deshalb auf dezentral organisierte, auf erneuerbaren Quellen basierende
170 Energiesysteme, die verlässlich klimaneutralen und bezahlbaren Strom liefern.
171 Internationale Energiepartnerschaften zwischen der Bundesrepublik und Ländern des
172 globalen Südens wollen wir ausweiten. Diese Partnerschaften dürfen sich nicht auf
173 Technologieexporte oder Investitionsoffensiven beschränken. Sie müssen gerecht,
174 kooperativ und partizipativ gestaltet werden: Planung, Finanzierung und Betrieb von

175 Infrastrukturprojekte müssen in enger Abstimmung mit regionalen Akteur*innen
176 erfolgen. Unser Anspruch lautet, dass Energiepartnerschaften Klimaneutralität,
177 Versorgungssicherheit, demokratische Kontrolle und lokale Wertschöpfung gleichermaßen
178 schaffen und garantieren. Zugleich fordern wir das sofortige Ende jeglicher
179 öffentlicher Exportkredit- oder Investitionsgarantien der Bundesregierung und der EU
180 für neue fossile Infrastruktur weltweit und die konsequente Ausrichtung der
181 vorhandenen Instrumente am 1,5-Grad-Ziel.

182 Beispielhaft zeigt sich in Brasilien: Ein bisher funktionierendes, stark
183 wasserbasiertes Energiesystem gerät durch Klimawandelfolgen zunehmend unter Druck.
184 Dürreperioden zwingen zur Nutzung fossiler Energien und erhöhen die Preise - ein
185 deutliches Signal, wie verletzlich Energiesysteme durch die Klimakrise sind.
186 Gleichzeitig bietet das Land enormes Potenzial für Solar- und Windkraft, wenn
187 Investitionen, Netzinfrastruktur und Regulierung sozial und klimafreundlich gestaltet
188 werden.

189 Die globale Energiewende ist eine Schlüsselbedingung für Klimagerechtigkeit. Sie muss
190 ambitioniert, solidarisch und verbindlich gestaltet werden. Dafür braucht es
191 politische Steuerung und klare Verpflichtungen. Wir fordern daher, dass Deutschland
192 und die EU die internationale Zusammenarbeit zur Energiewende strategisch ausbauen
193 und verstetigen, gezielt in Übertragungs- und Verteilnetze, Speichertechnologie und
194 dezentrale Mikronetze investieren. Zudem fordern wir die Finanzierung von
195 Energieprojekten an soziale und ökologische Standards zu binden, Technologietransfer
196 und Know-How-Aufbau zu fördern, anstatt fossile Abhängigkeiten zu reproduzieren.
197 Außerdem müssen multilaterale Foren wie die Internationale Energieagentur und
198 Partnerschaften wie die Global Gateway Initiative aktiv genutzt werden, um faire
199 Allianzen zu schaffen und verbindliche Beteiligungsrechte für lokale Gemeinschaften
200 sind zu sichern, damit Energiewende nicht über ihre Köpfe hinweg geschieht. Dazu
201 müssen auch globale Partnerschaften so (um)gestaltet werden, dass sie gegenseitigen
202 Wissenstransfer berücksichtigen.

203 Ein wichtiger Ansatzpunkt dafür sind Initiativen wie die G7-Just Energy Transition
204 Partnerships (JETPs), die den gemeinsamen Aussieg aus fossilen Energien und den
205 Aufbau erneuerbarer Energiesysteme mit sozialer Gerechtigkeit verbinden. Erste
206 Partnerschaften bestehen mit Südafrika, Indonesien, Vietnam und Senegal. Diese
207 Ansätze gilt es entschlossen auszuweiten und zu vertiefen.
208 Eine internationale Energiewende, die diesen Namen verdient, darf keine bloße
209 Verlängerung wirtschaftlicher Interessen des globalen Nordens sein. Sie muss
210 Machtasymmetrien abbauen, technologische Souveränität im globalen Süden stärken und
211 gesellschaftliche Teilhabe fördern.

212 Die Industriewende anpacken! Dekarbonisierung als Grundlage wirtschaftlicher 213 Beziehungen

214 Die Klimakrise ist das unmittelbare Ergebnis eines internationalen
215 Wirtschaftssystems, das auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basiert. Als Jusos
216 stellen wir klar: Gerechte Klimapolitik muss die Grundlage aller Wirtschafts- und
217 Investitionsbeziehungen sein.
218 Die internationale Klimapolitik muss konsequent eine Industriewende im Sinne der
219 globalen Gerechtigkeit einbeziehen. Kooperationen dürfen nicht in einer bloßen

220 Abhängigkeit vom globalen Norden münden, sondern müssen die lokale Wertschöpfung und
221 technologische Souveränität im sogenannten globalen Süden fördern. Grüner Wasserstoff
222 spielt dabei eine strategisch wichtige Rolle: Wir erkennen an, dass Grüner
223 Wasserstoff in bestimmten Sektoren, die nicht direkt elektrifizierbar sind,
224 unverzichtbar ist. Länder wie Brasilien verfügen aufgrund ihrer Ressourcen wie
225 Flächen für Photovoltaikanlagen über das Potenzial, große Mengen an klimaneutralen
226 Energieträgern zu produzieren und Wasserstoff zu exportieren. Die Bundesrepublik und
227 die Europäische Union müssen diese Partnerschaften jedoch so ausgestalten, dass die
228 Infrastrukturprojekte zur Wasserstoffproduktion die Energiesouveränität der
229 Partnerländer stärken und der globale Süden nicht lediglich zum Rohstofflieferanten
230 für die europäische Industriewende degradiert wird.

231 Dies schließt die Dekarbonisierung von Industriezweigen wie dem Automobilsektor ein:
232 Gezielte Investitionen in klimaneutrale Technologien und die Ausweitung von
233 industrieller Zusammenarbeit, etwa im Rahmen des brasilianischen "Mover"-Programms
234 für die Senkung von CO₂-Emissionen in der dortigen Fahrzeugproduktion, bilden hierfür
235 die Grundlage. Wir wollen gemeinsame Förderideen für bezahlbare Elektroautos, die der
236 Rolle Brasiliens als bedeutender Autoproduzent gerecht werden, vorantreiben. Dazu
237 gehört die Implementierung eines Social-Leasing-Programms, das Leasingverträge
238 staatlich bezuschusst und Elektromobilität für breite Bevölkerungsschichten
239 zugänglich macht. Die Bundesregierung möchte in Deutschland ein Förderprogramm für
240 Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zum Umstieg auf emissionsfreie Fahrzeuge
241 umsetzen - wir fordern, das Konzept weiterzuentwickeln und in globalen
242 Partnerschaften aufzugehen zu lassen.

243 Um die Industriewende international zu beschleunigen und Planungssicherheit zu
244 schaffen, müssen innovative Finanzinstrumente wie Carbon Contracts for Difference
245 (CCfDs) konsequent in die internationale Klimapolitik einbezogen werden. CCfDs
246 stellen sicher, dass Unternehmen, die in klimaneutrale Produktionsverfahren
247 investieren, gegen die Preisrisiken fossiler Alternativen abgesichert werden. Wir
248 fordern die Bundesregierung auf, dieses Instrument nicht nur national anzuwenden,
249 sondern es als Teil gerechter Industriepartnerschaften zu etablieren. Dabei muss
250 sichergestellt werden, dass CCfDs den Technologietransfer fördern, die lokale
251 Wertschöpfung stärken und keine versteckten Subventionen für europäische Unternehmen
252 darstellen.

253 Systemwandel statt Klimawandel! Verantwortung für die junge und kommende Generationen

254 Die Klimakrise wartet nicht auf Kompromisse - wir müssen alle Spielräume
255 internationaler Klimapolitik nutzen, um überhaupt noch in die Nähe der Einhaltung des
256 1,5-Grad-Ziel zu kommen. Unsere historische Verantwortung verlangt einen
257 Systemwandel, der koloniale Kontinuitäten durchbricht, Klimaschäden-Verursacher*innen
258 zur Kasse bittet und die globale Energie- sowie Industriewende vorantreibt. Als Jusos
259 kämpfen wir für eine nachhaltige Zukunft für unsere eigene und alle kommenden
260 Generationen.

261

Antrag V01: Fliegen? Eine Frage der K(l)asse

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

1 Die Jusos fordern:

- 2 1. Die uneingeschränkte Aufnahme von Privatflugzeugen in den EU-Emissionshandel
3 sowie die Streichung nicht zeitgemäßer Ausnahmen. Dafür sind insbesondere
4 folgende Änderungen im Abschnitt Luftverkehr des **Anhang I** der EU-Richtlinie
5 **2003/87/EG** notwendig: Ferner sollen auch die anderen Ausnahmen von Luftfahrzeugen vom EU-
6 Emissionshandel auf ihren Nutzen und ihre Auswirkung auf das Klima überprüft
7 werden.
- 8 a. Streichung der Ausnahme für "Flüge, die ausschließlich zur Beförderung von
9 in offizieller Mission befindlichen regierenden Monarchen und ihren
10 unmittelbaren Familienangehörigen sowie Staatschefs, Regierungschefs und
11 von zur Regierung gehörenden Ministern eines Nichtmitgliedstaats
12 durchgeführt werden", **Buchstabe a**
- 13 b. Streichung der Ausnahme von Flügen, „*bei denen das Luftfahrzeug ohne
14 Zwischenlandung wieder zum Ausgangsflugplatz zurückkehrt*“ vom
15 Emissionshandel, **Buchstabe e**)
- 16 c. Streichung der Ausnahme von Flügen „*von Luftfahrzeugen mit einer
17 höchstzulässigen Startmasse von weniger als 5 700 kg*“ vom Emissionshandel,
18 **Buchstabe h**)
- 19 d. Streichung der Ausnahme von Flügen gewerblicher Betreiber, die entweder „
20 *weniger als 243 Flüge in jedem von drei aufeinander folgenden
21 Viermonatszeiträumen*“ durchführen oder bei denen „*die jährlichen
22 Gesamtemissionen der Flüge dieses Betreibers weniger als 10 000 Tonnen
23 betragen*“ vom Emissionshandel, **Buchstabe j**)
- 24 e. Streichung der Ausnahme von Flügen, die „*von einem nichtgewerblichen
25 Luftfahrzeugbetreiber durchgeführt werden, dessen Flüge jährliche
26 Gesamtemissionen von weniger als 1 000 Tonnen aufweisen*“ vom
27 Emissionshandel, **Buchstabe k**)
- 28 2. Eine **Luftverkehrsabgabe** auch für Privatflüge durch die Aufnahme von
29 nichtgewerblichen Flügen in den Anwendungsbereich des Luftverkehrsteuergesetzes
30 (LuftVStG). Hiervon sollen Flüge zu Ausbildungs- und Schulungszwecken ,
31 medizinischer Versorgung und wissenschaftlicher Nutzung ausgenommen werden. Die
32 Einbeziehung von Luftfahrzeugen, die komplett oder zeitweise ohne Motorleistung
33 fliegen, sollte gesondert überprüft werden.
- 34 3. Wir fordern ein Verbot der Nutzung von Privatflugzeugen auf jeglichen
35 Flugzeugstart- und Landebahnen. Ausgenommen von diesem Verbot sollen lediglich
36 Flüge sein, die medizinischen oder wissenschaftlichen Zwecken dienen, der
37 Ausbildung von Flugpersonal oder dem Transport besonders schutzbedürftiger
38 Personen. Langfristig muss unser Ziel sein, den dem Markt unterworfenen
39

40 Emissionshandel, der damit auch Teil des Problems ist, zu überwinden.

Begründung

15,6 Millionen Tonnen – so viel CO₂ stießen Privatjets allein im Jahr 2023 aus. Zwischen 2019 und 2023 sind die Emissionen durch private Flugreisen weltweit um 46 % gestiegen. Die Merz und Musks der Welt legen dabei immer häufiger auch kurze Strecken mit ihren Privatfliegern zurück: Knapp die Hälfte aller Privatflüge in dem Zeitraum war kürzer als 500 km.

Privatflugzeuge sind das ultimative Statussymbol der Superreichen. Nur 0,003 Prozent der Weltbevölkerung hat Zugang zu ihnen. Zugleich hat kein anderes Verkehrsmittel einen höheren CO₂-Ausstoß pro Person und Kilometer: Ein Privatflug ist durchschnittlich 14-mal so klimaschädlich wie ein Linienflug und 50-mal so klimaschädlich wie eine Zugfahrt.

Dennoch werden Privatfliegende faktisch privilegiert. Sie müssen für ihre Flüge in den allermeisten Fällen keine **europäischen Emissionszertifikate** erwerben, denn der EU-Emissionshandel setzt eine Mindestgröße sowie einen jährlichen Mindestausstoß voraus. Rundflüge sind vom Emissionshandel ebenso ausgenommen. Noch weniger nachvollziehbar ist nur die Ausnahme von Flügen regierender Monarch*innen und ihren Angehörigen.

Durch eine Aufnahme von Privatflügen in den EU-Emissionshandel kann diese faktische Privilegierung beendet werden. Hierbei geht es nicht um eine Sanktionierung oder gar ein Verbot von privatem Fliegen, sondern darum, die durch Privatflüge verursachten Emissionen nicht weiterhin der Allgemeinheit aufzubürden. Menschen, die privat fliegen, sollen für die von ihnen verursachten Emissionen kompensationspflichtig sein.

Auch die **Luftverkehrsabgaben** werden bei Privatflügen (im Gegensatz zum regulären Flugverkehr) nicht erhoben. Sie wurde eingeführt als Pendant zur Energiesteuer, die bei anderen Verkehrsträgern als Steuer auf nicht erneuerbare Energien anfällt und verfolgt sowohl umwelt- als auch fiskalische Ziele. Eine Luftverkehrssteuer für Privatflüge kann sowohl die Lenkungswirkung für den Klimaschutz verstärken als auch eine gerechtere Verteilung der Steuerlast ermöglichen.

Wer Klimaschutz vorantreiben will, muss privates Fliegen stärker beschränken und Anreize und Privilegierungen abschaffen. Eine Aufnahme in den EU-Emissionshandel und die Einführung für Luftverkehrsabgaben auch für Privatjets sind zwingend notwendige, aber nicht hinreichende Maßnahmen. Vielmehr sollte auch die **Nutzung öffentlicher Infrastruktur**, insbesondere Flughäfen in (überwiegend) öffentlicher Hand, durch Privatflugzeuge beschränkt werden: Das macht privates Fliegen unattraktiver und verhindert gleichzeitig, dass Durchschnittsbürger*innen die Reisen der Superreichen subventionieren. Ein Vorbild kann Deutschland sich dabei an Amsterdam nehmen: Von Ende 2025 an dürfen am viertgrößten Flughafen Europas keine Privatjets mehr starten und landen.

Antrag W01: Internationalistische Verteilungsgerechtigkeit - We must dare to invent the future!

Antragsteller*in:	Juso BuVo (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

1 Die globale Gemeinschaft steht vor einer großen Herausforderung: Reichtum und Chancen
2 sind weltweit extrem ungleich verteilt. Laut dem Credit Suisse Global Wealth Report
3 2024 verfügt bspw. der gesamte Kontinent Afrika trotz eines Bevölkerungsanteils von
4 über zehn Prozent nur über rund 1–2 Prozent des globalen Vermögens, während Europa
5 etwa 30 Prozent und Nordamerika rund 34 Prozent kontrollieren. Selbst dort, wo Länder
6 des sogenannten Globalen Südens ein starkes Wirtschaftswachstum verzeichnen,
7 profitieren die ärmsten Bevölkerungsgruppen häufig kaum. Gewinne fließen oft ins
8 Ausland oder werden in den eigenen Gesellschaften durch Korruption und Patronage
9 Netzwerke so ungleich verteilt, dass die Kluft zwischen Arm und Reich weiter wächst.
10 Diese Entwicklung ist kein Zufall, sondern macht deutlich, dass die globalen
11 Herausforderungen unserer Zeit von Klimawandel über Armut bis hin zu Flucht und
12 Migration untrennbar mit jahrhundertealten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsstrukturen
13 verbunden sind. Die Klimakrise trifft besonders jene Regionen, die am wenigsten zu
14 ihrer Entstehung beigetragen haben. Wirtschaftliche Abhängigkeiten und unfaire
15 Handelsbeziehungen verhindern, dass ärmere Länder selbstbestimmt über ihre
16 Entwicklung entscheiden können.
17 Als Jusos stehen wir deshalb für eine grundlegende Transformation der internationalen
18 Beziehungen, die diese neokolonialen Machtstrukturen überwinden will und eine
19 solidarische Weltordnung schafft. Unser Ziel ist eine Welt, in der alle Menschen in
20 Würde und Sicherheit leben können, in der Ressourcen gerecht verteilt werden und die
21 internationale Zusammenarbeit solidarisch stattfindet.

I. Analyse der globalen Ungleichheit

23 Die heutigen globalen (Verteilungs-)Ungleichheiten sind kein Naturzustand, sondern
24 das Ergebnis historischer Ausbeutung. Der sogenannte globale Süden wird durch den
25 sogenannten globalen Norden weiterhin systematisch ausbeutet und an
26 selbstbestimmter Entwicklung gehindert. Die durch weiße Imperialisten bereits vor
27 Jahrhunderten erfundenen sog. "Rassentheorien" bilden nach wie vor die
28 Rechtfertigungsbasis für die (neo-)koloniale Aneignung von Kapital, Wissen und Macht.
29 Koloniale Strukturen ziehen sich bis heute auch durch die internationale
30 Zusammenarbeit, insbesondere die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit. Stets ging es
31 dabei um die Erschließung neuer Märkte für das Kapital des sog. globalen Nordens und
32 Durchsetzung US- und eurozentrischer Entwicklungsmodelle. Anstatt Entwicklung
33 selbstbestimmt zuzulassen, gibt der globale Norden eine kreierte, westliche
34 Entwicklungsvorstellung von Linearität vor, welche anderweitige Realitäten und
35 Bedürfnisse der betroffenen Staaten nicht zulässt.
36 Auch das Paradigma der nachhaltigen Entwicklung als Maßgabe der internationalen
37 (Entwicklungs-)Zusammenarbeit, das soziale, ökologische und ökonomische
38 Nachhaltigkeit verbinden soll, legt zentrale Konflikte zwischen Kapital und Arbeit

39 sowie ökologische Implikationen des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems nicht
40 bei. Angesichts multipler internationaler Krisen, nicht erreichter Zielsetzungen und
41 der Abkehr sowohl von Zivilgesellschaften als auch Regierungen (vor allem des
42 globalen Nordens) von diesen Zielen steht die nachhaltige Entwicklung zunehmend auf
43 dem Prüfstand. Wir Jusos stehen zu diesen Zielen in einem kritisch-solidarischen
44 Verhältnis und setzen uns für ihre Weiterentwicklung ein, die Hindernisse unserer
45 klimagerechten sozialistischen Vision aus dem Weg räumt.

46 Das System der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit ist in seiner historischen
47 Entstehung nach Ende des Zweiten Weltkrieges ein Projekt der Westbindung unter dem
48 Narrativ des "Kampfes gegen die Armut", das vor allem durch die USA unter den
49 Bretton-Woods-Institutionen international etabliert wurde. So entstand ein System der
50 globalen Wirtschaft und Finanzierung, das durch koloniale Kontinuitäten
51 Ungleichheiten reproduziert, bedingt, und ignoriert, dass diese Maßnahmen eine "Armut
52 bekämpfen" sollen, die durch die Kolonialmächte in den betroffenen Ländern erst
53 geschaffen worden ist.

54 Daraus resultiert eine ungleiche Verteilung von Eigentum und Ressourcen in vielen
55 Bereichen der globalen Wirtschaft und Gesellschaft, die auf ein komplexes
56 Zusammenspiel von Macht, Geschlecht, Klasse und Herkunft verweist. Es handelt sich
57 dabei um nur einige ausgewählte Probleme, die in einer intersektionalen Analyse
58 sichtbar werden.

59 Ein zentrales Thema ist die ungleiche Verteilung von Eigentum an Produktionsmitteln
60 und Ressourcen. Diese betrifft nicht nur das Verhältnis zwischen dem sogenannten
61 globalen Norden und dem sogenannten globalen Süden, sondern zeigt sich auch auf
62 nationaler Ebene. Während privates Vermögen in wenigen Händen konzentriert ist,
63 bleiben staatliche Vermögen und öffentliche Güter chronisch unterfinanziert, was
64 soziale Ungleichheiten weiter verschärft. Die Verknappung von natürlichen Ressourcen
65 ist nicht allein das Ergebnis objektiver Knappheit. Sie wird durch ungleiche
66 Machtverhältnisse verstärkt, etwa wenn der Besitz von Land über den Zugang zu
67 Rohstoffen und die Möglichkeit zur Errichtung von Produktionsstätten entscheidet. Wer
68 Land kontrolliert, bestimmt häufig auch darüber, wer an der Wertschöpfung teilhaben
69 kann.

70 Darüber hinaus profitieren transnationale Konzerne in globalen Lieferketten von
71 niedrigen Löhnen, schlechten Arbeitsbedingungen und unzureichenden Umweltstandards in
72 vielen Ländern des sogenannten globalen Südens. Die lokale Bevölkerung bleibt dabei
73 oft von der eigentlichen Wertschöpfung ausgeschlossen und leidet unter den durch sie
74 resultierenden Umständen, während die Gewinne in den Zentren des globalen Marktes
75 konzentriert werden.

76 Ein weiteres Beispiel ist der sogenannte Care Drain. Pflegekräfte und
77 Sorgearbeiter*innen aus ärmeren Ländern werden in reichere Staaten, insbesondere im
78 globalen Norden, abgeworben, um dort Betreuungslücken zu schließen. Dies schwächt die
79 Pflegesysteme in den Herkunftsländern und schafft neue Formen von Abhängigkeit, die
80 besonders FINTA betreffen.

81 Diese Analyse kann nicht sämtliche Probleme vollumfänglich beschreiben, macht aber
82 dennoch deutlich: Eigentum, Ressourcen, Arbeitsbedingungen und Fürsorgearbeit sind
83 auf vielschichtige Weise miteinander verflochten und zementieren globale
84 Ungleichheit.

85 **II. Grundprinzipien einer gerechten internationalen Ordnung**

86 **2.1 Multilateralität und Partizipation**

87 Multilaterale Zusammenarbeit ist für uns die Basis internationaler Politik. Deswegen
88 braucht es Begegnungsorte, an denen Akteur*innen gleichberechtigt zusammenkommen
89 können. Anstatt starre Förderungsrichtlinien der "Geberländer", setzen wir auf
90 solidarische Zusammenarbeit. Dazu gehört neben dem Abbau von aktuellen
91 Machtasymmetrien in der konkreten Entwicklungszusammenarbeit auch die Reform
92 aktueller internationaler Organisationen, die den Ländern des sogenannten globalen
93 Südens, insbesondere gemessen an ihrer Populationsgröße, in Relation zu wenig
94 Machtpositionen zugestehen. Der Austausch darf nicht nur mit wirtschaftlichen und
95 politischen Stakeholdern stattfinden, sondern muss die Menschen vor Ort einbeziehen.
96 Um koloniale Machtstrukturen aufzubrechen, muss mit den betroffenen Staaten und der
97 Zivilgesellschaft zusammengearbeitet werden. Hierbei sind die Prinzipien der
98 feministischen Außenpolitik für uns nach wie vor wegweisend: Repräsentation,
99 Ressourcen, Rechte und Diversität.

100 **2.2 Überwindung des Paternalismus**

101 Internationale Zusammenarbeit fußt 2025 immer noch auf einem Machtgefälle zwischen
102 dem sogenannten "globalen Norden" und dem sogenannten "globalen Süden". Anstatt
103 gemeinsam solidarisch zu arbeiten, gibt der sogenannte "globale Norden"
104 Entwicklungsziele vor und arbeitet mit Narrativen, die Staaten des sogenannten
105 "globalen Südens" paternalisieren. Begründet wird diese Haltung meist mit einem
106 moralischen Kompass, der Werte zur Voraussetzung für Zusammenarbeit macht. Dieses
107 Spannungsfeld muss kritisch reflektiert werden. Deswegen bekennen wir uns zu einer
108 feministischen Entwicklungszusammenarbeit, die die Lebenssituationen der Menschen vor
109 Ort direkt verbessert. Als Jusos streben wir nach einer Welt der Freien und Gleichen,
110 verstehen aber gleichzeitig: diese kann nicht von einer Machtposition aus
111 aufgezwungen werden. Menschen können mit Geld umgehen, unabhängig von ihrer Herkunft.
112 Die gegenteilige paternalistische Grundannahme muss explizit widerlegt und überwunden
113 werden. Handels- und Wirtschaftspolitiken dürfen nicht einseitig von ehemaligen
114 Kolonialmächten aus bevormundenden Beweggründen entwickelt werden. Wir sind der
115 Überzeugung, dass die Menschen vor Ort am besten wissen, was sie benötigen, um die
116 Industrialisierung voranzutreiben. Wir möchten daher, dass die Entscheidungsgewalt
117 bei den betroffenen Akteur*innen vor Ort liegt.

118 **III. Reform der Entwicklungszusammenarbeit**

119 Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit ist vielfältig und umfasst neben der
120 ökonomischen Dimensionen unter anderem Fragen der Gesundheit, Bildung und
121 Infrastruktur. Es ist uns deswegen wichtig zu betonen, dass dieser Antrag sich rein
122 auf die ökonomischen Funktionen dieser Arbeit fokussiert und keinen vollständigen
123 Überblick über eine jungsozialistische Perspektive auf Entwicklungszusammenarbeit
124 bieten kann.

125 **3.1 Internationale Zusammenarbeit anstatt Machtgefälle**

126 Die sogenannte Entwicklungszusammenarbeit muss grundlegend neu ausgerichtet werden.
127 Schon der Begriff selbst ist problematisch, da er ein hierarchisches Verhältnis
128 zwischen vermeintlichen Geber- und Empfängerländern nahelegt, anstatt echte
129 Partnerschaft zu ermöglichen. Auch aktuelle Debatten über die Funktion deutscher

130 Entwicklungspolitik fokussieren sich fälschlicherweise auf die Konditionalisierung
131 der Zusammenarbeit, zum Beispiel im Kontext von "Migrationsabkommen", die effektiv
132 Länder des sogenannten globalen Südens erpressen würden. Das lehnen wir ab. Es
133 braucht mehr denn je die klare Vision, dass alle Menschen in Frieden und Würde leben
134 können. Internationale Zusammenarbeit darf nicht stattfinden, um das Gewissen der
135 ausbeutenden Länder zu beruhigen, da dadurch Machtgefälle zementiert werden.
136 Entscheidend sind deshalb Projekte, die auf echter Begegnung und Gleichberechtigung
137 beruhen, lokale Kulturen und Expertisen der Zivilgesellschaft respektieren und die
138 jeweiligen Machtverhältnisse genau verstehen. Jeder Schritt muss sorgfältig
139 durchdacht werden – von den eingesetzten Mitteln bis zu den möglichen politischen und
140 sozialen Konsequenzen. Regierungen sollen nicht als einzige Ansprechpartner*innen
141 gesehen werden. Es soll stets auch mit Zivilbevölkerungen zusammengearbeitet werden,
142 damit Zusammenarbeit nicht einseitig bleibt, sondern wechselseitig und gerecht
143 gestaltet wird.

144 Maßnahmen zur Neuausrichtung der sog. Entwicklungszusammenarbeit können umfassen:

145 - **Infrastruktur statt Mikrokredite:** Gute Infrastruktur schafft Zugänge zu Märkten,
146 erleichtert den Austausch von Wissen und stärkt die öffentliche Daseinsvorsorge,
147 sodass Menschen langfristig unabhängig wirtschaften können, anstatt sich in unsichere
148 Kleinkredite zu begeben. Mikrokredite können aus feministischer Perspektive
149 problematisch sein, da sie häufig Schuldenfallen für FINTA schaffen.

150 - **Direkte finanzielle Unterstützung:** Statt komplizierter Projektstrukturen sollten
151 auch direkte Geldtransfers an die Bevölkerung in Betracht gezogen werden.
152 Auszahlungen an alle steigern die wirtschaftliche Nachfrage und ermöglichen Menschen,
153 eigene Prioritäten zu setzen. Ziel dieser Unterstützung ist es nicht, ein permanentes
154 Grundeinkommen zu schaffen, sondern gemäß einer keynesianischen Logik, in Regionen,
155 in welchen die lokale Wirtschaft durch zu geringe Nachfrage klein gehalten wird,
156 einen Anschub der Nachfrage zu erzielen. Diese Zahlungen sollen direkt an die
157 Menschen vor Ort erfolgen.

158 - **Währungskredite:** Eine autonome Geld- und Fiskalpolitik ist das Privileg weniger
159 Länder des globalen Nordens. Hohe Zinsen und willkürliche Kapitalbewegungen sind ein
160 großes Hindernis für aufstrebende Länder. Hier sind Währungskredite ein wichtiges
161 Mittel den Staaten des globalen Südens mehr Kontrolle über ihre eigene Währung zu
162 geben.

IV. Gerechte Handelsbeziehungen

4.1 Unsere Vision: Freier Handel zwischen Freien und Gleichen

165 Unsere Utopie ist freier Handel zwischen freien und gleichen Akteur*innen. Dafür
166 müssen diese jedoch erst frei und gleich werden. Wir bekraftigen unsere
167 Selbstverpflichtung, welche Staaten aus jungsozialistischer Sicht als
168 Handelpartner*innen in Frage kommen, und knüpfen dabei an den Beschluss „Zeitenwende
169 - aber richtig!“ aus dem Jahr 2022 an.

170 Das bedeutet für uns konkret, dass wir unsere Handelpartner nach demokratischer und
171 menschenrechtlicher Lage kategorisieren müssen, da wir Handel auch als Förderung von
172 Klimaschutz, Gleichstellung und fairer Arbeitsbedingung verstehen.

4.2 Übergangsmaßnahmen auf dem Weg zur Utopie

174 Auf dem Weg zu einer gerechten Weltwirtschaft brauchen wir Übergangsmaßnahmen, die
175 Entwicklungsmöglichkeiten schützen und unfaire Abhängigkeiten abbauen. In bestimmten
176 Industriezweigen ist ein gezielter **sektoraler Protektionismus** notwendig, um den
177 Aufbau junger, lokaler Industrien zu ermöglichen. Dafür braucht es eine globale
178 Strategie und eine internationale Zusammenarbeit, die diesen Aufbau aktiv
179 unterstützt. Das bedeutet konkret: Wir akzeptieren die Einführung von Zöllen durch
180 Länder des sogenannten globalen Südens, die ein berechtigtes Interesse haben,
181 sektorale Infrastruktur auszubauen und verzichten auf Gegenmaßnahmen. In allen
182 übrigen Fällen setzen wir auf eine symmetrische Zollpolitik: Industrieländer sollten
183 grundsätzlich auf Zölle bei Importen verzichten. Zölle dürfen ausschließlich dann
184 erhoben werden, wenn sie als Reaktion auf protektionistische Maßnahmen anderer
185 Staaten oder auf staatliche Marktübernahmen, wie beispielsweise bei chinesischen
186 Stahl, erforderlich sind.

187 Wir nutzen bestehende Strukturen in den Ländern des globalen Südens und stärken
188 unsere Kooperation mit ihnen. Wir erkennen ihre lokale Expertise an und statten sie
189 mit den nötigen Mitteln aus, eigene Entwicklungsprojekte durchzuführen. Eine
190 Zusammenarbeit mit nationalen Entwicklungsbanken ist dabei explizit gewünscht.

191 Wir setzen uns außerdem für klare soziale und ökologische Standards in allen
192 Lieferketten ein. Beim Grenzübergang sollen CO₂-Ausgleiche gezahlt werden, um
193 klimaschädliche Produktionsweisen nicht länger zu begünstigen. Die Höhe der
194 entsprechenden Zahlung soll sich relativ an der Höhe des Umsatzes des Unternehmens
195 orientieren, welches den Import veranlasst hat. Bestehende Handelsabkommen,
196 insbesondere jene, die Ländern des sogenannten globalen Südens aufgezwungen wurden
197 und lokale Märkte zerstören, müssen neu und multilateral verhandelt werden.
198 Handelsbeziehungen dürfen nicht länger neokoloniale Abhängigkeiten verstärken,
199 sondern müssen gezielt lokale Wertschöpfungsketten stärken und selbstbestimmte
200 wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.

201 Auch in der Agrarpolitik braucht es einen grundlegenden Wandel. Subventionierte,
202 exportierte, europäische Agrarprodukte verzerren die Märkte und zerstören die
203 Landwirtschaft im sogenannten globalen Süden. Wir fordern deshalb internationale
204 Handelsregeln, die es ärmeren Regionen erlauben, ihre Landwirtschaft zu schützen und
205 eigene Märkte zu entwickeln. Nur so können wir Schritt für Schritt eine solidarische
206 und faire Weltwirtschaft aufbauen.

207 V. Klimagerechtigkeit und Aufbau gerechter Produktionsstrukturen

208 Klimagerechtigkeit und Aufbau gerechter Produktionsstätten sind untrennbar
209 miteinander verbunden. Die Klimakrise trifft die ärmsten Länder am härtesten, obwohl
210 sie am wenigsten zu ihr beigetragen haben. Gleichzeitig bietet die Transformation zu
211 einer klimaneutralen Wirtschaft die Chance, gerechtere Strukturen aufzubauen.

212 Die reichen Industrieländer müssen nicht nur für historisches Unrecht in Form von
213 Reparationszahlungen, sondern auch für ihren überproportionalen Beitrag zur
214 Klimakrise zahlen. Dies bedeutet, dass vergangene Schäden auszugleichen, Resilienz
215 für die Zukunft zu stärken, aber auch den Klimawandel selbst zu bekämpfen.

216 Diese Reparationszahlungen können nicht nur durch Geld erfolgen, sondern zum Beispiel
217 auch durch den kostenlosen Aufbau dezentraler und nachhaltiger Energieinfrastruktur.
218 Statt zentralisierter Systeme, die neue Abhängigkeiten schaffen, sollten dezentrale,

219 lokale Energiesysteme gefördert werden.

220 Für eine solidarische Weltwirtschaft braucht es Produktionsweisen, die lokale
221 Kontrolle stärken, Abhängigkeiten abbauen und den ökologischen Umbau vorantreiben.
222 Statt transnationale Konzerne zu fördern, setzen wir deswegen auf genossenschaftliche
223 und staatlich unterstützte, aber demokratisch organisierte Unternehmen. So bleibt
224 Wertschöpfung in der Region und Produktionsmittel geraten nicht in die Hände weniger
225 Großakteur*innen.

226 Um eine klimagerechte und selbstbestimmte Industrialisierung im sogenannten globalen
227 Süden zu ermöglichen, müssen außerdem gezielt Strukturen geschaffen werden, die
228 technologische Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit
229 verbinden. Deswegen fordern wir:

230 - **Technologietransfer ohne neue Abhängigkeiten:** Wir finanzieren Technologietransfer
231 und Aufbau klimaneutraler Produktionsstätten im sogenannten globalen Süden, ohne neue
232 Schuldenfallen zu schaffen. Joint Ventures mit staatlichen Investor*innen können
233 dabei eine Rolle spielen.

234 - **Leap-Frogging ermöglichen:** Solarenergie ist im Globalen Süden besonders
235 kostengünstig und kann als Sprungbrett für energieintensive Industrien dienen, ohne
236 den CO₂-Ausstoß zu erhöhen.

237 - **Förderung lokaler Produktionskreisläufe:** Statt reiner Rohstoff-Exportstrukturen
238 fördern wir lokale Produktionskreisläufe im sogenannten globalen Süden, die
239 Wertschöpfung vor Ort ermöglichen.

240 - **Transparente und faire Lieferketten** müssen Ausbeutung und neokoloniale
241 Abhängigkeiten verhindern. Technologische Entwicklungen sollen in den Dienst der
242 lokalen Produktion gestellt werden und lokalen Gesellschaften dienen, statt
243 Konzernprofite zu generieren. Wir setzen uns auf nationaler und europäischer Ebene
244 weiterhin für starke und lückenlose Lieferkettenrichtlinien ein, bei Nichteinhaltung
245 müssen Unternehmen sanktioniert werden. Die Rückabwicklung dieser missbilligen wir
246 explizit. Kleinere Unternehmen sollen dabei auf Beratungs- und Hilfsangebote
247 zurückgreifen können

248 **VI. Internationale Zusammenarbeit dekolonisieren**

249 Wir wollen die neokolonialen Strukturen überwinden, die internationale Beziehungen,
250 Handel und Produktion prägen. Koloniale Ausbeutung, unfaire Handelsabkommen und
251 ungleiche Machtverhältnisse verhindern, dass alle Länder selbstbestimmt über ihre
252 Entwicklung entscheiden können. Eine gerechte Weltordnung erfordert daher neue Formen
253 von gleichgestellter Partner*innenschaft, die historisches Unrecht anerkennen, Macht
254 neu verteilen und echte Mitsprache des sogenannten globalen Südens ermöglichen. Nur
255 so lassen sich globale Krisen wie Klimawandel, Armut und Vertreibung nachhaltig
256 bekämpfen.

257 Um dieses Ziel zu erreichen, fordern wir:

258 - **Reparationen:** Historisches Unrecht gegenüber Ländern des sogenannten globalen
259 Südens muss anerkannt und durch Reparationszahlungen ausgeglichen werden.

260 - **Schuldenschnitt:** Ein substanzIELLER Schuldenschnitt für hochverschuldete Länder des
261 sogenannten globalen Südens, um Ressourcen für Klimaanpassung usw. freizusetzen.

262 - **solidarische Verhandlungen:** Bei Reparationsvereinbarungen müssen die Bedürfnisse
263 der betroffenen Menschen im Mittelpunkt stehen. Mittel können in manchen Fällen
264 direkt an Bevölkerungsgruppen fließen, etwa für Bildung, wobei staatliche Strukturen
265 weiterhin Verantwortung tragen. Diese Reparationszahlungen dürfen nicht die
266 herrschenden Eliten in Autokratien reicher machen.

267 - **Patentreform im Agrarsektor:** Patente auf Saatgut und Düngemittel müssen abgeschafft
268 werden, um selbstbestimmte und nachhaltige Landwirtschaft zu ermöglichen.

269 - **Offene Technologien und Bottom-up-Ansätze:** Offener Zugang zu Ressourcen und
270 Technologien sowie die Förderung von Bottom-up-Innovationen stärken nachhaltiges
271 Wirtschaften und verhindern neue Abhängigkeiten.

272 - **Demokratisierung internationaler Organisationen:** Wir begleiten den Reformprozess
273 UN80 der Vereinten Nationen kritisch und solidarisch mit Stimmen des sogenannten
274 globalen Südens. Entscheidungsprozesse müssen demokratisiert und die Stimmen des
275 sogenannten globalen Südens gestärkt werden.

276 - **Stärkung multilateraler Strukturen:** Wir wollen einen starken, demokratisch
277 legitimierten Multilateralismus, der gleiche Mitsprache garantiert. Eine Reform
278 internationaler Organisationen kann Kern dieser Stärkung sein.

279 - **Ausbau der Süd-Süd-Kooperation:** Die Zusammenarbeit zwischen Ländern des sogenannten
280 globalen Südens muss wertegeleitet unterstützt werden. Interventionismus des
281 sogenannten globalen Nordens, auch unter dem Deckmantel von Handelspolitik, stellen
282 wir uns entschieden entgegen.

283 - **Beteiligung der Zivilgesellschaft:** Zivilgesellschaft, Gewerkschaften und soziale
284 Bewegungen müssen verbindlich in internationale Entscheidungsprozesse einbezogen
285 werden.

286 - **Emanzipation von US-Hegemonie:** Die Zeiten der US-amerikanischen
287 Entwicklungsfinanzierung sind Geschichte. Deshalb setzen wir uns für eine Stärkung
288 der Partnerschaften zwischen der Europäischen Union und Ländern des sog. globalen
289 Südens im Sinne der Koalition der Willigen ein.

290 VII. Care-Migration

291 Das Konzept der "Global Care Chains" beschreibt transnationale Netzwerke von Sorge-
292 und Pflegearbeit. Frauen aus dem sogenannten globalen Süden, aber auch Osteuropa,
293 migrieren in westliche, wohlhabende Länder und leisten dort Sorge- und Pflegearbeit,
294 während in ihren Herkunftsländern eine Versorgungslücke entsteht. Die Lücke wird
295 meist von anderen FINTA im familiären Umfeld oder weiteren migrantisierten FINTA
296 geschlossen.

297 Das Sorge- und Pflegesystem in Deutschland und anderen wohlhabenden Ländern basiert
298 also in vielfacher Hinsicht auf der Ausbeutung marginalisierter Personen und dem
299 sogenannten Care-Drain. Private Vermittlungsunternehmen profitieren von diesem
300 Umstand enorm und befeuern die Ausbeutung insbesondere migrantischer Care-
301 Arbeiter*innen durch undurchsichtige Verfahren und Profitgier. Gerade vor dem
302 Hintergrund des demografischen Wandels ist dies eine Herausforderung, die dringend
303 angegangen werden muss - internationalistisch, feministisch und sozialistisch.

304 Dieses Problem ist schwierig durch ein einziges Gesetz zu lösen. Ein Beitrag zur

305 Lösung dieser Herausforderung ist nach unserer Vorstellung eine einheitliche, alle
306 einschließende Kranken- und Pflegeversicherung, welche alle medizinisch und
307 pflegerisch empfohlenen Leistungen in hoher Qualität vollumfänglich abdeckt. Dadurch
308 werden Pflegekosten vollständig von der Sozialversicherung übernommen, wodurch es
309 keine finanziellen Anreize mehr gibt, Pflegekräfte im privaten Bereich für prekäre
310 Löhne zu beschäftigen. Da die Bedingungen des Care-Drains auf gleich mehreren
311 Querschnittsthemen aufbauen, ist die Auflösung komplex. Trotzdem sind konkrete
312 Ansatzpunkte notwendig, um die Situation und Arbeitsbedingungen möglichst schnell zu
313 verbessern.

314 Deshalb fordern wir Jusos:

315 - **Eine Stärkung der Rechte des Pflegepersonals**, z. B. durch eine höhere Tarifbindung
316 der Pflege, sowie eine stärkere Regulierung und Überwachung der Arbeitsbedingungen in
317 der Pflegebranche, um sog. Knebelverträge und Ausbeutung – auch im privaten Bereich –
318 zu verhindern.

319 - **Bessere Arbeitsbedingungen und Unterstützungsprogramme** für die Ausbildung und den
320 Berufseinstieg in Care-Berufen, um den Bedarf an Fachkräften langfristig zu decken.

321 - Wir brauchen **europäische Regeln**, die globale Ungleichheiten in der Pflegearbeit
322 anerkennen und faire, selbstbestimmte Arbeits- und Vermittlungsbedingungen für
323 migrierte Pflegekräfte garantieren.

324 - Den **Ausbau von Betreuungsangeboten** in von Care-Drain betroffenen Ländern,
325 finanziert durch ein europäisches Solidarmodell, sowie eine europäische Initiative
326 für armutsfeste Mindestlöhne und perspektivisch die Angleichung der ökonomischen
327 Verhältnisse überall in der Europäischen Union

328 IX. Fazit

329 Die Herausforderungen unserer Zeit, von der Klimakrise über globale Ungleichheit bis
330 hin zu Flucht und Migration, erfordern systematische Lösungen. Wir fordern eine
331 grundlegende Transformation der internationalen Beziehungen

332 Als Jusos stehen wir für eine Welt, in der alle Menschen in Würde leben können. Dies
333 erfordert die Überwindung neokolonialer Kontinuitäten, den Aufbau gerechter
334 Wirtschaftsbeziehungen und die Entwicklung neuer Formen internationaler Solidarität.
335 Freier Handel zwischen freien und gleichen, multilaterale Zusammenarbeit solidarisch,
336 gerechte Verteilung von Ressourcen und Produktionsmitteln, Anerkennung historischen
337 Unrechts, Überwindung paternalistischer Strukturen und eine internationale Ordnung,
338 die den Menschen dient, nicht dem Kapital.

Antrag W05neu: Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord (Gliederung)
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

- 1 Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung im Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht.
- 2 Die aktuelle Ausgestaltung der Erbschafts- und Schenkungssteuer für Großbetriebe
- 3 zeigt, wie Vermögende durch komplizierte Rechtskonstruktionen Privilegien
- 4 zementieren.
- 5 Die sogenannte 'Verschonungsbedarfsprüfung' nach §28a ErbStG ist ein Instrument zur
- 6 systematischen Steuervermeidung für die reichsten Erben unserer Gesellschaft.
- 7 Während normale Arbeitnehmer*innen jeden Euro ihres Einkommens versteuern müssen,
- 8 ermöglicht diese Regelung Großerben eine nahezu vollständige Steuerbefreiung - und
- 9 das ohne jede volkswirtschaftliche Rechtfertigung.
- 10 Die Verschonungsbedarfsprüfung ist damit ein klassisches Beispiel für die zunehmende
- 11 Ungleichheit in unserem Steuersystem.
- 12 Besonders skandalös:
- 13 Die Regelung greift gerade bei den größten Vermögen über 26 Millionen Euro - also
- 14 genau dort, wo eine gerechte Besteuerung zur Finanzierung unseres Gemeinwesens am
- 15 wichtigsten wäre.
- 16 Durch geschickte Gestaltung können Erben von Großvermögen ihre angebliche
- 17 'Bedürftigkeit' konstruieren und sich so der gesellschaftlichen Verantwortung
- 18 entziehen.
- 19 Die komplexe Rechtskonstruktion begünstigt ausschließlich diejenigen, die sich teure
- 20 Steuerberater und Wirtschaftsprüfer leisten können.
- 21 Prominentes Beispiel ist die Schenkung großer Aktienpakete von Friede Springer,
- 22 ehemalige Hauptaktionärin der Axel Springer AG, an Mathias Döpfner, den
- 23 Vorstandsvorsitzenden.
- 24 Dieser erwarb zunächst 4,1 Prozent der Aktien des Unternehmens mit einem Großteil
- 25 seines privaten Vermögens.
- 26 Friede Springer schenkte Döpfner 15 Prozent der Anteile, die auf der Grundlage des
- 27 Aktienkurses mehr als eine Milliarde Euro wert waren.
- 28 Durch den Kauf der ersten Aktien fehlte Döpfner verfügbares Vermögen außerhalb seiner
- 29 Anteile, um die Schenkungssteuer zu zahlen.
- 30 Damit vermied er eine Erbschafts-/Schenkungssteuer von rund 500 Millionen Euro, die
- 31 durch die fehlende Verwandtschaft zwischen Döpfner und Springer fällig gewesen wäre.
- 32 Dem Land Brandenburg entgingen somit eine halbe Milliarde Euro Erbschaftsteuer.
- 33 Die bestehende Optionsverschonung §§13a Abs. 10 und 13c Abs. 1 ErbStG ist bereits
- 34 mehr als ausreichend, um kleine und mittelständische Betriebe bis zu einem
- 35 Betriebsvermögen von 26 Millionen Euro zu schützen.
- 36 Sie sichert:

- 37 - Den Erhalt von Arbeitsplätzen durch die 700%-Lohnsummenregelung
- 38 - Die Unternehmenskontinuität durch die siebenjährige Behaltensfrist
- 39 - Eine faire Behandlung aller Betriebsübergänge
- 40 **Als ein Baustein zur Verwirklichung des Antrags „Ich will nich' dein Haus Opi, aber deine Villa würd' ich nehmen! - Über ein sozialistisches Steuersystem“ vom Bundeskongress der Jusos 2023 eignet sich der Wegfall der Verschonungsbedarfsprüfung.**
- 41 Es kann sichergestellt werden, dass Betriebsvermögen über 26 Millionen Euro
- 42 schrittweise aus der Privilegierung herausfallen und kleinere bis mittlere
- 43 Unternehmen geschützt werden.
- 44 Betriebe über der Abschmelzgrenze von 90 Millionen Euro würden dabei nicht mehr
- 45 verschont werden und müssten volle Erbschaftssteuer bezahlen.
- 46 Bei einem Betriebswert von 100 Mrd. Euro wären das in Steuerklasse I 30 Mrd. Euro.
- 47 Die bisherige Möglichkeit, die Zahlung der anfallenden Erbschaftssteuer um 10 Jahre
- 48 zurückzustellen, ist anzupassen, um tatsächliche Notverkäufe von Betrieben zu
- 49 verhindern. Denkbar wäre eine Erweiterung, um typische stillen Beteiligungen der
- 50 öffentlichen Hand vorübergehend zu ermöglichen.
- 51 Die Abschaffung der Verschonungsbedarfsprüfung ist ein notwendiger Schritt zu mehr
- 52 Steuergerechtigkeit.
- 53 Sie beendet ein ungerechtfertigtes Privileg für Großherben und stärkt das Prinzip der
- 54 Besteuerung nach Leistungsfähigkeit.
- 55 Eine moderne, sozial gerechte Gesellschaft braucht keine Sonderregeln für die
- 56 Reichsten - sie braucht faire Regeln für alle.